



HESSISCHER LANDTAG

09.09.99

14. Sitzung

Wiesbaden, den 9. September 1999

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	847		
<i>Entgegengenommen</i>	847		
Präsident Klaus Peter Möller	847		
24. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Rechtswidrigkeit der Novelle des Hessischen Schulgesetzes)		32. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Sicherung des Vertretungsunterrichts an Hessens Schulen	
- Drucks. 15/384 -	847	- Drucks. 15/387 -	863
<i>Abgehalten</i>	852	<i>Abgelehnt</i>	884
Lothar Quanz	847		
Dorothea Henzler	848	33. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Korrektur verfehlter rot-grüner Politik im Bereich Vertretungsunterricht an hessischen Schulen	
Frank-Peter Kaufmann	849	- Drucks. 15/392 -	863
Hans-Jürgen Irmer	850	<i>Angenommen</i>	884
Ministerin Karin Wolff	851	Ministerin Karin Wolff	863
Präsident Klaus Peter Möller	852	Lothar Quanz	868
		Dr. Norbert Herr	870, 883
25. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Kahlschlag in der Erwachsenenbildung durch CDU und F.D.P.)		Dorothea Henzler	871, 879
- Drucks. 15/385 -	852	Barbara Bergelt	871
<i>Abgehalten</i>	857	Manfred Schaub	872
Frank-Peter Kaufmann	852	Hans-Jürgen Irmer	872
Dorothea Henzler	853	Frank-Peter Kaufmann	874
Heike Habermann	854	Uwe Frankenberger	881
Dr. Walter Lübcke	855	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	884
Ministerin Karin Wolff	856		
Präsident Klaus Peter Möller	857	14. Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Vermeidung weiterer Belastung der hessischen Landwirtschaft	
		- Drucks. 15/360 -	884
26. Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend eine Aktuelle Stunde (Gegen SPD-Versuche zur Verhinderung eines einheitlichen Wahlalters in Hessen)		<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten überwiesen</i>	894
- Drucks. 15/386 -	857		
<i>Abgehalten</i>	863	21. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Förderung Erstanträge im Hessischen Kulturlandschaftsprogramm	
Silke Lautenschläger	857	- Drucks. 15/367 -	884
Jürgen Walter	858	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten überwiesen</i>	894
Jörg-Uwe Hahn	859	Klaus Dietz	884
Tarek Al-Wazir	860	Ursula Hammann	886, 894
Minister Volker Bouffier	861	Christel Hoffmann	888
Günther Becker (Gießen)	862	Heinrich Heidel	889
Rolf Karwecki	863	Gerhard Bökel	890
Präsident Klaus Peter Möller	863	Michael Denzin	890
		Alexander Müller	890
2. Regierungserklärung der Kultusministerin betreffend "Erster Schritt zur Unterrichtsgarantie - Neuaufbruch an Hessens Schulen"		Elisabeth Apel	891
.....	863	Minister Wilhelm Dietzel	892
<i>Entgegengenommen</i>	884	Präsident Klaus Peter Möller	894
		<i>siehe auch Anlage</i>	929

	Seite		Seite
15. Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend keine Vermögensteuer		Minister Wilhelm Dietzel	918
- Drucks. 15/361 -	894	Alexander Müller	919
<i>Angenommen</i>	906	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	920
Frank Lortz	894		
Rupert von Plottnitz	895, 904	22. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen oder Sozialhilfeempfänger im ersten und zweiten Arbeitsmarkt	
Reinhard Kahl	896	- Drucks. 15/339 zu Drucks. 15/48 -	920
Roland von Hunnius	898, 901	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	927
Alexander Müller	900	b) Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Realisierung von Kombilohnmodellen für Langzeitarbeitslose	
Gottfried Milde (Griesheim)	900	- Drucks. 15/340 zu Drucks. 15/133 -	920
Michael Boddenberg	901	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	927
Minister Karlheinz Weimar	902	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Zukunft des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe"	
Michael Denzin	904	- Drucks. 15/341 zu Drucks. 15/127 -	920
Gerhard Bökel	905	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	927
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	906	Heike Habermann	921
		Aloys Zumbrägel	921
18. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kriminalitätsbekämpfung in Hessen		Evelin Schönhut-Keil	922
- Drucks. 15/364 -	906	Dorothea Henzler	924
<i>Abgelehnt</i>	909	Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn	925
Tarek Al-Wazir	906	Petra Fuhrmann	925
Armin Klein	907	Frank-Peter Kaufmann	926
Jürgen Walter	908	Inge Velte	926
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	909	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	927
19. Antrag der Fraktionen der F.D.P. und der CDU betreffend Reform des Stiftungsrechtes		27. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Abg. Polster, Bender, May, Pfaff, Reichenbach, Riege, Starzacher, Wagner (Angelburg), Dörr (Umstadt), Dörrie, Fischer (Hohenroda), Franz, Hartmann, Haupt, Hillenbrand, Kahl, Karwecki, Nolte, Quanz, Rudolph, Schaub, Schmitt, Stiewitt (SPD) und Fraktion betreffend Dorferneuerung	
- Drucks. 15/365 -	909	- Drucks. 15/370 zu Drucks. 15/95 -	927
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (federführend), dem Haushaltsausschuss und dem Innenausschuss (beteiligt) überwiesen</i>	914	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	927
Nicola Beer	909	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	927
Michael Siebel	910		
Alexander Müller	911		
Traudl Herrhausen	912		
Ministerin Ruth Wagner	913		
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	914		
20. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zerstörung von Zukunftsperspektiven der Kellerwaldregion			
- Drucks. 15/366 -	914		
<i>Abgelehnt</i>	920		
Ursula Hammann	914		
Frank Gotthardt	915		
Hildegard Pfaff	917		
Heinrich Haupt	917		

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Dr. Franz Josef Jung
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Dr. Karl Johannes Beermann
Staatssekretär Udo Corts
MinDirig Noe
Staatssekretär Herbert Landau
MinDirig Will
MinDirig Dr. Sauer
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Abwesende Abgeordnete:

Priska Hinz

(Beginn: 9.06 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Ich eröffne die heutige 14. Plenarsitzung des hessischen Landesparlaments und heiße alle herzlich willkommen. Ich freue mich über unsere Besucherinnen und Besucher. Es muss sehr früh gewesen sein, aufzubrechen. Die Abgeordneten sind das gewohnt.

Das Haus ist beschlussfähig. Noch offen sind in unserer Beratung die Punkte 2, 14, 15, 18 bis 22, 24 bis 27 und 32. Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. betreffend Korrektur verfehlter rot-grüner Politik im Bereich des Vertretungsunterrichts an hessischen Schulen, Drucks. 15/392.

Gibt es Streit über die dringliche Behandlung? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das Tagesordnungspunkt 33. Ich schlage vor, dass wir gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 2 - Regierungserklärung - den Tagesordnungspunkt 32 - Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD - aufrufen. - Dem widerspricht niemand.

Zum Ablauf der Sitzung: Wir beginnen mit den Tagesordnungspunkten 24, 25 und 26, den Anträgen betreffend eine Aktuelle Stunde. Das bedeutet jeweils fünf Minuten Redezeit pro Fraktion. Anschließend wird, entgegen der ausgedruckten Tagesordnung, Tagesordnungspunkt 2 - Regierungserklärung der Kultusministerin betreffend "Erster Schritt zur Unterrichtsgarantie - Neuaufbruch an Hessens Schulen" - gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 32 behandelt.

Wir tagen bis zur Erledigung der Tagesordnung. Ich appelliere an die Geschäftsführer, uns das leicht zu machen. Abends gibt es viele Veranstaltungen.

Herr Minister Posch muss uns in der Zeit von 10.30 bis 12.30 Uhr verlassen.

Seinen 50-jährigen Geburtstag hat heute Herr Abg. Klemm, ehemaliger Wirtschaftsminister, sage ich jetzt zur Klarstellung.

(Allgemeiner Beifall - Schriftführerin Eva Ludwig überreicht Blumen.)

Herzlichen Glückwunsch. Es muss schön sein, den Tag im Kreise aller seiner Freunde verbringen zu dürfen.

Meine Damen, meine Herren, wir kommen jetzt zur Behandlung der Tagesordnung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Rechtswidrigkeit der Novelle des Hessischen Schulgesetzes) - Drucks. 15/384 -

Wer wünscht das Wort? - Herr Kollege Quanz, Sie haben das Wort.

Lothar Quanz (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wird wiederhergestellt. Der Antragsgegner wird verpflichtet, sämtliche Maßnahmen zur Ersetzung der Förderstufe durch eine schulformbezogene Organisation der Jahrgangsstufen 5 und 6 an der Herderschule Gießen rückgängig zu machen. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsgegner."

(Norbert Kartmann (CDU): Kennen wir!)

So, in dürren Worten, das Verwaltungsgericht Gießen am 17. August 1999.

Dies bedeutet das vorläufige Ende einer Kette von skandalösen Vorgängen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und der F.D.P.)

Der Beginn liegt bereits im April dieses Jahres, als diese Schule - da war der Text des Gesetzes noch nicht im Geschäftsgang - bereits die Eltern der abgehenden Grundschüler darauf hinwies, sie könnten ihre Kinder nicht mehr für die Förderstufe anmelden, sondern nur für die schulformbezogene Gesamtschule ab Klasse 5.

Das nenne ich rechtswidriges Verhalten von Schule. Da hätte die Schulaufsicht bereits eingreifen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Beschluss ist allerdings auch eine schallende Ohrfeige für die Regierung Koch: Eile statt seriöses Vorgehen. Ideologisches Verbohrtsein musste zwangsläufig dazu führen, dass die Rechtswidrigkeit des Gesetzes nunmehr festgestellt wurde. Konservative Ideologie, vereint mit blinder Veränderungswut, musste vor Gericht Schiffbruch erleiden.

Ich hoffe, dass nunmehr Nachdenklichkeit einsetzt, dass seriöses Regierungshandeln einsetzt und dass man Schulentwicklung - so wie bisher auch - gemeinsam mit den Schulträgern und nicht gegen die Schulträger durchführt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere kurz aus der Begründung des Beschlusses. Da heißt es:

Bei dieser Organisationsänderung handelt es sich nicht nur um eine schulinterne Maßnahme, sondern um einen Verwaltungsakt mit unmittelbarer Regelungswirkung nach außen, gegen den betroffene Eltern oder sonstige Rechtsträger - hier die Antragsteller als Schulträger - Widerspruch und Anfechtungsklage erheben können.

Mit dieser Aussage wird zweierlei deutlich. Erstens. Selbstverständlich gab es das Recht auf Antragstellung durch den Schulträger. Aber viel bedeutsamer ist - das zieht sich wie ein roter Faden durch diese Begründung -, dass festgestellt wird, dass hier eine maßgebliche Rechtswidrigkeit vorliegt, wenn die Schulkonferenz mit so weitgehenden Rechten ausgestattet wird, die unmittelbar in die Rechte des Schulträgers eingreifen.

So wird deutlich, dass der Bescheid des Staatlichen Schulamtes rechtswidrig war, weil bei der Entscheidung die Belange des Schulträgers und anderer Beteiligter nicht nachvollziehbar abgewogen worden waren, und dass der Schulträger im Entscheidungsverfahren in keiner Weise beteiligt wurde.

Die Urteilsbegründung geht noch weiter. Es wird deutlich unterstrichen, dass die Rechtsbefugnisse der Schulkonferenz nicht so weit reichen können, dass sie die Rechte des Schulträgers gewissermaßen außer Kraft setzen. Es wird deutlich, dass die Schulkonferenz eben nicht nur für die eigene Schule eine Regelung trifft, sondern dass diese Maßnahme andere Schulen in ihren Rechten berührt und dass sie maßgeblich eingreift in die Schulentwicklungsplanung, ein definiertes Recht der Schulträger.

Meine Damen und Herren, bei der Lesung des Schulgesetzes gab es viele Warnungen seitens meiner Fraktion, ganz

besonders aber auch durch die Kommunalen Spitzenverbände. Ich erlaube mir, kurz aus der Stellungnahme des Hessischen Städtetages zu zitieren:

Mit dem Recht, über die Abschaffung der Förderstufe zu entscheiden, wird in ein originäres Recht des Schulträgers eingegriffen und auf die Schulkonferenz übertragen, die dafür weder legitimiert ist noch für diesen Aufgabenbereich geschaffen wurde und die auch für die Folgen ihrer aus dem Zusammenhang genommenen Entscheidung in keiner Weise verantwortlich gemacht werden kann. ...

Vor diesem Hintergrund wird das originäre Recht des Schulträgers, Schulentwicklungspläne in eigener Verantwortung und in Abstimmung mit den benachbarten Schulträgern und mit anderen Fachplanungen aufzustellen, gravierend berührt und in weiten Bereichen zur Makulatur gemacht.

Meine Damen und Herren, deutlicher hätte man es nicht sagen können. Diese Warnung hätten Sie nicht überhören dürfen.

Der Hessische Landkreistag fasst sich kurz, sagt es aber mit prägnanter Schärfe.

Die Übertragung der Kompetenz zur Regelung schulorganisatorischer Fragen auf die Schulkonferenz ... ist zu streichen, da sie gegen Verfassungsgrundsätze verstößt. Die Kompetenz zur Regelung schulorganisatorischer Maßnahmen kommt einzig und allein den Schulträgern zu.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Quanz, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Lothar Quanz (SPD):

Ich möchte noch gerne ein oder zwei Sätze sagen.

Meine Damen und Herren, wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, der soll sie auch beim Regierungshandeln entsprechend benutzen und sich nicht, mit ideologischen Scheuklappen versehen, mit verengtem Blick auf rechtswidrige Wege begeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Wir fordern Sie auf: Setzen Sie alle Bestimmungen des Schulgesetzes außer Kraft, die die Rechte der Schulträger berühren. Wir brauchen Schulfrieden. Wir brauchen Rechtssicherheit. Kehren Sie auf den rechtskonformen Weg zurück.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich. - Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die Fraktion der F.D.P.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Quanz, ich habe Sie als Schulexperten während der letzten Debatten und auch im Ausschuss kennen gelernt.

Ich finde es ausgesprochen schade, wenn sich Schulexperten überhaupt nicht mehr zu Inhalten äußern, sondern nur noch zu juristischen Spitzfindigkeiten.

(Beifall bei der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lasse keine Zwischenfragen zu. - Sie haben gesagt, in vorausgehendem Gehorsam habe die Schule den Eltern mitgeteilt, sie sollten ihre Kinder zukünftig nicht mehr für die Förderstufe, sondern für die Eingangsklassen anmelden. Was haben denn die Eltern daraufhin getan? Gab es in Gießen riesige Protestzüge? Haben denn die Eltern gesagt: "Wir wollen unsere Förderstufe wiederhaben"? Nein, das haben sie nicht gesagt. Sie haben ihre Kinder in derselben Anzahl mit noch größerer Freude in der Schule für die Eingangsklassen angemeldet.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Hört, hört!)

Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass der Schulfrieden gestört worden sei. Im Gegenteil, die Eltern in Gießen sind sehr viel zufriedener.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir hatten gestern relativ hochjuristische Debatten. Dass Juristen im Rechtsstaat unheimlich wichtig sind, das ist allen einsichtig.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

- Jawohl. - Gestern haben wir gesehen, dass sie es auch in der Politik sehr offensichtlich sind. Aber ich denke, manchmal sollte man schlicht und ergreifend die Fachleute an die Sachen heranlassen und nicht nur die Juristen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

- Alle Nichtjuristen klatschen. - Als wir den Gesetzentwurf hier verabschiedet haben, da haben Sie mit Geschäftsordnungsdebatten versucht, das zu verhindern. Wenn wir es jetzt umsetzen wollen, dann fangen Sie mit spitzfindigen Debatten um Einzelheiten an.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber ein schwaches Argument!)

Sie werfen uns Unzulänglichkeiten vor. Sie werfen dem zuständigen Schulamt vor, angeblich Fehler gemacht zu haben.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Nicht wir, das Gericht wirft Ihnen das vor!)

Was hat sich denn nun wirklich an Hessens Schulen getan? Die Situation hat sich verändert. Die Situation ist positiver geworden. Bis zum In-Kraft-Treten unseres Schulgesetzes gab es in Gießen die Zwangsförderstufe. Eltern, Schüler und Lehrer haben permanent protestiert und versucht, das über Beschlüsse der Schulkonferenzen zu ändern. Was hat der Schulträger gemacht? - Er hat das Votum der Eltern, Lehrer und Schüler zwar gehört, aber überhaupt nicht zur Kenntnis genommen und darauf auch nicht reagiert. Was ist denn das bitte für ein Demokratieverständnis?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden heute noch eine dritte Aktuelle Stunde haben, in der Sie die Fahne der Beteiligung der Jugend hoch halten werden, insbesondere die der Beteiligung der 16-Jährigen. Wenn aber die Schülerinnen und Schüler an einer Schule etwas ändern wollen und dafür eintreten, dann sagen Sie: "Das interessiert uns nicht, wir machen genau das, was wir

ideologisch wollen, nämlich dass die Zwangsförderstufe bestehen bleibt.“

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich frage Sie schlicht und ergreifend noch einmal: Was für eine Angst haben Sie denn davor, dass Eingangsklassen plötzlich in Konkurrenz zum integrierten System auftreten?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie wirklich von der Güte Ihrer Förderstufenklassen so überzeugt wären, dann müssten Sie doch schlicht und ergreifend abwarten und zuschauen, wie sich die Eltern verhalten, wie sich die Schülerinnen und Schüler verhalten und wie sich die Eingangsklassen in der Konkurrenz zu den anderen Förderstufen bewähren.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sollten die Qualität des Hessischen Schulgesetzes und auch den Wunsch von Eltern, Lehrern und Schülern nicht dauernd anhand von Einzelheiten anzweifeln, sondern die Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen endlich das machen lassen, was sie sollen, nämlich lernen und lehren.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat jetzt Herr Kollege Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Henzler, für meine Fraktion kann ich feststellen, dass wir uns an das Recht halten und Rechtsverstöße nicht "Spitzfindigkeiten" nennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine Leitlinie aus der längst überwunden geglaubten pädagogischen Mottenkiste lautet - Herr Irmer merkt schon auf -: Wer nicht hören will, muss fühlen. - Ich denke, sie ist deshalb aus der Mottenkiste, weil es in unserer Zeit darauf ankommen sollte, auf allen Ebenen einen rationalen Dialog zu führen und den Argumenten des anderen Glauben zu schenken und sie kritisch zu prüfen.

Meine Damen und Herren, die neue Mehrheit dieses Hauses hat sich diesen Spruch aus der pädagogischen Mottenkiste zu Eigen gemacht. Das zeigt sich durchgängig am Inhalt des Gesetzes, das Sie so schön bezeichnen als "Gesetz zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen". Wir stellen heute fest: Es hat den ersten juristischen Test dieses Gesetzes gegeben, und dabei es ist durchgefallen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, "Wer nicht hören will, muss fühlen" gilt aber auch für das Verfahren. Sie wollten nicht hören, was wir während der Debatte zum Schulgesetz mehrfach und während der Ausschusssitzung ebenfalls sehr intensiv vorgetragen haben. Herr Kollege Quanz hat schon aus den Stellungnahmen zitiert. Ich möchte das um ein Zitat ergänzen. Sie werden sich alle daran erinnern, dass wir

hier in diesem Saal eine mündliche Anhörung hatten. Der Direktor des Landkreistages, Ihr Parteifreund Gerrit Kaiser, führte dabei Folgendes aus:

Lassen Sie mich dazu noch etwas sagen, weil auch die Regelung, dass die Schulkonferenz die Kompetenz zur Regelung in schulorganisatorischen Fragen zugeordnet bekommen soll, auf unseren erkennbaren und deutlichen Widerstand stößt. Wir sehen darin einen Verfassungsverstoß. Schulorganisatorische Fragen gehören in die Entscheidungskompetenz der Schulträger, und zwar ausschließlich und sonst in keinen Verantwortungsbereich hinein. Wenn hier die Schulkonferenz als Gremium aus Eltern, Lehrern und Schülern eine Entscheidungskompetenz zugeordnet bekommt, eine Entscheidungskompetenz, die Auswirkungen auf die finanzielle Disposition des Schulträgers hat, dann wird dieser Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung, der in schulorganisatorischen Entscheidungskompetenzen seinen Niederschlag findet, verletzt.

Er führt fort:

Auch die Regelung in dem Gesetzentwurf, dass aus einem Entscheid der Schulkonferenz kein räumlicher Mehrbedarf gegenüber dem Schulträger geltend gemacht werden kann, schließt die Verfassungswidrigkeit nicht aus.

Da kann ich nur sagen: Wer nicht hören will, muss fühlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dies überrascht nicht sehr, denn im Schulgesetz sind Ihnen weitere Fehler unterlaufen, wie Sie längst festgestellt haben. Deshalb werden wir wahrscheinlich auch mit weiteren juristischen Auseinandersetzungen zu tun haben.

Meine Damen und Herren, das kommt alles daher, dass die neue Mehrheit vor Kraft kaum laufen konnte und meinte, vor der Sommerpause ohne ein sorgfältiges parlamentarisches Beratungsverfahren dieses Gesetz durchzocken zu müssen, und dieses jetzt im Nachgang damit begründet, nur damit seien zusätzliche Lehrerstellen an den Schulen schaffbar gewesen. Das entnehme ich Ihrem letzten Politikpamphlet. Wer Schulpolitik in dieser Weise, als Kreuzzug, betreibt und sich beratungsresistent durch die Schullandschaft pflügt, der sollte sich nicht wundern, dass ihm immer wieder Fehler unterlaufen und dass er immer wieder vor Gericht und anderswo auf die Nase fällt.

Meine Damen und Herren, wir bedauern, dass durch Ihre Taten die hessischen Eltern und die Schülerinnen und Schüler verunsichert werden, weil dies alles auf ihrem Rücken ausgetragen wird, was die alten Kämpfer der Zerstückelung des Schulwesens aus ideologischen Gründen jetzt mit Macht und möglichst rasch durchsetzen wollen. Wir fordern Sie erneut auf: Hören Sie endlich damit auf, und begeben Sie sich auf den Weg eines vernünftigen Kompromisses, anstatt alte Schlachten zu schlagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Schülerinnen, Schüler und Eltern in Hessen wären heilfroh, wenn die CDU und die F.D.P. endlich zur schulpolitischen Vernunft zurückfinden würden und möglichst rasch die Fehler im Gesetz korrigieren und einen rechtssicheren Zustand wiederherstellen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Irmer für die Fraktion der CDU.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Jetzt sagen Sie einmal etwas zum Rechtsbruch, das
kann doch nicht so weitergehen!)

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Urteil des Verwal-
tungsgerichts in Gießen ist eine vorläufige Niederlage

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sie haben eine andere Rechtsauffassung!)

für Lehrer, für Eltern und für Schüler, die es für die Schul-
wahlfreiheit und für das Leistungsprinzip zu korrigieren
gilt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Lesen Sie keine Zeitung? Es wurde auf
Rechtsmittel verzichtet!)

Es ist leider nicht die Zeit, inhaltlich zu diskutieren. Ich
will nur einige wenige Aspekte zum Thema Förderstufe
nennen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Auf Rechtsmittel wurde verzichtet!)

Ich möchte Ihnen zunächst ein Zitat aus der TIMS-Studie
vortragen, die Sie leider offensichtlich nicht kennen oder
nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Wortmeldung des Abg. Alexander Müller (BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN))

- Zwischenfragen lasse ich nicht zu.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber Sie sind falsch informiert, es wurde auf Rechts-
mittel verzichtet!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Fünf Minuten sind zu kurz, Zwischenfragen zuzulassen.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Geht das von meiner Zeit ab? - Ich zitiere, Herr Präsident,
auf Seite 54 der TIMS-Studie:

In homogeneren Klassen ist die Wahrscheinlichkeit
größer, dass die Starken in ihrer Veränderung die Er-
wartungen übertreffen und die Schwachen in ihrer
Entwicklung mehr profitieren als in heterogeneren
Lerngruppen.

Meine Damen und Herren, drei Schulleiter in Gießen sehen
das genauso. Drei Schulgemeinden sehen das genauso. Das
sind keine Theoretiker, sondern Praktiker, die der Zukunft
der Kinder verpflichtet sind. Diese Schulgemeinden, ehe-
malige Förderstufenbefürworter, sagen Ihnen öffentlich - -

(Zuruf von der SPD - Alexander Müller (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Aufruf zum Rechtsbruch ist das,
was Sie machen!)

- Können wir das Tonband nicht abstellen?

(Günther Becker (Gießen) (SPD): Darwinismus!)

Meine Damen und Herren, ich zitiere wörtlich.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

Präsident Klaus Peter Möller:

Als erfahrene Parlamentarier wissen Sie, Zwischenrufe
sind das Salz in der Suppe. Sie sollten nur nicht so laut
sein, also maßvoll.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber sonst hört er mich doch nicht! - Frank-Peter
Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er will
doch sowieso nicht hören!)

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Argumente kommen aus dem Kopf und nicht aus dem
Kehlkopf, Herr Kollege Müller.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich zitiere die "Gießener Allgemeine" vom 21.06.99:

Wenn man die Schwächen der Förderstufen zum An-
lass nehme, statt der stark heterogenen Klassen und
Lerngruppen homogenere Klassen einrichten zu wol-
len, dann versuche diese Strukturänderung den sehr
unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten der
Schüler gerecht zu werden.

Dies sagen die Schulleiter, unverdächtig, der CDU nahe zu
stehen. Sie führen weiter aus:

Die in der Förderstufe angeblich herrschende Gleich-
heit ist eine Fiktion.

Ich frage mich nur, wann Sie das endlich zur Kenntnis neh-
men und begreifen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sagen Sie etwas zum Urteil!)

Meine Damen und Herren, es sollte Ihnen doch zu denken
geben, wenn eine Schulkonferenz einstimmig Abschaffung
beschließt: SPD-Lehrer, CDU-Lehrer, SPD-Eltern sowie
CDU-Eltern und Parteilose.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Jeder macht, was er will! - Zuruf des Abg. Lothar
Quanz (SPD))

Aber das passt Ihnen nicht in den ideologischen Kram. Die
Schulsprecherin der SPD in Gießen erklärt, die Kritiker
hätten sich ein bildungspolitisches Armutszeugnis ausge-
stellt, es seien Konzepte von vorgestern. Der Exschulrat
Jost erklärt, die Kinder würden einsortiert, unterprivile-
gierte Schichten würden unter der Abschaffung leiden. Das
ist doch Klassenkampf pur und an Dummheit nicht mehr zu
überbieten. So deutlich muss man dies doch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter
Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt
werden Sie unverschämt! Das ist das Letzte!)

- Herr Kollege Kaufmann, jetzt halten Sie doch einfach
einmal den Mund. Herr Kollege Kaufmann, ich versuche
gelegentlich, mich mit Ihnen zu unterhalten. Sie haben
eben staatstragend erklärt, es sei schön, wenn man einmal
rational Ergebnisse prüfen würde, wenn man Argumente
prüfen würde, wenn man Argumente miteinander ringen
lasse.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Halten Sie sich einfach einmal an Recht und Ge-
setz!)

- Wissen Sie, das Problem ist doch, dass Sie beratungsresistent sind. Das ist doch Ihr Problem.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Irmer, wer hat denn nicht auf Ihren Kollegen Kaiser gehört?)

Sie nehmen doch bestimmte Fakten überhaupt nicht zur Kenntnis. Die TIMS-Studie, die FEND-Studie, das Hamburger Gutachten und die Untersuchung des Max-Planck-Instituts sagen alle das Gleiche - das glatte Gegenteil von dem, was Sie praktizieren. Nur Sie nehmen es nicht zur Kenntnis.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle fest, dass wir uns politisch durchgesetzt haben: legal, illegal, scheißegal!)

Meine Damen und Herren, vorletzter Punkt. Herr Kollege Quanz, mit Krokodilstränen in den Augen haben Sie bei der Diskussion um das Qualitätssicherungsgesetz erklärt, diese schlimme Regierung beschneide Elternrechte, die Schulkonferenz werde geschwächt, die Eltern hätten nichts mehr zu sagen: Mitsprache nicht gewünscht, Abbau von Demokratie, Untergang des Abendlandes.

Was machen Sie eigentlich? Da beschließt eine Schulkonferenz einstimmig die Auflösung einer Förderstufe, und Sie haben nichts anderes zu tun, als darüber zu jubeln, dass der Elternwille hier mit Füßen getreten wird. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ein letzter Punkt, Herr Kollege Quanz.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt einmal etwas zum Verwaltungsgericht!)

Bei der Diskussion um dieses Gesetz gab es einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion vom 15.06.99. Ich zitiere Ihren Antrag, Seite 1: Die Qualität schulischer Arbeit ist u.a. von der Motivation aller an der Schule beteiligten Gruppen geprägt. - Richtig. Auf Seite 2 geht es oben weiter: Hierzu gehören unabdingbar die Stärkung der Schulgemeinde durch Ausbau der elterlichen Mitbestimmung und freie Wahl der Bildungsstätte.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gut gebrüllt, Löwe, könnte man sagen. Meine Damen und Herren von der SPD, wo bleibt denn hier Ihre Motivierung der Schulgemeinde in Gießen,

(Barbara Bergelt (SPD): Ein Hohn ist das! - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lesen Sie doch erst einmal Ihr Gesetz!)

wo bleibt hier die Stärkung der Mitbestimmung, wo bleibt die freie Wahl der Bildungsstätte? Sie jubeln darüber, dass hier ein Gericht mit Hilfe Ihres rot-grünen Magistrats einen entsprechenden Beschluss gefasst hat, der zulasten der Schulgemeinde, zulasten der Kinder und zulasten der Lehrer geht.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schulleiter!)

Darüber freuen Sie sich. Von Mitbestimmung, Motivation in dieser Frage ist überhaupt keine Rede mehr.

(Zuruf von der CDU: Nur dann, wenn es passt!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Bitte kommen Sie zum Schluss, auch die Zwischenrufe sind jetzt schon angerechnet.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Herr Kollege Kaufmann, ich habe immer noch den Eindruck, Sie haben vergessen, warum Sie in diesem Bundesland abgewählt worden sind.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion, der überschrieben ist mit dem Stichwort "Rechtswidrigkeit der Novelle des Hessischen Schulgesetzes", geht an dem, was das Verwaltungsgericht Gießen bemängelt hat, komplett vorbei.

(Ministerin Ruth Wagner: Sehr richtig!)

SPD und GRÜNE haben möglicherweise die Gießener Zeitungen gelesen. Das mag schon sein. Aber den Gerichtsbeschluss in seiner wesentlichen Aussage haben Sie mit Sicherheit nicht gelesen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Aber natürlich!)

Herr Kaufmann, Lesen würde gelegentlich die Polemik erheblich erschweren. Das Gericht hat ausdrücklich nicht einen Fehler am Gesetz festgestellt, sondern das Gericht hat festgestellt, dass dieses Gesetz möglicherweise - deswegen Aufhebung des Eilantrages - falsch angewendet wurde. Das ist der Kritikpunkt des Gerichtes in Gießen. Das sollte man dann gelegentlich richtig sagen. Das Gericht sagt ausdrücklich, der Staat kann das genehmigen, was hier geschehen ist, weil das in der Gestaltungsfreiheit des Staates liegt. Das heißt, in der Sache liegt keinerlei Kritik des Gerichts an diesem Vorgehen vor. Herr Quanz, ich will Sie auch darauf aufmerksam machen, wo wir durch landesweites Handeln in Schülerströme eingreifen, durch Handeln des Landes, des Ministeriums.

Durchdenken Sie einmal wirklich, was Sie hier gesagt haben. Wir machen einen Zuweisungserlass. Der enthält Zuschläge, Faktoren und anderes. Das kann sich auf Schülerströme auswirken. Wenn Sie es eng auslegen: Selbst wenn ich einen Schulleiter auswähle und ernenne, kann ich möglicherweise Einfluss auf Schülerströme nehmen. Das heißt, es bleibt bei der Freiheit des Landes, auch durch Schulgesetz zu bestimmen, dass andere Gremien als der Schulträger etwas inhaltlich beschließen können. Davon hat die Schule Gebrauch gemacht. Das hat das Staatliche Schulamt auch bestätigt.

Der Streit ist an der Stelle, dass das Gericht sagt, die Schule kann das beschließen, das Staatliche Schulamt kann das genehmigen. Die Voraussetzung ist nur eine nachvollziehbare, auch schriftlich vorhandene Erläuterung, dass man sich mit dem Anliegen des Schulträgers auseinandergesetzt hat. Es ist nur ein Prozess der Auseinandersetzung, den das Gericht von uns verlangt. Diese Auseinandersetzung ist auf der Ebene der beiden antragstellenden Schulen erfolgt. Sie ist nicht auf der Ebene des Staatlichen Schulamts erfolgt, weil sich das Staatliche Schulamt nach dem Willen des Gesetzes zunächst darauf bezogen hat, dass dies eine Entscheidung der Schulkonferenz ist und der Schulträger nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht berührt ist.

Aber wir nehmen zur Kenntnis, was das Gericht auf diesem Wege fordert, Herr Müller. Deswegen haben wir darauf verzichtet, die Geschichte in die Länge zu ziehen, die Schule auf Dauer in Rechtsunsicherheit zu wiegen und darauf angewiesen zu sein, auf Jahre hinaus in ein Verfahren zu gehen. Wir haben gesagt, dass wir dann lieber das Verfahren von vorne beginnen werden und den Schulträger mit in die Argumentation einbeziehen. Aber auf dieser Basis ist die Entscheidung inhaltlich genau so zu treffen, wie sie getroffen worden ist.

(Zuruf von der SPD: Da wird nachgeholt, was vorher nicht gemacht wurde!)

Ich bin schon der Meinung, dass es SPD und GRÜNEN, die jetzt monieren, was in Gießen gemacht worden ist, im Grunde weniger um das Recht geht. Es zeigen auch die Stellungnahmen, dass Herr Quanz mehr von konservativen Ideologien spricht als von der Sache des Willens in Gießen. Das zeigt auch die Stellungnahme des Kollegen Becker in der Gießener Zeitung, der sinngemäß den Gießener Eltern einen Bildungsdünkel vorgeworfen hat. Er hat es auf diese Weise in die ideologische Ecke geschoben.

Wir werden gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und mit den beiden Schulen, die dies in jahrelanger Diskussion konzeptionell gut vorbereitet haben, schon dafür sorgen, dass dieses auch dem Gericht entsprechend durchgesetzt wird. Die Erläuterungen bezüglich des Schulträgers werden umgesetzt. Auf dieser Basis gehe ich sicher davon aus, dass es in Gießen sehr bald möglich sein wird, dass diese beiden Schulen ordnungsgemäß mit dem Unterricht in den Eingangsklassen beginnen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Schönen Dank. - Weitere Wortmeldung kann es nicht geben. Die erste Aktuelle Stunde wurde abgehalten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Kahlschlag in der Erwachsenenbildung durch CDU und F.D.P.) - Drucks. 15/385 -

Herr Kollege Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Wahlprogramm der CDU zur letzten Landtagswahl findet sich der schöne Satz: "Wir werden dafür sorgen, dass sich die Menschen in allen Lebensphasen das Rüstzeug erwerben können, mit dem sie menschlich, in der Gesellschaft und im Arbeitsprozess bestehen können."

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ikebana-Kurse bei der VHS!)

Heute stellen wir fest, dass Sie das Gegenteil Ihres Versprechens umsetzen wollen. Sieben Monate nach dem Wahltag brechen Sie Ihr Versprechen, wohl, weil Sie glauben, dass das Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler dieselbe Halbwertszeit hat wie Ihr Gewissen. Das ist ein Irrtum.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, lebenslanges Lernen ist angesichts des zunehmenden Tempos der wissenschaftlichen

und technologischen Entwicklung für die individuelle und gesellschaftliche Zukunftssicherung heute ein unbedingtes Muss. - Eigentlich müsste es jetzt Beifall geben, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen. Denn das, was ich gerade zitiert habe, ist ein Satz aus dem Konzept des Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung. Das hat er allerdings nicht gesagt. Wir wissen, dass nur das gesprochene Wort gilt. Vielleicht wusste er zu dem Zeitpunkt bereits, dass es, wenn er es sagen würde, ein gebrochenes Wort werden würde.

Es ist in der Tat richtig, was hier ausgeführt werden sollte. Die Grundlage und eine wesentliche Hilfestellung für lebenslanges Lernen ist die Erwachsenenbildung. Das können wir überhaupt nicht bestreiten.

Nach den Worten der Kultusministerin ist "die einschneidendste Sparmaßnahme des Bildungssektors die vorgesehene Streichung von 7,2 Millionen DM in der Erwachsenenbildung. Das ist eine Reduzierung um fast ein Drittel". Darauf ist Frau Wolff nach ihrer eigenen Presseerklärung auch noch stolz, da sie sich selbst dafür lobt, nicht nach der Rasenmähermethode vorgegangen zu sein, sondern gezielt eingegriffen zu haben. Das heißt ja wohl, mit Absicht und Bedacht die Erwachsenenbildung zusammenzustreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine Schande!)

Diese massiven Kürzungen werden obendrein noch von der geradezu unverschämten Forderung begleitet, die Träger der Erwachsenenbildung mögen sich bitte über ihre eigenen Konzepte Gedanken machen und an ihrer eigenen Strangulation in finanzieller Hinsicht mitwirken.

In der Presseerklärung heißt es wörtlich, die Träger der Erwachsenenbildung seien aufgefordert, an einem tragfähigen Konzept mitzuarbeiten, damit das Weiterbildungsangebot und die kulturelle Arbeit der Volkshochschulen und der anderen Bildungseinrichtungen aufrecht erhalten werden könnten.

Erst drehen Sie den Hahn zu, und dann sagen Sie: Jetzt habt ihr die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass es weitergeht. - Das ist die Politik dieser Landesregierung, die Sie offensichtlich ständig mit Vertrauen ausstatten, sei es, wenn nötig, auch auf rechtswidrigem Wege.

Wir haben diese Aktuelle Stunde vielleicht deshalb beantragt, weil wir hoffnungslose Illusionisten sind und glauben, wir könnten Sie noch von Ihrem falschen Weg abbringen. Herr Koch, Frau Wolff, Herr Weimar, denken Sie noch einmal darüber nach. Verinnerlichen Sie den Kahlschlag in der Erwachsenenbildung, und geben Sie wieder Vertrauen in Ihre eigenen Versprechen und angeblich auch Überzeugungen. Der Kahlschlag muss unserer Meinung nach verhindert werden.

Auf Einladung der Kirchen waren Vertreter aller Fraktionen am Montag dieser Woche bei einem Gespräch über Erwachsenenbildung. Sie wissen es. Im Konkreten haben wir gehört, was die Kürzungen bedeuten, insbesondere in der Fläche. Sie wissen auch, dass es gerade in dem Bereich, wo man keine Geschäfte mit der Weiterbildung machen kann, umso wichtiger ist, die staatliche Förderung nicht zusammenzustreichen, weil das alle in Schwierigkeiten bringt und damit genau das Gegenteil dessen erreicht, was wir wollen, nämlich lebenslanges Lernen zu fördern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Für die Fraktion der F.D.P. spricht Frau Kollegin Henzler.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kann es nur peinlich werden! Oder sie nimmt es zurück!)

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Was soll ich denn zurücknehmen?

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Regieren ist viel einfacher, wenn man Überschüsse verteilen kann und sich in den Koalitionsfraktionen dann darüber streitet, wer jetzt noch mehr bekommt. Diese Zeiten sind vorbei.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Der Katzenjammer fängt überhaupt nicht an.

Sparen und Kürzen macht logischerweise keine Freude. Das haben auch Sie in den letzten Jahren erlebt. Das kann ich Ihnen auch als Sozialpolitikerin sagen. Es ist nicht ganz so einfach, sich zu überlegen, wo man streicht, wo man kürzt und wem man vielleicht das, was er braucht, lässt und noch mehr gibt. Aber ich denke, es ist die Aufgabe einer Regierung, verantwortlich zu handeln und auch dort Entscheidungen zu treffen.

Wir haben immer gesagt, wo die Schwerpunkte dieser Regierungskoalition liegen. Das haben wir in den Wahlkämpfen gesagt, und nach der Wahl haben wir auch so gehandelt. Wir haben gesagt: Unsere Schwerpunkte liegen im Bildungsbereich, und auf dieser Seite ganz besonders im Bereich der Schulen. - Da war der Nachholbedarf wahnsinnig groß. Dort haben wir Geld investiert, dort haben wir Geld in die Hand genommen, und dort haben wir die Situation erheblich verbessert. Sie wissen alle genauso gut wie ich, dass das Geld, das wir dort bisher investiert haben, bei weitem noch nicht ausreicht und dass dort noch erheblich mehr Geld hineingesteckt werden soll.

Auf der anderen Seite liegt das Spardiktat natürlich auch über dem Kultusministerium. Dann stellt sich die Frage: Wo spare ich, wenn ich mich darauf festgelegt habe, dass ich bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Schulen investiere? - Dann muss man gar nicht so weit in die Vergangenheit schauen, denn die Regierungen vor uns haben das genauso gemacht. Das Sparen bei der Erwachsenenbildung und bei den Volkshochschulen ist unter der Regierungszeit von Rot-Grün begonnen worden, und zwar mit sehr deutlichen Einschnitten. Das ist keine neue Idee.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt doch gar nichts mehr zu sparen! Das ist doch der Punkt!)

- Herr Kaufmann, es gibt natürlich etwas zu sparen. Man darf dann eben nicht einfach sagen: "So, ich habe jetzt weniger Geld, jetzt muss ich meine Tätigkeiten einstellen", sondern man muss einmal auf andere Ideen kommen und sich überlegen, wie man das machen kann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie den Kirchenvertretern nicht zugehört?)

An die Sozialverbände stellen wir Forderungen hinsichtlich Zusammenführung der Verwaltungen, Straffung und Zusammenführung der Angebote, Straffung und Zusammenführung des Beratungsnetzes. Es müssen nicht verschie-

dene Träger am selben Ort die gleichen Beratungsstellen anbieten. Die gleiche Diskussion geht bei den Trägern der Erwachsenenbildung weiter. Da müssen wir uns an die eigene Nase fassen. Auch das Land Hessen bietet über die HLZ und über das Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit Erwachsenenbildung an. Auch dort werden wir überlegen müssen, ob wir mit unseren Angeboten in Konkurrenz zu freien Trägern treten und ob man das nicht in irgendeiner Form zusammenfassen kann.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist sehr richtig, dass wir die freie Trägerlandschaft bei diesen Angeboten nötig brauchen, weil da verschiedene Werte vermittelt werden und gleich klingende Veranstaltungen von verschiedenen Trägern unterschiedlich ausgerichtet werden. Dennoch muss man auch da ein bisschen genauer hinschauen, wie man das umstrukturieren kann.

Ich darf Ihnen ein ganz konkretes Beispiel aus meiner Heimatstadt nennen. Dort hat ein liberaler Erster Stadtrat, zuständig für Kultur, schon vor Jahrzehnten einen Bund für Volksbildung gegründet, schon lange, bevor es überhaupt das Volkshochschulgesetz in Hessen gab.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dieser Bund für Volksbildung betreibt, seit es das Volkshochschulgesetz gibt, die Volkshochschule in Oberursel. Etwas sage ich Ihnen ganz einfach: Das ist ein eingetragener Verein. Er hat einen Geschäftsführer. Dieser Geschäftsführer ist unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten eingestellt worden. Er amtiert jetzt seit sechs Jahren.

(Zuruf der Abg. Hildegard Klär (SPD))

- Frau Klär, Sie sind die Vorsitzende, Sie haben das schon in der Zeitung angedeutet.

Seitdem arbeitet diese Volkshochschule sehr erfolgreich mit ständig steigenden Mitgliederzahlen und kostenmäßig vernünftig bzw. sogar kostendeckend. Dort wurde sehr schnell umgeschwenkt, als die ersten Kürzungen kamen, nämlich lange vor unserer Regierungszeit. Man hat gesagt: Wir werden auf die staatlichen Zuschüsse Stück für Stück verzichten müssen. - Frau Klär, Sie können das alles gleich hier erklären. Man hat von vornherein das Kursangebot umgestellt, ist sehr früh auf neue Medien gegangen, hat sehr früh Computerkurse angeboten, die ein großer Renner sind, die eine sehr große Nachfrage haben und für die die Menschen auch bereit sind sehr viel Geld zu bezahlen.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben alle Volkshochschulen gemacht, weil die Nachfrage da ist!)

Mit diesen Einnahmen kann man dann auf der anderen Seite Kurse finanzieren und subventionieren. Es gibt augenscheinlich genügend Menschen, die sich für Kurse in neuen Medien interessieren und die auch bereit sind, Kursgebühren zu bezahlen.

(Silvia Hillenbrand (SPD): Aber nur die, die das Geld auch haben! Auslese!)

- Frau Hillenbrand, es gibt selbstverständlich eine soziale Klausel in der Satzung der Volkshochschule in Oberursel. Wenn die Menschen es nicht selber tragen können, können sie einen Antrag stellen, und dann bekommen sie einen Zuschuss.

Es gibt genügend Menschen, die für gut geführte Kurse Gebühren bezahlen, und die sollen sie letztendlich auch bezahlen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Richtig! Ikebana sollte kostendeckend sein!)

Wenn die Menschen das nicht bezahlen können, dann sollen sie einen Antrag stellen, und dann bekommen sie einen Zuschuss darauf.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Ich denke, man sollte Kürzungen, die leider nötig sind, nicht einfach immer nur verdammen, sondern man sollte sie auch als Anregung nehmen, um Strukturen zu verändern und genauer hinzuschauen, was man sich noch leisten und was man sich nicht mehr leisten kann. Ich denke, wir werden in Gesprächen mit den Trägern der Erwachsenenbildung diesen Weg gehen und mit ihnen gemeinsam ein Stück weit eine kostengünstigere Umstrukturierung in der Erwachsenenbildung in Hessen anlegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Habermann für die Fraktion der SPD.

Heike Habermann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Opposition liest die Koalitionsvereinbarungen offensichtlich aufmerksamer als Sie, meine Damen und Herren von der CDU,

(Zuruf von der CDU: Das freut uns!)

denn auch ich möchte mit einem Zitat aus den Koalitionsvereinbarungen beginnen. "Die Koalitionspartner werden der Fortentwicklung der Erwachsenenbildung besondere Aufmerksamkeit widmen."

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wissen wir, was das heißt!)

Vielleicht sollten Sie ab und zu einmal da hineingucken. Denn dann könnten Sie jetzt nicht der beabsichtigten Kürzung der Zuschüsse für die Erwachsenenbildung in Höhe von 7,2 Millionen DM zustimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andernfalls werden die Träger der Erwachsenenbildung auf diese Art von Aufmerksamkeit, die Sie ihnen widmen, sicherlich lieber verzichten. Denn sie bedeutet, dass sie im kommenden Jahr auf 30% der Landesmittel verzichten müssen. Das sind keine "schmerzlichen Einschnitte", wie Frau Kultusministerin Wolff der Presse mit einer Träne im Knopfloch verkündete, sondern das nennt man in der Chirurgie Amputation.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während Chirurgen einem Patienten durch eine Amputation helfen wollen, zerstören Sie mit Ihren Kürzungsplänen eine funktionierende Struktur der Erwachsenenbildung.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

- Herr Grüttner, ich bin am Mikrofon lauter als Sie. Halten Sie einmal den Mund.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Aber Sie sind nicht besser, nur lauter!)

Weder die freien Träger noch die Volkshochschulen sind in der Lage, die Kürzungen aus eigenen Mitteln auszuglei-

chen. Gleichzeitig können die Teilnehmergebühren nicht beliebig erhöht werden, ohne dass nur noch bestimmte Bevölkerungsschichten die angebotenen Kurse bezahlen können. Die Folgen Ihres Streichkonzerts werden Personalabbau in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung, eine Reduzierung des vielfältigen Angebots und die Konzentration auf Kurse und Veranstaltungen sein, die auf dem Bildungsmarkt besonders nachgefragt werden und somit ihren Preis erzielen können.

Bildungsangebote, die soziale Kompetenz, gesellschaftliches und politisches Bewusstsein oder den Gemeinsinn zu fördern, werden durch die von Ihnen vorgegebenen Finanzierungsstrukturen in ihrem Bestand gefährdet. Dabei erfordert die zunehmende Komplexität unserer Gesellschaft im Alltags- und Berufsleben immer höhere Flexibilität und Bildungsbereitschaft sowie Angebote, die Fachwissen vermitteln, ebenso wie solche, die sich mit den Normen dieser Gesellschaft auseinandersetzen.

(Stefan Grüttner (CDU): Normen! Ich wäre sehr vorsichtig, wenn ich von Normen sprechen würde!)

Frau HENZLER, ich gebe es zu: Leider war die Erwachsenenbildung in Zeiten knapper Kassen schon immer ein willkommener Opfer von Sparmaßnahmen. Aber ich will ausdrücklich betonen, dass die rot-grüne Landesregierung den Trägern der Erwachsenenbildung in den vergangenen Jahren trotz angespannter Finanzlage Planungssicherheit für ihre Arbeit geboten und die Bezuschussung der Personalkosten mit 50% dauerhaft zugesichert hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie jedoch Ihre Kürzungspläne umsetzen, wird Hessen nicht mehr in der Lage sein, den gesetzlich verankerten Bildungsauftrag zu erfüllen. Hessen rutscht damit bei der finanziellen Förderung der Weiterbildung ans Ende der westlichen Bundesländer. Es ist ein Hohn, als Begründung eine Prioritätensetzung im Bildungsbereich anzugeben und gleichzeitig die gute Arbeit der Weiterbildungseinrichtungen zu loben. Kein Sparprogramm kann es rechtfertigen, dass das Land die finanzielle Verantwortung für den Weiterbildungsbereich auf die Träger abschiebt und damit jedem kundtut, wie wenig ihm die oft zitierte Forderung nach lebenslanger Bildung wert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Sparpläne hat Kultusministerin Wolff eine Strukturreform der Erwachsenenbildung angekündigt. Hier gilt, was für die meisten der von der neuen Landesregierung angekündigten Reformen gilt. Zuerst kürzen oder streichen Sie die Mittel. Danach wird überlegt, was man bei diesem Prozess als Reform verkaufen kann. Oder wo spielen im neuen Haushalt strukturelle Überlegungen über eine neue Kooperationsform von Volkshochschulen und den freien Trägern der Erwachsenenbildung über eine mögliche Zukunft der Heimvolkshochschule Fürsteneck als Landesmusikakademie oder die Entwicklung von Falkenstein eine Rolle? Nicht Reform ist Ihr Ziel, sondern Sie wollen nur kurzfristige Einsparungen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich fordere Sie nachdrücklich auf, Ihre Sparpläne bei den anstehenden Haushaltsberatungen zu überdenken, damit das Thema dieser Aktuellen Stunde - Kahlschlag in der Erwachsenenbildung - nicht Realität wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Dr. Lübcke hat das Wort für die Fraktion der CDU.

(Manfred Schaub (SPD): Das ist nicht der Nachrücker von Herrn Michel!)

Dr. Walter Lübcke (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Guten Morgen, Herr Schaub. Frau Kollegin Habermann, ich glaube, wir als Koalitionsfraktionen kennen unsere Koalitionsvereinbarungen sehr genau. Wir wissen auch, wodurch u. a. wir hier in Hessen die Wahlen gewonnen haben, nämlich durch die Unterrichtsgarantie. Die Eltern waren es leid, ihre Kinder nur zweit- oder drittklassig ausbilden zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): "Besonderes Augenmerk" heißt also Amputation!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mittelkürzungen für die hessischen Volkshochschulen und die Träger der Erwachsenenbildung ist auch für die CDU-Fraktion schmerzlich und schwierig. Aber sie ist notwendig, und, wie Sie sagten, Frau Habermann: Wir setzen Prioritäten, und wir haben Prioritäten gesetzt. Unsere Kultusministerin ist nicht mit dem Rasenmäher über den Haushalt gefahren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie brauchen doch das lebenslange Lernen!)

Der Förderungsanteil an der Volkshochschularbeit durch das Land Hessen vor der geplanten Kürzung betrug 10%. Das heißt, wenn wir diesen Betrag um ca. 7,2 Millionen DM kürzen, dann beläuft sich der Anteil nach der Kürzung auf annähernd 7%. Es wurde angesprochen, dass bereits 1996 ein größerer Betrag gekürzt wurde, ebenso in den Folgejahren.

(Michael Boddenberg (CDU): Ein 3%-Kahlschlag!)

Allen Beteiligten ist sicherlich bewusst - und das unterstreichen wir auch in diesem Hause -, dass die Erwachsenenbildung ein wichtiger Bereich innerhalb des gesamten Bildungskonzeptes ist. Doch angesichts der Hinterlassenschaft eines desolaten Haushaltes durch die abgewählte rot-grüne Landesregierung

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

müssen wir Schwerpunkte setzen, um ein Kollabieren der Finanzen zu vermeiden - um bei diesen medizinischen Fachbegriffen zu bleiben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Als Politiker stehen wir auch in der Verantwortung für die Startchancen unserer Jugend und unserer Kinder. Wir müssen sie optimal und gerecht ausbilden.

(Lothar Quanz (SPD): Wie ist es mit dem lebenslangen Lernen?)

Daher hat sich die CDU-Fraktion ausdrücklich für das Mammutprojekt der Umsetzung der Unterrichtsgarantie ausgesprochen. Denn unsere Kinder besuchen nur einmal

die Schule, und sie haben nur einmal die Chance, diesen Bildungsprozess zu durchlaufen.

Sicherlich wird durch die Vollversorgung an den hessischen Schulen auch dazu beigetragen, dass weniger Wissen später in aufwendigen Abendkursen an Volkshochschulen nachgeholt werden muss.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein völliges Missverständnis!)

Bei der schwierigen und angespannten finanziellen Lage aller öffentlichen Haushalte muss auch über das Preis-Leistungs-Verhältnis nachgedacht werden. Sicherlich gibt es Bereiche, in denen Volkshochschulen über den reinen Kostendeckungsgrad hinaus arbeiten. Dieser Überschuss - Frau Klär ist Vorsitzende eines solchen Vereins, und das wird dort sicherlich so praktiziert - kann in andere, Not leidende Bereiche transferiert werden.

Meine Damen und Herren, es muss auch darüber nachgedacht werden, ob der Eigenbeitrag der Teilnehmer erhöht werden kann. Das wurde hier bestritten, ich komme gleich noch zu einem Beispiel. Nach meiner Meinung ist das leistbar. Die Volkshochschule der Stadt Offenbach hat, wie der Presse zu entnehmen war, einen Etat von ca. 3,1 Millionen DM. Laut Aussagen der Kollegin Habermann, die eben vor mir gesprochen hat, sollen rund 150.000 DM der Landesförderung dort wegfallen. Sie beziffert diesen Betrag auf 20% des 3,1 Millionen-Etats, wie in der Zeitung zu lesen war. Bei dieser Aussage fällt auf, dass die SPD mit solch kleinen Rechenricks und -fehlern sowie durch Panik- und Angstmache versucht, von ihrem Versagen in ihrer unglücklichen achtjährigen Regierungszeit abzulenken.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, das wird immer dreister!)

Das Vorgehen von Rot-Grün in dieser Angelegenheit ist ein weiterer Beweis dafür, dass sie zu Recht ihre Regierungsverantwortung verloren haben. Auch nach meiner Überzeugung wird durch die Reduzierung der Fördermittel die Existenz der Erwachsenenbildung nicht gefördert. Die Presseverlautbarungen der linken Seite dieses Hauses sind nach meiner Überzeugung ein weiterer Beweis für die Panikmache. Bemerkungen über das Aus der Volkshochschule oder über Kahlschlag - um mit diesen Begriffen zu operieren - schüren unnötige Ängste in unserem Land. Vielmehr sollte die Opposition aufgefordert werden, sich mit uns an einen Tisch zu setzen, um mit den Betroffenen über die Zukunft und Chancen in der Erwachsenenbildung bzw. der Volkshochschularbeit zu reden.

(Zurufe der Abg. Silvia Hillenbrand und Lothar Quanz (SPD))

Auch werden die Träger der hessischen Erwachsenenbildung ebenso aufgefordert wie wir hier im Haus - das wurde ja bereits angesprochen -, durch eine konstruktive Aufgabenkritik mitzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, wir haben alle beobachtet, dass sich durch die veränderte Marktlage viele private Anbieter gerade im Weiterbildungsbereich, in der Erwachsenenbildung, etablieren. Sie arbeiten mit Gewinn und ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand.

(Lothar Quanz (SPD): Zu welchen Konditionen?)

Herr Quanz, sicherlich gehen die Aufgaben der Volkshochschule in viele Bereiche, die nicht wirtschaftlich betrachtet

werden können, z. B. in den sozialen, ethischen und kulturellen Bereich. Das wollen wir attestieren. Dort ist der Einsatz von öffentlichen Mitteln sicherlich erforderlich, um ein ansprechendes, attraktives Angebot vorzuhalten. Aber auch in diesen Bereichen sollte bedacht werden, dass Kurse nur ab einer bestimmten Teilnehmerzahl und nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

(Lothar Quanz (SPD): Das haben wir doch längst!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Sie müssen zum Schluss kommen, Herr Dr. Lübcke.

Dr. Walter Lübcke (CDU):

An den 33 hessischen Volkshochschulen haben 1997 über 39.000 Kurse stattgefunden, die von mehr als 461.000 Teilnehmern besucht wurden. Ich sage: Würde jeder Kursteilnehmer 10 DM pro Kurs bezahlen - bei einem durchschnittlichen Kursverlauf von zwölf Stunden also ein Betrag von unter 1 DM -, so halte ich das für den Teilnehmern zumutbar.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen also die Erhöhung der Teilnehmerbeiträge!)

Dadurch kämen schon 4,6 Millionen DM zusammen. Im Haushalt ist auch festzustellen, dass gerade die Kultusministerin im Bereich der neuen Technologien einen Betrag von 20 Millionen DM für die EDV-Ausstattung an den Berufsschulen eingesetzt hat. Wenn dies durch die Volkshochschulen genutzt wird, auch die Gebäude, die wir dort stehen haben, dann ist das ein weiterer Beitrag von uns zur Volkshochschularbeit.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere Sie alle auf, lassen Sie uns konstruktiv zum Wohle unseres Landes arbeiten, nicht durch Panikmache oder durch das Schüren von Ängsten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Peinlich, peinlich!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Protest der Opposition bei Kürzungen im Haushalt ist legitim und ein Ritual, er ist normal. Meine Damen und Herren, Frau Habermann war noch nicht im Parlament, aber Herr Kaufmann war schon im Parlament, als die SPD und die GRÜNEN in der letzten Legislaturperiode Väter und Mütter der Kürzungen im Bereich der Erwachsenenbildung gewesen sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie setzen noch einen drauf, darum geht es!)

Jetzt aber spielen Sie die Betroffenen in dieser Auseinandersetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, da nützt auch das Verlesen von Resolutionen der entsprechenden Betroffenen nichts. Wir

müssen uns hier in diesem Haus damit auseinandersetzen, welche Prioritäten zu setzen sind.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie wirklich einmal in den Bereich hineinhören und ernsthafte Gespräche mit den Beteiligten aus der Erwachsenenbildung führen - und die führen wir -, dann hören Sie dort sehr wohl, dass auch diejenigen, die aus dem roten und dem grünen Spektrum kommen, ihrerseits sagen: Wir wissen ganz genau, was in der letzten Legislaturperiode gekürzt worden ist, und wir wissen, dass in den letzten acht Jahren eine Haushaltspolitik betrieben worden ist, die alle Spielräume tot gemacht hat, die in acht Jahren rot-grüner Politik finanzielle Handlungsspielräume nicht eröffnet, sondern verschlossen hat.

Außerdem befinde ich mich mit 20 Millionen DM in der Tat in der Solidarität des Sparens im Kabinett. Ich werde mich in dieser Solidarität am Sparen beteiligen. Das Kultusressort wird seinen Beitrag leisten müssen. Wenn Sie sich einmal die Zahlen des Einzelplans 04 anschauen und sehen, wo die Spielräume im Bereich der Zuwendungen sind, dann werden Sie sehr schnell zu dem Ergebnis kommen, dass sich der Spielraum bei den so genannten Zuwendungen auf 10% verengt. Aus diesem Bereich sind Einsparungen zu erbringen. Dies führt mich in der Tat dazu, dass dann nicht das Prinzip weitergefahren werden kann, das in den vergangenen Jahren gegolten hat, dass nämlich über alles mit dem gleichen Prozentsatz hinweggegangen wird.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen ja die verschiedenen Möglichkeiten anbieten und fragen, von wo Sie es herhaben wollen: Wollen Sie es von der Hausaufgabenhilfe haben? Wollen Sie es von der Lernmittelfreiheit haben? Woher wollen Sie das Geld haben, das eingespart werden muss?

Da bin ich gezwungen zu sagen, nicht, was wichtig oder unwichtig oder was gut oder schlecht ist, sondern, was auf Platz eins und was auf Platz zwei der Prioritätenliste steht. Diese Entscheidungen haben wir in der Tat treffen müssen, und wir haben sie getroffen.

(Beifall bei der CDU)

Damit sind wir bei der Einsparquote von 30% und bei der Frage, wie wir sie verteilen und wie wir in diesem Bereich Aufgabenkritik wahrnehmen, um die Einsparerfordernisse nicht über alle Einrichtungen gleichermaßen zu ziehen, sondern Schwerpunkte zu setzen und zu entscheiden, an welchen Stellen die Wirksamkeit am größten ist und deshalb die Einsparbeträge am geringsten sein müssen. Wir werden diese Entscheidung treffen.

Wir werden auch über konzeptionelle und strukturelle Änderungen beraten, die notwendig sind. Die zwei Kollegen der Koalitionsfraktionen haben darauf hingewiesen, dass es noch immer gelegentlich Doppelangebote bei den Schulen für Erwachsene gibt. Es gibt noch immer Bereiche, wo bis jetzt noch nicht in dem Maße über Einsparbeiträge gesprochen worden ist, wo Sprachkurse und Ikebana, Computerkurse und politische Bildungsangebote gleichermaßen gefördert werden. Hier muss die eine oder andere Einrichtung prüfen, was sie tut. Hierbei muss es auch darum gehen, dass wir an bestimmten Stellen überlegen, ob die Organisationsänderungen, die bereits vollzogen worden sind, ausreichend oder ob weitergehende Organisationsänderungen sinnvoll wären. Wir werden mit Sicherheit auch über die Richtlinien zu verhandeln haben, denn es ist schlicht ein Wahnsinn, dass die Höhe der Förderung von Volkshochschulen

daran hängt, wie viele Hauptamtler dort beschäftigt sind. Hier werden wir etwas ändern müssen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kaufmann, Sie irren, wenn Sie sagen, die Träger der Erwachsenenbildung seien wegen der geplanten Kürzungen nicht bereit, sich mit solchen konzeptionellen Fragen auseinander zu setzen. Ich hatte die Träger, bevor in den Zeitungen stand, was wir an Kürzungen planen, zu einem Gespräch eingeladen. Damals haben sie ausdrücklich ihre Bereitschaft erklärt, an der Diskussion über diese konzeptionellen Fragen der Zukunft trotz der schmerzhaften Kürzungsvorschläge und -bemühungen teilzunehmen. Wir werden gemeinsam mit den Trägern der Erwachsenenbildung weiter beraten. Wir können nicht versprechen, dass wir von Kürzungen absehen, aber wir werden alle Anstrengungen unternehmen, diese Kürzungen so verträglich wie irgend möglich anzubringen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das war die Aktuelle Stunde zur Erwachsenenbildung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend eine Aktuelle Stunde (Gegen SPD-Versuche zur Verhinderung eines einheitlichen Wahlalters in Hessen) - Drucks. 15/386 -

Erste Wortmeldung, Frau Kollegin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD hat beschlossen, neue Schwerpunkte zu setzen. Nach der Rentendebatte, dem Sparpaket und der Erkenntnis, dass wir die Koalitionsvereinbarung Zug um Zug umsetzen - was Ihnen bekanntlich gerade im Bereich der Bildungspolitik sichtbare Schmerzen bereitet, denn Lehrer, Schüler und Eltern sind erstmals wieder zufrieden -

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

haben Sie nun endlich ein Thema gefunden, bei dem Sie uns frontal angehen wollen, wie es der Geschäftsführer der SPD, der Kollege Walter, nun mit einer Briefaktion plant: Verhinderung der Erhöhung des Wahlalters von 16 auf 18 Jahre.

Sie greifen eigentlich nach dem letzten Strohalm. Nach der verlorenen Landtagswahl, bei der Ihnen ausgerechnet die Jungwähler weggelaufen sind, folgt endlich das Zuckerbrot nach dem Motto: Liebe Jugendliche, bleibt doch endlich bei uns. - In der "Welt" von gestern habe ich gelesen: "Jung, jünger, CDU - 18- bis 30-Jährige wählen die Union, weil sie sie für fortschrittlicher halten als die SPD".

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es muss schlimm um Sie stehen. Aber auch beim Wahlalter sollten sachliche Gründe den Vorzug haben. Noch in der letzten Legislaturperiode haben einige Herren und Damen der SPD mit Bauchgrimmen der Herabsetzung des Wahlalters zugestimmt. Jetzt ist es anscheinend völlig anders.

Für uns gehören nach wie vor Volljährigkeit und Wahlrecht zusammen. Das ist unser Motto.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es geht uns nicht um Opportunismus und Effekthascherei - sonst würden wir, nach dem, was ich zitiert habe, das Wahlalter bei 16 Jahren belassen, aber dann würden Ihre Wahlergebnisse wahrscheinlich noch schlechter.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sachargumente gehören hier an die erste Stelle. Es ist doch für niemanden mehr nachvollziehbar, dass ein junger Mensch zwar noch nicht alle Entscheidungen selbst treffen darf, ohne Zustimmung der Eltern nicht selbst eine Zeitung abonnieren kann, erst mit 18 Jahren voll geschäftsfähig wird und den Führerschein erwerben kann, aber schon mit 16 Jahren in der Lage sein soll, auf kommunaler Ebene über Grundsatzfragen der Städte und Gemeinden zu entscheiden. Kommunalwahlen dürfen kein Experimentierfeld sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie scheinen die Kommunalwahlen im Vergleich zu den Bundes- und Landtagswahlen gering zu schätzen. Meine Damen und Herren der Oppositionsfraktionen, fangen Sie doch damit an, die Probleme junger Menschen aufzunehmen, z. B. ihre Probleme in der Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre aber auch nicht falsch, in dieser Sache ein bisschen gesunden Menschenverstand walten zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen ein einheitliches Wahlalter. Wir wollen, dass Rechte und Pflichten wieder im Einklang stehen und nicht voneinander abgekoppelt werden. Warum sind denn bei der niedersächsischen Landtagswahl 1996 so wenige 16- und 17-Jährige zur Wahl gegangen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt gar nicht!)

Glauben Sie, dass man sich künftig stärker in die Politik einbringt, wenn man einmal ein Kreuz machen darf? Bereits die Shell-Studie aus dem Jahre 1997 macht deutlich, dass Jugendliche durchaus bereit sind, sich zu engagieren, aber nicht in den herkömmlichen Formen, weil sie auf diese Weise nicht viel bewirken können. Sie wollen auf andere Art mitwirken.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Eine Beteiligung und Einbindung von Jugendlichen vor Ort sowie ihr aktives Mittun in unterschiedlichsten Formen bieten sich unserer Ansicht nach nach wie vor als sinnvolle Alternative zum Wahlalter ab 16 Jahre an.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Versuchen Sie doch mit uns gemeinsam, noch mehr Jugendliche und vor allem die Städte und Gemeinden für Jugendparlamente, Jugendforen und Jugendbeiräte zu gewinnen. Setzen Sie sich für die Partizipation von Jugendlichen vor Ort ein.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen Partizipation ohne echte Konsequenz!)

Kumulieren und Panaschieren lehnt die SPD ab. Sie halten die hessischen Bürger über 18 Jahre nicht für in der Lage, mehrere Stimmen einem Bewerber zu geben und über ihre Stimmenvergabe zu entscheiden, um mehr Einfluss zu neh-

men. Eine stärkere Bürgerbeteiligung, um gerade der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, hält die SPD-Fraktion für überflüssig.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen Sie sich doch selbst nichts vor. Weder Jugendliche noch Erwachsene können eine SPD ernst nehmen, die drängende Probleme nicht löst, die sich gegen eine stärkere Bürgerbeteiligung bei Kommunalwahlen sperrt und die einzig und allein noch die Kraft hat, mit einer Postkartenaktion gegen ein einheitliches Wahlalter vorzugehen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Das war die erste Rede der Frau Kollegin Lautenschläger in diesem Hause. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Ein Wort zu Zwischenfragen in Aktuellen Stunden. Die Redner haben in Aktuellen Stunden nur fünf Minuten. Deshalb ist es sehr problematisch, Zwischenfragen zuzulassen. Deshalb nehme ich die Redner in Schutz, wenn sie abwinken. Sonst pflege ich mich dafür einzusetzen, dass Zwischenfragen zugelassen werden.

Es geht weiter: Herr Kollege Walter, SPD.

Jürgen Walter (SPD):

Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kollegin, mit Verlaub, aber das war Unsinn, was Sie geredet haben, von wegen einziges Thema, das die SPD hat.

(Lachen bei der CDU)

Bleiben wir doch einmal bei den Tatsachen. Tatsache ist, dass wir das kommunale Wahlalter bei 16 Jahren haben und dass Sie, die Regierungskoalition, es als ausgesprochen wichtig ansehen, den jungen Menschen ihr Wahlrecht, das wir ihnen als Regierungskoalition in der vergangenen Legislaturperiode eingeräumt haben, wieder wegzunehmen. Es ist doch nicht so, dass das eine große Aktion von uns ist, sondern Sie sehen die große Notwendigkeit, Menschen im Alter von 16 bis 18 Jahren ihre demokratischen Rechte wieder wegzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Das ist lächerlich!)

Ich bin aber froh, dass die CDU uns Gelegenheit gibt, einmal Stellung zu diesem Thema zu nehmen. Bei der Frage nach dem richtigen Wahlalter wird mehr mit Bekenntnissen als mit Argumenten gearbeitet. Wenn die CDU den jungen Menschen zwischen 16 und 18 Jahren rundweg die Reife abspricht, auf kommunaler Ebene mitzuentcheiden, dann ist das ein reines Bekenntnis.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

- Ich versuche, zu argumentieren. Ich weiß, Argumente gefallen Ihnen nicht, weil man sich mit so etwas doch einmal auseinander setzen muss. - Zunächst einmal darf festgestellt werden, dass das Alter sicherlich das objektivste Kriterium ist. Es hat aber den Nachteil, dass es individuelle

Entwicklungen völlig außer Acht lässt. Das gilt genauso für das jugendliche Ungestüm wie für die Senilität des Alters.

(Stefan Grüttner (CDU): Wen sprechen Sie jetzt an?)

- Wen schaue ich an?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Jugendliche gelangen in unserer Gesellschaft immer früher zu persönlicher Reife und zu einer großen Urteilsfähigkeit. Sie sind nicht schlechter informiert als andere Altersgruppen und sie sind auch nicht weniger interessiert. Sie haben allerdings Recht, dass die Jugendlichen mehr an Einzelthemen interessiert sind. Man sieht das an dem großen Engagement in Vereinen, in Organisationen, auch in Parteien.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, auch in Ihren Parteien, bei den Jungen Liberalen und bei der Jungen Union, sind 16- bis 18-Jährige aktiv, die beispielsweise bei der Aufstellung örtlicher Bürgermeisterkandidaten innerparteilich mitentscheiden dürfen.

Meine Damen und Herren, wer den 16- bis 18-Jährigen die Reife abspricht, solche Entscheidungen zu treffen, der spricht auch seiner eigenen Parteijugend die Reife ab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Horst Klee (CDU): Quatsch! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, wenn es zu laut wird, rechne ich es nicht auf die Redezeit an. - Herr Kollege Walter, jetzt geht es wieder.

Jürgen Walter (SPD):

Ein weiteres Argument. Es wird die Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen angesprochen. Zunächst einmal ist es falsch, denn die Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen in Niedersachsen war höher als die der 18- bis 24-Jährigen. Aber Sie haben offensichtlich nicht vor, auch den 18- bis 24-Jährigen das Wahlrecht abzunehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ausschlaggebend ist aber, dass die Einräumung des Wahlrechts politisches Interesse weckt.

Meine Damen und Herren, wer den 16- bis 18-Jährigen rundweg die Reife abspricht, mitzuentcheiden, der ist nicht interessiert an den Belangen junger Menschen. Aufgrund ihrer Altersstruktur wird die Gesellschaft immer älter. Die bundesdeutsche Gesellschaft wird immer älter.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wir auch!)

Damit wird auch das Potenzial der Wählerinnen und Wähler immer älter. Die Einräumung eines kommunalen Wahlrechts für 16- bis 18-Jährige kann auch hier ein Gegengewicht schaffen.

Ich komme aber jetzt zu dem Hauptargument, das für das kommunale Wahlrecht spricht.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Jetzt erst? - Stefan Grüttner (CDU): Jetzt kommt ein Argument?)

Wenn man 16- bis 18-Jährigen auf kommunaler Ebene das Wahlrecht einräumt, führt dies zwangsläufig dazu, dass

sich die Parteien und die kommunalen Direktkandidatinnen und Direktkandidaten auch um diese Wählerklientel verstärkt kümmern müssen; denn die 16- bis 18-Jährigen werden dann auf kommunaler Ebene mitentscheiden - und wer mitentscheidet, um dessen Belange kümmert man sich auch.

Meine Damen und Herren, wer den 16- bis 18-Jährigen die Reife abspricht, auf kommunaler Ebene mitzuentcheiden, ist an den Belangen der jungen Menschen überhaupt nicht interessiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

Wir werden die Betroffenen, die 16- bis 18-Jährigen, über ihre Rechte aufklären, und wir werden sie zum Protest aufrufen. Dass Ihnen das nicht gefällt, kann ich gut verstehen. Ihre Forderung, den jungen Menschen ihr Wahlrecht wegzunehmen, ist reiner Populismus, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition. Da nützen auch Reden hier nichts.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Horst Klee (CDU): Völlig an der Lebenswirklichkeit vorbei!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Hahn für die F.D.P.-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungsfractionen von F.D.P. und CDU haben die Aktuelle Stunde heute nicht deshalb beantragt, um noch einmal ausführlich über das Wahlalter bei 16 oder 18 Jahren zu diskutieren, sondern wir haben die Aktuelle Stunde insbesondere deshalb beantragt, um den Menschen in diesem Lande deutlich zu machen, dass die SPD in diesem Lande keine anderen Sorgen hat, als die Frage zu erörtern, ob das kommunale Wahlalter bei 16 oder 18 Jahren liegen soll. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch das Spannende bei dieser Geschichte.

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir unterhalten uns über die Versorgung mit Unterricht an Schulen. Wir unterhalten uns über infrastrukturelle Maßnahmen. Aber was machen die Sozialdemokraten? Sie machen eine Postkartenaktion zu dem Thema, dass 16- bis 18-Jährige kommunal wählen dürfen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Interessenlage der hessischen SPD in diesem Jahre geworden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das muss man einfach einmal laut sagen, und das müssen die Sozialdemokraten auch zur Kenntnis nehmen, dass wir es gemerkt haben, dass sie sich verabschiedet haben aus der politischen Diskussion in diesem Lande, dass sie nicht mehr parat sind für Fragen der Bildungspolitik, dass sie nicht mehr parat sind für Fragen der inneren Sicherheit. Sie machen schlicht und ergreifend eine Postkartenaktion und meinen, die Frage des Wahlalters bei 16 oder 18 Jahren würde gegen diese Regierung mobilisieren. - Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihren Bemühungen. Der Postminister, die Deutsche Telekom oder die Post AG, wie die auch immer heißen mögen, freuen sich über das Porto. Ansonsten ist das alles nur eine Luftblase, die deutlich macht, wie tief die SPD in Hessen bereits in diesem Jahr gesunken ist. Das

von dieser Stelle aus zu sagen ist die Aktuelle Stunde bereits wert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Sie haben vor einem Vierteljahr versucht, ein anderes Thema beim Kommunalwahlrecht hochzuziehen. Herr Kollege Walter, damals hieß es - das war noch verbunden mit dem Namen des Landesvorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden, meines Kollegen, der offensichtlich heute Morgen noch nicht hier ist -, man wolle sich gegen Kumulieren und Panaschieren einsetzen. Da hieß es, es gebe große Aktionen, jeder Unterbezirk werde Aktionen starten gegen das Kumulieren und das Panaschieren, weil das so falsch und so teuer sei.

Ich habe mit Freude die Äußerung meines Kollegen Karwecki beim "FAZ"-Forum vor einer Woche zur Kenntnis genommen, dass die Sozialdemokraten nunmehr weggehen von dieser Verhinderung von mehr Demokratie auf kommunaler Ebene.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

Es ist zu begrüßen, dass Herr Karwecki dort für die SPD-Landtagsfraktion erklärt hat, dass man sich auch ein Persönlichkeitswahlrecht auf kommunaler Ebene vorstellen kann. Ich kann mir vorstellen, dass es jetzt schwer ist, ganz schnell auf unser Modell zu kommen.

(Rolf Karwecki (SPD): Ihr Modell ist eine Mogelpackung!)

Deshalb will er erst einmal das Zweitstimmen-Wahlrecht auf kommunaler Ebene einführen, wie es bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl ist. - Herr Karwecki, kommen Sie gleich her. Dann können Sie es klarstellen, falls ich etwas Falsches gesagt habe. Aber ich habe es in der Zeitung auch so gelesen, und außerdem war ich dabei gewesen.

Das heißt, die erste Aktion war: Wir sind gegen mehr Demokratie auf kommunaler Ebene. Wir sind gegen Kumulieren und Panaschieren. - Das ist eingestampft worden, und jetzt kommt die große Aktion: Wir sind für das Wahlalter bei 16 Jahren. Das ist die Demokratie, die wir auf kommunaler Ebene wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die F.D.P. hat sich von Anbeginn an gegen die Einführung des Teenager-Wahlrechtes in Hessen ausgesprochen. Wir sind der Auffassung, dass die Volljährigkeit ein Schnitt ist, und der ist bei 18 Jahren angelegt. Wir halten es für schlicht nicht nachvollziehbar, dass ein 17-Jähriger, wenn er sich ein Moped kaufen will, dazu die Unterschrift von Papa oder Mama braucht, auf der anderen Seite aber wählen gehen kann. Das passt logisch einfach nicht zusammen. Das hat nichts damit zu tun, dass irgendwelche Rechte beschnitten werden sollen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das hat etwas damit zu tun, wo man bei dem System einen Schnitt macht, und der ist nun einmal bei der Volljährigkeit, bei 18 Jahren. Aus diesem Grunde hat man in den Koalitionsgesprächen zwischen CDU und F.D.P. entschieden, dass wir das Wahlrecht wieder dorthin bringen, wo es über viele Jahre und Jahrzehnte in Hessen war, nämlich bei 18 Jahren.

Ein letzter Satz. Ein Kollege der CDU, der im Rechnen viel fitter ist als ich, hat eben erkannt, dass der Spruch

falsch ist, dass wir irgendjemandem, der jetzt das kommunale Wahlrecht hat, irgendetwas wegnehmen werden.

(Rolf Karwecki (SPD): Das ist nachweisbar so!)

Denn die Kommunalwahl findet bekanntlich im Jahre 2001 statt. Das heißt, jeder 16-Jährige von heute ist dann 18 Jahre alt und wird im März des Jahres 2001 wahlberechtigt sein.

(Rolf Karwecki (SPD): Das ist falsch!)

Aber wir geben den jetzt 14- und 15-Jährigen nicht das Wahlrecht für 2001.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

- Herr Karwecki, seien Sie doch ganz entspannt. Ich weiß, dass Sie das Thema nicht besonders interessiert. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb Sie jetzt so hereinrufen. - Wir nehmen keinem das Wahlrecht weg, der es jetzt hat.

(Rolf Karwecki (SPD): Das stimmt nicht! Sie können nicht rechnen!)

Es wird aber keinem das Wahlrecht gegeben. Ab dem Jahre 2001 gilt in Hessen genau wie überall: Mit 18 Jahren ist man volljährig, dann darf man wählen, dann darf man Mopeds alleine kaufen. So wird es auch zukünftig in Hessen sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Kollege Al-Wazir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU: Jetzt kommt etwas Neues!)

Herr Hahn, Sie haben wohl in Ihrer Jugend ein Problem mit Mopeds gehabt. Es scheint ein Trauma gewesen zu sein, dass vielleicht Ihre Eltern gesagt haben, Sie dürften keines haben, als Sie 17 Jahre alt waren.

(Rolf Karwecki (SPD): Er kann nicht rechnen!)

Wenn das Thema wirklich so lächerlich ist, wie Sie es gesagt haben, warum haben Sie dann eigentlich eine Aktuelle Stunde beantragt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rolf Karwecki (SPD): Zeitklau!)

Die Frage haben Sie uns nicht beantwortet. Meine Damen und Herren, Kollegin Lautenschläger hat die Shell-Jugendstudie angesprochen. In der Shell-Jugendstudie stehen sehr viele relativ interessante Sachen. Ein Schlüsselsatz in dieser Shell-Jugendstudie war, dass es nicht so ist, wie diejenigen, die Politik machen, meistens denken, dass nämlich die Jugendlichen insgesamt politikverdrossen sind, sondern dass die Jugendlichen glauben, dass die Politik nicht an ihnen interessiert ist. Insofern könnte man sagen, es gibt keine Politikverdrossenheit der Jugend, sondern eine Jugendverdrossenheit der Politik. Das ist genau der Punkt, um den es eigentlich geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Geschwätz!)

Dieses Empfinden der jungen Menschen zeigt, wenn man einmal genau dahinter schaut, dass es darum gehen muss,

Regelungen zu schaffen, die genau diesen Interessen entgegenkommen. Das bedeutet, dass man den Jugendlichen auf der einen Seite Möglichkeiten zur Partizipation geben muss, und zwar bei kommunalpolitischen Entscheidungen und Planungen. Das haben Sie schon angesprochen. Man muss zweitens - und das haben wir in der letzten Legislaturperiode deswegen gemacht - sagen: Wir wollen Jugendparlamente fördern, wir wollen ihre Beteiligung fördern; wir wollen die Beteiligung bei Planungen und Vorhaben der Kommunen und wollen, dass diese Jugendlichen angehört werden, dass sie ein Vorschlagsrecht haben.

All das haben wir in der HGO und in der HKO geändert. Das ist die eine Seite der praktischen Partizipation. Die andere Seite ist, und die gehört dazu - das ist der zweite Schuh -, dass man das Wahlalter auf 16 Jahre senkt.

Ein Gutes hat diese Aktuelle Stunde: Erstens hat es ein sehr Gutes, dass ich zum ersten Mal so richtig von einer CDU-Abgeordneten gehört habe, dass die Partizipation und Beteiligung von Jugendparlamenten und Jugendforen, die wir in die letzte Änderung der HGO aufgenommen haben, eine sehr gute Sache ist. Wenn ich mich recht erinnere, gab es da ganz andere Diskussionen, als wir das in der HGO geändert haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das zweite Gute an der Debatte ist - ich war ja in der Koalition, die das gemacht hat -, dass die hessische Sozialdemokratie jetzt endgültig und völlig hinter dem Wahlalter 16 Jahre steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Insofern muss man in der Politik einen langen Atem haben. Man setzt sich durch, selbst wenn sich in irgendeinem Fall die Regierung einmal ändern sollte, zumal die CDU, was die Jugendforen und das Jugendparlament betrifft, ihre Meinung inzwischen geändert zu haben scheint. Das ist etwas Gutes, auch wenn die Heraufsetzung des Wahlalters etwas Schlechtes ist.

Ich will noch zwei Sachen sagen. Ich glaube, dass die Frage - Herr Hahn versuchte es mit dem Punkt Moped und Wählen - -

(Zuruf von der CDU: Haben Sie auch ein Trauma?)

- Ich habe kein Trauma, nein, nein. Ich könnte Ihnen ganz andere Geschichten erzählen.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Ich war zu der Zeit woanders und bin da schon Auto gefahren. Aber gut.

(Zurufe von der CDU: Ui!)

Ich glaube, dass es doch durchaus bedenkenswert sein müsste, dass es auf der einen Seite - und das ist die Frage, was man mit 18 Jahre kann oder nicht kann - bis heute möglich ist, mit 17 Jahren freiwillig zur Bundeswehr zu gehen, und dass es ganz viele Jugendliche gibt, die mit 14 Jahren eine Entscheidung treffen, die ihren ganzen Lebensweg betrifft, nämlich die Entscheidung der Berufswahl. Dazu sagt keiner: Eigentlich müssten die noch länger in der Schule bleiben und dürften jetzt keine Lehre beginnen, damit sie sich einmal mehr Gedanken machen, wie es eigentlich weitergehen soll.

(Widerspruch bei der CDU und der F.D.P.)

Auf der anderen Seite wird aber gesagt, auf der kommunalen Ebene, da, wo man ganz genau sieht, was passiert, wo Jugendliche ganz genau sehen können, wie sie Entscheidungen konkret betreffen, dürfen sie nicht mitbestimmen.

(Zurufe von der CDU: Wer unterschreibt denn den Ausbildungsvertrag?)

Meine Damen und Herren, das passt nicht zusammen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das passt!)

Ich glaube, die Wahlbeteiligungen sind ein sehr schlechter Gradmesser. Jürgen Walter hat schon gesagt, die Gruppe der 16- und 17-Jährigen in Niedersachsen habe eine höhere Wahlbeteiligung als die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen gehabt.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie nach Wahlbeteiligung gehen, dann müsste man sich ganz andere Fragen stellen. Dann müsste man sich zum Beispiel bei der Landratswahl im Main-Taunus-Kreis die Frage stellen, ob man diese Direktwahl für alle überhaupt haben will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wahlbeteiligungen sind ein ganz schlechter Gradmesser. Es fällt nämlich auf einen selbst zurück. - Ich sage zu guter Letzt, es wird zum Teil die Argumentation gebracht, wie die Jugendlichen denn wählen. Sie wissen, dass sich das relativ schnell ändern kann.

Präsident Klaus Peter Möller:

Sie müssen zum Schluss kommen.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Es ist ein Wesen von Jugend, das sich relativ viel relativ schnell verändert. Da wäre ich einmal nicht so sicher, dass das auf ewig so bleibt.

(Ministerpräsident Koch: Das müssen Sie hoffen!)

Ich glaube, dass das Argument nicht davon abhängig gemacht werden sollte, wie die Leute wählen, sondern ich glaube schlicht und einfach, dass wir ein Instrument geschaffen haben, das eine stärkere Beteiligung von 16- bis 17-Jährigen in der Kommunalpolitik verankern soll. Ich finde es hochgradig falsch, dass Sie das jetzt abschaffen. Ich finde Ihre Argumentation auch deshalb falsch, weil es eben noch überhaupt keine Kommunalwahl gegeben hat, wo man die Argumentation, die Sie immer vorbringen, in irgendeiner Form verifizieren konnte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn es denn so wäre, dass Sie das von realen Erfahrungen abhängig machen wollen, dann müssten Sie, wenn Sie in irgendeiner Form an der Sache orientiert wären, eigentlich die Kommunalwahlen 2001 abwarten und danach mit der Diskussion anfangen. Jetzt ist Ihr Handeln nur mit ideologischen Gründen erklärbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Wir stellen Fehler gleich ab! - Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Al-Wazir, wie mache ich einem 16-Jährigen klar, dass die Redezeit abgelaufen ist, wenn mir das bei Ihnen schon nicht gelingt? - Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

(Stefan Grüttner (CDU): Herr Innenminister, stellen Sie auch fest, dass die SPD sehr stark bei dem Thema engagiert ist?)

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst möchte ich Herrn Kollegen Al-Wazir Recht geben. Ich bin auch etwas erstaunt, dass die Sozialdemokraten an diesem Punkt mit großem Einsatz fechten, auch wenn sie jetzt nicht da sind. Ich erinnere mich an die Debatten, als das damals, in der letzten Koalition unter SPD und GRÜNEN, diskutiert wurde. Da hatte man nicht den Eindruck, dass die SPD das für so spannend hielt. Es mag aber sein, dass sie jetzt eine andere Position einnimmt.

Ich will dazu nur zwei Punkte sagen. Kollegin Lautenschläger und Kollege Hahn haben die Position der Koalition und auch der Landesregierung vorgetragen. Zwei Fragen müssen wir trennen: Wie wir es vernünftigerweise schaffen, junge Menschen für das politische Geschehen und das Gemeinwesen zu interessieren, das ist ein Thema, das uns grundsätzlich und immer interessieren muss und wo wir nach Wegen suchen müssen. Das ist völlig in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Wo wir unterschiedlicher Meinung sind, das ist, dass wir glauben und davon überzeugt sind, dass diese Herabsetzung des Wahlalters - auch noch für eine bestimmte Wahl - der falsche Weg ist. Die Argumente sind nicht neu. Sie sind da. Sie brauchen nicht ideologisch verbrämt oder verblendet werden.

Sie haben keine Argumente dafür vorgetragen, warum sie Volljährigkeit und Wahlalter splitten. Ich will mich nicht auf die schiefe Bahn begeben, zu diskutieren, wann junge Menschen reif sind und wann nicht. Es gibt sicher 16-Jährige - es mag auch 15-Jährige geben -, die sehr interessiert sind und mit großem Interesse die Politik verfolgen und sehr begründete Positionen einnehmen können.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig! Und die dürfen nicht wählen!)

Es gibt 20-Jährige, vielleicht auch 50-Jährige und Ältere, die an den Dingen überhaupt kein Interesse haben und eine sehr emotionale Entscheidung abgeben.

(Stefan Grüttner (CDU): So ist es!)

Wenn Sie das nicht willkürlich entscheiden wollen, müssen Sie einen objektiven Maßstab wählen. Der objektive Maßstab ist nach meiner Überzeugung die Volljährigkeit. Das Gesetz definiert, dass jemand mit 18 Jahren uneingeschränkt über seine Belange entscheiden kann. Wir billigen ihm durch Gesetz zu, dass er alles das, was er für sich selbst, aber auch für die Gemeinschaft tun will, alleine entscheiden kann, und zwar selbstständig. Deshalb ist auch der Vergleich mit der Berufsausbildung falsch. Der 18-Jährige kann alleine entscheiden. Der 16-Jährige kann es nicht. Er braucht im Zweifelsfall seine Erziehungsberechtigten.

Wir brauchen doch darüber nicht zu streiten, ob man mit 16 oder 17 Jahren klug oder weise ist. Die Willkürlichkeit

Ihrer Koalitionsdiskussion von damals - und interessant ist, dass die überall dort aufkam, wo die GRÜNEN in die Landesregierung kamen, die SPD hatte doch nie diese Idee - liegt darin, dass man genau so gut sagen könnte: mit 17 oder mit 15 Jahren. Warum denn gerade mit 16 oder 17 Jahren? - Das ist eine reine Willkürlichkeit. Wenn wir das Ganze einmal entkleiden von Vordergründigkeit: Sie hatten den Versuch unternommen, jungen Menschen damit ein Angebot zu machen. Das unterstelle ich einmal. Sie hatten natürlich die Absicht, ihnen ein Signal zu geben nach dem Motto: "Wir sind für die Jugendlichen ein besonderer politischer Ansprechpartner". Das war in der Sache nie begründet. Die Wahlergebnisse zeigen es in letzter Zeit auch nicht. Sie geben dabei aber etwas auf, was einfach zwingend ist: eine Kopplung von Volljährigkeit und Wahlalter.

Es kann nicht sein, dass jemand zu Fragen des allgemeinen Zusammenlebens, der Gesellschaftsordnung selbstbestimmt eine Entscheidung abgeben soll und Sie in allen anderen Dingen sagen: Da darfst du noch nicht selbst entscheiden. - Das ist mehrfach gesagt worden. Das kann doch nicht richtig sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es auch für falsch, dass man die Kommunalwahl sozusagen als Wahl minderer Ordnung begreift nach dem Motto: "Wir könnten dieses einmal als Experimentierfeld betrachten".

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Bouffier, lassen Sie eine Frage von Herrn Becker (Gießen) zu?

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Im Moment nicht. Ich möchte das gern zu Ende führen. - Ich halte es nicht für gut, dass man das Wahlalter bei verschiedenen Wahlen splittet, weil dann automatisch der Eindruck aufkommt, Kommunalwahlen seien nicht so bedeutsam. Da könne man auch einmal üben. Das halte ich für den völlig falschen Ansatz. Für die beiden Argumente Volljährigkeit und Splitten brauche ich keinen Feldversuch bei der Kommunalwahl, um festzustellen, dass dies falsch wäre. Deshalb habe ich für die Landesregierung im Rahmen der Kommunalnovelle und der Kommunalrechtsnovelle vorgeschlagen, dass wir das wieder reparieren. Ich halte dies für sinnvoll, und wir werden das auch tun.

Wenn die Sozialdemokraten jetzt - Herr Al-Wazir, es kann ja sein, dass die SPD inzwischen den GRÜNEN bei dieser Position hinterherläuft; das ist für mich nicht so entscheidend - eine Postkartenaktion machen, dann finde ich das richtig gut. Wissen Sie, warum? Da haben wir nämlich endlich Gelegenheit, das Thema sehr breit zu erörtern und alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bekommen wirklich einmal mit, was sie das letzte Mal beschlossen haben, und sie bekommen mit, dass dies ein Fehler war, dass diese Regierung den Fehler wieder ausbügelt und das zusammenfügt, was zusammeng gehört. Wer wählen darf, soll volljährig sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Frage.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Becker (Gießen)!

Günther Becker (Gießen) (SPD):

Herr Minister, sie sind eben teilweise darauf eingegangen, aber vielleicht können Sie das noch einmal ausführen: Sind nicht doch die eigene Gemeinde und der eigene Landkreis das geeignete Feld zur Einübung in demokratische Verhaltensweisen und Rechte?

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abg. Becker, die Einübung demokratischer Verhaltensweisen und demokratischer Rechte beginnt bei mir viel früher als mit dem 16. Lebensjahr.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Stefan Grüttner (CDU): Sehr gut!)

Dieses Üben, für das ich sehr bin, sollte so früh wie möglich entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstand geschehen. Das ist sicherlich eine Aufgabe für die Schule und vielleicht sogar für die Zeit davor. Ich bin jedoch entschieden dagegen, dass wir die Kommunen zum Übungsfeld erklären nach dem Motto: "Dort kommt es nicht so sehr darauf an". Das halte ich schlicht für falsch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Günther Becker (Gießen) (SPD))

Es ist auch schlicht unlogisch. Wenn Sie Recht hätten, dass 16-Jährige mittlerweile so weit sind, dass man ihnen generell die Reife zusprechen kann: Warum kommen Sie denn eigentlich nicht auf die Idee und sagen: "Dann setzen wir doch das Volljährigkeitsalter auf 16 Jahre herab"? Das wäre doch wenigstens logisch.

Aber das macht keinen Sinn. Sie merken es doch selbst, dass Sie einen Bruch in der Argumentation haben. Noch nie haben Sie gefordert - zumindest kenne ich es nicht -: Wir haben eine gesellschaftliche Entwicklung, in der 16-Jährige heute soweit sind, dass sie vollständig die Dinge selbst entscheiden können. - Darüber mag man streiten. Aber dann müssten Sie doch konsequenterweise sagen: Jawohl, dann lasse sie entscheiden. - Aber dann müssen sie auch volljährig sein.

Gerade Ihre Partei - und teilweise auch die SPD - führt eine Debatte in anderen Bereichen - wenn es z. B um das Strafrecht geht, wo wir das Recht der Heranwachsenden haben -, wo mit guten Gründen vertreten wird, ein 20-Jähriger sei in seiner Entwicklung noch nicht einem Erwachsenen gleichzustellen, und deshalb müsse man ihn nach Jugendstrafrecht behandeln. Darüber wird seit Jahren gestritten. Aber auch das passt nicht zusammen. Deshalb möchte ich wirklich darum bitten: Nehmen wir Abstand von einer willkürlichen Setzung, wer denn nun reif ist und nicht reif ist, und bleiben wir bei der wohlherwogenen und wirklich bewährten Konstruktion, dass wir sagen: Volljährigkeit - wir hatten in Hessen und in Deutschland einmal 21 Jahre; dann waren es 18 Jahre, das war ein Entwicklungsprozess - und Wahlrecht gehören zusammen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Nolte zu?

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Ich möchte zum Abschluss kommen, Herr Präsident. - Das Wahlrecht soll nicht die billige Münze sein, mit der eine jeweilige Parteienkonstellation sich bemüht, sich anzubiedern. Wenn das Wahlrecht das vornehmste Recht des

Staatsbürgers ist, dann darf es nicht zur billigen Münze verkommen. Dann kann das Wahlrecht nicht von der Volljährigkeit abgekoppelt werden. Deshalb wird die Landesregierung ihre Änderungsnovelle vorlegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Den Oppositionsparteien sind noch drei Minuten zugewachsen. - Herr Kollege Karwecki!

Rolf Karwecki (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen machen. Erster Punkt. Es weiß jeder, dass ich selbst gewisse Zweifel in der Frage habe, ob es richtig ist, 16-Jährigen das aktive kommunale Wahlrecht zuzugestehen. Aber wir haben es so entschieden. Ich halte nichts davon, dass wir rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln machen. Das ist der erste Punkt. Das sorgt für Verunsicherung.

(Zurufe von der CDU)

Der zweite Punkt, den ich hier vortragen wollte, ist, dass ich feststelle, dass Herr Kollege Hahn überhaupt nicht rechnen kann. Er hat nämlich gesagt: Es wird den Jugendlichen nichts weggenommen. - Natürlich wird ihnen etwas weggenommen. Wie war es denn am vergangenen Wochenende? Wie viele Jugendliche haben in Offenbach oder sonstwo ihren Oberbürgermeister oder ihren Bürgermeister gewählt? Sie dürfen, wenn sie 16 Jahre alt geworden sind oder sechszehneinviertel Jahre, im März 2001 bei der Kommunalwahl - wenn Sie Ihr Vorhaben verwirklichen - ihr Stadtparlament nicht mitwählen. Aber einen Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Landrat dürften sie wählen. Es wird also einer Gruppe von Jugendlichen nachweisbar etwas weggenommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, damit ist die dritte Aktuelle Stunde abgehalten worden.

Ich komme zu dem nächsten Tagesordnungspunkt, **Tagesordnungspunkt 2:**

Regierungserklärung der Kultusministerin betreffend "Erster Schritt zur Unterrichtsgarantie - Neuaufbruch an Hessens Schulen"

verbunden mit **Tagesordnungspunkt 32:**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Sicherung des Vertretungsunterrichts an Hessens Schulen - Drucks. 15/387 -

und - heute Vormittag verteilt - **Tagesordnungspunkt 33:**

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Korrektur verfehlter rot-grüner Politik im Bereich Vertretungsunterricht an hessischen Schulen - Drucks. 15/392 -

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstmals seit vier Jahren erfahren die Menschen in Hessen

ganz erstaunt, dass ein ehrgeiziges Versprechen auch wirklich Schritt für Schritt erfüllt wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das neue Schuljahr hat begonnen. Es ist mittlerweile dreieinhalb Wochen alt. Ich habe durchaus den Eindruck, dass an vielen hessischen Schulen - wenn nicht sogar an den meisten - Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer mit Zufriedenheit und Zuversicht in das neue Schuljahr gestartet sind, die Schülerinnen und Schüler, weil sie viele junge Lehrer bekommen haben, die Lehrerinnen und Lehrer, weil sie in ihrer pädagogischen Arbeit durch zusätzlich eingestellte Kolleginnen und Kollegen täglich unterstützt werden, und die Eltern, weil endlich eine Landesregierung ihre Sorgen und Nöte verstanden hat und sich mit aller Kraft - mit sehr viel Kraft, sage ich dazu - daran gemacht hat, den massiven Unterrichtsausfall, der noch im letzten Schuljahr zu verzeichnen war, wirklich zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Menschen merken, dass es die Landesregierung wirklich ernst meint mit ihrem Versprechen, dass sie es ernst meint mit den Bildungschancen der Jugend, die heute in der Schule ist. Das belegen auch die öffentlichen Reaktionen in vielen Diskussionen bei vielen Schulbesuchen, die ich mache, und nicht zuletzt belegt das auch die Resonanz beim Elterntelefon, das gerade für dieses Jahr beschlossen worden ist.

Die Menschen haben kaum geglaubt, dass wir diesen Kraftakt wirklich durchsetzen würden. Sie anerkennen, dass die Probleme nicht auf einmal beseitigt werden können, dass sich die Verhältnisse aber immerhin merklich verbessert haben. So erklärt sich auch, dass es mir bis heute nicht gelungen ist, in den Besitz des Scheckheftes der GRÜNEN zu gelangen, mit denen sich die Menschen über die Missstände und Mängel bei uns beschweren sollten.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Armutszeugnis! Das können Sie jeden Tag lesen!)

- Sie sollten sich mit diesem Scheckheft über uns beschweren. Ich kenne es nicht.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine schwache Leistung!)

Damit stelle ich fest: Ein erster großer Schritt ist getan, der dazu führt, dass wir den Unterrichtsausfall von rund 100.000 Stunden wöchentlich zum Schuljahr 1999/2000 mit 43.000 Wochenstunden zusätzlich nahezu halbiert haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Damit konnten wir in die Schulen das eindeutige Signal geben, den Lehrermangel beheben zu wollen. Ich sage bewusst, dass dieses ein großer Schritt war, dem weitere Schritte folgen müssen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie haben aber anderes versprochen!)

Aber niemand in der neuen Landesregierung hat versprochen, dass das von SPD und GRÜNEN acht Jahre lang ignorierte Problem innerhalb von viereinhalb Monaten gelöst werden kann.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unterrichtsgarantie!)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole das Folgende an dieser Stelle ganz bewusst, weil das Stichwort dazu gerade

wieder genannt wurde. Ich weiß, dass Sie von der Opposition landauf, landab durch die Gegend reisen und den Menschen erklären, wir hätten eine Unterrichtsgarantie für dieses Schuljahr gegeben. Das ist falsch. Das wissen Sie auch. Das wissen Sie definitiv.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind in allen Diskussionen und in allen schriftlichen Dokumenten damit angetreten, dass wir gesagt haben, die Unterrichtsgarantie wird innerhalb von vier Jahren erfüllt werden. Das heißt, dass die Stundentafel, die Sie 1993 verordnet haben, bis zum Ende dieser Legislaturperiode erfüllt werden wird, und zwar landesweit. Das bedeutet, dass die 100.000 Stunden, die bisher eben ausgefallen sind, unterrichtet werden müssen. Das sind 100.000 Stunden mehr, als im vergangenen Schuljahr in allen Schulen und Schulformen in Hessen unterrichtet wurden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Wir haben eine große Kraftanstrengung unternommen. Ich will mich an dieser Stelle hier ausdrücklich bei allen meinen Kabinettskollegen bedanken, die in ihren Ressorts zum Teil berechnete Ansprüche zurückstellen mussten, damit der Bildungspolitik absolute Priorität eingeräumt werden konnte und die Unterrichtsgarantie nun schrittweise eingelöst werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Wir haben viel Geld in die Hand genommen, um diesen ersten Schritt zu bewältigen. 64 Millionen DM wurden zusätzlich im Nachtragshaushalt eingestellt und 267 Millionen DM in den nächsten Haushaltsentwurf. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass es im Sinne guter Chancen unserer Kinder und Jugendlichen dringend geboten war, ihnen die Möglichkeit des Unterrichts, die Zeit zum Lernen zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um sich bestmöglich auf ihren weiteren Lebensweg vorzubereiten. Ansonsten müsste man einer Generation sagen, dass sie die Generation der Verlierer in unserem Lande ist.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wir haben sogar mehr getan, als wir im Wahlkampf versprochen hatten. Auch dies will ich sehr deutlich sagen. Wir haben zum neuen Schuljahr nicht nur 43.000 Stunden zusätzlich in die Klassen gebracht und die Grundunterrichtsversorgung darüber hinaus noch weiter verbessert. Vielmehr haben wir Mittel im Wert von 300 Lehrerstellen für Vertretungsunterricht bereitgestellt. Das heißt: Wir halten nicht nur Wort, sondern wir gehen an dieser Stelle noch einen ordentlichen Schritt weiter. Auf diesen Punkt zurückzukommen habe ich allerdings Anlass.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur die Grundunterrichtsversorgung erheblich verbessert. Wir sind auch wieder zu einem fairen Umgang mit den Lehrerinnen und Lehrern zurückgekehrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Wir haben den Lehrkräften mit 80%-Zwangsteilzeit-Beschäftigung das Angebot gemacht, auf 100% aufzustoßen. Wir haben die Vorarbeit bei den 35-jährigen bis 50-jährigen Lehrkräften auf solide rechtliche Füße und eine faire Be-

handlung gestellt. Wir haben zugesagt, die vorgearbeiteten Stunden ab dem Jahre 2008 wieder jährlich zurückzuerstaten. Wir haben die Vorarbeit von der Altersermäßigung entkoppelt.

Last, but not least hat sich die neue Landesregierung der Qualitätsdefizite angenommen und mit Änderungen des Schulgesetzes erste Konsequenzen gezogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will die wesentlichen Daten und Zahlen für das Schuljahr 1999/2000 noch einmal bilanzieren, damit Sie auch wirklich alle informiert sind und keine falschen Pressemeldungen mehr schreiben müssen. Sie alle sollen darüber informiert sein, was sich mit diesem Schuljahr personell an Hessens Schulen verändert hat.

Wir haben 1.400 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Ich sage es noch einmal: Es handelt sich sogar um Stellen, um Stellen im Werte von 1.400 Lehrkräften.

(Lothar Quanz (SPD): Sie haben doch gesagt: "Es sind nicht alle besetzt"!)

- Herr Kollege Quanz, ich komme darauf noch zurück. - Herr Kollege Quanz, das sind exakt 1.000 Stellen mehr, als die SPD bereit war, für dieses Schuljahr zu versprechen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Wir haben damit erreicht, dass durchschnittlich eine, zum Teil bis zu zwei Unterrichtsstunden der Wochenstundentafel an hessischen Schulen gegenüber dem Vorjahr zusätzlich abgedeckt werden können. Dabei wird nicht verschwiegen, dass es auf dem Markt für einige Fächer keine Lehrer mehr gibt. Wir geben uns daher alle Mühe um den Nachwuchs. Wir müssen den Examenstermin im Herbst abwarten, um zum 1. November 1999 weitere Stellen besetzen zu können. Speziell im gewerblich-technischen und im IT-Bereich der beruflichen Schulen werden wir alle Kreativität einsetzen und auch finanzielle Anreize entwickeln müssen, damit wir dafür in Zukunft noch Lehrer finden.

Ich will aber auch etwas anderes betonen. Durch die Zahl von 1.400 zusätzlichen Stellen ist es auch gelungen, die Ungleichgewichte zwischen den staatlichen Schulämtern und zwischen den verschiedenen Schulen auszugleichen, und zwar betrifft das sowohl die Überhänge als auch die Defizite. Dies ist sozialverträglich geschehen, auch wenn einige Schulen dadurch keine zusätzlichen Lehrer bekommen haben. Aber es hängt eben auch nicht mehr das Damoklesschwert möglicher Versetzungen von der Schule über ihnen.

Wir haben des Weiteren alle Stellen, die durch Pensionierung frei geworden sind, wieder besetzt. Wenn man die über 200 Stellen, die für die Aufstockung der 80%-Verträge auf 100%-Verträge verwendet wurden, abzieht, so handelt es sich immer noch um knapp 1.100 Stellen, die mit neuen, jungen Lehrkräften zum Schuljahr 1999/2000 besetzt werden konnten. Daran wird deutlich, dass wir jungen Lehrkräften ihre Existenzgrundlage sichern und sie damit auch bei uns in Hessen halten können. Außerdem können wir weitere für unseren Schuldienst gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir haben weitere 300 Stellen in den Regelunterricht zurückgeführt. Das wurde dankens-

werterweise von meinem Vorgänger bereits vorbereitet. Deswegen würde ich mir an Ihrer Stelle manche Erklärung zu einigen Einsparungen dort sparen. Aus den beiden Bereichen der zusätzlichen Einstellungen und der Umschichtungen setzt sich die Verbesserung im Regelunterricht zusammen, die ich vorhin mit 43.000 Stunden angegeben habe. Mit dem Haushalt des Jahres 2000 werden wir weitere 300 Lehrerstellen schaffen.

(Stefan Grüttner (CDU): So ist es!)

Sie werden für eine weitere Verbesserung der Unterrichtssituation an unseren Schulen sorgen. Diese Maßnahme wird um weitere Umschichtungen ergänzt werden. Verbesserungen in der Unterrichtsversorgung erbringen auch die 400 jungen Leute, die am 01.11.1999 über das bisherige Maß hinaus als Referendare eingestellt werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ebenso tun das die 400 Referendare, die im Laufe des kommenden Jahres noch darüber hinaus dazukommen werden. Wir brauchen sie. Das ist deutlich geworden.

Die letzten Wochen haben in den Schulen, in den staatlichen Schulämtern und auch im Ministerium die Erkenntnis reifen lassen, dass die Art und Weise weiterentwickelt werden muss, wie wir bisher in Hessen Lehrkräfte eingestellt haben, damit wir ein transparentes, zügiges Verfahren bekommen, das uns zudem auch in die Lage versetzt, mit anderen Bundesländern konkurrieren zu können. Dazu dient eben auch die Einstellung von Referendaren, gerade für die Fachbereiche, bei denen wir vordringlichen Bedarf haben. Ich will auch hinzufügen, dass wir bei den großen Einstellungszahlen, die wir jetzt und durch die bevorstehenden Pensionierungen auch in den nächsten Jahren haben werden, zwingend genauer beschreiben müssen, was wir meinen, wenn wir von einem Beamten auf Probe sprechen. In der Probezeit sollen die jungen Leute ihre Befähigung und Eignung für den Unterricht und zusätzliches Engagement für die Schülerinnen und Schüler unter Beweis stellen. Ich denke, dazu verpflichtet uns die Tatsache, dass wir auch in diesem Verfahren einheitlich Beamte eingestellt haben.

Meine Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit will ich den Abteilungen des Hauses und auch den staatlichen Schulämtern noch einmal herzlich Dankeschön dafür sagen, dass sie in einer ungeheuren Leistung, in Tag- und Nacharbeit dafür gesorgt haben, dass die wesentlichen Einstellungen in der Tat zum 16.08.1999 erfolgt sind und dass das Schuljahr mit den neuen Kräften beginnen konnte.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler und Nicola Beer (F.D.P.))

Wir werden jetzt gemeinsam mit den Ämtern und Abteilungen zu überlegen haben, wie das derzeitige Einstellungsverfahren, das so genannte Ranglistenverfahren, zu verbessern ist, wie ein größerer Anteil von Einstellungen durch das schulbezogene Ausschreibungsverfahren erfolgen kann.

Bei den Stellenbesetzungen hat sich auch gezeigt, dass Lehrkräfte, die sich im Rahmen von BAT-Verträgen schon seit einiger Zeit an unseren Schulen bewährt haben, zurzeit keinen ausreichenden Bonus für eine Einstellung erhalten. Im Hinblick auf das kommende Einstellungsverfahren will ich mit den Fachleuten darüber nachdenken, inwieweit positive schulpraktische Erfahrungen bei Bewerbungen um Einstellungen in den hessischen Schuldienst stärker als bisher berücksichtigt werden können.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der SPD, in Ihrer Pressemeldung vom 12. August diesen Jahres waren alle Zahlen bis auf eine einzige falsch.

• (Zuruf von der CDU: Das wundert uns nicht!)

Ich will diese falschen Zahlen hier gar nicht wiederholen, sondern ich habe ausgeführt, was die richtigen sind. Die werde ich im Laufe der nächsten Wochen und Monate detailliert und transparent auch öffentlich darstellen. Ich will nur die eine Zahl, die gestimmt hat, nennen, damit Sie nicht vergeblich prüfen und nachforschen müssen, welche Zahl es ist. Die Zahl war: Auf 1.400 zusätzlichen Stellen haben rund 1.800 Lehrerinnen und Lehrer am 16. August 1999 ihre Arbeit an hessischen Schulen aufgenommen. 1.800 junge Lehrerinnen und Lehrer bedeuten Qualität und nicht Quantität. Deswegen will ich noch einmal ausdrücklich unterstreichen, dass ich die von Ihnen suggerierte Aussage, zusätzlicher Unterricht sei eine rein quantitative Frage, nicht nur für abwegig halte, sondern für ausgesprochen töricht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Übrigens sind es zurzeit Ihre Genossen in Baden-Württemberg, die gerade diese so genannten Quantitäten einfordern, weil sie wissen, wie wichtig es ist, dass Kinder und Jugendliche Zeit haben, Zeit zum Lernen, Zeit zum Vertiefen, Zeit zum Verstehen, Zeit zum Wiederholen, zum Üben. Deswegen werden wir diesen Weg fortsetzen. Ich will Ihnen durchaus gleich das Ziel in Verbindung damit bekunden. Wir wollen die Grundschul-Studenten von Ihrem hessisch bescheidenen Niveau von 87 Wochenstunden, die wir nun im ersten Schritt immerhin auf 88 angehoben haben, wieder auf mindestens 92 Wochenstunden bringen. Das wird angesichts der derzeitigen kurzfristigen Kürzungen im Bereich der musischen Fächer in diesem Bereich geschehen, nachdem wir jetzt zunächst den Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen endlich auf eine feste Grundlage gestellt haben.

Fremdsprachenunterricht in der Grundschule, wie lange hat die alte Regierung an dieser Frage herumgedümpelt! Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, wer das Schutzschild der Grundschule mit festen Öffnungszeiten im Munde führt, ohne über die Wahrheit hinter diesem Schutzschild zu reden, der muss sich die Frage gefallen lassen, warum denn wohl Hessens Grundschülerinnen und Grundschüler nur 87 Wochenstunden von Ihnen erhielten, während dieses ganz schreckliche Bayern, das ich an dieser Stelle einzig zitiere, aber auch das Land Thüringen, den Grundschulern mittlerweile wieder 100 Wochenstunden von Klasse 1 bis 4 erteilt. Wenn Sie 100 Wochenstunden auf fünf Wochentage verteilen, dann haben Sie allein durch die Abdeckung der Wochenstundentafel in Thüringen oder Bayern eine verlässliche Halbtagsgrundschule.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich will auch hier sehr deutlich und transparent sagen: Die CDU und die F.D.P. werden in diesem Landtag und in der Landesregierung den Weg der verlässlichsten Halbtagsgrundschule fortführen: Mit der Aufstockung auf 88 Wochenstunden jetzt, zu diesem Schuljahr, mit dem Ausbau von bestehenden, dem Aufbau weiterer betreuender Angebote in vielen Teilen Hessens und auch durch eine klare Unterscheidung zwischen Betreuungs- und Unterrichtsaufgaben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Für einen solchen Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten habe ich den Kommunalen Spitzenverbänden in Umrissen bereits ein Angebot unterbreitet. Ich werde dieses vertiefen und warte sehr gespannt auf die Antwort. Wir werden Sorge dafür tragen, dass Eltern wissen, wann ihre Kinder Unterricht haben und wann sie über den Unterricht hinaus betreut werden können. Um eines deutlich zu machen und klarzustellen gegen alle Polemik, die gelegentlich angewendet wird: Hessens Grundschulen haben nach wie vor die Möglichkeit, in der von ihnen gewählten Form den Unterricht so zu organisieren, dass sie die gleichen verlässlichen Öffnungszeiten von vier bzw. fünf Zeitstunden garantieren können, wie dieses für das Endstadium der Schule mit festen Öffnungszeiten von Ihnen vorgesehen war. Ob das in 45-, 60- oder 90-Minuten-Rhythmen geschieht, kann die einzelne Schule selbst am besten festlegen. Wir wollen den Rahmen für die verlässliche Öffnungszeiten für Eltern und Schüler gewährleisten.

Ich will nicht zu weit ausholen, um auf Ihre Vorarbeiten hinzuweisen, die dazu geführt haben, dass an Hessens Schulen die Stundentafel nur noch auf dem Papier bestanden hat und dass Sie keinerlei Anstalten gemacht haben, sie wirklich zu erfüllen. Denken Sie doch einmal an die 3.000 Lehrkräfte, mit denen Sie tagein, tagaus durch die Lande gezogen sind und von denen Sie bereits 1.750 gebraucht haben, um auch nur vorübergehend die Verkürzung der Lehrerarbeitszeit aufzufangen. In der Konsequenz hat das keine einzige Stunde mehr in die Grundunterrichtsversorgung gebracht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Im Gegenteil: Das hat dazu geführt, dass Sie zum Schuljahr 1992/93 die Stundentafel um zwei Stunden in allen Schulformen kürzen mussten. Die restlichen 1.250 Stellen sind damals auch nicht in die Grundunterrichtsversorgung gegangen, sondern in den Bereich des Sonderbedarfs.

Hätten Sie denn diese Kürzung von Stundentafeln vorgenommen, wenn Sie sicher gewesen wären, wie Sie immer verkündet haben, dass diese 3.000 Stellen auch in den Schulen angekommen seien? Ich vermute: nein. Denn wie ich bereits ausgeführt habe, waren selbst damals die hessischen Stundentafeln wahrlich nicht die üppigsten, die wir in der Republik haben, und auch nicht so, dass man guten Gewissens und pädagogisch verantwortlich diese Abstriche hätte machen dürfen.

In der vergangenen Legislaturperiode haben Sie sich darauf beschränkt, den Menschen zu erklären, was alles so wichtig wäre, wenn man denn könnte, und dass Sie auch eine Grundschule mit festen Öffnungszeiten einrichten könnten - für die Sie im Modellversuch schon 200 Stellen gebraucht haben und von der wir wissen, dass Sie im Endstadium 1.600 Stellen allein dafür bis zum Jahr 2003 gebraucht hätten. Das ist immerhin eine Konsequenz, bei der Adorno wahrscheinlich sagen würde, dass das bei den mündigen Wählern das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Denn in vielen Mittelstufen wurden die Stundentafeln wegen solcher Maßnahmen um zwei, um drei, manchmal auch um mehr Stunden gekürzt. Das haben die Menschen nicht mehr ertragen wollen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Vorhin habe ich versprochen, dass ich noch einmal auf das Thema Vertretungsreserve zurückkommen will. Damit komme ich auch gleich auf Ihren Antrag zu sprechen, der bei allen beteiligten Kundigen nur zweierlei ausgelöst hat: entweder Zorn oder Hohngelächter, aber nichts weiter.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich noch einmal den Sachverhalt schildern. Die rot-grüne Mehrheit hatte den Doppelhaushalt 1998/99 beschlossen. In einem solchen Haushalt gibt es einen leeren Topf, der sich "freies Stellenaufkommen" nennt. Dieser Topf füllt sich in dem Augenblick, in dem eine Stelle eine Weile nicht besetzt ist. Denn die Planstelle ist ja vorhanden. Daraus werden Vertretungsverträge bezahlt. Justament aus diesem Haushaltstopf, der sich aus Unterrichtsstunden füllt, entnahmen Sie mit Ihrer Mehrheit von Rot und Grün in der letzten Legislaturperiode für 1998/99 18 Millionen DM, um sie irgendwo im übrigen Haushalt zu verausgaben. Immerhin hatten Sie bis dahin das Problem des Unterrichtsausfalls noch völlig negiert.

Im Herbst des letzten Jahres spürten Sie ein bisschen Unmut. Dann haben Sie den Ernst der Lage schrittweise zu erkennen begonnen. Schrittweise! Dann haben Sie 8,8 Millionen DM überplanmäßig bereitgestellt. Das reichte bis zum 31.01.1999. Nur war das unglücklicherweise eine Woche vor der Landtagswahl. Alle Schulumtsleiter versichern mir glaubwürdig, dass sie dringend aufgefordert wurden - und zwar nicht von der Haushaltsabteilung, das kann ich dazusagen -, bloß schnell die Vertretungsverträge über den Wahltag hinaus zu verlängern, und das nicht zu knapp.

Das taten natürlich alle recht gern mit Blick auf die zusätzlich versprochenen 9 Millionen DM für 1999 - für das ganze Jahr 1999. Dies ist in den Bereichen der Regierungspräsidien Darmstadt und Gießen in einem Ausmaß geschehen - auch später noch -, dass nicht abschätzbar war, dass - was sich bei der jährlichen Erfassung zum 01.09, nicht vorher, Herr Quanz, nun gezeigt hat - diese Mittel um ca. 10,3 Millionen DM überzogen worden sind.

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist ja unglaublich!)

Damit sind die Mittel, die wir zusätzlich in den Haushalt eingestellt haben, bereits in einer Höhe von 5,4 Millionen DM im Vorhinein gebunden gewesen. Um es deutlich zu sagen: Hätte die neue Koalition nicht 10,8 Millionen DM, also Geld in der Größenordnung dieser bekannten 300 Stellen, in dem Nachtragshaushalt bereitgestellt, dann wären wir jetzt nicht nur pleite, sondern wir würden bereits auf Kosten des Jahres 2000 leben. Mit den neu eingestellten Mitteln müssen wir derzeit die von SPD und GRÜNEN verursachten Täuschungen und die entsprechenden Defizite auffangen und abarbeiten. Das ist der Sachverhalt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Stefan Grüttner (CDU): So ist es! Unseriös!)

Das bedeutet, dass Sie 850.000 Schülerinnen und Schüler in diesem Land um ihre Vertretungsmittel in diesem Schuljahr betrogen haben, indem Sie eine verdeckte Wahlkampfführung durchgeführt und Unterrichtsausfall mit noch nicht bereitgestellten Steuermitteln kaschiert haben. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Stefan Grüttner (CDU): Täuschung!)

Das ist es, was nach meiner bisherigen Erfahrung aus Gesprächen mit Jugendlichen und Schülern diese so verbittert. Sie, die Koalition von damals, haben zu Wahlkampffzwecken schnell Geld rausgehauen, ohne ein vernünftiges Vertretungskonzept zu haben. Diese Jugendlichen sind aber jetzt und heute in der Situation, dass an ihrer Schule drei bis fünf Lehrer langfristig schwer erkrankt sind und dass ihr Stundenplan deshalb teilweise um bis zu fünf Stunden gekürzt werden muss. Diese Jugendlichen würden toben,

würden sie den heutigen Antrag kennen, der diesem Hause vorliegt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Denn sie wissen, dass auf ihre Kosten Wahlkampf gemacht worden ist, dass ihr Französisch-, ihr Deutsch-, ihr Mathematikunterricht und ihr Musikunterricht jetzt zusammengestrichen worden sind, weil im letzten Schuljahr nicht ordnungsgemäß gehaushaltet worden ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Dieter Nolte (SPD))

Was sagen Sie als Rechtfertigung zu einer Abiturklasse an einem beruflichen Gymnasium, deren Lehrer am ersten Schultag erfährt, dass sein langjähriger BAT-Vertrag aufgrund dieser Finanzlage nicht mehr verlängert werden kann und er möglicherweise nun das Abitur nicht abnehmen kann? Was sagen Sie den Schulen in Viernheim, in Rüsselsheim, in Frankfurt oder im Main-Kinzig-Kreis, die jetzt in eine aktuelle Notlage gekommen sind?

(Dieter Nolte (SPD): Die Kultusministerin hat geschlafen! Sie hat zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt!)

Ich kann Ihnen keinen Grund zu Ihrer Rechtfertigung sagen. Ich werde Ihnen aber sagen, dass die neue Landesregierung nicht bereit ist - -

(Zuruf des Abg. Dieter Nolte (SPD))

- Das hat mit dem Nachtrag nichts zu tun. Sie wissen, dass die Zahlen erst jetzt herausgekommen sind. Das wissen Sie ganz genau.

(Dieter Nolte (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht! - Manfred Schaub (SPD): Nur die abgelesene Rede haut hin!)

Ich werde Ihnen aber sagen, dass die neue Landesregierung nicht bereit ist, diese Notlage zu akzeptieren und die Jugendlichen bis zum 01.01.2000 im Regen stehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen habe ich den Finanzminister in der vergangenen Woche zur Sicherstellung einer ausreichenden Unterrichtsversorgung darum gebeten, Mittel in Höhe von 5,4 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Stefan Grüttner (CDU): Bravo!)

Ich sage dazu: Ich bin dem Finanzminister außerordentlich dankbar, dass er es möglich gemacht hat, diesem Antrag gestern stattzugeben

(Dieter Nolte (SPD): Das wäre ja noch schöner gewesen!)

und dass er dadurch ermöglicht hat, dass wir nun in den größten Fällen in der Tat helfen und Notlagen beseitigen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ab dem 01.01.2000 stehen das freie Stellenaufkommen, die Vertretungsmittel und der Gegenwert von 300 Stellen, das ist immerhin ein Betrag von 28,8 Millionen DM, ungekürzt zur Verfügung - anders als bei der letzten Koalition -, damit BAT-Kräfte oder Mehrarbeit aus den Kollegien heraus unterrichtswirksam bezahlt und vergütet werden können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Dieter Nolte (SPD): Zusätzlich zu den freien Stellen?)

- Sie kennen doch den Haushaltsnachtrag, und den neuen kennen Sie demnächst auch.

(Dieter Nolte (SPD): Sie müssen ihn besser kennen!)

Ich weiß, dass an einigen Schulen die Situation schwierig war. Ich bin aber nicht bereit, zu verschweigen, wer dafür die Verantwortung trug. Ich bin auch nicht bereit, eine Bugwelle bis ins nächste Jahr vor mir herzuschieben, die mich immer wieder dazu zwingen würde, im Vorgriff auf künftige Haushaltsjahre zu bezahlen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich kann Ihnen nur empfehlen, hier nicht an Legenden zu stricken, keine falschen Zahlen in der Öffentlichkeit zu nennen und auch nicht zu verschweigen, dass die vollständige Übersicht erst jetzt vorliegen konnte.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Das hat nicht ins Konzept gepasst!)

Wir werden auch, was das Vertretungskonzept angeht, in den nächsten Wochen zu einer klaren Lösung und zu guten Vorschlägen kommen. Wir werden dadurch auch den ausfallenden Unterricht mit einem strukturierten und guten Konzept abfangen können.

Im Mittelpunkt steht heute die Frage der Unterrichtsgarantie. Ich will dies um wenige Stichworte zur inhaltlichen Aussage ergänzen. Ich wünsche mir durchaus sehr, dass der frische Wind, der in manchem sozialdemokratischen Kopf weht, auch nach Hessen käme. Wenn Sie es mir nicht glauben, dann glauben Sie es wenigstens einem Toni Blair. Er sagt: "Es gibt nun einmal unterschiedliche Begabungen, und wir wollen die unterschiedlichen Talente zum Erfolg führen." Das halte ich für ein sehr gutes Leitwort.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Stefan Grüttner (CDU): So ist es!)

Wir werden jetzt mit der Erarbeitung von Lehrplänen beginnen. Wir werden dadurch alle Begabungen ausschöpfen und auch für all diejenigen Förderungs- und Unterstützungsmöglichkeiten suchen, die ganz unten und ganz oben im Bildungssystem angesiedelt sind. Das sind beides Bereiche, die bisher vollständig vernachlässigt worden sind. Wir werden uns mit diesen Lehrplänen für die Schwächsten einsetzen, die bisher keinen Abschluss gemacht haben, noch nicht einmal den Hauptschulabschluss, oder die ihn nur mit Mühe und Not gemacht haben. Wir werden uns auch für die einsetzen, die hohe Begabungen haben und die es bisher nicht geben durfte. In beiden Bereichen werden wir erhebliche Anstrengungen vorbereiten, und sie laufen zum Teil schon.

Die alte Landesregierung hat Prüfungen, wie z.B. auch Klassenarbeiten, zu Seltenheitswert verholfen. Sie hat gleichzeitig behauptet, dem Prüfungsstress entgegenwirken zu wollen. Auf diese Weise hat sie genau das Konträre erreicht, nämlich mit weniger Klassenarbeiten jede Prüfung mit einem besonderen Gewicht zu versehen und damit mit Stress. Diese Landesregierung wird jetzt regelmäßige Leistungsanforderungen stellen, damit sie wieder als selbstverständlich und unkompliziert betrachtet werden. Sie wird auch Abschlussprüfungen einführen, beginnend mit der Hauptschule, damit Zeugnisse wieder aussagekräftige Zertifikate werden

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

und damit diese aussagekräftigen Zertifikate auch den hessischen Schülerinnen und Schülern alle Chancen auf einen

Ausbildungs- bzw. Studienplatz eröffnen können. Wir werden ebenso darauf achten, dass diejenigen, die von uns erwarten, dass wir die integrierten Gesamtschulen nicht abschaffen - mit dem Hinweis, dass der Schulformkampf vorbei sei -, dies ihrerseits nicht zum Alibi erheben können, an der flächendeckenden Förderstufe oder Gesamtschule stur sozialdemokratisch festzuhalten und die Wünsche der Eltern schlicht zu ignorieren und abzublocken. Das ist die Reminiszenz zu vorhin - siehe Gießen -, das ist aber auch eine klare Aussage dazu, dass diese Landesregierung nicht ertragen wird und ausdrücklich dagegen protestiert, dass in mehreren Bereichen des Landes Hessen - besonders eklatant dieses Jahr in Kassel - Gymnasialplätze im Glücksspielverfahren verlost werden. Das ist nicht zu dulden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Stefan Grüttner (CDU): So ist es!)

Wir werden erhebliche Anstrengungen im Bereich der Lehreraus- und -fortbildung, mit dem Studium bereits beginnend, unternehmen müssen, um die nachrückende Lehrergeneration als qualifizierte Bildungs- und Erziehungsprofis auf ihre Arbeit in den hessischen Schulen vorzubereiten, damit sie eine pädagogische Grundlage besitzen, auf der sie stetig aufbauen können, und die sie während ihres gesamten Berufslebens erhalten können.

Meine Damen und Herren, einige Punkte habe ich angesprochen. Diese Koalition verschweigt nicht, dass es noch viele Probleme zu lösen gibt - denn es geht um Transparenz. Transparenz überzeugt am besten von dem, was die richtigen Schritte sind und was notwendig ist. Ich weiß aber auch, dass wir mit dem Schuljahr 1999/2000 eine erste große Etappe auf dem Weg zum Ziel der Unterrichtsgarantie zurückgelegt haben. Die Aufbruchstimmung an Hessens Schulen wird vielerorts positiv empfunden und zur Kenntnis genommen. Hieran gilt es anzuknüpfen, und dazu will ich und dazu will die gesamte Regierung ihre ganze Kraft verwenden. - Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Zur Geschäftslage: Den Oppositionsfraktionen stehen vier Minuten zusätzlicher Redezeit zur Verfügung. Das Wort hat jetzt Herr Kollege Quanz für die SPD-Fraktion.

(Gerhard Bökel (SPD): Wo war denn der Ministerpräsident? - Gegenruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU): Das war vereinbart, dass er nicht da ist! - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich. Herr Ministerpräsident Koch hat sich entschuldigt, er ist beim Kollegen Spruck, der heute seinen Geburtstag feiert. Das wurde hier auch so vereinbart.

Jetzt hat Herr Kollege Quanz das Wort.

Lothar Quanz (SPD):

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich tat Ihnen das gut. Ich habe Ihnen das auch gegönnt.

(Stefan Grüttner (CDU): Das tut nicht gut, das ist gut! Das ist hervorragend! - Weitere Zurufe von der CDU)

Es war nach dem bitteren Tag von gestern auch nötig, dass Sie einmal Grund zum Jubeln hatten.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich hatte erwartet, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen heute Morgen versuchen, eine Jubelarie zu intonieren. Die Aufgabe der Opposition ist es, und das fällt uns auch nicht schwer,

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

nicht schwer, auf Schwachstellen hinzuweisen. Das rosa gefärbte Bild, das eben gezeichnet wurde, hat verdammt viele Risse, und die werde ich Ihnen aufzeigen. Es sind zu viele Pannen passiert. Es sind zu viele Versprechen nicht gehalten worden, als dass man das, was zum Schuljahresbeginn passierte, hier ohne Kritik zur Kenntnis nehmen könnte.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Frau Ministerin, wir begrüßen ausdrücklich, dass zusätzliche Lehrerstellen geschaffen wurden. Dies war ein notwendiger und mutiger Schritt. Dies war ein richtiger Schritt, um eine Unterrichtsverbesserung herzustellen. Wir kritisieren dies selbstverständlich nicht - im Gegenteil. Wir begrüßen auch, dass Sie angekündigt haben, weitere Stellen zu schaffen. Wir begrüßen ausdrücklich - das hatten auch wir vor -, dass zusätzliche Referendarstellen geschaffen wurden. All dies sind richtige Maßnahmen, die auch wir für dieses Schuljahr vorgesehen hatten.

Frau Kollegin Wolff, Sie haben zu Recht gesagt: Wir haben in den letzten vier Jahren unter sehr schwierigen Haushaltsbedingungen 3.000 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt, indem wir den Lehrern Mehrarbeit aufgebürdet haben. Damals haben wir bei den Lehrern dafür wenig Verständnis finden können, aber angesichts einer desolaten Haushaltssituation - die nicht Wiesbaden zu verantworten hatte -, blieb uns nichts anderes übrig, um mehr Unterrichtskapazität zur Verfügung zu stellen, als Mehrbelastung für die Lehrer anzuordnen. Aber es war auch klar, dass wir in dieser Legislaturperiode zusätzliche Lehrerstellen schaffen wollten. Das hätten wir genau so getan, wie Sie das jetzt getan haben.

(Zurufe von der CDU)

Was wir zu kritisieren haben, ist die unseriöse Finanzierung - ich wiederhole mich gerne noch einmal. Es wird dauerhaft nicht funktionieren, mit geborgtem Geld Personal zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Der Nachtragshaushalt zeigt, dass Sie sich auf unseriöse Art und Weise bis an die Verfassungsgrenze - ich behaupte: über die Verfassungsgrenze hinaus - verschulden, damit dieses Wahlversprechen gehalten werden kann.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb fordere ich die Regierungskoalition auf, zur Unterstützung - so nenne ich das hier bewusst - der Kultusministerin und auch zur Unterstreichung dessen, was Sie versprochen haben: Bitte legen Sie ein mittelfristiges Personalkonzept für die Schulen vor, und bitte legen Sie eine mittelfristige Finanzplanung vor, die deutlich macht, welche weiteren zusätzlichen Stellen Sie im Laufe dieser vier Jahre für die Schulen schaffen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir messen Sie an Ihrem eigenen Wahlversprechen der Unterrichtsgarantie. Wir wissen, dass dieses Wahlversprechen von Ihnen im Moment nach unten gehandelt wird.

Dabei bedienen Sie sich mancher Zahlenspielerereien und versuchen, mit getürkten Zahlen die Öffentlichkeit zu verwirren. Frau Kollegin Scholz, ich möchte das einmal belegen.

Die Überschrift Ihrer Pressemeldung vom Juli lautet: "CDU-geführte Koalition beschließt 2.000 neue Lehrer zum Schuljahresbeginn". Unsinn. Frau Kollegin Wolff hat dargelegt, es sind 1.400 Stellen.

Bemerkenswert ist auch die Meldung vom Mai dieses Jahres: "Unterrichtsgarantie wird die finanziellen Mittel für 2.000 neue Lehrerstellen zum Schuljahr bereitstellen". Ihre eigene Pressestelle weiß nicht, was im Kultusministerium passiert. Sie wollen die Öffentlichkeit mit diesen Zahlenspielerereien verwirren, und das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Dr. Norbert Herr (CDU): Sie hat es doch gerade erklärt!)

Meine Damen und Herren, Sie haben deutlich weniger Stellen geschaffen, als Sie das der Öffentlichkeit mit diesen Zahlen gezeigt haben. Dies führt vor Ort zum Unverständnis, und es führt dort, wo Unterricht weiterhin ausfällt, auch zu Unmut.

(Barbara Stolterfoht (SPD): So ist es!)

Eines muss klar sein, und dabei werden Sie bei uns immer auf eine sehr muntere und eine sehr engagierte Opposition treffen: Wir lassen nicht zu, dass Sie sich mit einer Unterrichtsgarantie der Marke Light durchmogeln wollen.

(Beifall der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Wir messen Sie an dem Versprechen, dass sämtliche Stunden gehalten werden sollen. Ihre Wahlplakate haben suggeriert, dass schon am Tage nach der Regierungsübernahme in diesem Lande gewissermaßen keine Stunde Unterricht mehr ausfällt; jetzt aber heißt es, erst am Ende der vier Jahre - und dann auch nur die Stundentafel -, aber der akute, der tägliche Unterrichtsausfall sei damit überhaupt nicht gemeint. Das nenne ich Rückwärtsrudern. Wenn das eine olympische Disziplin wäre, dann wären Sie dazu medaillenverdächtig.

(Beifall bei der SPD)

Eine besondere Pleite, eine besondere Panne haben Sie sich dann auch noch bei dem Programm zur Vertretungsreserve erlaubt. Zunächst einmal zitiere ich:

Stundenausfall durch unvorhergesehene Ereignisse und Krankheit der Lehrkräfte bedürfen der besonderen Bekämpfung durch den Aufbau von Vertretungsreserven und einer flexiblen, bestmöglichen Organisation des Vertretungsunterrichts in den Schulen.

Trotz der Priorität der Versorgung aller Schulklassen mit den Stunden gemäß der hessischen Stundentafel werden wir bereits in dieser Legislaturperiode Anstrengungen unternehmen, um auch die Situation beim Vertretungsunterricht zu verbessern.

Das hat Ministerpräsident Roland Koch in seiner Regierungserklärung vorgetragen. So weit, so gut. Allerdings klafft zwischen diesen Worten und den nachfolgenden Taten eine bemerkenswerte Lücke. Sie haben es noch nicht einmal geschafft, den Vertretungsunterricht in dem Maße fortzuführen, wie wir das in den letzten Jahren organisiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Norbert Herr (CDU))

Ich mache das deutlich, Herr Kollege Herr.

(Dr. Norbert Herr (CDU): Peinlich ist das!)

Zu einem seriösen Regierungshandeln gehört es selbstverständlich auch, dass man sich überlegt, wie laufende Programme abfinanziert werden können. Wir hatten unser Vertretungsprogramm - das haben Sie zu Recht gesagt - bis zum Jahresende 1998 durchfinanziert. Wir haben auch die nötigen Mittel für das zweite Schulhalbjahr vorsorglich in unserem Nachtragshaushalt eingestellt.

(Dr. Norbert Herr (CDU): Und noch mehr!)

Jetzt kommt der wichtige Schritt, den Sie nicht gegangen sind: für den Beginn des nächsten Schuljahres zusätzliche Mittel einzustellen, um dieses Programm zu fahren. - Das haben Sie zu tun versäumt, obwohl alle Informationen aus den Schulämtern vorlagen. Herr Herr, wenn Sie zugehört hätten, dann hätten Sie vernommen, dass ich in der Diskussion um den Nachtragshaushalt auf genau diese Problematik hingewiesen habe. Ich habe gesagt: Was Sie in den Haushalt einstellen, reicht nur, um unser Programm zu Ende zu führen, reicht aber nicht, um Ihr Versprechen einer Vertretungsgarantie halten zu können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vollmundig waren 300 zusätzliche Lehrer für den Vertretungsunterricht versprochen worden. Jetzt stellt sich heraus: Das Geld dafür ist nicht da.

(Dr. Norbert Herr (CDU): Und warum nicht?)

Das kann ich nicht Erfolgsbilanz nennen. Das nenne ich vielmehr eine Offenbarung wenig kompetenten Regierungshandelns.

(Beifall bei der SPD)

Die Kultusministerin hat sich jetzt zwar mit dem Finanzminister zusammengesetzt, um zu überlegen, wie man die Situation retten kann, aber der Zeitpunkt hierfür ist schlichtweg falsch und liegt zu spät. Ich bin trotzdem im Interesse der Schülerinnen und Schüler froh, dass Sie es nun geschafft haben, zumindest ein Notprogramm in Höhe von 5 Millionen DM aufzulegen, um dringend notwendige Maßnahmen zu finanzieren. Ich bin froh, dass Sie wenigstens das noch geschafft haben. Ich finde es aber unbillig und unwürdig, nachgeordneten Instanzen und auch uns vorzuhalten, dass wir Vertretungsunterricht finanziert haben. Das wollen doch auch Sie. Natürlich ist jede Stunde die gehalten wird, eine Stunde für die Kinder. Deshalb war dieses Programm richtig und hat sich gelohnt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zu einem weiteren inhaltlichen Aspekt kommen. Frau Wolff, es ist richtig, an den Schulen die quantitativen Voraussetzungen zu schaffen, damit möglichst viel Unterricht erteilt werden kann. Es ist aber auch richtig, dass das Vorhandensein notwendiger Unterrichtskapazitäten allein noch keine Garantie für eine verbesserte Qualität von Unterricht darstellt. Es ist zwar richtig, dass mehr Unterricht die Voraussetzung dafür ist, dass Bildung, Wissensvermittlung und Erziehung stattfinden können; gleichwohl gibt es aber weitere Parameter des schulischen Geschehens zu betrachten, um zu einer wirklich qualitativen Beschreibung des Unterrichts zu kommen. Deshalb ist es notwendig, sich genau anzuschauen, an welchen Stellen und auf welchen Feldern wir deutliche Verschlechterungen, negative Entwicklungen zu verzeichnen haben, weil Sie bestimmte Bereiche auf dem Altar "Pflicht vor Kür" opfern. Schule ist

mehr als nur eine Institution zur Vermittlung von Wissen. Schule erzieht, Schule bildet. Unser Bildungsbegriff reicht offensichtlich weiter als der Ihre.

(Beifall bei der SPD)

Ich erlaube mir, in aller Kürze einige wenige Zeitungsausschnitte vorzustellen, die symbol- und beispielhaft deutlich machen, wie manche dieser negativen Entwicklungen vor Ort wahrgenommen werden. Auch das gehört zum Bild von Schule im September des Jahres 1999. Im "Extratip Kassel" heißt es unter der Überschrift "Not in der Penne": "Die Unterrichtsgarantie bezieht sich in Kassel nur auf die Pflichtfächer. Bei Betreuungsangeboten verschiedener Schulen regiert der Rotstift. Sechs Stellen verlor die Offene Schule Waldau zum Schuljahresbeginn bei der Betreuung im Ganztags schulbereich. Auch andere Ganztags schulen sind betroffen." Ich sage: Ganztags schulen haben ihren pädagogischen Sinn. Sie sind notwendige Voraussetzung dafür, dass gerade benachteiligte Schülerinnen und Schüler überhaupt eine Chance haben, Bildungsdefizite, die auf familiärem Hintergrund ruhen, ausgleichen zu können. Ganztags schulen sind keine Spielwiesen, sondern notwendige pädagogische Einrichtungen, um Chancengerechtigkeit herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt, den ich für sehr wichtig halte: Überall erfahren wir, dass die durchschnittlichen Klassengrößen angestiegen sind. Die GEW und andere Organisationen teilen mit, dass bei der Klassenbildung immer mehr versucht werde, die Klassenobergrenzen zu erreichen. Das heißt, dass die durchschnittlichen Klassengrößen zahlenmäßig ständig nach oben gehen. Ich will Ihnen das an zwei Beispielen verdeutlichen. In der Stadt Wiesbaden gibt es zwar 800 Schüler mehr, aber insgesamt nur drei Klassen mehr. Auf dem Gymnasium sind zusätzlich 200 Schüler, es gibt aber sogar drei Klassen weniger als bisher. Das heißt, wir haben einen deutlichen Anstieg beim Durchschnitt der Klassengrößen zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang will ich gleich auf ein Argument eingehen, das Sie vorhin in Ihrem Redebeitrag angeführt haben.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Herr?

Lothar Quanz (SPD):

Lassen Sie mich diesen Gedanken zu Ende führen, dann gerne. - Es trifft zu, dass Bayern eine höhere Stundenabdeckung in der Grundschule und auch eine höhere Stundentafel hat. Aber: Womit wird das eingekauft? Mit deutlich größeren Klassen in der Grundschule als bei uns. Hätten wir bayerische Klassengrößen, dann hätten wir 1.000 Lehrer für die Sekundarstufe I mehr zur Verfügung. Das wollen wir nicht. Wir wollen lieber kleinere Klassen, weil dort besser Unterricht zu erteilen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich noch einmal: Ihr Weg, mehr Stunden anzubieten, ist richtig, aber Ihr Weg, alles diesem Ziel unterzuordnen und alle anderen Maßnahmen aus den Augen zu verlieren, führt nicht zu einer qualitativen Verbesserung des Unterrichts, sondern auch zu Verschlechterungen. Das gilt es anzumerken.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Herr, Ihre Zwischenfrage.

Dr. Norbert Herr (CDU):

Herr Kollege, wissen Sie, dass es einen Erlass über die Klassenbildung gibt, dass dieser Erlass unter Ihrer Regierungsverantwortung geschaffen wurde und dass der Erlass von uns geändert worden ist?

Lothar Quanz (SPD):

Herr Dr. Herr, das ist völlig unstrittig. Die Frage ist nur, unter welcher Ägide Schulleitungen und Schülämter dafür sorgen, wie Klassenbildung betrieben wird. Ich kann Ihnen das aus meinem privaten Bereich darstellen. An meiner alten Schule war es z. B. möglich, Unterricht in der Klasse 9 bei einer durchschnittlichen Klassengröße von 20 Schülerinnen und Schüler zu halten; das war deshalb möglich, weil, obwohl einige Schülerinnen und Schüler bis zur 9. Klasse sitzen geblieben waren, Klassen nicht zusammengelegt worden waren. Genau das geschieht aber jetzt im Lande Hessen. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schlagzeilen über negative Entwicklungen ließen sich beliebig viele zitieren. Beispiele: "Weniger Geld für Schulsozialarbeit", "In anderen Bereichen gründlich gekürzt", "Letzter Hinweis: Europaschulen". Wir haben heute morgen über die Erwachsenenbildung diskutiert. Es gibt einen ganzen Katalog an Beispielen, der deutlich macht, dass Sie nicht nur Grund zum Jubeln haben, sondern auch verdammt viel Grund, darüber nachzudenken, an welchen Ecken Sie in diesem Lande Verschlechterungen herbeiführen.

Frau Kollegin Wolff, wir wollen, dass insbesondere über den Begriff Qualitätssicherung diskutiert wird. Wir gehen davon aus, dass Leistungsmessungen und Qualitätsverbesserungen im Mittelpunkt unserer Diskussion in den nächsten vier Jahren stehen müssen. Das heißt, wir werden die Debatte gern über das Thema Ressourcen hinaus erweitern. Ich halte das für notwendig. Noch einmal: Personelle Ressourcen sind zwar eine notwendige Grundlage, aber sie sind nicht alles, um die Qualität an den Schulen zu sichern und zu verbessern.

Herr Irmer, deshalb möchte ich kurz auf das eingehen, was Sie heute morgen in der Debatte um das Gerichtsurteil in Hessen sagten. Gerade die TIMS-Studie hat mit ihren Ergebnissen eine dringend notwendige Diskussion um die Qualitätssicherung ausgelöst. Angefangen von der Diskussion in Nordrhein-Westfalen über die Zukunft von Bildung und Schule über die Ausführungen von Altbundespräsident Herzog bis hin zu den Tagungen der Bertelsmann-Stiftung: die Ergebnisse aller Diskussionen zeigen, dass bei der Betrachtung der Qualität von Bildung ganz andere Parameter zu berücksichtigen sind als die, die Ihr Entwurf zum Schulgesetz enthält. Ich möchte den Geschäftsführenden Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Prof. Dr. Baumert, zitieren, der, wie Sie wissen, federführend für die Untersuchungen in Deutschland im Rahmen der TIMS-Studie verantwortlich war. Ich zitiere aus einem Aufsatz aus der letzten Beilage zu "Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte", den ich Ihnen zur Kenntnisnahme empfehle. Ich bitte jetzt um gespannte Aufmerksamkeit in den Reihen der Opposition.

Ob ein Schulsystem zentral oder dezentral verwaltet wird, ob es Ganz- oder Halbtags schulen präferiert,

ob es gliedert oder integriert organisiert ist, hat offenbar für die Ertragslage des Unterrichts keine eigenständige Bedeutung. Sich mit diesen Befunden anzufreunden, fällt insbesondere manchen Vertretern der ideologischen Grabenkämpfe der letzten Jahre schwer.

Man kann es nicht häufig genug wiederholen: Wenn der internationale Vergleich etwas in aller Deutlichkeit zeigt, dann die Obsoletheit des Schulstrukturstreits. Zukunftsaufgabe ist die Weiterentwicklung von Schule und Unterricht in situationsangemessener Form.

Und Sie diskutieren in Gießen und landauf, landab mit uns über Förderstufe und Gesamtschule. Merken Sie nicht, welche Gefechte Sie da ausführen, wie weit Sie zurück sind in der aktuellen bildungspolitischen Situation?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn jemand wirklich aufgrund von internationalen Ergebnissen prädestiniert ist, eine solche Aussage zu treffen, dann sicherlich Prof. Baumert. Deshalb lade ich Sie ein, an den Stellen mit uns zu diskutieren, die die Zukunftsfragen unserer Kinder betreffen, aber nicht den Schulstreit zu suchen, Förderstufen hier oder Eingangsstufen dort.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Lothar Quanz (SPD):

Was denn, schon eine halbe Stunde? - Meine Damen und Herren, dann komme ich zum Abschluss und fasse zusammen. Wir wollen in den nächsten dreieinhalb Jahren mit Ihnen gemeinsam daran arbeiten, wie wir Unterricht verbessern, wie wir die konkreten Voraussetzungen für unsere Schulen verbessern, wie wir Lehrerbildung und Lehrerfortbildung gestalten, wie wir unsere Schulen mit weiterer Verantwortung, aber auch mit den notwendigen sächlichen und technischen Ressourcen ausstatten, damit Bildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend tatsächlich die Grundlage bietet, dass die nächste Generation ihre Lebensperspektiven optimal gestalten kann.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Ich bin hier irritiert worden, weil auf den Anzeigen 15 Minuten steht. Wir haben aber 30 Minuten Redezeit. Sie haben also noch Zeit.

Lothar Quanz (SPD):

Ich war auch etwas verwirrt, ich gestehe es, dass ich angeblich schon eine halbe Stunde hier gestanden haben soll. Den Eindruck hatte ich nämlich nicht.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Zeitraffer! - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt zwei Fragen. Lassen Sie sie zu? - Frau Kollegin Henzler.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Herr Kollege Quanz, Sie haben davon gesprochen, dass es vorbei sein sollte, einen Streit über Schulorganisationsformen zu führen. Darf ich Sie einmal fragen, wer heute Morgen die Aktuelle Stunde zum Thema Gießen beantragt hat?

(Beifall bei der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber dreist, die Frage!)

Lothar Quanz (SPD):

Frau Kollegin Henzler, Sie haben immer noch nicht, obwohl es bald drei Stunden her ist, begriffen, um was es heute Morgen ging.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ging um die Rechtmäßigkeit des Gesetzes. Das Gericht hat die Rechtswidrigkeit des Gesetzes festgestellt.

(Widerspruch bei der CDU und der F.D.P.)

Es geht nicht um die Diskussion, die Sie gerne anzetteln wollten. Wenn eine Regierung ein Gesetz vorlegt, das vom Verwaltungsgericht kassiert wird, dann ist es die vornehmste Aufgabe der Opposition, dies aufzugreifen und zu brandmarken. Das haben wir auch getan.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Zweite Frage, Frau Kollegin Bergelt.

Barbara Bergelt (SPD):

Herr Kollege Quanz, wie bewerten Sie die Tatsache, dass die Diskussion dieser Regierungserklärung in Abwesenheit des Kabinetts stattfindet? Nur die Kultusministerin sitzt da. Eben ist der Landwirtschaftsminister hereingekommen, eben ist Herr Minister Jung hereingekommen. Wir haben mindestens eine Viertelstunde lang vor leeren Kabinettsbänken gesessen. Wie bewerten Sie das angesichts der Tatsache, dass die CDU dies doch zum Schwerpunktthema ihres politischen Handelns gemacht hat, die Regierungserklärung aber so von diesem Kabinett begleitet wird?

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Lothar Quanz (SPD):

Frau Kollegin Bergelt, vielleicht hat das durchaus symbolische Bedeutung. Es konterkariert ein wenig das, was die Damen und Herren des Kabinetts vor wenigen Wochen getan haben. Da sind nämlich alle an die Schulen gefahren und wollten sich feiern lassen.

(Gerhard Bökel (SPD): Vielleicht sind die alle in der Schule!)

Ich habe damals gesagt: Es sollen die an die Schule gehen, die etwas von Schule verstehen. Die anderen sollen die Finger davon lassen. - Vielleicht haben sie es heute demonstriert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Schaub. Lassen Sie sie auch noch zu? - Aber dann sollten wir Sie weiterreden lassen.

Manfred Schaub (SPD):

Herr Kollege Quanz, ich wollte von Ihnen nur wissen, ob Sie mit mir übereinstimmen, dass wir gar nicht überrascht sein konnten über die Rechtsauslegung, weil wir in den letzten Tagen diverse eigentümliche Rechtsauslegungen der Regierung mitbekommen haben.

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

Lothar Quanz (SPD):

Herr Kollege Schaub, dem kann ich nur zustimmen. Aber, wie gesagt, als Deutschlehrer hätte ich unter diese Beiträge früher geschrieben: Thema verfehlt. - Denn die Koalitionsfraktionen haben zum Thema Rechtmäßigkeit des Gesetzes keinerlei Ausführungen gemacht. Dazu waren sie auch nicht in der Lage, denn ansonsten hätten sie unseren Antrag unterstützen müssen, und das konnten sie nicht.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss kommen. Meine Sorge ist, dass Sie bei Ihren Schritten in Sachen Verbesserung der schulischen Situation zu sehr die quantitative Größe der Unterrichtsversorgung in den Mittelpunkt stellen, Frau Kollegin Wolff, und dass Sie darüber hinaus vergessen, dass ganz wichtige andere Felder dazugehören, um Schule positiv weiterzuentwickeln. Deswegen lenke ich unsere gemeinsamen Blicke darauf, dass Schule insgesamt als Institution sich öffnen muss für das Umfeld, dass mehr Verantwortung an die einzelne Schule delegiert werden muss, dass wir bei der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer neue Wege gehen müssen - das wurde in den letzten vier Jahren schon angedacht -, dass wir weitere Wege gehen müssen, was die technische Ausstattung von Schulen angeht, dass wir gucken müssen, wie wir an der Nahtstelle zwischen schulischer und beruflicher Ausbildung neue Wege gehen, und, ein Letztes, dass Schule tatsächlich immer ein Stück Sozialarbeit darstellt.

Ich habe große Sorge, dass Sie in diesem Bereich den Kommunen die Verantwortung vor die Tür kippen, wie im Moment zu sehen ist, und die Kommunen auch nicht die finanziellen Mittel haben, um das aufzufangen, und deshalb viele Jugendliche um ihre Zukunftschancen betrogen werden. An dieser Stelle werden Sie natürlich nicht unseren Beifall bekommen, sondern unsere Kritik.

Ein letztes Fazit, gewissermaßen. Frau Kollegin Wolff, ich beobachte etwas mit Sorge, und da möchte ich Sie ermuntern, vielleicht ein Stück mehr Profil zu zeigen gegen Strömungen in Ihrer Fraktion. Befreien Sie sich aus der geistigen Gefangenschaft Ihrer altvorderen Bildungsideologien,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Inge Velte (CDU): Wie meinen Sie das?)

die meinen, die schulpolitischen Ansätze aus den Siebzigerjahren in das nächste Jahrtausend retten zu müssen. Machen Sie eine zeitgemäße Bildungspolitik für unsere Kinder und nicht für den Beifall derer, die meinen, moderne Schulpolitik heiße, Bayern rechts zu überholen. - Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Irmer für die CDU-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es bleibt einem nichts erspart! - Barbara Stolterfoht (SPD): Der ist von vorgestern!)

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hessen hat eine hervorragende Kultusministerin.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Hessen hat eine hervorragende Regierung, und Hessen hat eine hervorragende Koalition, bestehend aus CDU und F.D.P., die hervorragend zusammenarbeiten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum hat die CDU einen so schlechten kulturpolitischen Sprecher?)

Meine Damen und Herren, im gemeinsamen Zusammenwirken haben wir in der Schulpolitik große und sichtbare Erfolge in der Kürze der Zeit erzielt, Erfolge, die Ihnen offensichtlich erhebliche Probleme bereiten. Es fehlt Ihnen schlicht und einfach die geistige und moralische Größe, das einfach einmal anzuerkennen.

(Manfred Schaub (SPD): Sich von so einem so etwas sagen lassen zu müssen! Das ist der Richtige! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn Herr Kollege Quanz am Anfang seiner Rede sagt, es sei ein richtiger Schritt mit der Lehrereinstellung, dann sage ich, verehrter Herr Kollege Quanz: Das war wahrscheinlich eine rhetorische Pflichtübung, das kann man wohl nicht ganz negieren. Aber all das, was Sie danach gesagt haben, war letzten Endes nur der Versuch, Kritik zu üben, was legal ist, was aber auf keinen fruchtbaren Boden gefallen ist, weil letzten Endes nicht die Grundlagen dafür da sind.

Lassen Sie mich zu Ihren Ausführungen nur einige wenige Anmerkungen aus aktuellem Anlass machen. Sie haben gesagt, mit geborgtem Geld könne man das Personal auf Dauer nicht finanzieren. Da haben Sie in der Sache natürlich Recht. Nur frage ich mich, wie es dazu gekommen ist, dass wir in diesem Bundesland mit 47% die höchste Personalkostenquote aller Flächenländer haben. Wer hat denn hier auf Pump gelebt? Wer hat denn den Stellenkegel in den letzten Zeiten entsprechend aufgebaut?

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer erhöht die Quote denn jetzt noch einmal? Sie haben Sie auf eine einsame Spitze hochgetrieben!)

Das waren doch Sie, meine Damen und Herren. Zur Finanzierung: Wer hatte in letzter Konsequenz acht Jahre lang pro Jahr im Schnitt eine Nettoneuverschuldung von über 2 Milliarden DM zu verantworten? Es war Ihre Regierung und nicht die unsere. Also, hören Sie auf, etwas von geborgtem Geld zu erzählen. Es passt nicht. Sie sind die Letzten, die das Recht haben, das zu kritisieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Noch etwas. 2.000 zusätzliche Lehrerstellen insgesamt im gegenwärtigen Unterricht - Sie haben es eben erneut kritisiert. Ich habe den Eindruck, Sie passen überhaupt nicht auf. Ich verweise auf die Rede der Kultusministerin, die diese Zahlen glasklar noch einmal hier dargelegt hat. Ich verweise im Übrigen auf das Protokoll.

Meine Damen und Herren, noch ein weiterer Aspekt. Sie haben eine Zeitungserklärung, eine Pressemitteilung vorge-

legt, wie schlecht und wie schlimm das ist. Wir haben in Hessen ungefähr 2.000 Schulen. Jetzt zitieren Sie die Überschrift eines Presseorgans zu dem Beispiel einer einzigen Schule von den 2.000, die wir haben. Da stimmt doch die Relation nicht. Im Übrigen, das muss ich auch noch hinzufügen, wir werden alles daran setzen, dass bestimmte ideologisch begründete Privilegierungen einzelner Schulen aus der Vergangenheit ein Ende haben. Wir wollen Gerechtigkeit und keine Privilegierung.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie heute das Thema Schülerhöchstzahlen und Klassenobergrenzen neu entdecken, erstaunt mich doch sehr, wenn Sie ausgerechnet die GEW zitieren. Die GEW war bis 1991 präsent, als wir eine CDU/F.D.P.-Regierung hatten. Da war das Thema Klassenobergrenze 25 plus 10%. Wie haben die geschimpft, wenn irgendwo 26 Schüler in einer Klasse waren. Dann waren Sie an der Regierung. Da war 25 eine Traumzahl. Da hatten wir 30, 32, 33 Schüler in den Gymnasialklassen. Die GEW war verschwunden. Sie waren verschwunden. Und heute erklären Sie einfach, die Zahlen würden nach oben gehen, ohne dies an einem Punkt verifizieren zu können.

Verehrter Herr Kollege, ein allerletzter Punkt dazu. Wer hat denn eigentlich die Klassenobergrenze angehoben? Waren Sie das, oder waren wir das? - Die Frage muss man doch einmal stellen. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Klassenobergrenzen erhöht worden sind.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Noch einmal zurück zu den Erfolgen, von denen die Ministerin zu Recht gesprochen hat. Ich möchte sinngemäß die Genossin Frau Kollegin Bergelt zitieren,

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist nicht für Sie "die Genossin"!)

die beim Staatlichen Schulamt in Wetzlar war und dort zähneknirschend zur Kenntnis nehmen musste, dass das Staatliche Schulamt erklärt hat, dass wir eine Unterrichtsabdeckung von 97% haben. Natürlich konnte sie das nicht kritisieren, aber glücklich war sie nicht. Wir haben eine so gute Politik, dass die Schulamtsleiter, die bis auf einen in Hessen alle rot oder rot-grün sind,

(Widerspruch der Abg. Barbara Bergelt (SPD))

erklärt haben, so gut sei es ihnen noch nie gegangen, die Arbeit mache wieder Spaß, die Situation an den Schulen sei erfreulich.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Hört, hört!)

Die Stimmung und die Motivation seien gut, erklären die Schulamtsdirektoren - unverdächtig, uns nahe zu stehen. Vor diesem Hintergrund ständig das Hohelied der Klage zu trällern, ist wenig glaubwürdig und verrät ein hohes Maß an Realitätsverlust und Wahrnehmungsfähigkeit. Es ist fast mutig zu nennen, auch angesichts eigener Absichtserklärungen, 400 Lehrer wollten Sie einstellen. Die Ministerin hat zu Recht gesagt: 1.000 weniger als wir. - 400 Lehrer wollten Sie einstellen, aber nur dann, wenn die Vermögensteuer eingeführt wird. Das haben Sie vergessen, hinzuzufügen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das war der programmierte Wählerbetrug. Sie hätten doch die Vermögensteuer längst einführen können - Gerhard Schröder, der Nachbesserungskanzler dieser Republik. Sie

haben ein Jahr Zeit gehabt und haben bis jetzt nichts gemacht. Das war der vorprogrammierte Wählerbetrug.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Quanz versteigt sich in einer Presseerklärung zu dem aus meiner Sicht absurden Vorwurf, es sei unklug, so viele Lehrer auf einen Schlag einzustellen. Herr Quanz, sagen Sie das bitte einmal den eben eingestellten Lehrern, dass es unklug war, dass wir sie eingestellt haben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sein noch amtierender Fraktionschef, Armin Clauss, der durch Abwesenheit glänzt, der so gerne rhetorische Piouetten dreht, sich aufplustert wie eine Kampfhenne, einen roten Kopf bekommt und sich wie Rumpelstilzchen aufführt, erklärt öffentlich, es seien zu wenig Lehrer eingestellt worden. Meine Damen und Herren, was stimmt denn nun? Vielleicht können Sie sich einmal intern einigen, welche Marschrichtung Sie einschlagen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe von Wahrnehmungsdefizit gesprochen. Sie scheinen auch vergessen zu haben, warum sie abgewählt worden sind. Ich will das leidenschaftlich gerne noch einmal in Erinnerung rufen.

(Heiterkeit des Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU))

Einer unserer besten Wahlhelfer war der ehemalige Kultusminister. Der war mit Geld überhaupt nicht zu bezahlen. Er fabulierte von der Ganztagschule von 9 bis 16 Uhr und war noch nicht einmal in der Lage, die Halbtagschule personell auszustatten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Er kreierte eine eigene Mengenlehre. Aus 80% Unterdeckung machte er 100% Abdeckung. Er produzierte einen schulpolitischen GAU, den größten anzunehmenden Unterrichtsausfall in diesem Bundesland mit 100.000 Stunden Ausfall Woche für Woche, verärgerte mit großem Erfolg die Lehrerverbände, brachte die Eltern wegen des Unterrichtsausfalles gegen sich auf - ebenfalls mit großem Erfolg - und trug leider dazu bei, dass der Ruf des hessischen Schulwesens ziemlich ramponiert wurde. Herr Quanz, sich vor diesem Hintergrund hier herzustellen und die neue Landesregierung zu kritisieren, das muss schon eine Art Masochismus sein.

(Beifall bei der CDU)

Wer angesichts eigenen Versagens und einer Erfolgsbilanz, wie sie von der Ministerin überzeugend und glänzend dargeboten wurde, die neue Landesregierung derart maßlos kritisiert, der läuft Gefahr, dass er wirklich nicht mehr ernst genommen werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist geradezu grotesk - Herr Kollege Quanz, bei aller persönlichen Wertschätzung, das wissen Sie -, wenn Sie in Ihrer Presseerklärung vom August der neuen Landesregierung vorwerfen, Qualitätssicherung finde nicht statt. Das haben Sie gesagt. Ausgerechnet Sozialdemokraten nehmen die Worte Qualitätssicherung und Leistung in den Mund. Das ist geradezu schizophoren.

(Zurufe von der SPD)

- Keine Zwischenfragen! - Ich will es gerade einmal sagen. Das 80%-Budget junger Lehrer haben wir auf 100% erhöht. Das ist eine Frage von Motivation. Was glauben Sie,

mit welcher Motivation diese jungen Leute jetzt im Unterricht stehen und ihren Unterricht machen? Motivation, Sie haben beim Förderstufengesetz gehört, wie wichtig das ist, das war Ihr eigener Antrag, 1.400 neue Kräfte zusätzlich neben den 300 Kräften der Vertreterreserve, frische Kräfte, neue Ideen, Impulse, 400 Referendare zusätzlich - da gilt im Übrigen das Gleiché -: Das sind alles Aspekte von Qualitätssicherung und von Qualität insgesamt.

Dann haben Sie eben gesagt, die Quantität sei keine Garantie für Qualität. Ich frage mich ganz einfach, welche Vorstellung Sie von der Qualität der hessischen Lehrerbildung haben, wenn Sie in der Lage sind, so etwas zu sagen. Wollen Sie allen Ernstes behaupten, dass die Lehrer, die wir quantitativ eingestellt haben, nicht auch ein Beitrag zur Qualität sind?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Zweiter Aspekt: Qualität. Ich will das deutlich machen. Wir haben angefangen, den Unterricht in der Grundschule von 87 auf 88 Stunden zu erhöhen - Zielperspektive: 92 Wochenstunden im letzten Jahr dieser Legislaturperiode. Hessen ist zurzeit das Schlusslicht.

Dritter Punkt. Lehrervertretungsreserve quantitativ ausreichend ausgebaut und vor allen Dingen sauber finanziert.

Vierter Punkt. Wiedereinführung des Eignungsgrundsatzes nach der Klasse 4 bei Wahrung des Elternwunsches, ersehnt von Kolleginnen und Kollegen, ersehnt von Schulleitern, auch sozialdemokratischen, dass da endlich ein Korrektiv da ist.

Fünfter Punkt. Vergleichbarkeit der Anforderungen inhaltlicher Art.

Sechstens. Wegfall der relativen Notengebung.

Siebtens. Stärkung des Fächerprinzips.

Achtens. Professionalisierung von Schule durch Stärkung der Gesamtkonferenz und Stärkung der Stellung der Schulleiter.

Neuntens. Professionalisierung der Lehrerfortbildung.

Und zum Schluss: Erarbeitung schulformbezogener Stundentafeln und Lehrpläne. - All dies zusammengenommen ist ein Riesenkatalog zur Verbesserung von Qualität an hessischen Schulen, und Sie begreifen es nicht und nehmen es nach wie vor nicht zur Kenntnis.

(Inge Velte (CDU): Sie wollen es nicht! - Siegbert Ortman (CDU): Das ist ja peinlich!)

Dass Sie es im Grunde genommen immer noch nicht erkannt haben, kann man auch aus Ihrer Presseerklärung vom 12.08. erkennen. Sie haben dort, als Vorwurf an die Ministerin adressiert, gesagt, ärgerlich dabei sei, dass Frau Wolff allein auf zentrale Abschlussprüfungen setze. Es ist schlicht falsch, was Sie sagen. Schlimm ist, dass Sie wissen, dass es falsch ist, und dennoch wider besseres Wissen diese Behauptung aufstellen. Soweit zur Frage der Seriosität Ihrer Argumentation.

Sie kritisieren in der gleichen Presseerklärung weiter, durch Prüfung könne lediglich herausgefunden werden, welchen Leistungsstand die Schüler unter bestehenden Bedingungen erreichen konnten. Das ist doch wohl das Logischste der Welt. Natürlich will ich mit der Prüfung erreichen, herauszufinden, wo denn die Kerle - salopp formuliert - stehen, was sie können und was sie nicht können. Das ist die Grundvoraussetzung, auf der man aufbauen muss, um dann letzten Endes Leistungsverbesserungen zu erzielen.

Was glauben Sie denn, wozu ich als Klassenlehrer Klassenarbeiten geschrieben habe? Doch nicht aus lauter Jux und Tollerei. Die habe ich schlicht und ergreifend deshalb schreiben lassen, weil ich wissen wollte, was meine Schüler konnten, ob sie das, was wir im Unterricht gemacht haben, verstanden hatten. Wenn ja, war es gut. Wenn nicht: Wo sind die Defizite, wo muss ich als Lehrer ansetzen? - Diese Formulierung ist typisch für Sie und verräterisch zugleich. Ihr Problem ist, Sie haben Probleme mit dem Begriff Elite. Sie haben Probleme mit dem Begriff Leistung. Sie haben Probleme mit dem Begriff Prüfung. Beides gehört untrennbar zusammen.

Ich sage Ihnen eines: Unsere jungen Leute, die wollen Leistung, die sind viel besser als ihr Ruf. Es gibt immer einen kleinen "Bodensatz" von Problemgruppen - machen wir uns nichts vor. Aber in der großen Mehrzahl wollen unsere Schüler und jungen Leute etwas leisten, und wir wollen sie das leisten lassen können.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Deshalb setzen wir uns für diese Schulpolitik ein. Nur, das passt im Grunde genommen nicht in Ihre Politik der ideologischen Gleichmacherei. Ich sage Ihnen eines: Wer ungleiche Kinder gleich behandelt, vergrößert die Ungleichheit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nur wer sie gerecht und differenziert behandelt, der fördert sie wirklich. Ihr Problem ist, dass Sie das nicht begriffen haben.

Wir brauchen - letzter Satz - deshalb ein begabungsgerecht differenziertes Schulsystem, um jeden Schüler seinen Fähigkeiten, Neigungen und Begabungen entsprechend möglichst optimal, möglichst individuell fördern zu können. Dazu sind wir auf einem guten Weg. Die Koalitionsfraktionen werden die hervorragende Arbeit unserer Ministerin tatkräftig unterstützen. Es geht um unsere Kinder, es geht um unsere Schüler, und es geht um deren Zukunft. Dies allein ist das Leitmotiv unserer heutigen und künftigen Bildungspolitik.

(Lebhafte Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Wenn sich niemand mehr zu Wort meldet, könnte ich die Debatte schließen. - Herr Kollege Kaufmann, Sie haben das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrter Herr Kollege Irmer! Wenn man den wohl ausgewogenen und sehr bedachtsam vorgetragenen Ausführungen des Kollegen Quanz eine solche Qualifizierung gibt, wie Sie es getan haben, da hat man in der Tat kein Interesse, in der Sache zu diskutieren, sondern da hat man offensichtlich Erhebliches zu verbergen. Gerade der rot-grünen Koalition aus der letzten Legislaturperiode Wählerbetrug vorzuhalten, das ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn ein Charakteristikum dieser neuen schwarz-gelben Regierung ist doch genau Ihr akuter Hang zur Unwahrheit. Eine immense Differenz zwischen Reden und Handeln tut sich auf. Wir sehen eine geradezu notorisch zu nennende

Gewohnheit, gegebene Versprechen nicht zu halten. Es gilt das gebrochene Wort. Sie werden sich erinnern: Dies hat Ihnen der verehrte Kollege Clauss, meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., bereits in der Debatte zur Regierungserklärung vorgehalten. Sie haben bis heute ein um das andere Mal dafür den traurigen Beleg geliefert.

Auch heute Morgen in der Aktuellen Stunde zur Erwachsenenbildung wurden Ihre Wahlaussagen ganz eindeutig als Täuschung identifiziert. Auch mit der wortreichen Erklärung der Kultusministerin können Sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass Ihre Bildungspolitik genau das nicht einlöst, was Sie den hessischen Wählerinnen und Wählern versprochen haben.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Sagen Sie dazu mal etwas!)

“Unterrichtsgarantie für Hessens Schüler“ lautete die Überschrift des herausgehobenen Textes Ihrer Wahlzeitung auf der ersten Seite. Da konnte man u. a. Folgendes lesen. Ich zitiere: “Derzeit fallen wöchentlich 100.000 Stunden aus.“ Wir haben es heute noch einmal von Herrn Irmer gehört. Herr Irmer, haben Sie denn zwischenzeitlich überhaupt keine Wahrnehmung dessen, was Ihre von Ihnen heute so gelobte Ministerin z. B. öffentlich erklärt hat? Denn Frau Wolff sagte, sie könne keine klaren Aussagen zum Unterrichtsausfall machen, weil - ich zitiere - ein seriöser landesweiter Wert nicht zu ermitteln sei. Sie reden weiterhin von 100.000 Stunden. Ihre Ministerin sagt bereits: Diese Zahl ist unseriös.

Damals wurde von Frau Ministerin Wolff als Grund genannt, dass es keine seriöse landesweite Zahl gebe, dass die Staatlichen Schulämter andere Berechnungsmethoden verwendeten als das Ministerium. Wir halten das für eine höchst interessante Erkenntnis einer Kultusministerin, deren jetziger Staatssekretär jahrelang genau die für die Ermittlung dieser Zahlen zuständige Abteilung geleitet hat und somit für die fehlenden einheitlichen Berechnungsverfahren verantwortlich ist.

Wir müssen feststellen, dass Ihr zentrales Wahlgargument, nämlich die behauptete Zahl von 100.000 Stunden, die Sie offensichtlich noch jahrzehntelang weitertragen wollen, ohne Beleg und damit ohne jede Aussagekraft war und ist.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Fragen Sie mal die Leute draußen!)

Schon in der Schuldebatte der letzten Legislaturperiode, am 28. Oktober letzten Jahres in diesem Hause, haben Sie von der CDU den Begriff Unterrichtsgarantie - aus heutiger Sicht sage ich: für uns glücklicherweise, für Sie dummerweise - sehr präzise definiert. Er liegt allen vor, gemäß Drucks. 14/4234. Dort lesen wir:

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, zum Doppelhaushalt 1998/99

- also sehr rasch -

einen Nachtragshaushalt vorzulegen, der die Unterrichtsgarantie ab dem Jahre 1999/2000 verwirklicht, in dem 50 vom Hundert des notwendigen zulässigen Lehrbedarfs finanziert und weitere 50 vom Hundert durch Verbesserung des Lehrereinsatzes im Pflichtstundenunterricht sichergestellt werden.

Dieser Antrag trägt die Unterschrift Ihres damaligen Fraktionsvorsitzenden, und die Rede dazu hat auch Ihr damaliger Fraktionsvorsitzender als Oppositionsführer, der jetzige Ministerpräsident, gehalten. Es war von einem Bedarf von mindestens 4.000 Stellen die Rede.

Am 28. Oktober 1998 definierten Sie Unterrichtsgarantie mit einem Antrag an die damalige Regierungskoalition, ab diesem Schuljahr bereits im Nachtragshaushalt 1998/99 2.000 Stellen neu zu schaffen und 2.000 Stellen umzuschichten, weil 4.000 Stellen benötigt würden. Das nennen Sie Unterrichtsgarantie.

Die seinerzeitige Landesregierung und auch wir als Koalitionfraktion hatten Sie nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Erfüllung einer Unterrichtsgarantie in dieser Form nicht möglich ist. Ich erinnere daran. Der damalige Kultusminister sagte:

Wir

- das war Rot-Grün -

werden auch in den nächsten Jahren den Unterrichtsausfall in diesem Lande nicht auf Null bringen können, Sie

- das war an die CDU gerichtet -

auch nicht. Jeder, der den Menschen im Lande das Gegenteil verspricht, versucht, sie vor einer Wahl zu beschwindeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, das ließen Sie damals nicht gelten. Ich sagte es schon und wiederhole es: Der heutige Ministerpräsident versprach, innerhalb kurzer Zeit 4.000 Lehrer mehr im Pflichtunterricht an den hessischen Schulen zu haben.

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

- Frau Kollegin Velte, Sie sind doch sicher in der Lage, das Protokoll vom 28. Oktober letzten Jahres nachzulesen. Da steht das wörtlich drin. Mit beeindruckender Stimmkraft und Pose versprach Herr Koch, die Kraft aufzubringen, 2.000 zusätzliche Lehrerstellen kurzfristig zu schaffen. Es war ja gerade der Punkt, dass er die begründeten Einwände und Argumente beiseite wischte, über sie lächelnd hinwegging und sich genau die Unterrichtsgarantie, die er hier definiert hatte, dann auf großen und kleinen Plakaten im Wahlkampf wiederfand und von jedem Wahlkämpfer und jeder Wahlkämpferin immer wieder wiederholt wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gemessen an Ihren Versprechen und an Ihrer Inszenierung ist der heutige Auftritt der Kultusministerin keineswegs Ausdruck einer Erfolgsbilanz, sosehr Sie mit der Betitelung “Erster Schritt zur Unterrichtsgarantie - Neuaufbruch an Hessens Schulen“ das suggerieren wollten und sosehr Sie sich auch bemüht haben, das geradezu durch einen künstlich herbeigeführten frenetischen Beifall zu unterstützen.

Man ist dann wahrhaftig, wenn man das, was man ankündigt und verspricht, auch tut. Man ist dann ein Betrüger, wenn man mehr verspricht, als man halten kann. Sie wussten, dass Sie eine Unterrichtsgarantie nicht einlösen können. Sie haben - trotz nachdrücklicher Warnungen - eine solche gegeben und klar definiert.

Was wir heute von der Kultusministerin gehört haben, war ein klares Geständnis, genau dieses Versprechen jetzt nicht einlösen zu können. Da Sie das Versprechen vorsätzlich gegeben haben, trotz Warnungen, sind Sie spätestens mit dem heutigen Tage des politischen Betrugs überführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Frau Velte, Herr Ortmann, empören Sie sich doch nicht. Das ist doch völlig unbegründet. Ich sagte Ihnen schon: Was man versprochen hat, muss man auch halten.

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

- Eben. Aber für Sie selber gilt es offensichtlich nicht.

(Inge Velte (CDU): Doch!)

Da sind wir wieder an einem Charakteristikum dieser Mehrheit und dieser Regierung: Was man von anderen fordert, muss noch lange nicht für einen selber gelten. Hart durchgreifen bei allem, aber weich landen bei sich selber.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen Sie nicht mit dem Vorwurf, wir hätten viel weniger getan. Wir hören das bei Herrn Irmer auch immer wieder heraus. Die Versprechen, die Rot-Grün von 1991 an im Bereich Lehrerversorgung gegeben hat, wurden immer sehr präzise eingehalten, aber von Ihnen als unzureichend eingestuft und kritisiert.

Sie wurden aber sehr präzise eingehalten. Wir haben unser Wort gehalten. Wir hatten Sie im letzten Herbst gewarnt. Sie haben dennoch ein falsches Versprechen abgegeben. Das haben Sie jetzt zu verantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Blickwinkel heraus ist das keineswegs eine Erfolgsbilanz, sondern eine Bankrotterklärung. Sie stützen sich darauf, dass Sie aufgrund Ihrer Aussagen zur Schulpolitik die Wahl gewonnen haben. Ich kann Ihnen dazu nur sagen, Sie haben etwas versprochen, von dem Sie wussten, dass Sie es nicht werden halten können. Sie haben daher die Wahl mit Betrug gewonnen.

(Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Klein, Sie haben völlig Recht. Ich sage auch nicht, dass Sie nur wegen Ihrer Aussagen zur Schulpolitik die Wahl gewonnen haben. Aber Sie haben es heute so dargestellt. Dann muss man sagen, dass es ein Sieg durch Betrug ist.

Meine Damen und Herren, ich will Sie daran erinnern, dass Sie noch erheblich mehr versprochen haben. Das steht alles im CDU-Wahlprogramm. Herr Kollege Grüttner, vielleicht geben Sie Ihrer Parteizentrale den Tipp, das Wahlprogramm wenigstens aus dem Internet herauszunehmen. Denn dann können nur noch diejenigen, die es aufgehoben haben, darin immer wieder nachschauen und Sie darauf hinweisen. Ich denke, das sind die Wenigsten im Lande. Im Internet steht es aber noch zur Verfügung. Da lesen wir z. B.:

Die CDU will einen Personalentwicklungsplan für die Jahre 1998 bis 2003 vorlegen. Dieser wird aufzeigen, wie mehr Lehrer direkt im Unterricht eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, ich frage: Wo ist denn der Plan? - Das Jahr 1998 ist schon lange vorbei, das Jahr 1999 auch schon mehr als zur Hälfte. Erscheint der Plan vielleicht im Jahr 2003?

In Ihrem Wahlprogramm heißt es weiter:

Wir wollen zeitlich befristete zusätzliche Lehrerstellen schaffen.

Diese Stellen haben wir bislang nicht gesehen.

Als drittes Beispiel will ich das Folgende nennen. Weitere könnten angefügt werden. Im CDU-Wahlprogramm steht

ebenfalls - Herr Haselbach, schauen Sie doch einmal hinein -:

Wir wollen zusätzliche Mittel für Vertretungen bereitstellen.

Anstatt dieses Versprechen jetzt einzulösen, gibt das Kultusministerium am 3. September 1999 - das ist wenige Tage her - eine Pressemitteilung heraus, die die Überschrift trägt:

Wolff und Weimar arbeiten an einer Lösung.

Sie führen darin aus, dass Sie davon überrascht sind, dass mehr Mittel für Vertretungen benötigt werden. Dazu kann ich nur fragen: Haben Sie Ihr eigenes Programm nicht gelesen? - Sie haben das darin doch selbst gefordert. Frau Ministerin hat heute Morgen versucht, darzustellen, dass sie es nicht besser wissen konnte. Das kann zumindest einige Zweifel an der Durchdringung des Verwaltungsapparates und ihren Führungsfähigkeiten aufkommen lassen. Denn immerhin weiß sie nach mehreren Monaten bei einer wichtigen Frage, zu der ausdrücklich ein Wahlversprechen gemacht wurde, nicht, was Sache ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommt es noch dicker. Auf einmal soll Rot-Grün daran schuld sein, dass mehr Geld für diesen Bereich benötigt wird, obwohl wir doch bereits im letzten Jahr deutlich gemacht haben, dass die Vertretungsmittel für die Sicherung des Unterrichts besonders wichtig sind und dass dieser Posten deshalb verstärkt werden muss. Jetzt formulieren Sie in Ihrem Dringlichen Antrag, den Sie heute Morgen gerade noch hineingeschoben haben, irgend etwas von nicht ordnungsgemäß erfolgter Haushaltsführung und gegebener Unzulässigkeit. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Quanz hat schon darauf hingewiesen: Heißt das denn, dass Sie wollen, dass Vertretungen nicht hätten stattfinden können, oder dass Sie es bedauern, dass wir Anstrengungen dahin gehend unternommen haben, möglichst wenig Unterricht ausfallen zu lassen? Das ist doch die Konsequenz Ihres Antrags. Das darf doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Einer Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 26. August 1999 ist zu entnehmen, dass Sie der alten Landesregierung unterschieben, einen ungedeckten Wechsel unterschrieben zu haben bezüglich der Angelegenheit der Vertretungskräfte. Meine Damen und Herren, das ist falsch. Wir haben gesagt, dass wir die finanziellen Möglichkeiten ausschöpfen werden. Wir hatten auch angekündigt, diese Mittel mit dem Nachtragshaushalt 1999 entsprechend erhöhen zu wollen. Meine Damen und Herren, der ungedeckte Wechsel ist die Unterrichtsgarantie, von der Sie wussten, dass Sie sie nicht würden einlösen können.

Beim Aufstellen des Nachtragshaushaltes haben Sie offensichtlich Ihre eigene Programmaussage vergessen. Ich sagte das schon. Deswegen ist es offensichtlich auch notwendig, Sie nachdrücklich darauf hinzuweisen. Das hat die SPD mit ihrem Antrag getan. Sie hat Sie jetzt zumindest zu teilweisem kurzfristigem Handeln gebracht. Wir haben hier gehört - einen Beleg dafür haben wir nicht -, dass der Finanzminister der Kultusministerin zusätzlich 5,4 Millionen DM bewilligt hat, um die Vertretungsmittel aufzustocken. Sie selbst haben gesagt, dass das im Prinzip noch nicht reicht, sondern nur eine Notmaßnahme ist. Ich verstehe nicht, wie man eine solche Wahlaussage machen kann, wissend, dass

es sich um einen sehr wichtigen Bereich handelt, und dass man dann schlicht und einfach sagt: "Wir vergessen das einmal.", und es hinterher auf die anderen schiebt. Meine Damen und Herren, nein, so geht es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hören so etwas jetzt schon die ganze Woche. Offensichtlich gilt bei Ihnen das Prinzip: Schwarz-Gelb regiert, aber Rot-Grün trägt die Verantwortung. So läuft das nicht. Wer regiert, der trägt für seine Handlungen auch die Verantwortung. Herr Irmer, 100 Tage sind lange vorbei. Nach dieser Zeit muss man seinen Laden im Griff haben. Man muss dann auch sagen, was man will, und dafür geradestehen.

Die Qualitätssicherung und insbesondere die Qualitätsverbesserung bei unseren Schulen muss über quantitative Aspekte hinausgehen. Die quantitativen Aspekte sind ganz wichtig. Das will ich betonen. Natürlich ist die verbesserte Personalausstattung der Schulen ein begrüßenswerter Schritt. Darüber streiten wir nicht und haben in diesem Hause auch zu keinem Zeitpunkt gestritten. Es geht allein um die Frage, in welchem Maße man das vor dem Hintergrund der Finanzlage realistisch und sinnvoll verantworten kann.

Als Opposition ist es in der Tat unsere Aufgabe, ein scharfes Auge darauf zu haben, was genau Sie tun und wie das, was Sie hier so wunderbar präsentieren - Sie singen geradezu Elogen auf die Kultusministerin -, tatsächlich bei den Schulen ankommt und wie es sich tatsächlich auswirkt. Wir fragen eben nicht nur danach, wie viele zusätzliche Stellen und zusätzliche Stunden es gibt, sondern wir fragen auch nach dem dafür erforderlichen Preis.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

"Pflicht statt Kür", auch diese Parole haben wir noch alle gut im Ohr. Wie wir alle wissen, ist das keineswegs eine kinderfreundliche Botschaft für die hessischen Schülerinnen und Schüler.

(Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wie negativ sich eine solche Orientierung auf dieses Ziel auf das Lernklima und damit letztendlich auch auf den Lernerfolg auswirkt, sagen Ihnen alle Fachleute der pädagogischen Wissenschaft und der Schulpraxis - mit einer Ausnahme, nämlich unseres verehrten, ehemals aktiven Fachmanns, des Herrn Kollegen Irmer. Wir haben bereits mehrfach vorgetragen, dass man die Lernmotivation mit Pflicht statt Kür nicht befördern kann. Aber Sie bleiben dabei, weil Ihnen in Wahrheit das Sendungsbewusstsein und nicht die Qualität der Bildung die Zielorientierung vorgibt. Sie reduzieren die freiwilligen Unterrichtsangebote. Sie reduzieren den Wahlbereich und die interdisziplinären Angebote. Offensichtlich haben Sie kein Interesse daran, wie sich diese Einschnitte im Schulalltag auswirken. Ihnen kommt es einzig und allein darauf an, die Schulstunden im 45-Minuten-Takt zählen zu können. Sie halten dies bereits für einen Erfolg und werfen dann mit Zahlen um sich.

Meine Damen und Herren, lassen Sie es sich noch einmal deutlich gesagt sein: Die Qualität der Schulen bemisst sich nicht nach Stunden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vielmehr bemisst sie sich daran, wie es der Schule gelingt, den Schülerinnen und Schülern Bildung zu vermitteln. Es

ist sicherlich richtig, dass es weniger leicht ist, festzustellen - es ist auch weniger plakativ darzustellen -, wie groß die Bildungserfolge sind. Leichter kann man dies bei wachsenden Stundenzahlen tun. Doch vergessen Sie bitte nicht, dass der Bildungserfolg der Schule und nicht die Zahl der gegebenen Stunden letztendlich darüber bestimmt, welche individuellen Chancen die jungen Menschen von ihrer Schule mitbekommen. Damit bestimmt das auch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Eine Forderung an eine qualitativ gute Schule ist, die Neigung und Begabung ihrer Schülerinnen und Schüler zu fördern und auszubauen, sich also auf die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler möglichst gut zu beziehen. Das können Sie nur mit einer möglichst großen Zahl von Angeboten erreichen. Das ist genau der Bereich, den Sie zugunsten Ihrer Stunden-Huberei beschneiden.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wurde als Kür diffamiert! Das ist genau der Punkt!)

Ich kann Ihnen noch Folgendes sagen. Frau Kultusministerin hat sich vorhin beschwert, dass sie unser Scheckheft nicht erhalten habe. Das ist mittlerweile ausgebügelt. Schon auf die Ankündigung unseres Scheckheftes und auf dessen erste Auslieferung hin haben wir reichlich Hinweise darauf erhalten, wo sich die schulische Situation nicht nur verbessert hat. Teilweise hat sie sich auch deutlich verschlechtert. Gerade im Sinne der von mir angesprochenen Vielfalt erkennen wir natürlich die Einschnitte. Wir werden dem so nachgehen, wie es unsere Aufgabe ist. Wir werden da bei Ihnen auch immer wieder nachfragen und Rechenschaft einfordern.

Eltern, Schülerinnen und Schüler, aber auch etliche Lehrer haben doch bereits erkannt, dass die schwarz-gelbe bildungspolitische Offensive keineswegs ausschließlich einen Gewinn darstellt, sondern dass sie in erheblichem Umfang eine Verarmung des Bildungsangebots der Schule darstellt. Damit ist das eben keine Qualitätsverbesserung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Instrument des Scheckheftes geben wir den Betroffenen Gelegenheit und insbesondere auch Unterstützung, auf die Mängel hinzuweisen, sich an die richtigen Stellen zu wenden und sich dort zu artikulieren. Wir sehen das nicht als eine Aktion, bei der man sagen muss, dass die Welt davon bestimmt wird, wie viele Briefe übermorgen eingegangen sind. Vielmehr braucht man hierzu einen langen Atem. Da muss man erst einmal hinschauen. Frau Kultusministerin, wir haben Verständnis dafür, dass zu Beginn des Schuljahres in der ersten Woche an den Schulen noch nicht alles so lief, wie es laufen sollte. Das ist in der Regel immer so.

Wenn mehr neue Lehrer kommen, ist es vielleicht verstärkt so. Deswegen muss man durchaus bereit sein, ein bisschen Geduld zu haben. Wir werden sehen, wie sich das à la longue über die Dauer dieses Schuljahres darstellt. Es gibt erste und erhebliche Hinweise, dass genau die Befürchtungen, die wir im Vorfeld geäußert haben und die ich eben wiederholt habe, leider eintreten werden.

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN bewegen sich in der Bildungspolitik nicht auf dem Feld unerfüllbarer Versprechungen. Wir wissen auch, dass, wer mit Schule alltäglich zu tun hat, aus unterschiedlichen Gründen manchmal Kummer gewöhnt ist. Nicht selten sind Ereignisse zu registrieren, die die Frage aufwerfen, ob man nicht manches oder alles besser machen müsste. Aber Schule vermittelt

keineswegs nur Frust. Denn durch viele erfreuliche Erlebnisse prägt sie mindestens ebenso sehr. Die Schulzeit bedeutet schließlich eine ganz wesentliche Lebenszeitspanne von Kindern und Jugendlichen, in der sie vieles an sich und ihrer Umwelt begreifen und verstehen lernen. Schule muss ihnen dabei die richtige Anregung und Unterstützung geben. Deshalb soll die Schule vor allem kindgerecht sein und die Jugendlichen befähigen, eine selbstbestimmte verantwortliche Position in unserer Gesellschaft einzunehmen. Die von Ihnen jetzt vorgenommenen Kursänderungen in der Schulpolitik verfolgen dieses Ziel leider nicht mehr. Deshalb sagen wir Ihnen noch einmal klar und deutlich: Sie schlagen in der Bildungspolitik den falschen Weg ein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Denn die Bildungspolitik hat die Aufgabe, die gerade von mir formulierten Forderungen an die Schule zu erfüllen. Dies ist der wichtigste politische Bereich überhaupt, für den die Landespolitik originär zuständig ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Das haben wir genauso gesehen, Herr Kaufmann!)

- Wir stimmen darin überein. Warum machen Sie dann eine so schlechte Bildungspolitik, Herr Kollege Boddenberg? Das verstehe ich dann wiederum nicht.

Meine Damen und Herren, nachdem in Hessen die bildungspolitischen Fragen in der Vergangenheit immer wieder sehr kontrovers und häufig auch wenig konstruktiv diskutiert wurden, gelang es Rot-Grün in den vergangenen Jahren, eine deutlich positive Entwicklung in der Schulpolitik einzuleiten.

(Michael Boddenberg (CDU): Oh ja, spürbar!)

Die größere Eigenständigkeit, sprich: Autonomie der Schulen in der Gestaltung des bildungspolitischen Auftrags, verbunden mit einer verstärkten Mitbestimmung der Eltern und der Schülerinnen und Schüler, die Einführung des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nicht behinderter Kinder und die Neukonzipierung der Grundschulen mit festen Öffnungszeiten sind doch Marksteine dieser Entwicklung. Es ist jetzt festzustellen, dass Schwarz-Gelb mit ihrer hauchdünnen Mehrheit diese positive Entwicklung abrupt gestoppt haben. Denn Ihre Umkrempelung des Schulgesetzes im Parforceritt - dabei sind Ihnen viele Fehler unterlaufen, darüber haben wir heute Morgen schon geredet - hat sehr viel davon zerstört und Weiteres gefährdet. Deshalb gehört zur schulpolitischen Debatte, wenigstens die schwersten oder die plastischsten dieser Fehlentwicklungen zu benennen.

(Michael Boddenberg (CDU): Es gab ja keine!)

Frau Kultusministerin, was immer Sie verlautbaren, Fakt ist, dass an nicht wenigen Grundschulen in Hessen nicht nur die kindgerechte Rhythmisierung des Unterrichts mindestens teilweise bereits wieder aufgegeben wurde und damit der Schulalltag für die Kinder keineswegs besser wurde. Obendrein ist auch die von Ihnen so heftig versprochene Verlässlichkeit keine Realität. Da nützt es auch nichts, wenn Sie sich in Konterfei-diktierten Sonderdrucken des Amtsblattes rühmen, weder die Lehrerinnen und Lehrer, noch die Eltern und die Schülerinnen und Schüler empfinden die Änderungen und diese Änderungswut als einen Gewinn. Sie sind mit dieser neuen Grundschule eindeutig schlechter bedient als mit der Grundschule mit festen Öffnungszeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das Einzige, was man aus unserer Sicht an der Grundschule mit festen Öffnungszeiten kritisieren kann, ist ihr wenig eingängiger Name. Dieser führt leider zu dem Problem, dass wir es nicht schaffen, Ihnen klarzumachen, dass mehr dahinter steckt als die Uhr, nämlich eine pädagogische Konzeption. Wir werden uns Mühe geben, einen entsprechenden Begriff zu formulieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ist es vorbei und wird ersetzt durch ein unproduktives Gerangel zwischen dem Land und den Kommunen, wer den Unterschied zwischen Unterricht und Betreuung - Frau Wolff hat dies vorhin vorgetragen -, den Sie jenseits aller pädagogischen Erkenntnisse stets aufs Neue definieren wollen, letztlich bezahlen soll. So kann man eine Grundschulreform auch kaputtmachen. So wird insgesamt den Kindern nichts Gutes getan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Schule von gestern, das ist das Markenzeichen der schwarz-gelben Schulpolitik.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Mehr durch mehr Lehrer. - Von gestern, nein, von vorgestern müsste man ehrlicherwise sagen, weil Sie alle wegweisenden fortschrittlichen Schulkonzepte ganz offensichtlich Schritt für Schritt wieder über Bord werfen. Besonders deutlich wird das in Ihrem Umgang mit den Europaschulen. Sie reden immer wieder über Integration, versprechen dazu einen neuen konzeptionellen Ansatz und eine Verbesserung der Integrationspolitik. Aber die vorbildlichen Einrichtungen der Europaschulen werden von Ihnen finanziell stranguliert.

Kollege Rudi Friedrich - er sitzt ja unter uns - wird als Beauftragter für Heimatvertriebene bei aller ihm gebührenden Wertschätzung

(Siegbert Ortmann (CDU): Sehr gut!)

wohl kaum die Integrationsleistung der hessischen Europaschulen ersetzen können. Eigentlich sollte es Allgemeinut sein, dass es an der Wende des Jahrtausends im Zeichen des weiteren Zusammenwachsens unseres Kontinents selbstverständlich ist, dass ein fortschrittliches und an den Zukunftsanforderungen orientiertes Schulsystem gerade diese Schulen verstärkt fördern und ihre Zahl erhöhen sollte. Aber das Gegenteil tun Sie, wie wir zur Kenntnis nehmen mussten. Sie vernachlässigen aufs Sträflichste nicht nur die europäische Dimension unserer Zukunft, sondern auch die notwendige interkulturelle Bildung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen offensichtlich nicht, dass vom Kirchturm über die alten Grenzen hinweggeschaut wird und die Schule von morgen weiterentwickelt werden kann. Die Europaschulen sind nur ein Beispiel, an dem sich Ihre Engstirnigkeit zeigt. Die Reduzierung der freiwilligen Angebote im Unterricht, der Umweltbildung, die massive Einschränkung der Präventionsarbeit, nicht nur in Bereich der Drogenprävention, sondern auch im Bereich von Sicherheitstraining und Selbstverteidigung, sind weitere traurige Beispiele.

Meine Damen und Herren, wir glauben nicht, dass die von Innenminister Bouffier propagierte Videoüberwachung von Schulhöfen diese Präventionsarbeit ersetzen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie befinden sich hier ebenfalls auf einem Irrweg.

Trotz langer Redezeit reicht die Zeit nicht, den desaströsen Zustand der bildungspolitischen Konzeption der schwarz-gelben Koalition und ihrer Regierung wirklich umfassend darzustellen.

(Horst Klee (CDU): Wer hat Ihnen so einen Unsinn aufgeschrieben? - Michael Boddenberg (CDU): Von wem ist denn Ihr Manuskript, Herr Kaufmann?)

- Herr Klee, ich merke an Ihren Worten, es wäre auch vergebliche Mühe. - Seit dem 7. Februar, in jeder bildungspolitischen und in manch anderer Debatte, haben wir es erlebt: Sie sind von Sendungsbewußtsein durchdrungen, an der Pädagogik von vorgestern orientiert. Mit diesem Geiste stülpen Sie den hessischen Schulen Ihre Vorstellung kraft staatlicher Autorität über und fragen nicht nach den Bedürfnissen der Eltern, erst recht nicht nach denen der Kinder und Jugendlichen. Da nützt Ihnen auch der so genannte Neuaufbruch an Hessens Schulen - so haben Sie ihn in der Regierungserklärung genannt - nicht sehr viel. Über die Unterrichtsgarantie und den damit zusammenhängenden Wählerbetrug habe ich bereits gesprochen. Mehr Schulstunden bedeutet keineswegs, auch mehr zu lernen.

(Michael Boddenberg (CDU): Keine Schulstunden heißt, gar nichts zu lernen, Herr Kaufmann!)

Ihr Neuaufbruch ist deshalb eher so etwas Ähnliches wie ein Straßenaufbruch, nämlich der Aufbruch zukunftsweisender Schulstrukturen und moderner Bildungsziele mit dem Presslufthammer. Wir wissen, dies ist mehr Abbruch als ein Start in eine gute Zukunft.

Ich weiß, Sie wollen es nicht mehr hören. Wir wissen auch, es ist wahrscheinlich vergebliche Liebesmühe. Sie können nicht oft genug darauf hingewiesen werden. Sie haben das exakte Gegenteil von dem versprochen, was Sie jetzt tun. Sie sprechen von Unterrichtsgarantie. Das war einmal ein Versuch: "Wir bemühen uns ja, wir tun mehr als die Vorgänger", was so exakt auch noch nicht dargestellt ist. Nach dem, was wir über den Haushalt des Jahres 2000 schon gehört haben - sehen durften wir es noch nicht -, ist damit offensichtlich eine ziemliche Vollbremsung, was das Programm Unterrichtsgarantie angeht, verbunden. Ich erinnere an die Zahlen, die ich vorhin als Worte und Anträge der CDU-Fraktion kurz vor der Wahl aus der vergangenen Legislaturperiode zitierte.

Bei dieser Perspektive helfen Ihnen auf Dauer keine kurzatmigen Erfolgsmeldungen im Stile der heutigen Regierungserklärung. Junge Menschen in Hessen werden sich damit nicht dauerhaft für Ihre Politik einnehmen lassen. Sie werden merken, dass Sie mit dieser Regierungskoalition keine Schule mit Qualität bekommen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist aber Wunschenken, Herr Kaufmann!)

Wir GRÜNE werden nicht nachlassen, mit Argumenten und besseren Konzepten gegen Ihre Bildungspolitik von vorgestern anzugehen. Wir werden Ihnen, Herr Boddenberg, auch keine Ruhe lassen und Sie immer wieder auffordern, Ihre Vorgehensweise mit inhaltlichen Argumenten zu legitimieren. Bedauerlich ist bloß, dass Ihr schulpolitischer Sprecher, was er heute wieder bewiesen hat, offensichtlich dazu nicht in der Lage ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir GRÜNE wollen unseren Kindern eine gute Bildung verschaffen und nicht ihren Le-

bensweg im Geiste eines hierarchischen Gesellschaftsbildes vorbestimmen. Das unterscheidet uns von Ihnen. Das wird auch so bleiben. Da helfen Ihnen auch keine Jubelerklärungen einer Regierungserklärung, die längst des Wählerbetruges überführt ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Henzler für die F.D.P.-Fraktion.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es fällt natürlich sehr schwer, fünf Monate nach einer verlorenen Landtagswahl und nach dem Wechsel einer Landesregierung zuzugestehen, dass die Regierung in diesen fünf Monaten gut gearbeitet hat, Erfolge vorzuweisen hat und gerade in diesem Bereich nur zu loben ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dafür haben wir sehr viel Verständnis geäußert. Das versteckte Lob hat sich folgendermaßen geäußert. Kollege Kaufmann hat gesagt: Mehr Lehrer und mehr Unterricht haben ja auch wir angekündigt. - Herr Quanz hat gesagt: Mehr Lehrer und Verbesserung des Unterrichts, das alles hätten auch wir gemacht. - Es gibt in Frankfurt einen Spruch, der besagt: Zu Hause haben alle Kinder Klicker. - Sie hatten acht Jahre lang Zeit, all das zu machen, was Sie gerne angeblich auch gemacht hätten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich bin erst seit vier Jahren hier im Hessischen Landtag, seit der letzten Legislaturperiode. Ich kann mich noch sehr genau erinnern, dass ich den damaligen Kultusminister Holzapfel hier aus der Zeitung zitiert habe. Sein Kommentar, nachdem er im Kabinett gesagt hat, er brauche eigentlich mehr Geld für Lehrer, und die Tür hinter sich zugemacht hatte, war: Wir haben wenigstens darüber gesprochen. - Das war es auch.

Eindeutig ist festzustellen, dass wir die Schwerpunkte anders setzen und dass wir diese Schwerpunkte auch mit großen Kraftanstrengungen finanziell unterfüttern und finanziell umsetzen. Wenn Sie uns dabei vorwerfen, dass der Nachtragshaushalt an die verfassungsgemäße Verschuldungsgrenze herangeführt wurde, dann stimmt das auch. Das haben wir ganz bewusst getan, um unsere Schwerpunkte umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Allerdings haben wir das infolge Ihrer Haushalte getan. Denn seit 1995 waren die hessischen Landeshaushalte immer über der verfassungsmäßigen Grenze.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stehen Sie doch einmal zu Ihrer Verantwortung, und schieben Sie es nicht auf andere!)

Auch die Argumentation zu Vertretungsreserven bzw. zu den Finanzmitteln für die Vertretungen ist äußerst scheinheilig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie, dass Unterricht ausfällt?)

- Ja, wir wollen, dass möglichst wenig Unterricht ausfällt. Deshalb haben wir am Anfang des Jahres möglichst viele Vertretungsverträge geschlossen.

Ich habe eine bestimmte Summe Geld für ein gesamtes Schuljahr zur Verfügung. Wenn ich dann anständig halte, muss ich das Geld für das ganze Jahr einsetzen und kann es nicht in den ersten drei Monaten herausplempern, nur weil Landtagswahl ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das Schönste ist dann, wenn Herr Kaufmann sich hier herstellt und von einem politischen Betrug spricht und von desaströsen Zuständen in den Schulen in diesem Land.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

Herr Kaufmann, die Ferien sind erst dreieinhalb Wochen her. Trotzdem hätten Sie vielleicht schon einmal in ein paar Schulen gehen und mit den Eltern und Lehrern sprechen können. Dann hätten Sie das nicht behauptet. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Selbst in den Ferien, wo man den Lehrern eigentlich immer vorwirft, sie seien in Urlaub und arbeiteten nichts, ist in diesem Jahr an den Schulen und in den Schulämtern gearbeitet worden wie noch nie zuvor - freiwillig und mit Engagement und Freude, weil man gesehen hat, dass es vorwärts und aufwärts geht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wenn Sie Schulämter und Schulen besuchen, ergibt sich ein ganz neues Bild. Obwohl viele Dinge noch gar nicht umgesetzt sind, ist ein Anfang gemacht. Es ist eine bestimmte Anzahl neuer Lehrer im Dienst. Das, was wir an Qualitätsverbesserungen gemacht oder schon ins Gesetz geschrieben haben, wirkt noch gar nicht. Es fehlen noch etliche Erlasse und Verordnungen, um das wirklich umzusetzen. Dennoch fühlen sich die Lehrer schon bestätigt. Auch Eltern und Schüler fühlen sich erheblich stärker angenommen. Fragen Sie einmal die Eltern. Fragen Sie einmal nach ihren Bedürfnissen. Herr Kaufmann, Sie haben gesagt, wir machten das alles an den Bedürfnissen der Eltern vorbei. Die Bedürfnisse haben die Eltern am 7. Februar mit dem Wahlzettel sehr deutlich ausgedrückt. Genau dem gehen wir jetzt auch nach.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Henzler, Sie haben 3.000 Stimmen! Ich wäre mal ganz vorsichtig!)

Diese Eltern sehen sich jetzt plötzlich ernst genommen. Sie sehen sich in ihrer Angst und in ihrer Sorge um die Zukunftschancen ihrer Kinder ernst genommen. Sie brauchen gar nicht mit der Konfrontation Wissensvermittlung: soziales Lernen zu kommen. Das sehen die Eltern so nicht. Die Eltern wissen ganz genau, dass ihren Kindern zukünftig auf dem Wirtschaftsmarkt die Konkurrenz der europäischen Nachbarn droht. Sie sehen sehr deutlich, dass die Anforderungen gestiegen sind. Sie sehen sehr deutlich, dass die Anforderungen an Sprachkompetenz und auch an die Schulzeit gestiegen sind. Da sind Eltern froh, dass man sie endlich ernst genommen hat mit ihren Bedenken, und dass wir dem Rechnung tragen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie sehen den ersten Schritt, dem weitere folgen werden. Eltern wissen das ganz genau. Natürlich sagen sie: Bei uns fällt immer noch Unterricht aus, und wir bekommen noch nicht die Stunden, die in der Stundentafel stehen. - Aber

Sie sehen ganz klar, dass sich diese Regierung Mühe gegeben hat, dass wir Referendare einstellen werden, dass damit auch wirklich junge Leute in die Schule kommen und dass die ganze Stimmung an den Schulen anders geworden ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Zeugnis steht dann: Sie hat sich stets bemüht!)

Wir haben den Unterrichtsausfall, insbesondere auch bei Krankheitsfällen, gemildert. Sie können eine Grippewelle nicht verhindern, und so viel Lehrer können Sie im Hintergrund auch nie bereitstellen, dass das alles auszugleichen ist. Aber Sie können den Unterrichtsausfall infolge Krankheit wenigstens mildern. Das haben wir getan. Das machen wir jetzt mit dem Nachschlag an finanziellen Mitteln noch einmal.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Lehrer sehen die Situation erheblich positiver. Wir können die Lehrer an den Schulen biologisch nicht jünger machen. Aber wir können ihnen wenigstens Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit zollen und ihnen den Rücken für ihre zukünftige Arbeit stärken. Wir können sie nicht einfach mit immer mehr Aufgaben betreuen, wie Sie das die letzten acht Jahre lang gemacht haben, und uns dann hinstellen - wie der amtierende Bundeskanzler - und sie als faule Säcke beschimpfen. Das ist bestimmt nicht motivations- und arbeitsleistungsfördernd.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind aber sehr merkwürdige Argumente dabei!)

Wir verändern die Rahmenbedingungen auch für die Arbeitsmöglichkeiten der Lehrer. Wir haben wieder von 80% auf 100% aufgestockt. Wir erwarten davon eine erheblich bessere Stimmung und ein höheres Engagement an den Schulen. Das sieht man auch. Wir haben die Kompetenz und die Autorität der Lehrer gestärkt. Sie haben wieder mehr Selbstbewusstsein, über Noten zu debattieren und auch den Eltern gegenüber zu vertreten, wie sie die Leistungsfähigkeit des einzelnen Kindes einschätzen.

Das betrifft auch die Schüler. Man kann sagen, jeder Schüler sei froh, wenn Unterricht ausfällt. Aber auch das ist heute nicht mehr so, weil Schülerinnen und Schüler genau wissen, dass sie hinterher einen Lehrvertrag brauchen, dass sie hinterher eine weiter gehende Ausbildung machen müssen. Sie wissen ganz genau, dass die Anforderungen dafür sehr gewachsen sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kämpfen gegen Windmühlen!)

Es ist das Wissen, was diesen Schülerinnen und Schülern auch die Sicherheit gibt und das Selbstbewusstsein: Ich bin auf diesem Arbeitsmarkt etwas wert. Mit diesem Wissen kann ich mich guten Gewissens überall bewerben. Das ist etwas, was man den Kindern aus der Schule mitgeben muss: das Wissen, dass sie etwas leisten können und jemand sind.

Quantität ist die Grundlage für Qualität, umgekehrt geht es nun einmal nicht. Ich kann nicht von Qualität erzählen und keine Quantität schaffen und keinen Unterricht in den Schulen halten. Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. Bevor wir unser Schulsystem und unsere Schule in Hessen komplett neu bauen, müssen wir erst einmal die Trümmer wegräumen, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Nachkriegsaufbaugeneration!)

Jetzt kommen wir einmal zu den Unterrichtsausfallzahlen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorsicht, es gibt keine seriösen Zahlen!)

- Natürlich gibt es seriöse Zahlen!

Bei vielen Diskussionen mit dem ehemaligen Kultusminister war es immer sehr einfach. Herr Kaufmann, es gibt eine sehr einfache Berechnung. Es gibt eine Stundentafel. Die gibt das Kultusministerium vor. In der steht ganz genau, wie viel Stunden in welcher Klasse gehalten werden müssen. Dann gibt es eine Anzahl von Lehrerstellen, nicht von Lehrerköpfen. Die halten eine gewisse Anzahl von Unterrichtsstunden pro Woche. Wenn man das gegen die vorhandene Stundenzahl gegenrechnet, kommt man zur Abdeckung des Unterrichts. Das waren unter Kultusminister Holzapfel ca. 90.000 Unterrichtsstunden pro Woche, die gefehlt haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind schon 10 % weniger geworden als vor der Wahl!)

- Ich habe nie von 100.000 Stunden gesprochen. Das war eine Abdeckung von 80%. Wir haben es innerhalb von fünf Monaten geschafft, diese Unterrichtsabdeckung von 80% auf 92% hochzuschrauben. Das in fünf Monaten! Das haben Sie in Jahren nicht fertig gebracht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das haben wir gemacht, indem wir neue Lehrer eingestellt haben, neue Lehrer für die Pensionisten, neue Lehrer "komplett" zusätzlich, und wir haben verschiedene unterrichtswirksame Stunden wieder in den Unterricht zurückgeführt. Das ist nicht nur auf unserem Mist gewachsen, das war vielfach auch schon von der Vorgängerregierung angedacht. Das haben wir zum Teil nur noch umgesetzt.

Gute Leistungen können auch Sie nicht schlechtreden, die muss man schlicht und einfach nach draußen darstellen. Das sehen die Menschen in diesem Land auch.

Nachdem wir begonnen haben, die Quantität zu verbessern, haben wir auch begonnen, die Qualität zu verbessern. Wir schaffen neue Lehrpläne für die Bildungsgänge. Wir wollen sie mit moderneren, gestraffteren Inhalten füllen. Wir wollen neue Inhalte einführen, wie z. B. in der Wirtschaftslehre. Es kann nicht angehen, dass in den Lehrgängen die Worte Unternehmer und Selbstständiger völlig fehlen. Ich denke, da muss man neuere und unserer heutigen Gesellschaft angepasste Unterrichtsformen und -inhalte finden.

Lassen Sie mich jetzt noch etwas zur Ganztagschule sagen. Natürlich ist die Ganztagschule nicht nur für Familienpolitikerinnen und Familienpolitiker, sondern auch im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarländern in Deutschland noch ein Stiefkind und sehr weit hinten. Es kann aber nicht sein, dass wir einige wenige Ganztagschulen füttern und qualitätsmäßig außerordentlich hochfahren und dafür andere Schulen auf Grundunterricht und ganz normalen Unterricht verzichten müssen. Bevor wir wirklich an Hochqualität und Sonderaufgaben gehen, müssen wir erst einigermaßen gleiche Qualität bei allen schaffen. Ferner müssen wir uns einmal hinsetzen und zusammenführen, was Sozialpolitik und Schulpolitik in diesem Bereich tun.

Wenn ich mir ansehe, was auch im sozialpolitischen Bereich an Unsummen von Geldern in Nachmittagsbetreuungsangeboten in der Schule, neben der Schule, in anderen Räumen von Vereinen, von freien Trägern und von Kommunen fließen, dann denke ich, dass man wirklich ein-

mal das Ganze zusammenführen und sich fragen muss: Können wir daraus nicht, angebunden an die Schule, ein komplettes Ganztagsangebot machen, das nicht von Lehrern betreut wird, sondern wirklich von dem in der Gemeinde lebenden Schulumfeld? Ich denke, das ist eine Zukunftsaufgabe von Schule, der wir uns gemeinsam in diesem Land stellen sollten.

An diesem Schulwesen ist noch viel zu verbessern. Das bestreitet auch hier keiner. Aber wir haben die ersten ganz wichtigen Schritte getan. Die Grundstimmung ist positiv.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In die falsche Richtung!)

- Herr Kaufmann, Sie können noch zehnmal sagen: "in die falsche Richtung". Wir sind absolut in die richtige Richtung gegangen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Eltern, Lehrer und Schüler bestätigen uns darin.

Wir werden sehr intensiv an diesem Thema weiterarbeiten. Wenn Sie endlich aufhören, von Wählerbetrug und desaströsen Zuständen zu reden, dann laden wir Sie ein, wirklich inhaltlich und konstruktiv an dieser Schulpolitik mitzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Frankenberger für die SPD-Fraktion. Sechs Minuten Redezeit.

(Günter Rudolph (SPD): Los, sag es ihnen, Uwe!)

Uwe Frankenberger (SPD):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Irmer, selbstverständlich hat die SPD die Größe, anzuerkennen, was für ein Kraftakt es war, 1.400 Neueinstellungen vorzunehmen. Selbstverständlich haben wir die Größe.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben auch hier im Hause das Recht und die Pflicht, darauf hinzuweisen, dass allein die Einstellung von 1.400 Lehrern noch kein pädagogisches Konzept ergibt.

(Beifall bei der SPD - Aloys Zumbrägel (CDU): Aber das ist doch schon etwas!)

Herr Irmer, Ihre Äußerungen über die Situation an den hessischen Schulen empfinde ich schlichtweg als Beleidigung für diejenigen, die sich an den hessischen Schulen in den letzten acht Jahren engagiert haben, nämlich Eltern, Schüler und Lehrer.

Frau Kollegin Henzler, zu dem Vertretungsunterricht, den Sie eben noch einmal angesprochen haben, möchte ich sagen: Ich denke, die Wahrheit gebietet es, darauf hinzuweisen, dass wir unter Rot-Grün dem nachgekommen sind, was Sie immer gefordert haben. Wir haben nämlich Gelder dafür bereitgestellt, dass an Hessens Schulen Vertretungsunterricht gehalten werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es kann doch nach Ihrer Logik kein Argument sein, dass nur deswegen, weil eine Landtagswahl vor der Tür stand, an Hessens Schulen Unterricht ausfallen musste. Das entbehrt doch jeder Grundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben gesagt, wir hätten das in den letzten acht Jahren machen können. Ich kann Ihnen versichern: So, wie Sie Schule verstehen, hätten wir das Schulgesetz nicht gemacht. Die Betroffenen an den Schulen, die Eltern, Lehrer und Schüler, auch die Schulträger, haben inzwischen sehr wohl gemerkt, welcher Geist an Hessens Schulen zukünftig sein Unwesen treiben soll. Dagegen gibt es auch schon Widerstände. Da hilft auch das Abfeiern von sogenannten Erfolgsbilanzen nichts. Es gibt seit Beginn an Hessens Schulen Klagen und Enttäuschungen. Das sind Enttäuschungen, für die Sie verantwortlich sind, weil Sie mit Ihren Wahlversprechen Erwartungen geweckt haben, die Sie anschließend nicht erfüllen konnten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben hier viel über Qualitätssicherung an den Schulen geredet, aber ganz wenig über die Zukunftschancen derjenigen, die die hessischen Schulen besuchen, nämlich der Jugendlichen und der Kinder. Ich denke, um zu verstehen, welcher bildungspolitische Gedanke hinter all Ihren Ausführungen steckt, ist es ganz wichtig, sich mit einer Äußerung des Ministerpräsidenten auseinanderzusetzen, die er auf einem Empfang der IHK in Hanau gemacht hat. Ich zitiere Herrn Koch:

Junge Leute müssen häufiger als früher mit der Unsicherheit leben. Für selbstbewusste Charaktere gibt es weiterhin Chancen in der Berufswelt.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört!)

Das Ganze muss man nur konsequent zu Ende denken - ich gehe einmal positiv davon aus, dass Herr Koch mit dieser Aussage Mut machen wollte -, wie diese Aussage, die konsequenterweise zu Ende gedacht heißt, dass diejenigen, die bei dem Rennen um einen Ausbildungsplatz leer ausgegangen sind, für diese Situation selbst verantwortlich sind, weil es ihnen an dem nötigen Selbstbewusstsein gefehlt hat, auf diese jungen Menschen gewirkt hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, die Jugendlichen, die weiterhin Schülerinnen und Schüler an Hessens Schulen sind, sind für Sie schon abgeschrieben. Damit möchte ich einen Bereich ansprechen, der in der ganzen bildungspolitischen Diskussion der letzten Monate bei Ihnen überhaupt keine Rolle gespielt hat, nämlich das berufliche Schulwesen.

(Günter Rudolph (SPD): Da gilt ja die Garantie nicht, habe ich gehört!)

Die beruflichen Schulen in Hessen sind zunehmend zu einem Auffangbecken für diejenigen geworden, die im dualen System keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, weil der andere Partner des dualen Systems, nämlich die Wirtschaft, seiner Verpflichtung zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen nicht in dem erforderlichen Maße nachkommt.

(Beifall bei der SPD - Günter Rudolph (SPD): Sehr richtig!)

Denen hat der Ministerpräsident dieses Landes mit der Äußerung Mut gemacht: Ihr müsst nur ein bisschen Selbstbewusstsein haben, dann gibt es für euch genug Chancen in dieser Berufswelt.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Sie mögen selbst beurteilen, was das für einen pädagogischen Effekt auf die Betroffenen hat. Insgesamt ist der

wichtige Bereich der beruflichen Bildung und der Berufsschulen bei dieser Landesregierung anscheinend eine zu vernachlässigende Größe. Berufsschulen kommen lediglich als Randnotiz vor. Ich denke, das ist auch kein Wunder, wenn man sich diese Aussage des Ministerpräsidenten zur Ausbildungsplatznot und -situation in Hessen vornimmt.

Sie geben auch keine Antworten darauf, wie dieser wichtige Bereich des hessischen Bildungswesens in Zukunft gestaltet werden soll. Sie haben kein Konzept, wie die Berufsschulen den hohen Anteil derjenigen, die sich in den Warteschleifen der beruflichen Schulen befinden, bewältigen sollen.

(Michael Denzin (F.D.P.): Wie war das denn in den letzten acht Jahren?)

Ich habe den Eindruck, dass Sie diese Herausforderung überhaupt nicht annehmen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Unterbringung der Jugendlichen in den Warteschleifen der Berufsschulen ist die teuerste Form der Unterbringung. Darüber sind sich alle Bildungspolitiker mittlerweile einig.

(Beifall bei der SPD)

In den Berufsschulen hat in den letzten Jahren eine sehr engagierte Diskussion darüber begonnen, wie man die Vollzeit-Unterrichtsform an der Berufsschule effektiver nutzen kann, indem man nämlich berufliche Abschlüsse und den Erwerb von Abschlüssen des dualen Systems miteinander verzahnt. Darüber hat in den letzten Jahren eine sehr intensive Diskussion stattgefunden.

(Michael Denzin (F.D.P.): Wo hat Herr Holzapfel das übernommen?)

Diese Diskussion wird von Ihnen nicht fortgeführt, weil bei Ihnen anscheinend dieser Problemkreis überhaupt nicht mehr existiert.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Ich denke, Sie waren von dem Wahlsieg überrascht.

(Günter Rudolph (SPD): Auch das stimmt!)

Jetzt zeigt sich, dass Sie in diesem Bereich überhaupt kein Konzept haben, wie Sie mit diesen Problemen fertig werden wollen. Denn Sie haben nicht die Notwendigkeit eingesehen, sich damit auseinanderzusetzen, weil Sie an Ihren Wahlsieg nicht geglaubt haben.

(Michael Denzin (F.D.P.): Wir werden das angehen, was Sie acht Jahre ignoriert haben! - Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Herr Denzin!)

Ein weiteres Beispiel: Die Einführung einer Hauptschule erster und zweiter Klasse offenbart auch viel von dem Grundverständnis, das Sie von Bildungspolitik haben. Hier werden Jugendliche zweiter Klasse geschaffen, deren Chancen auf dem Ausbildungsmarkt gegen Null tendieren. Und da sprechen Sie vom Chancen-Schaffen für Jugendliche? Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Uwe Frankenberger (SPD):

Ich stelle insgesamt fest: Natürlich steht die SPD zum Leistungsgedanken. Sie steht aber auch dazu, dass wir uns um diejenigen kümmern müssen, denen Schule nicht zufällt, sondern die besonderer Förderung bedürfen. Dieser Personenkreis, der auch an Hessens Schulen vertreten ist, wird bei Ihnen völlig ignoriert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Herr für die CDU-Fraktion. Sie haben noch 15 Minuten Redezeit.

Dr. Norbert Herr (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um gleich zur Beruhigung beizutragen: Ich werde die Redezeit nicht ausnutzen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist gut!)

Es ist deutlich geworden, dass es die Opposition in diesen Tagen schwer hat, eine bildungspolitische Debatte zu bestehen.

(Günter Rudolph (SPD): Das glaube ich nicht!)

Das war ja förmlich mit Händen zu greifen - und nach der starken Rede unserer Kultusministerin Frau Wolff allzumal.

(Beifall bei der CDU - Michael Denzin (F.D.P.): Ja wohl!)

Das hat den Kollegen Quanz auch nicht ganz unbeeindruckt gelassen, denn er hat am Anfang - und das ehrt ihn ein Stück - relativ moderate Töne angeschlagen. Inzwischen sind wir wieder in alte eingefahrene Gleise zurückgekehrt. Den Kollegen Kaufmann hat das nicht so ganz irritiert, der war unverfroren wie immer.

Es liegt auch noch ein Antrag der SPD vor, auf den ich eingehen möchte. Dieser Antrag entbehrt nicht der Peinlichkeit. Denn was darin kritisiert wird, fehlende Mittel für Vertretungsverträge, das ist genau auf Ihre Verantwortung zurückzuführen. Das muss hier einmal deutlich gemacht werden. Um den Unterrichtsausfall zu kaschieren, den man in der letzten Zeit Ihrer Regierungsverantwortung nicht mehr negieren konnte, haben Sie im Vorgriff erhebliche Mittel ausgegeben, und zwar auf haushaltstechnisch fragwürdige Weise, wie dies die Frau Kultusministerin eben deutlich gemacht hat. Dies wird auch im Kulturpolitischen Ausschuss noch einmal zur Sprache kommen.

Sie haben 1998 8,8 Millionen DM ausgegeben. Dieses Geld war haushaltsrechtlich abgedeckt, das ist eigentlich in Ordnung. Aber die Verträge gingen weit bis in das Jahr 1999 hinein, nämlich über das ganze Schuljahr; nach dem 31.01. waren etliche Verträge ausgelaufen, die mit Blick auf die Landtagswahl verlängert wurden - auch das ist deutlich geworden, und ich muss es nicht eigens noch einmal erwähnen. Das hat dazu geführt, dass nicht nur die 9 Millionen DM, die Sie vorgesehen hatten und die wir im Nachtrag eingebracht haben, ausgegeben waren, sondern auch die zusätzlichen 10,8 Millionen, die wir für 300 Stellen ausgeben wollten, waren zum großen Teil ebenfalls ausgegeben - sprich: verfrühstückt -, sodass wir erst zum 01.01. 2000 die vollen Mittel zur Verfügung haben werden.

Da bleibt die Frage: Warum wird eigentlich ein solcher Antrag gestellt? Er wird deswegen gestellt, weil Sie von

Ihrem jahrelangen Versagen ablenken wollen. Sie hätten es in der Hand gehabt, etwas in Sachen Unterrichtsabdeckung zu tun. Aber was ist geschehen? Über lange Strecken nichts. Bis heute leugnen Sie, dass wir in der Lage und willens sind, die Unterrichtsgarantie umzusetzen. Ich habe heute zum ersten Mal das kleine Eingeständnis vom Kollegen Quanz gehört. Er hat - zumindest für mich - erstmals öffentlich gesagt, es sei ein erster Schritt getan. Wir begrüßen das.

Wir werden auch noch einen zweiten Schritt tun. Das ist nicht nur angedacht, das wird im nächsten Jahr in Angriff genommen und umgesetzt.

Herr Kaufmann hat das heute noch von dieser Stelle aus zu leugnen versucht - ganz im Gegensatz zu der Resonanz, wie sie draußen im Lande zu spüren ist. Die Stimmung ist nämlich gut. Die Regierung erfährt Anerkennung. Ich kann das mit einem Schreiben belegen, das aus dem Hochtaunuskreis stammt. Darin heißt es:

Schuljahresanfang 1999: sehr gut. Pralle Pläne für alle 38 Klassen. Was wir uns alle gewünscht haben, aber keiner zu hoffen wagte, hat geklappt: Sechs neue und junge Lehrerinnen und Lehrer, uns vor acht Wochen zugesagt, treten tatsächlich heute ihren Dienst an. Das hundertköpfige Kollegium hat sich um zwei Jahre verjüngt. Die Unterrichtsverkürzung je Klasse ist so gering wie seit zwölf Jahren nicht mehr: 0,6 Stunden. Im Vorjahr waren es zwei Stunden.

Es geht weiter:

Das gibt Wind unter den Flügeln. Gerne bezeuge ich die gute und kooperative Arbeit der beteiligten Schulämter untereinander und mit uns. Gratulation unseren Regierenden zu diesem Erfolg. Danke. Weiter so!

Das ist die Wirklichkeit draußen im Lande.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte weitere solcher Beispiele anfügen, aus allen Landesteilen, aus meinem Wahlkreis, aus anderen Wahlkreisen, und das ärgert Sie, Herr Müller. Ihre Unruhe bezeugt, dass das genau der wunde Punkt ist, der Sie trifft.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was tun Sie denn jetzt? Sie versuchen, eine kleinkarierte Diskussion über Randerscheinungen zu entfachen, nicht über den zentralen Punkt der Unterrichtsabdeckung. Denn das ist ein Erfolg, ein Erfolg der Regierung und damit auch unser Erfolg. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen, wie das geschieht.

Kollege Quanz hat versucht, die 2.000 Stellen kleinzureden. Er hat gesagt, es seien keine 2.000 Stellen, aber er ist den Beweis dafür schuldig geblieben, während die Frau Kultusministerin vorher in ihrer Rede den Gegenbeweis geführt hat.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, der Herr Kollege Al-Wazir möchte Ihnen eine Frage stellen.

Dr. Norbert Herr (CDU):

Nachher, wenn die Redezeit zu Ende ist, können wir das gerne tun.

(Armin Clauss (SPD): Wenn die Redezeit zu Ende ist, ist keine Zeit mehr!)

Herr Quanz hat gesagt: Wir hätten das auch gerne gekonnt, wir hätten das auch gemacht - allerdings nur, wenn die Vermögensteuer gekommen wäre. Er hat aber nicht gesagt, dass 400 Stellen angedacht waren. Bei uns sind es aber 2.000, und das ist qualitativ ein erheblicher Unterschied.

Was Kollege Kaufmann sagte, geht an der Wirklichkeit meilenweit vorbei. Es hat mich an ein hilfloses Ritual erinnert. Es musste halt vollzogen werden, weil man nicht Ja sagen kann, aber es ist an der Wirklichkeit vorbeigeredet und war im Grunde genommen die Rede eines Mannes, der keine Botschaft zu vermitteln hat.

Erster Punkt, Herr Kollege Kaufmann. Sie haben die seriösen Zahlen der Ministerin infrage zu stellen versucht und gesagt, das sei unseriös. So kann aber nur einer sprechen, der nicht weiß, wie ein solches Programm in die Praxis umgesetzt wird. Im Moment können in Hessen noch gar keine neuen Zahlen vorliegen, weil die Schulämter einen gewissen Vorlauf brauchen, um die Statistiken nach Wiesbaden zu melden. Deswegen kann im Moment noch gar keiner sagen, wie groß der Abdeckungsgrad ist. Das wird aber in den nächsten Wochen möglich sein.

Zweiter Punkt. Ich sagte, es war ein erster Schritt zur Unterrichtsgarantie. Sie sagten: Wir konnten nicht, und Ihr könnt nicht. Was uns unterscheidet, ist, dass Sie nicht wollten, wir aber wollen - nämlich andere Prioritäten setzen. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Heute Morgen haben wir hierfür auch indirekt den Beweis gehört, denn wir gehen nicht mit dem Rasenmäher drüber und sagen, alles wird um 10% gekürzt, sondern wir sagen, es gibt geschützte Bereiche, und Schule ist ein geschützter Bereich. Deswegen gibt es eben auch harte Eingriffe, wie z. B. bei den Volkshochschulen, die Sie heute Morgen kritisiert haben. Das hängt doch mit dem zusammen, was Sie angesprochen haben.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag ist auch inhaltlich überholt. Denn erstens waren diese 300 Stellen, über die wir heute diskutieren, für den Vertretungsunterricht in der Verbesserung der Unterrichtsversorgung gar nicht enthalten, in den 43.000 Wochenstunden. Auch das muss einmal gesagt werden. Hier ging es nur um die 1.400 zusätzlichen Stellen und um die 300 Umschichtungen.

Zweitens verweise ich auf das, was die Frau Ministerin gesagt hat: Wir haben trotz der misslichen Lage oder wegen der misslichen Lage, die wir nicht zu verantworten haben, noch einmal 5,4 Millionen DM lockergemacht, um diese Lücke zu schließen. Damit ist das, was Sie inhaltlich ansprechen, eigentlich erledigt.

Drittens. Zum 01.01.2000 stehen ohnehin endgültig Vertretungsmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung, und dann werden wir so verfahren.

Fazit ist: Ihr Antrag ist ohne Substanz und eigentlich überflüssiger Klamauk. Wir werden ihn ablehnen. Wir haben ein Gegenstück eingebracht, in dem klar die Verantwortlichkeiten dargestellt werden. Dem Punkt 3 unseres Antrags können Sie entnehmen, wie die Problematik, die ich eben dargelegt habe, gelöst wird, und das ist das, was wir in dieser Diskussion zu sagen haben und wie wir in der Zukunft verfahren werden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit angesichts der fast mittäglichen Stunde.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die Regierungserklärung gegeben und besprochen wurde.

Über die beiden Dringlichen Anträge soll, wie mir signalisiert wurde, sofort abgestimmt werden. Wird dem widersprochen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zuerst über den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Sicherung des Vertretungsunterrichts an Hessens Schulen - Drucks. 15/387 - abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse weiterhin über den Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Korrektur verfehlter rot-grüner Politik im Bereich Vertretungsunterricht an hessischen Schulen - Drucks. 15/392 - abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Uhr schlage ich Ihnen vor, jetzt eine Pause bis 14 Uhr zu machen, und unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 12.50 bis 14.07 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Wir setzen die Sitzung fort. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** in Verbindung mit **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Vermeidung weiterer Belastung der hessischen Landwirtschaft - Drucks. 15/360 -

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Förderung Erstanträge im Hessischen Kulturlandschaftsprogramm - Drucks. 15/367 -

Die Redezeit für beide Anträge beträgt zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat Herr Abg. Dietz für die Fraktion der CDU.

Klaus Dietz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! CDU und F.D.P. haben einen gemeinsamen Antrag betreffend die Vermeidung weiterer Belastungen der hessischen Landwirtschaft eingereicht. Ich muss sagen: Wir haben leider, leider triftige Gründe, diesen Antrag zu stellen.

Die rot-grüne Bundesregierung ist mit einem so genannten Zukunftsprogramm angetreten, Arbeitsplätze zu schaffen. Die jetzt vorliegenden Beschlüsse bewirken jedoch genau das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In der Landwirtschaft und in den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen - in denen immerhin bundesweit 4,2 Millionen Menschen, also 12% aller Erwerbstätigen, arbeiten - stehen zigttausend Arbeitsplätze auf dem Spiel. Bei einem jetzt schon unterdurchschnittlichen Einkommen von 3.000 DM pro Monat verliert ein Landwirt durch die Auswirkung

gen der Agenda 2000, die Bundeskanzler Schröder mit zu verantworten hat, durch die geänderten Steuergesetze und durch das Steuerpaket der Bundesregierung rund 1.000 DM im Monat an Einkommen. Wie würden andere gesellschaftliche Gruppen reagieren, so frage ich Sie von der SPD und den GRÜNEN, wenn sie aufgrund politischer Entscheidungen auf ein Drittel ihres Einkommens verzichten müssten?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung belasten die landwirtschaftlichen Betriebe überproportional stark. Sie sind deshalb unausgewogen, unsozial und ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Im Einzelhandel sind die Gehälter gerade erst um 3% erhöht worden. Den Bauern mutet die rot-grüne Bundesregierung dagegen Einkommensrückgänge von zum Teil mehr als 30% zu. Das kann kein Bauer verstecken und schon gar nicht verkraften. Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, Sie sollten sich einmal ein Bild von der Stimmung machen, die unter den so genannten 25% erfolgreicher Bauern herrscht. Das sind diejenigen, die ihre Produktionstechnik am besten beherrschen und am schnellsten auf Veränderungen am Markt und in der Politik reagieren. Denen ist mulmig zumute. Bei den anderen schwankt die Stimmung zwischen Wut und Fassungslosigkeit. Tatsache ist: Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden die Bauern so gebeutelt wie unter der jetzigen Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die deutsche Landwirtschaft soll mit dem Dampfhammer weltmarktfähig geklopft werden - aber nicht mit den sozialen Standards, wie sie sonst in Deutschland üblich sind. Nein, vielmehr werden Zuschüsse - die so genannte alte Last -, die sich aus einem starken Strukturwandel in den vergangenen fünf Jahrzehnten ergeben, gekürzt, und ich vermute, sie werden demnächst vollständig gestrichen werden. Das ist ein massives Sozialdumping. Die Bundesregierung missachtet völlig den Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes, der Landwirtschaft mit Mitteln der allgemeinen Wirtschafts- und Agrarpolitik, insbesondere der Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik, die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zu ermöglichen. Im Landwirtschaftsgesetz heißt es weiter: "Auch soll mit den Maßnahmen die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen der vergleichbarer Berufsgruppen angeglichen werden."

Der Berufsstand, der sich auf dieses Gesetz berufen hat, hat von Staatssekretär Dr. Martin Wille nur die hochmütige Belehrung geerntet, er gebe den Bauer im Falle einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht keine Chancen. Rot-Grün schafft zuerst eine massive Gerechtigkeitslücke für die deutschen Bauern und überschüttet sie anschließend mit Hohn und Spott. Ich sage Ihnen: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vergessen ist bereits jetzt die Äußerung von Bundeslandwirtschaftsminister Funke, dass den Bauern viel zu viel auf einmal zugemutet werden. Herr Funke erfüllt nur noch die Funktion eines Feigenblattes, und das mehr schlecht als recht. Treffender wäre für ihn die Bezeichnung "Bundesminister gegen Landwirtschaft".

In dieser geistigen Haltung hat Rot-Grün auf Landesebene lange Jahre fest geübt. Ich darf Ihnen einige Beispiele ins

Gedächtnis rufen, wie die rot-grüne Landesregierung in Hessen mit den Bauern umgesprungen ist. 1991, kaum im Amt, strich der damaligen Minister Jordan der Marketinggesellschaft 350.000 DM. Daraufhin musste dem damaligen Geschäftsführer gekündigt und die Geschäftsführung auf eine Teilzeitstelle umgestellt werden. Am langen Arm verhungern lassen, nennt man das. Dazu kam aus den Reihen der SPD immer wieder die Belehrung, die Landwirtschaft solle sich stärker am Markt orientieren. Hohn und Spott also schon damals.

(Hildegard Pfaff (SPD): Das ist eine Wirkung des EU-Konzepts, Herr Kollege!)

Das nächste Stichwort heißt soziostruktureller Einkommensausgleich. Der Bund und einige Bundesländer nutzten die Möglichkeit, den Bauern einen Teil ihrer Einkommenseinbußen zurückzugeben. Die rot-grüne Mehrheit in Hessen weigerte sich, das zu tun. Minister Jordan hatte gegenüber dem Landesagrarausschuss bereits eine Rückzahlung zugesagt; Ministerpräsident Hans Eichel kassierte dann aber diese Zusage. Das den Bauern vorenthalte Geld wurde dann als großzügige Gabe der rot-grünen Landesregierung, mit neuen Auflagen versehen, an einen Teil der Landwirte im Rahmen des HEKUL-Programms zurückgegeben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sich selbst mit fremden Federn, nämlich mit dem Geld der Landwirte, schmücken, nennt man das, mit der Folge der Zerstörung von Vertrauen.

Förderung von Rindviehställen mit Spaltenböden heißt die nächste Schikane, die Rot-Grün insbesondere den Milchviehaltern in Hessen zumutete. Aus ideologischen Gründen wurde Flüssigmist verteufelt und Festmist in den Himmel gehoben. Vollspaltenböden wurden ganz aus der Förderung herausgenommen.

(Hildegard Pfaff (SPD): Auch das ist falsch!)

Investitionswillige Rinderhalter wurden massiv gedrängt, plan befestigte Böden zu wählen und sich über die damit verbundene Festmistkette arbeitswirtschaftlich selbst auszubehüten. Selbst als eine Diplomarbeit aus Witzenhausen - also nicht aus Gießen, sondern aus Witzenhausen - den Beweis erbrachte, dass Vollspalten- und plan befestigte Stallböden aus der Sicht der Tiergesundheit als gleichwertig einzustufen sind, änderte sich an der ideologisch vorgeprägten Meinung der rot-grünen Landesregierung nichts. Erst als ein beherzter Landwirt, auf dessen Bauernhof Minister Jordan Urlaub machte, diesem ordentlich die Leviden las, nahm die Landesregierung die in der Sache nicht haltbare Regelung zurück. Kostbare Zeit für investitions-willige Landwirte war vertan, erneut Vertrauen zerstört.

Meine Damen und Herren, ich nenne Ihnen jetzt die Zahlen, wie sie der Berufsstand auf Bundesebene im Durchschnitt festgestellt hat, welche Einkommenseinbußen auf die Bauern zukommen.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nennen Sie die hessischen Zahlen!)

Das sind in Millionen DM - - Ich sage besser den Vergleich in DM pro Hektar; das ist etwas kürzer. Für das Jahr 2000 sind das 216 DM, 2003 sind es 305 DM, und im Jahre 2006 sind es 344 DM.

Meine Damen und Herren, gegenüber dem soziostrukturellen Einkommensausgleich, der den Bauern vorenthalten

wurde, ist das die dreieinhalb- bis fast fünffache Menge, aber mit dem Unterschied, dass diese Geschichte nach hinten offen ist und nicht auf drei Jahre beschränkt bleibt. Es sind ganz neue Dimensionen, die da beim Bund aufgemacht werden. Wenn ich zynisch wäre, könnte ich fast sagen: Rot-Grün hat im Bund dazugelernt.

Wenn wir das auf Schweinemastbetriebe übertragen, sind das je Betrieb im Durchschnitt 13.476 DM. Bei den Bullenmastbetrieben sind es 5.176 DM Einkommenseinbußen im Jahr. Bei den Milchviehbetrieben - das ist das Rückgrat der hessischen Landwirtschaft, über 60% des Einkommens - sind es 10.261 DM, wohlgemerkt auf Bundesebene. Bei den Ackerbaubetrieben sind es immerhin 10.723 DM. In diese Zahlen sind nicht die Wirkung der Agenda-Beschlüsse, die Wirkung der sinkenden Beitragszuschüsse zur landwirtschaftlichen Alterssicherung und die steigenden Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung eingerechnet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geben Sie Ihre Rede doch besser zu Protokoll!)

Für Hessen ergeben sich folgende Zahlen: Bei einem Milchviehbetrieb - 72 ha, 70 Kühe - sind das 12.350 DM, minus 17%, bei einem Schweinemastbetrieb mit 680 Mastplätzen 15.450 DM, minus 24%. Bei einem Ackerbaubetrieb sind es 11.220 DM, minus 14%.

Meine Damen und Herren, aus den genannten Zahlen wird Folgendes deutlich: Was jetzt durch die Politik der rot-grünen Bundesregierung auf die Bauern zukommt, stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Das, was in Hessen geschehen ist, war nur ein laues Vorspiel.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie ein bisschen langsamer lesen? - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich will nur etwas Zeit sparen, damit meine Kollegin auch noch etwas sagen kann. - Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass die Landesregierung im Sinne unseres gemeinsamen Antrages handelt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Hildegard Pfaff (SPD): Wir sind gespannt auf den Antrag!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Hammann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Dietzel - -

(Zurufe von der CDU: Dietz!)

- Entschuldigen Sie. Das ist so nahe verwandt, CDU/CDU, Dietzel/Dietz, aber es geht in die gleiche Richtung: Es ist eine verfehlte Landwirtschaftspolitik, die Sie natürlich beide betreiben. Das ist der Ansatz, den ich hier vorbringen werde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer hat denn in den letzten 16 Jahren Landwirtschaftspolitik auf Bonner Ebene gemacht und hat auch natürlich wesentlich bestimmt, was hier in Hessen geschieht? Da waren Sie doch in der Verantwort-

ung. Der Begriff des Höfesterbens ist doch zu Ihrer Regierungszeit in Bonn geprägt worden. Das hat doch nicht Rot-Grün verursacht.

(Beifall der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bleiben Sie wirklich einmal bei den Tatsachen und versuchen Sie nicht, etwas aufzubauschen, was so nicht geschehen ist.

(Siegbert Ortmann (CDU): Da waren Könner am Werk!)

- Könner? Mein lieber Mann, unter Könnern verstehe ich etwas anderes. Sie haben eine Misswirtschaft in die Landwirtschaft hineingebracht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nicht verstanden, dass der Zug, den diese Landwirtschaft besetzt hat, in die falsche Richtung geht. Das entnehme ich auch aus Ihrer Rede, die Sie jetzt gebracht haben, Herr Dietz. Wo war das Wort zu unserem Antrag? Ich hoffe, Sie werden noch ein paar Worte dazu finden können.

Für mich ist es ganz wichtig, zu erkennen: Wer hat 1992 im Grunde genommen den Grundstein für die Agenda 2000, die wir jetzt diskutieren, über die Strukturreform in der Landwirtschaft gelegt? Das war nicht Rot-Grün, das waren CDU und F.D.P. Nur, damals habe ich kein Wort der Kritik gehört im Hinblick auf den Abbau, der bei den Landwirten damit einhergegangen ist. Das haben Sie ganz alleine zu verantworten. Ich habe auch nicht gehört, dass von Ihrer Seite wirklich ein massiver Protest ergangen wäre.

Meine Damen und Herren, die Schuldenlast auf Bonner Ebene haben Sie verursacht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihnen war damals auch klar, dass es in diesem Bereich zu Veränderungen kommen muss. Weil Sie wussten, dass Europa sich öffnet und es nicht so weitergehen kann wie bisher, haben Sie damals die Strukturreform begonnen - weil Sie versuchten, dies aufzufangen und einen anderen, einen gerechteren Verteilungsschlüssel dafür zu finden, was Ihnen aber nicht gelungen ist.

Wer heute Landwirtschaft und überhaupt den Bonner Haushalt weiter betreiben will, der muss sich auf die Gegebenheiten einstellen. Die Gegebenheiten sind: enorme Schulden, über 1 Billion DM Schulden. Wir haben 64 Milliarden DM Zinslasten im Jahr zu tragen. Da war es ganz klar, dass es aus Bonn zu Veränderungen kommen muss. Diese Schulden haben Sie uns in den 16 Jahren eingebrockt, meine Damen und Herren von CDU und F.D.P.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist so, das kann man nicht von der Hand weisen. - Als nun im Rahmen der Agenda 2000, im Grunde genommen aufbauend auf Ihre damalige Strukturreform von 1992, gesagt wurde, dass es zu Veränderungen kommen muss, hat Herr Schröder auch die Landwirte gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Ich erinnere mich an den Bauerntag in Cottbus.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Ich mich auch!)

Da ist man auf die Landwirtschaft zugegangen. Man hat gesagt: Nennen Sie uns Möglichkeiten, wie wir eine andere

Umverteilung vornehmen können. - Ich habe kein Wort des Berufsstandes gehört. Ich habe auch von Ihnen kein Wort gehört, wie man in dieser Richtung irgendetwas verändern kann.

Meine Damen und Herren, Sie bemängeln in Ihrem Antrag die Verringerung der Gasölbetriebsbeihilfen, die Verringerung der Bundeszuschüsse zur Altersversicherung der Landwirte, zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung und die Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Ich werde nicht auf alle Punkte eingehen, weil ich mich erinnern kann: Im Mai haben wir die Diskussion, was Krankenversicherung, Rentenversicherung und Sozialleistungen anbelangt, schon einmal geführt. Das würde nur bedeuten, dass ich mich wiederholen müsste.

Lassen Sie mich aber gerade auf die Gasölbetriebsbeihilfen eingehen. Wer hat damals in den so genannten Petersberger Beschlüssen gewollt, dass diese Gasölbeihilfen wegfallen sollen? Die Petersberger Beschlüsse waren nicht von SPD und GRÜNEN. Das waren Ihre Beschlüsse.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie wollten damals schon diese Gasölbeihilfen killen, weil Ihnen bekannt war, welche Probleme mit dieser Subvention einhergehen.

(Zurufe von der CDU: Zum Thema!)

Ich schaue meinen Kollegen Heidel von der F.D.P. an, ein vehementer Vertreter von Biodiesel. Ich weiß, dass Sie überall dafür Werbung machen. Ihnen ist doch auch bekannt, dass Sie im Grunde genommen eine Konkurrenz zu Biodiesel durch die subventionierte Gasölbetriebsbeihilfe haben. Das heißt also, wenn Sie wirklich Rapsöl produzieren und als Biodiesel verwerten wollen, dann müssen Sie diese Subvention abschaffen. Wir haben schon immer gesagt, wenn schon alternative Energien in der Landwirtschaft, dann wollen wir sie auf jeden Fall in dem Bereich der Pflanzenöle. Wir werden dies auf Bundesebene natürlich vehement unterstützen.

Sie verhindern im Grunde genommen etwas, was Sie die ganze Zeit selber fordern, indem Sie etwas subventionieren. Es gibt doch die "Süddeutsche Zeitung", die das damals sehr genau dargestellt hat. Sie hat gesagt, hier grabe die Landwirtschaft das eigene Grab, weil sie eben eine Konkurrenz weiter aufrechterhalte zu dem, was Sie in der Landwirtschaft haben wollen. Wenn Sie dann auf Pflanzenöle umstellen werden, schaffen Sie es, dass wirklich Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten werden. Sie haben eine Autarkie der Landwirtschaft erreicht und, was auch wichtig ist, eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und haben in diesem Moment eine Kreislaufwirtschaft. Das alles verhindern Sie damit. Das war Ihnen durchaus auch bekannt bei Ihren tollen Petersberger Beschlüssen.

Meine Damen und Herren, deshalb jammern Sie nicht, was die Gasölbeihilfe anbetrifft, sondern bleiben Sie doch hierbei ehrlich. Sie wollten sie damals abschaffen. Wir haben sie nicht abgeschafft. Es gibt eine Reduzierung. Sie wissen ganz genau, dass es in die falsche Richtung geht, wenn man diese Subvention weiter aufrechterhält.

Ein weiterer Punkt - für mich ganz wichtig - ist die Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Erinnern Sie sich einmal an das Jahr 1996. Wer hat denn da um 700 Millionen DM gekürzt, über 30%? Wenn man noch die Komple-

mentärmittel hinzuzählt, war das ein Verlust für die deutsche Landwirtschaft von über 1,2 Milliarden DM. Wo war damals Ihr Protest? Wir haben nichts gehört. Umgekehrt in Hessen - das hat natürlich auch Auswirkungen auf Hessen gehabt, dass diese Gelder nicht mehr in dem Umfang zur Verfügung standen - haben Sie uns gegeißelt, weil wir die einzelbetriebliche Förderung der Investitionen zurückschrauben mussten. Meine Damen und Herren, das ist Ihre verlogene Politik. Das ist nicht in Ordnung. Da müssen Sie wirklich bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie wissen, dass uns die Sozialversicherungsleistungen in der Landwirtschaft auch nicht gefallen und dass es hier zu Veränderungen kommen wird. Sie wissen aber auch, dass es kommen muss. Sie wissen auch, dass es durch eine andere Strukturierung der Sozialversicherungsträger machbar ist. Der Bundesrechnungshof hat uns gesagt, wie es zu machen wäre, nur Sie sträuben sich bis jetzt. Wir sind dafür, dass gerade bei den mittleren und kleinen Einkommen in der Landwirtschaft eine Entlastung vorgenommen wird.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Oh ja!)

Das könnte beispielsweise auch durch den Wegfall der Gasölbeihilfe erfolgen, denn uns liegt der Erhalt der Landwirtschaft im ländlichen Raum am Herzen und nicht das, was Sie die ganzen Jahre über gemacht haben: eine Zerstörung der gewachsenen Strukturen.

(Beifall des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben nur auf die Großbetriebe gesehen, die auf dem Weltmarkt zu Dumpingpreisen produzieren können. Das war der falsche Weg, den Sie eingeschlagen haben.

Im Hinblick auf die Uhr - ich muss mich ein bisschen kurz fassen - möchte ich auf unseren Antrag eingehen. Ich bin auch gespannt, wie Ihre Kollegin nachher dazu argumentieren wird. Das ist natürlich eine Landwirtschaftspolitik, wenn Sie auf der einen Seite nur den Großbetrieben nach dem Munde reden, auf der anderen Seite aber dann, wenn es darum geht, anderen Strukturen in der Landwirtschaft ein Überleben zu gewähren, sich zurückziehen und nichts sagen.

Die Regierung legt Ökobauern Steine in den Weg. Es geht hier um Hessen. Ökologische Betriebe fürchten um ihre staatlichen Zuschüsse. Diese Menschen haben ihre Anträge mit vollem Glauben gestellt, dass die Hessische Landesregierung, dieser Landwirtschaftsminister, auch den Zuschlag dafür geben wird. Sie haben hohe Investitionen hineingegeben, Kataster, ökologisches Saatgut, Beiträge zu ihren Verbänden bezahlt, haben ihre Betriebe darauf ausgerichtet. Sie haben mit den Geldern gerechnet.

Überlegen Sie sich einmal: Bei 60 ha ist es ein Verlust von 27.000 DM im Jahr. Und dann stellt sich dieser Minister hin und sagt: Wir können nicht; die EU hat gesagt, wir dürfen nur die minimalen Geldausgaben vornehmen. - Er zieht sich in eine Ecke zurück, die ich so nicht akzeptieren werde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir von den GRÜNEN wissen, dass diesen Erstantragstellern in Hessen - das sind immerhin fast 200 - die Möglichkeit hätte gegeben werden können, in diesem Bereich ihre Zusage zu erhalten. Das hat der Minister nicht getan. Ich akzeptiere es auch nicht, wenn er sich jetzt immer wieder auf die EU-Ebene zurückzieht.

Für mich ist ganz klar: Er hat die Grundwasserabgabe abgegeben. Er hat keine finanziellen Möglichkeiten. Auf welchem Rücken trägt er es aus? - Auf dem Rücken der ökologisch arbeitenden Landwirte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo ist da Ihr Aufschrei? Wo ist hier die Unterstützung? - Hier sind 200 Betriebe, die wirklich an der Existenzgrundlage wirtschaften, die ihre Probleme haben, ihren Betrieb am Leben zu erhalten. Und Sie kürzen gerademang 450 DM pro Hektar für Ersteinsteiger. Das kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das besondere Problem ist im Grunde genommen, dass Herrn Dietzel alles bekannt ist, welche Bedeutung der ökologische Landbau hat.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist denen aber egal!)

- Das ist ihm anscheinend egal. - Ich habe ihn angeschrieben und gebeten, mir mitzuteilen, wie damals die Begründung war, damit die Prämienhöhung bei den ökologischen Landwirten noch unter Rot-Grün vorgenommen werden konnte. Er hat mir die Begründung gegeben. Wer sich dafür interessiert - im Hinblick auf die Zeit ist mir das zu viel, es hier vorzulesen -, darin steht alles Positive für den ökologischen Landbau. Das wird aber hier in Hessen ignoriert. Sie wollen im Grunde genommen den ökologischen Landbau in seiner Nische lassen, ihn hineindrücken und ja nicht rauskommen lassen - und das trotz Dioxin und BSE.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist schon abgelaufen. Ich bitte Sie, jetzt zum Schluss zu kommen.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich will noch zwei Sätze sagen. - Für mich ist es erschütternd, wenn mir Herr Dietzel mitteilt: "Mir ist des Weiteren bekannt, dass es sich hierbei um keine zwingende Vorgabe der Europäischen Kommission handelt und somit das Land Hessen auch eine andere Regelung hätte treffen können."

Meine Damen und Herren, das sagt alles aus. Sie, hier in der Verantwortung, werden den Wettbewerb zu Lasten unserer Ökobauern verzerren. Die anderen Mitgliedstaaten stehen in den Startlöchern. Dass da die Zuwachszahlen zweistellig sind, dass wissen Sie selber. Wer den "Hessenbauer" liest, kann in der Ausgabe 35/99 nachlesen, welcher Zukunftsmarkt in der Produktion von ökologischen Lebensmitteln liegt. Den verschlafen Sie und machen unsere ökologisch arbeitende Landwirte kaputt. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Hoffmann für die Fraktion der SPD.

Christel Hoffmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es mit sehr unterschiedlichen Anträgen zu tun. Der Antrag

der Fraktion der GRÜNEN zeigt sehr deutlich, wie diese Landesregierung mit den Interessen der hessischen Landwirte umgeht.

(Lachen des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Zum Einkommensausgleich im Jahr 1993. Herr Kollege Dietz, was wir jetzt diskutieren, nämlich das HEKUL-Programm, ist damals aus dem Einkommensteuerausgleich gespeist worden. Es waren damals etwa 40 Millionen DM. Mittlerweile haben sich diese Gelder auf 120 Millionen DM summiert, die regelmäßig - pro Jahr 40 Millionen DM - an die hessischen Bauern ausgezahlt werden und ihnen direkt zugute kommen. Das, was Sie als Umweltauflage rot-grüner Fantasterei abgetan haben, sind genau die Vorschriften, die die EU macht - im Rahmen der flankierenden Maßnahmen, im Rahmen der Umweltmaßnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielleicht sollten Sie einmal in den entsprechenden Verordnungen lesen. Wenn Sie aber die alten nicht mehr lesen wollen, dann empfehle ich Ihnen die Verordnungen, die wir zurzeit im Landwirtschaftsausschuss beraten.

Der andere Antrag betrifft notwendige Einsparungen, die vorgenommen werden müssen. Frau Kollegin Hammann hat darauf hingewiesen. Wer hat den Bundeshaushalt in 16 Jahren in eine Schiefelage gebracht?

Zunächst einmal zu dem grünen Antrag HEKUL. Es sind zum einen Ökobetriebe davon betroffen, es ist aber auch Grünlandwirtschaft betroffen. Ich erinnere mich noch gut an den Aufschrei, der durch die hessische CDU ging, als vor drei oder vier Jahren Landwirtschaftsminister Bökel die Auszahlungsprämien kürzen musste, weil er damals alle Antragsteller in die Förderung hineinnehmen wollte.

Auch wir hatten heftigste Auseinandersetzungen im Landwirtschaftsausschuss, als es darum ging, Petitionen zu bescheiden, wo die Petenten Fristen für die Antragstellung nach dem HEKUL versäumt hatten.

(Gerhard Bökel (SPD): Ja!)

Das waren höchst dramatische Auftritte, als die Berichterstattung vonseiten der CDU-Kollegen abgelehnt wurde. Dabei waren es keine Ungerechtigkeiten. Denn diese Fristen sind immer Ausschlussfristen.

Aber zu heute: Tatsache ist doch, es verfallen hier EU-Mittel. Außerdem habe ich die Vermutung, dass damit der Minister seine globale Minderausgabe füttert oder füttern muss, die er in hohem Umfang zu erbringen hat.

Auf die Bedeutung der Ökobetriebe hat Frau Hammann schon hingewiesen. Es sind aber auch die Grünlandbetriebe. Wir haben gerade die Grünlandextensivierung in das HEKUL aufgenommen, um in den Grünlandstandorten dauerhaft Landbewirtschaftung nach umweltfreundlichen Methoden zu sichern. Genau dem machen Sie den Garaus, wenn Sie die Erstanträge jetzt nicht zulassen.

Mir liegen Schreiben von einigen Bauern vor, die in die Förderung hinein wollten, die im Vertrauen auf den beschlossenen Haushalt Anträge gestellt haben. Das Geld steht im Haushalt drin. Was passiert? Die Anträge werden abgelehnt, obwohl der Minister auch anders hätte handeln können.

Nun zu dem CDU-Antrag. Die Kürzungen sind bitter notwendig, um den Bundeshaushalt wieder in gerade Stellung zu bringen. Ich möchte hier die Entwicklung des Bundeshaushalts von 1991 bis 1998 in Erinnerung rufen. Das sind

Zahlen vom Bauernverband, die ich jetzt zitiere, und nicht von anderen. Danach hat es im Agrarhaushalt von 1991 bis 1998 Kürzungen von 16,7% gegeben. Die anderen Etats sind im Durchschnitt um 18% angestiegen. Die Gemeinschaftsaufgabe - Frau Kollegin Hammann hat vorhin darauf hingewiesen - ist von 2,4 auf 1,7 Milliarden DM gekürzt worden. In der mittelfristigen Finanzplanung soll die Gemeinschaftsaufgabe in Höhe von 1,7 Milliarden DM weiterhin zur Verfügung stehen. Ich denke, das zeigt die verantwortungsvolle Arbeit der Bundesregierung, um weiterhin Investitionen für die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Landwirtschaft voranzubringen.

Zum zweiten Punkt des CDU-Antrages: Steuerentlastungsgesetz. Ich darf Sie an die Petersberger Beschlüsse erinnern. Da war u. a. auch der Abbau von landwirtschaftlichen Sonderregelungen vorgesehen. Genau das wird jetzt gemacht. Wir wissen alle, wer die Petersberger Beschlüsse vorgelegt hat. Im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes erfolgten die Absenkung des Einkommensteuertarifs und die Erhöhung des Kindergeldes, die ebenfalls den landwirtschaftlichen Familien zugute kommen.

Zur Ökosteuern. Die Ökosteuern sind ein politisches Steuerungsinstrument. Wir wollten sie und wir stehen dazu. Die Landwirtschaft wird in der ersten Stufe behandelt wie das produzierende Gewerbe. Das heißt, bei einem Sockelbetrag von über 1.000 DM hinaus bei Heizöl, Gas und Strom gilt ein ermäßigter Steuersatz von 20% der Regelsteuer. In der zweiten Stufe wird in der Tat die Belastung ansteigen. Aber es gibt, denke ich, für die Landwirtschaft weitere interessante Entwicklungen. Die Besteuerung fossiler Energien macht Bioenergien, Energieträger aus nachwachsenden Rohstoffen wettbewerbsfähig.

Die Liberalisierung des Strommarktes tut ein Übriges dazu, dass Einsparmöglichkeiten in der Landwirtschaft erzielt werden können. Ich erinnere weiter an das 70-Millionen-DM-Programm zur Förderung von Bioenergieanlagen, die gerade im ländlichen Raum angesiedelt werden, wo durch Erschließung neue Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft und auch für die Forstwirtschaft erzielt werden können.

Zu den Sozialausgaben. Die hohen Bundeszuschüsse sind Folgen des Strukturwandels. Das wissen wir alle. Wir hatten das bereits im Mai, also vor wenigen Wochen, diskutiert. Der Agrarhaushalt besteht zu 68% aus Sozialausgaben. Von daher sind Kürzungen unvermeidlich. Wir werden uns bei unserer SPD-Fraktion in Bonn dafür einsetzen, dass die Kürzungen nicht überproportional bei kleinen und mittleren Betrieben - so, wie wir sie hier in Hessen haben - zuschlagen werden.

Es gibt unterschiedliche Modelle zur Strukturanpassung der landwirtschaftlichen Kassen. Es gibt ein Modell der SPD-Fraktion. Der Bundesrechnungshof hat ein weiteres Modell vorgelegt und die Versicherungsträger ebenfalls. Ich denke, es muss hier ein Modell gefunden werden, das gemeinsam von allen Beteiligten getragen wird.

Zur Gasölbeihilfe: Es ist erforderlich, auf der europäischen Ebene zu einer Angleichung der Steuersätze zu kommen.

Zum Ergebnis insgesamt: Der HEKUL-Antrag zeigt, wie Sie mit den Interessen der hessischen Bauern umgehen und entlarvt damit gleichzeitig den Antrag von CDU und F.D.P. schlicht und einfach als politischen Klamauk.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte daran erinnern: Sie haben den Bundeshaushalt 16 Jahre in eine Schiefelage gebracht. Wir müssen jetzt - um politisch handlungsfähig zu bleiben - schmerzliche, aber notwendige Einsparungen vornehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Heidel für die Fraktion der F.D.P.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Die Zwischenrufe des Kollegen Müller bestätigen, wie ernsthaft er die Diskussion hier überhaupt nimmt.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Heiterkeit)

So weit mit Lustig, denke ich.

Ich will als Erstes ein paar Bemerkungen zu dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen: Erstanträge, Extensivierungsprogramm, erhöhter Fördersatz. Aus meiner Sicht und aus der Sicht der F.D.P.-Landtagsfraktion gibt es keine Begründung für diesen erhöhten Fördersatz.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Moment. Das ist der nächste Teil. Jetzt geht es erst einmal um den erhöhten Fördersatz von ökologischen Betrieben. Den werden wir auf den normalen Regelsatz zurückführen. Dies habe ich Ihnen beim letzten Mal schon erklärt.

Zum Thema Ersteinsteiger: Frau Kollegin Hoffmann hat mir das Stichwort gegeben. Sie hat den Bundeshaushalt zitiert. Dann kann ich den Landeshaushalt zitieren, das, was wir vorgefunden haben. Ich denke, das können wir uns sparen.

Wenn Sie darauf abheben nach dem Motto: "Die haben Geld ausgegeben, um sich kontrollieren zu lassen", so war das eine freiwillige Entscheidung jedes einzelnen Betriebes. Das steht in den Richtlinien. Einen Vertrauensschutz in dem Sinne gibt es nicht.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich lese Ihnen vor:

Darüber hinaus bleibt es den zuständigen Stellen vorbehalten, die in den Richtlinien festgelegten Beihilfesätze unter Berücksichtigung des Antrags- und Haushaltsvolumens zu kürzen und Bewilligungsprioritäten zu setzen.

Diese Prioritäten setzen wir. Im Gegensatz zu Ihnen setzen wir die Prioritäten für alle hessischen Landwirte und die Mehrzahl der hessischen Betriebe, die in konventioneller Art bewirtschaftet werden, und nicht für eine kleine Klientel, die Sie bisher bedient haben.

Es sind 200 Betriebe, die im Moment ein Jahr warten müssen. Die EU-Richtlinien kommen neu heraus. Die Kontrollangaben müssen die Betriebe sowieso machen, die in den Ökolandbau wollen. Also haben wir eindeutig aus ihrer betriebswirtschaftlichen Sicht eine Entscheidung getroffen.

Diese Entscheidung ist, im Nachhinein gesehen, falsch gewesen. Damit muss jeder Betriebsleiter leben. Damit muss auch ich als Betriebsleiter leben. Wenn ich im vergangenen Jahr auf Raps gesetzt habe und der Preisverfall in diesem Jahr so groß ist, muss ich das als Betriebsleiter hinnehmen.

(Christel Hoffmann (SPD): Sie verwechseln Äpfel mit Birnen!)

- Frau Kollegin Hoffmann, zu Ihren Äpfeln und Birnen komme ich gleich noch.

Erst einmal zu dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir werden diesen Antrag im Ausschuss behandeln. Dennoch sehe ich für die Hessische Landesregierung aus der Sicht der F.D.P. keinen Handlungsbedarf. In einem Jahr sind die neuen EU-Programme da. Dann können wir wieder darüber diskutieren. Es wird von unserer Seite aus keine Extrawurst für einige wenige ökologische Betriebe gebraten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie, Herr Kollege, eine Wortmeldung für eine Frage von Herrn Kollegen Bökel zu? - Herr Kollege Bökel.

Gerhard Bökel (SPD):

Herr Kollege Heidel, freuen Sie sich mit mir aufrichtig darüber, dass mit Frau Apel in die CDU-Fraktion nicht nur eine sehr sympathische, sondern auch eine dynamische Vertreterin der ökologischen Landwirtschaft nachgerückt ist?

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hat es jetzt schwer!)

Können Sie sich daran erinnern, wie sehr dynamisch und kräftig sie die Forderungen der ökologischen Landwirtschaft mit anderen Verbandsvertretern mir gegenüber vertreten hat? Können Sie sich vorstellen, wie sie jetzt mit dem neuen Minister umgehen muss?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie muss jetzt schweigen!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Bökel, sie wird bei ihrer Rede, die sie gleich halten wird, nur zwei Minuten Redezeit haben.

Es gibt noch eine Frage von Herrn Denzin.

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Kollege Heidel, ich habe dazu eine Zusatzfrage. Können Sie sich auch daran erinnern, wie der damalige Minister Bökel mit diesen Forderungen umgegangen ist?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Norbert Kartmann (CDU): Damit ist alles klar!)

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Herr ehemaliger Landwirtschaftsminister, ich will das an dieser Stelle einmal klar und deutlich sagen. Ich kann auch mit ökologischer Landwirtschaft umgehen. Ich habe keine Berührungspunkte und auch überhaupt kein Problem damit.

Ich möchte zu unserem Antrag betreffend Vermeidung weiterer Belastung der hessischen Landwirtschaft kommen.

Wir hatten während der Plenarsitzung vor der Sommerpause hier schon einmal über die Auswirkungen im sozialpolitischen Bereich gesprochen. Als dann der Bundeshaushalt aktuell wurde, habe ich mir die Mühe gemacht und dem heutigen Bundesfinanzminister, dem ehemaligen Hessischen Ministerpräsidenten, einen Brief mit Datum vom 21.06.1999 geschrieben. Ich habe ihn darin auf die schwierige Situation gerade der hessischen Landwirtschaft mit ihren klein strukturierten Betrieben hingewiesen. Ich habe die Auswirkungen beschrieben, die die Steuergesetzgebung haben wird, wenn sie denn so durchkommt. Raten Sie einmal, ob ich bis heute eine Antwort darauf erhalten habe. Nein. Sehen Sie, es ist deshalb umso wichtiger, dass wir heute noch einmal in diesem Parlament verdeutlichen, dass die hessische Landwirtschaft das so nicht hinnehmen kann, was seitens der Bundesregierung vorgesehen ist.

Ich werde jetzt einige wenige Punkte herausgreifen. Es soll Kürzungen im Sozialversicherungsbereich geben. Sie werden von den GRÜNEN und von Frau Hoffmann damit begründet, hier müssten Strukturen verändert werden. Ich sage Ihnen noch einmal - ich habe es hier schon einmal gesagt -: Hessen hat auch nach dem Bericht des Bundesrechnungshofs seine Hausaufgaben gemacht. Deshalb kann man Hessen jetzt nicht zur Sippenhaft heranziehen.

Zweiter Punkt. Durch den Agrarhaushalt wird mit der Rasenmähermethode durchgegangen. Sie haben richtig dargestellt, dass in den vergangenen Jahren im Agrarhaushalt schon um fast 17% gekürzt worden ist. In anderen Bereichen gab es Haushaltssteigerungen. Doch jetzt soll Folgendes geschehen. Jetzt werden von diesem neuen Bundesfinanzminister, unserem ehemaligen Ministerpräsidenten, 2% der Bevölkerung 10% des Einsparvolumens aufgedrückt.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heidel, das stimmt doch nicht! Das wissen Sie auch! - Christel Hoffmann (SPD): Milchmädchenrechnung!)

Das kann doch wohl nicht wahr sein. Es geht um 3 Milliarden DM im Verhältnis zu 30 Milliarden DM. Das ist ganz einfach zu rechnen und damit auch nicht schwer zu behalten.

Ich möchte zu Ihren Ausführungen zu den Petersberger Beschlüssen kommen. Selbstverständlich waren bei den Petersberger Beschlüssen Sparmaßnahmen neben den Steuermaßnahmen vorgesehen. Selbstverständlich wurde über die Beihilfen diskutiert. Das geschah aber unter einem anderen Vorzeichen.

(Michael Denzin (F.D.P.): Genau das war es!)

Es geschah nämlich unter dem Vorzeichen, dass Steuerentlastungen aus Bonn kommen sollten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, lassen Sie noch eine Frage von Herrn Müller zu?

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Wir unterhalten uns zwar den ganzen Tag, aber bitte schön!)

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, sind Sie denn bereit, zu erklären, welche von den 40 Milliarden DM der Euro-Subventionen für die Landwirtschaft für die F.D.P. auf dem Prüfstand stehen und

welche Vorschläge Sie machen würden, um auch bei der Landwirtschaft Subventionen abzubauen?

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Herr Kollege Müller, sehen Sie, ich komme damit zu dem sagenhaften Auftritt unseres jetzigen Bundeskanzlers, Herrn Schröder, in Cottbus. Er hat sich vorne hingestellt und dann gefragt: Sagt mir doch einmal, wo ihr sparen wollt. - Einen Pfifferling werden wir tun.

(Lachen der Abg. Gerhard Bökel (SPD) sowie Evelin Schönhut-Keil und Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn bei dem, was hier angedacht worden ist, gibt es nichts, was man reparieren könnte. Das ist ein Kahlschlag bei der Landwirtschaft. Der Agrarhaushalt wird zur Farce. Der so genannte Bundeslandwirtschaftsminister hat die Funktion eines Feigenblattes. Er ist ein Grußwortonkel, der durch die deutschen Lande zieht.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Michael Denzin (F.D.P.) - Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Das ist eine Unverschämtheit! Herr Präsident, jetzt muss er gerügt werden!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das ist noch nicht zu rügen. Herr Kollege Wagner, ich stelle aber fest: Landwirtschaft macht Spaß.

(Beifall der Abg. Gerhard Bökel (SPD), Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Michael Denzin (F.D.P.))

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Herr Präsident, Sie haben in vielen Fällen Recht, in diesem Fall auch. In der Landwirtschaft tätig zu sein, ist wirklich ein schöner Beruf. Das macht auch Spaß. Bloß, man muss die Landwirte auch wirtschaften lassen und darf sie nicht nur gängeln, wie es Rot-Grün in Hessen jahrelang gemacht hat. Das ist doch der Punkt.

(Beifall der Abg. Angelika Scholz (CDU) - Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Lassen Sie mich noch einmal an die verehrte Frau Kollegin Hoffmann appellieren. Ich hatte gedacht, dass man mit den agrarpolitischen Sprechern der SPD, nachdem sie aus der Umklammerung ihres ehemaligen Koalitionspartners, der GRÜNEN, entwichen sind, über einige Bereiche sehr sachlich diskutieren könnte. Ich höre nun aber, dass es für die Landwirtschaft wegen der Liberalisierung des Strommarktes jetzt Möglichkeiten gebe, Geld einzusparen. Übrigens wurde die Liberalisierung des Strommarktes von der SPD immer vehement bekämpft.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Herr Rexrodt hat immer Haue dafür erhalten, wenn er diese Meinung vertreten hat. Heute nennen Sie das als Einsparmöglichkeit für die Landwirtschaft. Nehmen Sie als Nächstes doch den Telekommunikationsmarkt. Telefonieren ist auch billiger geworden. Das ergibt dann auch ein Einsparpotenzial für die Landwirtschaft. - Das ist lächerlich.

(Zurufe)

- Wie gesagt, das ist lächerlich.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, wenn Sie bereit sind, darüber noch einmal

ernsthaft im Ausschuss zu diskutieren und auch Vorschläge dazu zu machen, die Horrorbeschlüsse dieses Gruselkabinetts und das, was Hans Eichel auf die hessische Landwirtschaft loslassen will, zu einem Besseren zu wenden, dann sollten wir das im Ausschuss tun. Es kann aber nicht so zugehen, wie es hier heute abgehandelt worden ist, nämlich dass Sie sich hier hinstellen und alles nach hinten schieben wollen. Sie erklären hier, es müsse gespart werden. Sie erklären hier, das könne nur vorrangig bei der Landwirtschaft geschehen. Ich nenne Ihnen noch einmal die Zahlen: 2% der Bevölkerung sollen 10% des Einsparvolumens erbringen. So ist es von Hans Eichel vorgesehen. Dies kann so nicht angehen. Das würde das Aus für viele hessische Betriebe bedeuten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Sie müssten eigentlich schon am Schluss Ihrer Rede sein und nicht erst zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Ich will Ihnen noch zwei Zahlen nennen. Allein die Belastung im Sozialbereich beträgt durch den Krankenkassenbeitrag 664 DM und durch den Alterskassenbeitrag 378 DM pro Kopf. Das macht für einen 30 ha großen landwirtschaftlichen Betrieb hier in Hessen 1.420 DM an sozialer Belastung aus. Meine Damen und Herren, dann sollen noch 1.000 DM des Einkommens durch die Agenda weggestrichen werden. Das ist auf Dauer nicht haltbar. Von daher möchte ich meinen Appell an Sie alle richten: Lassen Sie unseren Antrag im Ausschuss beraten. Lassen Sie uns gemeinsam über den Bundesrat versuchen, Einfluss zu nehmen, um hier großen Schaden von der hessischen Landwirtschaft abzuwenden. - Schönen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Apel für die CDU-Fraktion.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich habe sie schon gelobt!)

Ihr Anteil an der Redezeit entspricht dem Anteil, den die ökologische Landwirtschaft hat, so will ich es einmal sagen.

Elisabeth Apel (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Bökel, vielen Dank für die freundliche Begrüßung. Ich hatte gehofft, dass Sie es erwähnen. Sie haben mich nicht enttäuscht. Aber an der Ergänzung der CDU-Fraktion durch meine Person sehen Sie die große Bandbreite der CDU. Stellen Sie sich einmal einen Vertreter des konventionellen Landbaus innerhalb der Fraktion der GRÜNEN vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Evelin Schönhut-Keil und Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir auch!)

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt die Realität bezüglich des ökologischen Landbaus völlig auf den Kopf.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Michael Denzin (F.D.P.))

Beurteilt man einzelne Parameter der Entwicklung des ökologischen Landbaus in Hessen unter rot-grüner Verantwortung voneinander isoliert und ohne die Auswirkungen zu kennen, kann man Folgendes festhalten: Von 1993 bis 1998 wurden landwirtschaftlichen Betrieben in Hessen Beiträge in Millionenhöhe für die Umstellung auf ökologischen Landbau gezahlt. Allein im Jahre 1998 waren es weit über 10 Millionen DM. Durch sanfte Signale des Marktes, im Wesentlichen aber durch die rasante Ausdehnung des Angebotes durch diese staatlichen Flächenbeihilfen

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Durch die staatlichen Flächenbeihilfen, genau!)

stieg die Anbaufläche des ökologischen Landbaus in Hessen im Zeitraum von 1991 bis 1998 auf das Sechsfache.

(Beifall der Abg. Gerhard Bökel (SPD) und Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Es wird Ihnen nachher noch vergehen, dazu Beifall zu spenden.

1991 bewirtschafteten 237 Betriebe ihren Betrieb nach den Regeln des ökologischen Landbaus. 1998 waren es schon 1.120. Das entspricht einer Verfünffachung der Zahl der Ökobetriebe in Hessen.

Eine stolze Bilanz, könnte man meinen. Die Kehrseite der Medaille sieht leider anders aus. Während Ihrer Regierungsverantwortung erhöhten Sie die Anreize für umstellungswillige Betriebe, ohne die Marktentwicklung als wichtige Entscheidungsgrundlage für die Ausdehnung des Angebots auch nur ansatzweise zur Kenntnis zu nehmen. Sie zwangen sogar die Pächter der hessischen Staatsdomänen, beim Auslaufen ihres Pachtvertrages auf ökologischen Landbau umzustellen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na und?)

Durch die rasante Ausdehnung des Ökolandbaus in Hessen fielen im Verlauf Ihrer rot-grünen Agrarpolitik, die doch eigentlich die Ökobetriebe fördern wollte, die Verkaufserlöse für Bio-Backgetreide von ehemals 110 DM pro Doppelzentner auf nunmehr 50 DM je Doppelzentner. Hessische Biomilch wird heute nur zu einem geringen Teil von Biomolkereien verarbeitet. Der überwiegende Teil geht in die konventionelle Vermarktung. Ökofleischvermarktung spielt in Hessen nahezu keine Rolle, obwohl das Angebot an Biofleisch sehr hoch ist. Millionen DM wurden unter Ihrer Verantwortung in die Vermarktungsförderung von Bioprodukten investiert. Ohne Großabnehmer aus anderen Bundesländern wäre der hessische Biomarkt schon längst zusammengebrochen, wenn man einmal die Direktvermarktung außen vor lässt. Nach dem Motto "Viel hilft viel" haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, während Ihrer Regierungsverantwortung den Ökobetrieben zwar 360 DM pro Hektar an Fördermitteln zukommen lassen; die Betriebe verloren aber im gleichen Zeitraum je Hektar mehr als 1.000 DM an Verkaufserlösen durch das Überangebot des Marktes.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin Apel, ich mache Ihnen einen Vorschlag: Sie geben den Rest Ihrer Rede zu Protokoll. Dann steht es im Protokoll, und Sie kommen zum Schluss.

Elisabeth Apel (CDU):

Gestatten Sie mir noch einen Satz, Herr Präsident. - Herr Bökel, ich gestehe Ihnen gerne zu: Sie haben eine Agrar-

politik gemacht, die weit weniger ideologisch geprägt war als die Ihres Vorgängers Jordan. Aber Sie haben in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung den ökologischen Landbau in Hessen krank gefördert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen. Uns ist der ökologische Landbau genauso wichtig wie der konventionelle. Vielleicht sehen Sie das auch daran, dass es in den Reihen der CDU-Fraktion eine Vertreterin des ökologischen Landbaus gibt. Wir werden ohne Zeitdruck unter Abwägung der landwirtschaftlichen Interessen und der realen Nachfragesituation knappe Landesmittel zielgerichtet und effektiv einsetzen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - siehe Anlage)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das war die erste Rede von Frau Kollegin Apel. Herzlichen Glückwunsch. Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke einmal, dass wir, wenn wir uns über HEKUL unterhalten, natürlich ein Instrument brauchen, um eine flächendeckende Landwirtschaft auch in Hessen zu haben. Sonst wäre Landwirtschaft in der Hohen Rhön, im Vogelsberg, im Odenwald oder im Waldeckischen Upland nicht mehr möglich. Trotzdem müssen wir uns über dieses Thema unterhalten.

Zum einen hat die EU vorgegeben, dass wir eine parallele Führung von zwei Programmen möglichst vermeiden sollten. Auf der anderen Seite sollten wir auch nach altem Recht, das wäre dann HEKUL, und neuem Recht, das wäre die Agenda 2000, überprüfen, ob diese nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Deswegen haben wir in diesem Jahr vorgeschlagen und auch durchgeführt, dass von den 2.000 Betrieben, die einen Antrag gestellt haben, 1.800 - auch Ökobetriebe - einen Jahresvertrag bekommen. Neue Anträge haben wir nicht berücksichtigt.

Es geht auch darum, dass wir abwarten müssen, wie im Rahmen der Agenda 2000 die Agrar-Umweltprogramme der Europäischen Union ausgestaltet werden. Wir hatten die Ausführungsbestimmungen zu den Agrar-Umweltprogrammen erst Ende Juli. So konnten wir noch nicht vorarbeiten.

Zweitens wissen wir jetzt noch nicht, wie die Mittelverteilung ist. Wir wissen nur, dass wir von der Europäischen Union insgesamt 4,6 Milliarden Euro zur Verfügung haben. Wir wissen nicht, wie diese auf die nationalen Staaten verteilt werden. Wir wissen auch nicht, wie in Deutschland verteilt wird, ob nach der Gemeinschaftsaufgabe - dann wären wir mit 5,05 % dabei -, oder ob es so laufen sollte, wie es Bayern und Baden-Württemberg vorhaben, nach dem Windhundverfahren - dann hätten wir möglicherweise Probleme, dort nachzuhalten.

Wir sollten das Gutachten über die Wirksamkeit des Hessischen Kulturlandschaftsprogramms abwarten, das im März dieses Jahres durch den früheren Staatssekretär Fromm in Auftrag gegeben wurde. Es liegt im Herbst vor. Das wird auch in die Beratungen einfließen.

Vom Grundsatz her ist festzustellen, dass jeder Landwirt frei entscheiden kann, ob er seinen Betrieb ökologisch oder konventionell bewirtschaftet. Er muss sich auch über die Gefahren im Klaren sein, wie es Frau Apel eben sehr anschaulich mit der Preisentwicklung klargemacht hat.

Wir haben eine positive Nachfrage nach alternativen Produkten, auch in Hessen, gar keine Frage. Wir müssen aber auch sehen, ob die Bevölkerung denn so reagiert, wie es sich oft in Umfragen darstellt. Ich erinnere an eine, zugegeben nicht ganz junge, Umfrage der Gesamthochschule Kassel zu diesem Thema. 43% der Bevölkerung haben Interesse an alternativ erzeugten Produkten. 14% wollen sie kaufen, tatsächlich kaufen 2%. Wenn das so ist, können wir nicht für 10% produzieren, weil dann der Markt zusammenbricht.

Gerade in diesem Bereich ist es wichtig, dass sich die alternativ produzierenden Landwirte am Markt orientieren. Es kann nicht so sein, dass wir in einen Wettstreit mit anderen Bundesländern eintreten, ob nun in Bayern mehr oder weniger gefördert wird, sondern wir müssen die Frage stellen: Wie viel ist auf dem Markt zu hohen Preisen abzusetzen? Es müssen höhere Preise erzielt werden.

Auch hier in Hessen müssen wir die Vermarktungsstrukturen und das Marketing im Auge haben. Ich freue mich vor allem, dass gerade in der Marketinggesellschaft und auch bei den Direktvermarktern zwischen konventionellen und alternativen Landwirten eine erhebliche Entkrampfung stattgefunden hat und dass man sich über gemeinsame Strategien in diesem Bereich unterhalten wird.

Die Verordnung über die Entwicklung des ländlichen Raumes wird in meinem Hause vorbereitet und diesen Herbst auch diskutiert und zur Abstimmung gestellt. Die Agrar-Umweltmaßnahmen, wie ich eben gesagt habe, werden auf Kompatibilität mit dem Hessischen Kulturlandschaftsprogramm geprüft. Nach dieser Prüfung werden sie nächstes Jahr wieder angeboten.

Lassen Sie mich einige Punkte zum Antrag der CDU und der F.D.P. anmerken. Es ist doch gar nicht die Frage, was 16 Jahre lang in Bonn passiert ist. Gerade diese Fragen, die in diesem Antrag stehen, haben etwas mit dem Haushalt 1999 und dem Haushalt 2000 sowie den Auswirkungen auf die Landwirtschaft zu tun. Nun will ich nicht diese einzelnen Zahlen noch einmal aufrufen. Kollege Heidel hat dies eben schon getan. Ich will auf einen Teilaspekt hinweisen, der Ihnen vielleicht bei dieser ganzen Betrachtung und Diskussion etwas verloren gegangen ist.

Frau Hammann, Sie sprachen an, dass das Höfesterben weitergehen und möglicherweise beschleunigt wird. Zu diesem Antrag will ich anmerken, wo gerade die Politik der Bundesregierung die Axt, nicht die Kettensäge, an die kleinen und mittleren Betriebe auch in Hessen anlegt. Wenn ich das Steuerentlastungsgesetz sehe, will ich nicht hochrechnen, wie viel Auswirkung es auf die hessische Landwirtschaft hat, und auch nicht über Freibeträge reden, die in erster Linie etwas mit bäuerlichen Mittelbetrieben zu tun haben, sondern ich will in Erinnerung rufen, dass § 13a verändert wurde. Ich will nicht abstreiten, dass wir daran arbeiten mussten. Aber dass er so weit nach unten gefahren werden musste, dass die Grenze von 20 ha eingeführt wurde, ist des Guten zu viel. Hier wurden vor allen Dingen kleine Betriebe benachteiligt.

Oder die pauschalierte Umsatzsteuer, der die SPD im vergangenen Sommer zugestimmt hat: Sie wurde auf 10% erhöht. Jetzt ist die Bundestagswahl vorbei. Nun ist die pau-

schalierte Umsatzsteuer von 10 auf 9% zurückgefahren worden. Das ist zum Schaden der bäuerlichen Mittelbetriebe.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Frau Hoffmann sprach die Ökosteuern an. Hier wurde eine Grundformel von 1.000 DM Belastung genommen. 90% der Betriebe und fast alle hessischen Betriebe werden diese 1.000 DM nicht erreichen. Es ist ein Vorteil für die Großbetriebe in den neuen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Oder denken Sie an andere Bereiche. Sie haben hier die Alterssicherung der Landwirte angesprochen, wo bis zu 460 Millionen DM bis zum Jahr 2003 gespart werden sollen. Sie haben doch 1995 mitgestimmt: Bäuerinnenrente - eine gute Geschichte.

Nur sehe ich, dass hier nicht an Leistung gespart wird, sondern die Beitragszuschüsse, die vor allen Dingen kleinen Betrieben und bäuerlichen Mittelbetrieben zugute kommen, gekürzt werden. Dort wird gekürzt, nicht bei den Großbetrieben. Auch das möchte ich anmerken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Oder bei der Unfallversicherung: Der Zuschuss zur Unfallversicherung wird von 615 Millionen DM auf 500 Millionen DM heruntergefahren. Hierzu möchte ich noch eine Anmerkung machen. Denn es geht um die Frage, die eben angesprochen wurde, dass es vor allen Dingen diese 615 Millionen DM waren, die zur Deckung der alten Last wegen des Strukturwandels in der Landwirtschaft verwendet wurden, und dass die jetzt Aktiven nicht mehr in der Lage sind, diese Summen entsprechend aufzubringen.

Das gleiche Dilemma haben wir bei der Knappschaft. 13 Milliarden DM werden in die Knappschaft gestellt. Das ist in Ordnung. Aber wenn es für die Knappschaft richtig ist, dann muss es für die Landwirtschaft logischerweise auch richtig sein.

(Beifall bei der CDU)

Dann betrachte ich die Auswirkungen dieser Kürzung. Wieder sind die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe in Süddeutschland schlechter dran als die Großbetriebe im Norden unseres Landes. Denn bei uns in Hessen - das wurde eben auch schon gesagt - wird es zu einer Beitragserhöhung von 17% kommen, in Baden-Württemberg und Bayern sind es wahrscheinlich über 20% und in einer wie im Bereich Braunschweig strukturierten Landwirtschaft 2%, weil es dort nur viehlose Großbetriebe gibt. Das ist wieder eine Benachteiligung gerade der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe.

Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas zur Agenda 2000 anmerken. Auch wenn es nicht auf diesem Antrag stand, ist gerade dieses Thema meiner Meinung nach von Herrn Funke zu zurückhaltend beachtet worden, weil er mit seinem Kompromissvorschlag zu früh eingeknickt ist.

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Es wurde gar nicht über die Grenze von 90 Tieren diskutiert. Es wurde nicht über eine Obergrenze bei den Ausgleichszahlungen diskutiert. Wir haben einmal versucht, eine Degression als Kompromiss in die Diskussion zu bringen, da auch dort wieder die Großbetriebe gegenüber klein- und mittelbäuerlichen Betrieben bevorzugt wurden.

Frau Hammann, ich denke, dass diese Punkte, die ich hier aufgeführt habe, dazu führen werden, dass das Höfesterben

beschleunigt und nicht durch die Politik der Bundesregierung gemeinsam mit der Agenda 2000 angehalten wird. Ich denke, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, was wir in Hessen dem entgegenstellen können. Soweit wir es im Rahmen unseres Haushalts tun können, werden wir es tun.

Zum Beispiel haben wir im Nachtrag dieses Jahres die Investitionen um 3,5 Millionen DM nach oben geschraubt. Mit der Kofinanzierung des Bundes werden für Bauinvestitionen in der Landwirtschaft 8 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen. Wir haben ein Güllelagerprogramm zum Schutz des Grundwassers für die nächsten drei Jahre in Höhe von 10 Millionen DM aufgelegt. Die Marketinggesellschaft wird gefördert, um Produkte aus Hessen möglichst hochpreisig auch hier absetzen zu können. Als Letztes möchte ich noch anmerken, dass wir die Biomasse, was auch eben bei Ihnen ein Thema war, in Hessen weiter fördern, sodass Sie auch die Möglichkeit haben, für Land- und Forstwirte einen Markt zu erringen.

Das sind die Dinge, die wir als Hessische Landesregierung dem Debakel der Haushaltsgestaltung 1999/2000 des Bundes entgegenzusetzen versuchen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Fünf Minuten Redezeit für Frau Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Eigentlich müsste ich sagen -- Sie sind dran.

(Hildegard Pfaff (SPD): Darf ich noch eine Frage an den Herrn Minister stellen?)

- Jetzt ist er weg. - Wir sind schon wieder eine Viertelstunde über die von den Geschäftsführern ausgehandelte Debattenzeit. Jetzt hat, nur weil der Minister zuletzt sprach, Frau Kollegin Hammann fünf Minuten Redezeit abzüglich der zwei Minuten wegen der erheblich überzogenen Zeit.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde die fünf Minuten nicht ausschöpfen, weil ich weiß, dass die Zeit begrenzt ist. Aber ein paar Dinge liegen mir doch noch auf dem Herzen, gerade weil hier eine Fachfrau gesprochen hat, die aus dem Ökolandbau kommt.

Frau Apel, so, wie Sie jetzt Ökolandbau dargestellt haben, lautet das Motto: klein aber fein. Sie wollen gar nicht, dass der Markt hier eingreift und dass sich der Markt erweitert.

(Stefan Grüttner (CDU): Nein, wir wollen, dass der Markt funktioniert!)

Ich sage Ihnen, das ist die falsche Richtung. Ich glaube, wenn Ihre Rede den Ökolandbauern zukommt, werden sie ihren Augen nicht trauen, wenn sie das lesen, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen keine Nische im Ökobereich haben. Wir wollen, dass jeder diese Produkte kaufen kann und dass es eben nicht mit dem Gehalt verbunden ist, ob man ökologische Produkte kaufen kann oder nicht. Ich sage Ihnen: Der Markt wird verschlafen, wenn hier nicht vonseiten der CDU und F.D.P. umgesteuert wird. Das ist möglich. Das ist mein letzter Appell in diesem Bereich. Wenn die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" verändert wird, dann ist meine Hoff-

nung, dass sich auch Herr Dietzel für die Neuausrichtung einsetzt. Sie beinhaltet die Vermarktung und die regionale Verarbeitung, und sie beinhaltet den Ökolandbau und den Vertragsnaturschutz.

(Beifall der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist die Richtung, in die wir gehen müssen. Das, was ich heute hier gehört habe, ist für mich wirklich ein Rückschritt. Ich bin sehr traurig darüber, dass Sie, Frau Apel, genau in dieser Richtung weitergehen. - Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Es wurde vorgesehen, beide Anträge, also die Tagesordnungspunkte 14 und 21, dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen. Dort gibt es viel Gelegenheit, zu diskutieren und Fachkenntnisse auszutauschen. - Dem widerspricht niemand. Dann ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend keine Vermögensteuer - Drucks. 15/361 -

Wir sind auch bei der zweiten Durchsicht bei zehn Minuten je Fraktion geblieben. Aber das ist eine maximale Zeit. Jeder macht sich beliebt, der sie nicht ausschöpft. Das Wort hat Herr Kollege Lortz für die CDU-Fraktion.

Frank Lortz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD ist auf gutem Wege, in der Steuerpolitik jede Glaubwürdigkeit zu verlieren. Dies wäre an sich ohne Belang und von sehr niedrigem Informationswert für die Allgemeinheit, wenn es hier allein um die pubertäre Selbstbefriedigung einer zutiefst zerstrittenen Partei gehen würde. Dann wäre das halb so wild.

(Beifall des Abg. Stefan Grüttner (CDU) - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, starke Worte!)

Es wird aber zur Gefahr, problematisch und höchst kritisch, wenn es sich um die Regierungspartei des Kanzlers handelt.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Menschen haben einen Anspruch darauf - auch Sie, Herr Müller -, endlich die volle und ungeschminkte Wahrheit über ihre Steuervorstellungen zu hören.

(Beifall bei der CDU)

Schröder und Eichel reden von notwendigen Steuersenkungen, um Investitionen zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen. Die andere Abteilung der SPD baut dagegen den Popanz der Wiedereinführung der Vermögensteuer auf; allen voran und gegen den eigenen Landesvorsitzenden die Hessen-SPD, die einen entsprechenden Beschluss auf Antrag von Hessen-Süd, Herr Vorsitzender Bökel, mehrheitlich getroffen hat.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Angst des Kapitalisten vor dem Sozialismus! - Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem heute vorliegenden Antrag von CDU und F.D.P. wollen wir, für alle sichtbar, den Mehrheitswillen im hessischen Landesparlament bekunden, dass kein politisch Verantwortlicher in unserem Land an die Wiedereinführung der Vermögensteuer denkt.

(Stefan Grüttner (CDU): Richtig!)

Dafür gibt es viele gute und von der Sache her überzeugende Argumente. Lassen Sie mich nur einige hier erwähnen. Sie sind auch völlig unstrittig, und Sie kennen sie auch.

Erstens. Nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts darf der Sollertrag des Vermögens nur bis zu allenfalls der Hälfte durch eine Vermögen- oder andere Steuer abgeschöpft werden. Auch bei einem geplanten Spitzensatz der Einkommensteuer von 48,5% würde diese Sperrquote noch überschritten. Also wäre eine neue Vermögensteuer verfassungswidrig.

Zweitens. Die Abschaffung der Vermögensteuer - -

(Wortmeldung des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Herr Kollege von Plottnitz, Sie sind betroffen.

(Heiterkeit)

Präsident Klaus Peter Möller:

Darf er? - Er darf. Herr Kollege von Plottnitz, fragen Sie.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bedanke mich sehr, Herr Kollege Lortz. Ich bin betroffen, weil Sie das Bundesverfassungsgericht angesprochen haben. Ich wollte Sie fragen, ob Sie wissen, dass der Bundesfinanzhof, das höchste Finanzgericht unserer Republik, darauf hingewiesen hat, dass die Entscheidung und der Satz aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, den Sie zitiert haben, nicht zu den tragenden Gründen gehören.

Frank Lortz (CDU):

Herr Kollege von Plottnitz, ich kenne auch diese Interpretation des Bundesfinanzhofs.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erklären Sie doch einmal!)

- Ja, natürlich kenne ich diese Interpretation des Bundesfinanzhofes. Aber unbeschadet dessen gilt die Argumentation, dass nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts der Sollertrag eines Vermögens nur bis zu allenfalls der Hälfte durch eine Vermögen- oder andere Steuer abgeschöpft werden kann. Diese Argumentation und dieser Satz gelten. Herr Kollege von Plottnitz, glauben Sie es.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das mögen Sie mit Ihren grünen Kumpanen, mit denen Sie auf den Golfplätzen sind, anders erörtern, aber es stimmt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Zweitens. Die Abschaffung der Vermögensteuer - das werden Sie noch wissen - ist seinerzeit hinsichtlich der fiskalischen Einnahmeausfälle durch eine deutliche Erhöhung der Erbschaftsteuer kompensiert worden.

(Reinhard Kahl (SPD): Na, na!)

- Natürlich war das so. Das ist durch eine deutliche Erhöhung der Erbschaftsteuer kompensiert worden, Herr Kollege Kahl. - Es würde also eine Gerechtigkeitslücke entstehen, wenn die Wiedereinführung der Vermögensteuer dann nicht von einer Senkung der Erbschaftsteuer begleitet würde.

Drittens. Der Bundesfinanzhof hat in einem Vorlagebeschluss für das Verfassungsgericht festgestellt, dass nach seinem Judiz die steuerliche Ungleichbehandlung der einzelnen Einkunftsarten grundgesetzwidrig ist. Da stimmen Sie mir zu.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jahrzehntelang habt ihr das gemacht!)

- Herr Müller, lassen Sie mich doch die sachlichen Punkte vortragen. Danach können wir uns doch noch in anderen Bereichen miteinander schlagen.

(Gerhard Bökel (SPD): Nein, geschlagen wir nicht: null Toleranz!)

- Dass der Herr Bökel bei diesem Punkt so laut ist, das habe ich mir gedacht.

Die Grenze zwischen Betriebs- und Privatvermögen lässt sich überhaupt nicht markieren. Gewerbliche Unternehmer und Freiberufler sind - natürlich - frei in der Art der Kapitalausstattung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er spricht aus Erfahrung!)

Meine Damen und Herren, das ist die fachliche Abteilung. Was jetzt die SPD treibt, das ist, im engen Zusammenwirken mit den alten Betonköpfen, die Mobilisierung von Neid und Missgunst.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Wenn schon das eichelsche Sparpaket, kombiniert mit dem Rentenbetrug, die attestierte soziale Schieflage aufweist, dann muss jetzt dringend etwas her: Reiche abkassieren, den Besserverdienenden geht es zu gut - das sind doch die Vokabeln, die man von Ihnen gerne hört, um die sozialistische Seele zu beruhigen. Das Motto lautet: wenn wir schreiten Seit an Seit - und den alten Blödsinn singen. Weiter kommen Sie nicht mit Ihrer Steuerpolitik.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Aber es gibt viele ernst zu nehmende politische Vertreter, auch vonseiten der SPD, die als Kronzeugen gegen eine solche falsche Steuerpolitik hier zitiert werden könnten. Ich will Ihnen nur einige nennen.

Gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer haben sich z.B. ausgesprochen: die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz Herr Beck, von Nordrhein-Westfalen Herr Clement und von Niedersachsen Herr Glogowski - alle SPD.

(Michael Boddenberg (CDU): Was sagt denn der neue Verkehrsminister?)

- Darauf kommen wir noch. Dieselbe Position vertritt die Berliner Finanzsenatorin, die wir auch noch aus diesem Hause hier kennen, Frau Fugmann-Heesing. Herrn Eichel habe ich schon genannt. Sogar der Fraktionsvorsitzende Struck war zwar erst dagegen, aber jetzt schließt er es nicht mehr aus - eine für ihn typische Haltung. Auch die GRÜNEN haben sich eher recht ablehnend gegen die Wiederein-

führung der Vermögensteuer ausgesprochen - ich glaube, auch das kann ich in völligem Konsens mit den Herren von der GRÜNEN-Front hier feststellen.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Meine Damen und Herren, auch aller Sachverstand der Steuerexperten ist gegen die Wiedereinführung einer Vermögensteuer. Dafür sind nur wenige. Das sind die Linken, angeführt von Hessen-Süd. Dazu kommt der DGB - dessen Vorsitzender Schulte hat sich ähnlich geäußert. Heute habe ich gelesen, dass der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie, Herr Schmoldt aus Soltau, erklärt hat, er sei der Meinung, alle Kapitalerträge sollten vollkommen besteuert werden - also überhaupt keine Freibeträge mehr, auch nicht für die so genannten kleinen Sparer, die Sie immer mit zitieren. Herr Klimmt von der Saar ist natürlich auch für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer; wie wir gehört haben, wird er jetzt Verkehrsminister in Berlin. Wenn aber alle ehemaligen Ministerpräsidenten nach ihrer Abwahl ins Berliner Kabinett berufen werden, dann müssen sie dort demnächst ein Festzelt aufbauen, damit sie die alle unterbringen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Eine geplante Dummheit wird nicht besser, wenn man den Namen ändert und in der Fortschreibung der Diskussion jetzt von einer vom Bund oder wie auch immer ausgestalteten Vermögensabgabe spricht - das ist eine ganz neue Formulierung.

Meine Damen und Herren, eine vernünftige, wirksame Steuerreform erfordert die Senkung der Tarife bei der Einkommensteuer und die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, eine mutige Steuersenkung, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und um Arbeitsplätze zu schaffen, nicht aber die Erhöhung bestehender oder die Wiedereinführung alter Steuern.

Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, in diesem Sinne bin ich ganz sicher, dass der Hessische Landtag heute mit der Annahme des Antrags von CDU und F.D.P. ein deutliches Zeichen finanzpolitischer Vernunft setzen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich. - Das Wort hat Herr Kollege Kahl für die Fraktion der SPD.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter der Zielsetzung, hohe Privatvermögen an der Finanzierung der Bildung zu beteiligen, hat der letzte Landesparteitag der SPD folgenden Beschluss gefasst:

Der Landesparteitag der hessischen SPD spricht sich für die Besteuerung großer Vermögen aus, d.h. für die Wiedereinführung einer privaten Vermögensteuer und/oder eine Änderung der Erbschaftsteuer zur Finanzierung höherer Bildungsausgaben.

So weit der Beschluss des Parteitags. Wir freuen uns selbstverständlich, dass die Regierungsfractionen einen solchen Beschluss des Landesparteitags der SPD sofort zum Anlass nehmen, im Landtag eine Debatte zur Vermögensteuer zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die hessische SPD ist für die Vermögensbesteuerung, und dies ist keine neue Position. Schon bei der Abschaffung der Vermögensteuer durch die alte Bundesregierung hat dieser Landtag mit der damaligen Mehrheit einen klaren Beschluss für die Beibehaltung dieser Steuer gefasst. Nach unserer Auffassung gehört die Vermögensteuer zu einem gerechten Steuersystem, und dies ganz besonders unter der steuerpolitischen Zielsetzung der Verteilungsgerechtigkeit. In Zeiten knapper Kassen, in denen hart gespart werden muss, müssen auch die einen Beitrag zur Finanzierung wichtiger Staatsaufgaben wie das Bildungswesen leisten, die über hohe Vermögen verfügen, die sie nicht zuletzt auch der Steuerpolitik der Kohl-Regierung zu verdanken haben.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Bei der Begründung Ihrer Position gegen die Vermögensteuer fallen Ihnen dann in erster Linie die Begriffe - und der Kollege Lortz hat es hier wiederholt - "alte sozialistische Mottenkiste" oder "Neid und Missgunst" ein. Meine Damen und Herren, billiger und polemischer können Sie Ihre Position wohl nicht beschreiben - um dies ganz klar zu sagen.

Schauen wir doch einmal kurz in das Grundgesetz. In Art. 106, der die Verteilung des Steueraufkommens regelt, sind in Abs. 2 die Landessteuern genannt. An erster Stelle steht dort eindeutig die Vermögensteuer als die wichtigste reine Landessteuer. Meine Damen und Herren, ist das eine "sozialistische Mottenkiste"?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Einige wenige Bemerkungen zu den finanz- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen. Die Staatsverschuldung auf allen Ebenen hat Dimensionen erreicht, die mehr als Besorgnis erregend sind.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kahl, lassen Sie eine Frage von Herrn von Hunnius zu?

Reinhard Kahl (SPD):

Leider bei der kurzen Zeit nicht, vielleicht am Ende.

Fast jede vierte Steuermark muss der Bund heute für Zinsen ausgeben. Dies ist das Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Kohl-Regierung. Haushaltskonsolidierung ist daher für die neue Bundesregierung die zentrale Aufgabe. Daher - ich will das sehr klar sagen - gibt es zum Sparprogramm von Bundesfinanzminister Eichel keine Alternative. Nur so sind die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen. Hans Eichel ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er sagt: Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für Arbeit, Innovation und soziale Stabilität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Die Sparanstrengungen werden mit strukturellen Reformen verbunden, die zu ökonomischen und sozialen Fortschritten führen.

Die Länder stehen nun vor ähnlichen Problemen. Auch hier ist die Haushaltskonsolidierung notwendig. Beim Nachtragshaushaltsplan der neuen Landesregierung, der die Neuverschuldung massiv erhöht, hat man den Eindruck,

dass dies noch verdrängt wird. Bei den Ländern haben wir strukturell hohe Personalkosten zu verkraften, da Schule, Hochschule und innere Sicherheit Ländersache sind - sämtlich personalintensive Bereiche. Die Herausnahme von Universitäten, Hochschulen und anderen Einrichtungen aus dem Landeshaushalt, wie dies die Landesregierung für das Jahr 2000 vorsieht, senkt die Personalkosten nur auf dem Papier. Die Bildung von Schattenhaushalten ist keine Lösung.

(Beifall der Abg. Christel Hoffmann und Hildegard Pfaff (SPD))

Bei allen Bemühungen, den weiteren Anstieg der Personalkosten zu bremsen, ist aber auch klar, dass ein zukunftsfähiges Bildungssystem und die innere Sicherheit bei allen Optimierungsbemühungen personalintensiv sind. Daher stellt sich neben der unbedingten Haushaltskonsolidierung für die Länder auch die Frage nach einer Verbesserung der Einnahmesituation.

In diesem klaren Zusammenhang halten wir die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensbesteuerung für das richtige Instrument. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom Juni 1995 nicht die Vermögensteuer als verfassungswidrig bezeichnet, sondern das zugrunde gelegte Bundesgesetz. In diesem Gesetz wurde Grundvermögen mit dem gleichen Steuersatz wie anderes Vermögen besteuert, jedoch durch die Einheitswerte niedriger angesetzt.

Die Regierung Kohl hat davon abgesehen, einen verfassungsgemäßen Vorschlag für eine Neuregelung der Vermögensbesteuerung vorzulegen. Deshalb existiert das Gesetz auch noch formal. Aus diesem Grunde sind die Länder, denen das Aufkommen aus der Vermögensteuer zusteht, wegen der Sperrwirkung der entsprechenden Grundgesetzartikel aber gehindert, eigene Gesetze zur Erhebung der Vermögensteuer zu erlassen.

In der Begründung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts wird auch auf den so genannten Halbteilungsgrundsatz verwiesen. Obwohl nicht eindeutig klar ist, ob dieser Grundsatz eine unverbindliche Meinungsäußerung ist oder zu den tragenden Gründen des Urteils gehört, ist dazu doch Folgendes festzustellen. Der Halbteilungsgrundsatz beinhaltet, dass eine Vermögensteuer zu den übrigen Ertragsteuern nur hinzutreten kann, soweit die steuerliche Gesamtbelastung in der Nähe von 50% verbleibt. Daraus schließen die Regierungsfractionen fälschlicherweise, dass eine Vermögensteuer nur im Bereich des Mittelstandes wirksam werde. Sie verwechseln schlicht die nominalen Steuersätze mit der tatsächlichen steuerlichen Gesamtbelastung. Das ist die Realität. Es ist eindeutig klar, dass das Bundesverfassungsgericht nicht den Steuersatz der Einkommensteuer meint, sondern die steuerliche Gesamtbelastung aller Einnahmen einschließlich der Entlastungen. Dies ist ganz wichtig bei der Beurteilung.

(Beifall bei der SPD)

Zur steuerlichen Gesamtbelastung gibt es eine sehr aufschlussreiche Darstellung des Landesrechnungshofes in seinen Bemerkungen 1998. Ich empfehle Ihnen, diese in dem Zusammenhang einmal sehr genau zu lesen. Bei positiven Einkünften über 250.000 DM hat sich die Durchschnittsbelastung kontinuierlich gesenkt. Sie liegt bei positiven Einkünften von 250.000 bis 300.000 DM bei 30%. Zwischen 750.000 und 1 Million DM liegt sie bei knapp 40%, und bei positiven Einkünften ab 2 Millionen DM liegt sie bei 42 bis 43%. Wer bei diesen Zahlen behauptet,

ein Spielraum für eine Vermögensteuer gebe es aufgrund des Halbteilungsgrundsatzes nur beim Mittelstand, der verkennt schlicht die Realität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn nach den Zahlen des Rechnungshofes fast 70% aller positiven Einkommen über 250.000 DM eine Durchschnittsbelastung von weniger als 35% haben, ist auch bei Beachtung des Halbteilungsgrundsatzes sehr wohl ein Spielraum für eine Vermögensabgabe bei hohen Einkommen möglich. Ich füge hinzu: Sie ist auch gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Viele Gegner der Vermögensteuer behaupten, man könne nicht zwischen betrieblichem und privatem Vermögen differenzieren. Das war auch Ihr Argument. Dieses Argument ist wenig plausibel. Es ist eine Frage des politischen Willens und der gesetzlichen Formulierung, geeignete Abgrenzungskriterien zu finden. Ich füge hinzu: Falls bei der gewollten steuerlichen Freistellung des Betriebsvermögens Privatvermögen in betriebliches Vermögen zum Zwecke der Steuerersparnis überführt wird, hätte dies den Effekt, dass die Haftungsmasse eines Unternehmens erhöht wird. Auch darauf will ich hinweisen.

In vielen westlichen Industriestaaten gibt es eine allgemeine Vermögensteuer. Finnland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden, die Schweiz und Spanien kennen Abgaben auf das private Vermögen - im Übrigen auch die U.S.A. und Kanada, um das sehr klar zu sagen.

(Zurufe von der CDU)

Auch der Hinweis auf einen zu hohen Aufwand bei der Erhebung der Vermögensteuer geht an der Realität glatt vorbei. Die alte Vermögensteuer erbrachte 1996 bundesweit Steuereinnahmen in Höhe von rund 9 Milliarden DM. In Hessen lag der Betrag bei etwas unter 1 Milliarde DM. Der Erhebungsaufwand betrug nach Schätzungen des damaligen Bundesfinanzministers etwa 5% des Aufkommens. Der Nettoertrag für die Haushalte der Länder und der Kommunen, die durch den KFA beteiligt sind, war demnach im Vergleich zu anderen Steuerarten sehr groß.

Schließlich geht der Hinweis der Regierungsfractionen, dass die Abschaffung der Vermögensteuer durch die erhöhte Erbschaft- und Grunderwerbsteuer ausgeglichen werde, ebenfalls an den Realitäten vorbei. Dies zeigt sich daran, dass die neue Landesregierung die Verstärkungsmittel im KFA als Ausgleich für das Jahressteuergesetz 1997 - ich füge hinzu: im Gegensatz zur Vermögensteuer gehört die Erbschaftsteuer nicht zum Steuerverbund - zurückgenommen hat. Das heißt weiter nichts, als dass das Aufkommen aus der neuen Erbschaftsteuer hinter den Erwartungen zurückbleibt. Es gibt also keine volle Kompensation.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Kahl, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Reinhard Kahl (SPD):

Lassen Sie mich zusammenfassen. Es bestehen keine grundsätzlichen rechtlichen Einwendungen gegen eine Besteuerung großer Vermögen. Voraussetzung ist allerdings ein neues Konzept für ein vereinfachtes Bewertungsverfahren, bei dem der Grundbesitz nach gleichen Maßstäben wie

das übrige Vermögen bewertet wird. Eine Besteuerung großer Vermögen ist unter den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch gerecht, zumal das Aufkommen nach unserer Meinung gezielt zur Finanzierung von Bildungsausgaben eingesetzt werden soll. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich. - Das Wort hat Herr Kollege von Hunnius für die Fraktion der F.D.P.

Roland von Hunnius (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem Steuerchaos, das Rot-Grün angerichtet hat, gibt es ein sozialdemokratisches Herzblut-Thema - ich möchte fast sagen: Herzblatt-Thema -: die Vermögensteuer. Dieses Thema scheint hervorragend geeignet zu sein, die zerstrittenen Massen zu solidarisieren unter der gemeinsamen Fahne, auf der steht: Wir schlagen die Reichen und nehmen denen ein bisschen was weg. - Das scheint immer zu klappen; da sind sich die allermeisten Leute einig, weil sie nicht reich sind und meinen, nicht betroffen zu sein. Ich kann dazu nur sagen: Geben Sie dabei Acht, denn das ist so etwas wie Lafontaines Rache, die letzte Säule des lafontainschen Imperiums - und auch diese, schon geborsten, und kann stürzen über Nacht.

Auf der Suche nach einer sozialdemokratischen Identität verfällt man auf die Uraltkamelie Vermögensteuer. Anders als noch in der letzten Legislaturperiode hat sich der Landesvorsitzende der hessischen SPD, der damalige Ministerpräsident und heutige Finanzminister Eichel, gegen eine Vermögensteuer ausgesprochen. Deshalb bin ich gar nicht so sicher, ob der Kollege Kahl mit Recht auf seinen Landesverband so stolz sein kann; denn immerhin zeigt sich hier doch ein tiefer Riss zwischen dem Landesvorsitzenden und dem Rest der Partei.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Immerhin hat sich Eichel vom Saulus zum Paulus gewandelt und hat im unmittelbaren Kontakt mit der steuerpolitischen Realität gemerkt, dass die Forderung nach einer Vermögensteuer unsinnig ist. Darin kann ich ihn nur unterstützen. Allerdings wird er dafür von seiner Partei reichlich beschimpft. Als Beispiel möchte ich den ehemaligen Minister Jordan anführen, der sagt, der Bundeskanzler versammle alle neoliberalen Phrasen, gegen die die SPD 16 Jahre lang gekämpft habe. Das ist nicht ganz unklar. Andererseits kann sich der Bundesfinanzminister nicht davon freisprechen, die Verantwortung hierfür mitzutragen. Wir unterstützen ihn allerdings, wenn er die Auffassung vertritt, dass eine Vermögensteuer nicht wieder kommen soll.

Das Thema Vermögensteuer ist zu ernst, um einen Gag daraus zu machen, damit sich die Sozialdemokraten wieder einig sind und ein schönes gemeinsames Feindbild haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt eine Reihe von hervorragenden Gründen, gegen eine Vermögensteuer zu sein. Es gibt den wichtigen sachlichen Grund, dass eine Vermögensteuer eine Besteuerung von Substanz ist. Vermögensteuer wird aus der Substanz

gezahlt. Wer eine Vermögensteuer befürwortet, der sagt: Ich bin dafür, dass die Substanz vermindert wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Mit anderen Worten: Wenn jemand Einkommen erzielt, das er versteuert - das unterstellen wir einmal, denn über das andere brauchen wir nicht zu diskutieren, das ist illegal -, und den Weg A wählt, dieses Einkommen zu konsumieren, dann spart er sich die Zahlung von Vermögensteuer. Dann wird er belohnt. Wählt er allerdings den Weg B, indem er spart, indem er dazu beiträgt, dass investiert werden kann, dann wird er vom Staat bestraft, dann ist das auf einmal ein ganz krimineller Akt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das führt dazu, dass viele, die über Aktiendepots verfügen, aufgrund der Wertentwicklung dieser Aktien gezwungen sind, Teile ihres Vermögens zu veräußern, um Vermögensteuer zahlen zu können. Das ist Ihre Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geschieht vor dem Hintergrund einer viel zu geringen Eigenfinanzierungsquote in der deutschen Wirtschaft, die natürlich niemanden mehr wundert, wenn Politik in dieser Form betrieben wird.

Wir brauchen ein Steuersystem, das Anreize zur Bildung von Einkommen und Vermögen schafft. Wir brauchen kein Steuersystem, das Vermögensinhaber dadurch bestraft, dass es sie zusätzlich abkassiert.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD - die GRÜNEN sehen das Gott sei Dank ein bisschen anders -, eine Trennung von Privatvermögen und Betriebsvermögen ist in vielen Fällen doch nur virtuell möglich. Seien wir doch einmal ein bisschen ehrlich.

Wenn Sie Einzelunternehmen nehmen, wenn Sie Personengesellschaften nehmen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Geheimnisse verraten!)

dann ist es doch in das Belieben des Unternehmers oder des Personengeschafters gestellt, wie er das Fahrzeug nun einstuft, so oder so, oder wie er welchen Vermögensgegenstand klassifiziert. Das kann kein Mensch kontrollieren, es sei denn, Sie machen einen riesenhaften Verwaltungsaufbau dafür. Wir schaffen hier eine Grauzone, die in der Tat die Vermögensbesteuerung der Beliebigkeit unterwirft. Das kann nicht Ihr Ziel sein.

Das hat z. B. Klaus Müller von den GRÜNEN dankenswerterweise erkannt. Er ist finanzpolitischer Sprecher im Deutschen Bundestag, und er sagte in der letzten Ausgabe der "Woche" - Herr Kollege von Plottnitz lauscht schon ganz interessiert -:

Die SPD will private Vermögen besteuern, was zu Verlagerungen in Betriebe führen wird. Der Staat sieht dann keinen zusätzlichen Pfennig.

Dazu muss ich sagen: Recht hat der Mann. Er hat die Situation vernünftig erkannt. Er fährt übrigens fort - damit kom-

men wir schon zu einem der nächsten Tagesordnungspunkte -:

Sinnvoll wäre eine Reform des Stiftungsrechts, um privates Vermögen für die Gesellschaft zu mobilisieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch da hat er voll und ganz Recht. Aber hier ist der kleinere Koalitionspartner etwas weiter als der große. Das soll ja auch vorkommen in Koalitionen, habe ich mir sagen lassen. In diesem Fall können wir das nur begrüßen.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein weiterer Grund gegen die Vermögensteuer ist, dass die Vermögensteuer, solange wir sie hatten, doch mitnichten ein unentbehrlich großer Anteil war. Die ganze Vermögensteuer hat noch nicht einmal 1% zum Steueraufkommen beigetragen. Wir streiten hier also über eine Steuer, die in der Tat nicht mehr als Symbolwert hat.

Ein weiterer Grund ist das BVG-Urteil, über das lange hin und her diskutiert worden ist. Für mich ist aber das ökonomische Argument wichtig, das politische Argument, nicht die Meinung von Richtern.

Letztlich - das kann nicht wegdiskutiert werden, auch nicht von Herrn Kahl - ist zur Kompensation des Steuerausfalls bei Nichterhebung der Vermögensteuer die Erbschaft- und Schenkungsteuer entsprechend erhöht worden, ist auch die Grunderwerbsteuer drastisch erhöht worden. Ich nehme an, da Sie die Gesamtbelastung nicht erhöhen wollen, dass diese beiden Steuern dann entsprechend gesenkt werden. Im Gegensatz dazu höre ich allerdings aus Kreisen der SPD, dass man eine weitere Erhöhung der Erbschaftsteuer plant. Man nimmt es also erst den Lebenden weg und dann denen, die das Vermögen erben.

Was dabei herauskommt, ist eine Bremse der Wirtschaft, ist weniger statt mehr Beschäftigung. Dies ist ein Thema, das überhaupt keinen sachlichen Hintergrund hat. Es ist auch kein neues Argument aufgetaucht. Wenn sich sogar ein Mann wie Hans Eichel überzeugen lässt, dann sehen Sie, wie gut die Argumente sein müssen.

Es geht in der Tat nicht um die Frage der Gerechtigkeit. Die ist vorgeschoben. Das ist eine interne, schöne SPD-Diskussion, die Sie beschäftigt hält. Wenn wir es ganz genau nehmen, dann ist es doch so, dass jemand, der sagt, Vermögen ist schon deshalb zu besteuern, weil es Vermögen ist, weil jemand gespart und nicht konsumiert hat, dann auch sagen muss: Vermögen ist Diebstahl, Eigentum ist Diebstahl, es gehört den Leuten weggenommen.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Sozialisierung!)

Da folgen Sie dem uralten sozialdemokratischen Motto: Wenn ich den Kleinen schon nichts geben kann, will ich wenigstens den Großen etwas wegnehmen. Dann sind alle zufrieden, auch wenn es nichts bringt und die Wirtschaft bremst. - Das kann aber nicht die Devise unserer Politik sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die SPD wird sich entscheiden müssen, welchen Weg sie gehen will. Sie kann das nicht mehr lange gleichzeitig aushalten: auf der einen Seite Schröder mit dem Sympathisieren mit einer so genannten neuen Mitte und Eichel, der irgendwo auch mehr dieser Welt entrückt ist mit seiner neuen Politik, und auf der anderen Seite das Bedienen der

sozialdemokratischen Basisklientel, die sagt: Versuchen wir doch einmal, Vermögensteuer einzuführen, versuchen wir doch, die Einkommensteuerreform ein bisschen zu verschieben, weil irgendeiner davon profitieren könnte, der vielleicht Unternehmer ist.

Dies ist auf Dauer nicht aushaltbar. Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen. Ich glaube nicht, dass hier irgendjemand argumentieren kann, dass die Meinung des Landesvorsitzenden der SPD Hessen vereinbar sei mit dem Beschluss des Landesparteitages. Das ist wie Feuer und Wasser. Wenn Sie das zusammenpacken, kommt Dampf heraus - und das ist genau Ihre Politik: heisser Dampf und sonst überhaupt nichts.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD - bei den GRÜNEN hoffe ich, dass sie eine etwas andere Meinung haben, auf Bundesebene zumindest; ich gehe davon aus, dass Herr Kollege von Plottnitz oder Herr Kollege Müller zu Hessen Entsprechendes sagen wird -, ich rufe Sie auf, sich nicht sozusagen politisch posthum von Lafontaine in eine bestimmte Ecke drängen zu lassen, aus der Sie nicht mehr herauskommen. Sie werden nicht darum herumkommen, sich zu einer Modernisierungspolitik zu bekennen, und zwar bundesweit, in allen Teilen unseres Landes, auch in Hessen. Wenn Sie das nicht machen, dann dienen Sie nicht der Gerechtigkeit, sondern dann machen Sie ganz einfach eine schlechte, eine hundsmiserable Politik.

Wir lesen in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über den morgigen Parteitag, der in Frankfurt stattfinden wird:

Das hat es noch nie gegeben: dass eine Parteiorganisation gegen den eigenen Bundeskanzler, den eigenen Vorsitzenden knapp ein Jahr nach der Regierungsübernahme so massiv Front macht.

(Michael Boddenberg (CDU): Viel zu spät!)

Das ist eine Situation, mit der Sie fertig werden müssen. Sie können Sie aber nicht lösen, indem Sie eine Politik der Einführung der Vermögensteuer machen. Dazu kann ich nur mit der "Offenbach Post" vom 23.08. sagen:

Mit solch einem Politikverständnis aber lässt sich heute im Wortsinne kein Staat mehr machen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege von Hunnius, Sie müssen ebenfalls zum Schluss kommen.

Roland von Hunnius (F.D.P.):

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Damit habe ich ziemlich genau die Redezeit erfüllt. Ich bedanke mich bei dem Herrn Präsidenten für die Geduld und bei Ihnen für das Zuhören.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich begrüße auf der Tribüne unseren früheren Kollegen Fischer (Waldeck). Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich erteile Herrn Kollegen Müller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Stefan Grüttner (CDU): Vermögensmüller! - Norbert Kartmann (CDU): Alles Müller, oder was?)

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein bisschen wundere ich mich schon über die Reaktion, die ein Beschluss der SPD auf ihrem Landesparteitag bei den regierenden Koalitionsfraktionen hervorruft. Da muss es schon einen großen Schrecken gegeben haben, dass der sonst so geschätzte Kollege Lortz hier eine Rede hält, die in den Archiven des Landtags unter der Überschrift "Die Angst des Kapitalisten vor dem Sozialismus" geführt werden wird. Wenn spätere Generationen sich diese Rede einmal anschauen, werden sie sich fragen, wie um Gottes willen ein vernünftiger Mensch nach dem Jahre 1989 noch solche Parolen aus dem Klassenkampf von oben im hessischen Plenum vertreten kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Da muss die Angst schon groß sein. Ich habe heute schon dazwischengerufen: "Ihr befürchtet, die Genossen rufen noch einmal auf, das Winterpalais zu stürmen!" Das ist sicherlich nicht das Niveau, auf dem wir diese Debatte führen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über das Thema Vermögensteuer reden, muss uns doch klar sein, dass es sich hier um ein hoch symbolisches Thema handelt, um ein Thema, das im Kern die Frage nach der Steuergerechtigkeit beinhaltet. Ich sage ganz ernsthaft, Rot-Grün hat die Wahl auf Bundesebene gewonnen, weil wir im Gegensatz zu CDU und F.D.P. gesagt haben: Das Thema Gerechtigkeit ist unser ureigenstes Thema. Wir werden und wollen uns am Thema Gerechtigkeit messen lassen.

(Michael Boddenberg (CDU): Man merkt es an den Umfrageergebnissen und den Landtagswahlen! - Weitere Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

- Schreit einmal alle schön dazwischen; das trifft euch nämlich. - Deswegen sage ich ganz deutlich: Ich bin äußerst skeptisch, ob die Vermögensteuer beim Thema Gerechtigkeit zu einem positiven Ergebnis kommen wird. Wir von den GRÜNEN haben eine klare Position dazu. Allerdings bin ich der Auffassung, dass, um das Thema Gerechtigkeit zu behandeln, dieser riesige Kraftakt, der im Augenblick in Bonn mit der Steuerreform durchgeführt werden muss, von uns ganz klar und deutlich unter der Überschrift "Wir wollen Steuergerechtigkeit haben" öffentlich diskutiert werden muss. Ich finde auch, dass die öffentliche Debatte über die Vermögensteuer nur diesem Ziel dienen kann, obwohl ich sicher bin, dass das Instrument Vermögensteuer nicht geeignet ist, um Steuergerechtigkeit herbeizuführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Wenn man sich die Entwicklung in den 16 Jahren Kohl betrachtet, dann muss man feststellen - das sagen alle unabhängigen Gutachter; das sagt auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage -, dass sich die Vermögensverteilung in der Gesellschaft eklatant ungleich entwickelt hat. Es sagen alle Gutachter, dass sich bei den Einkommensverhältnissen große Schieflagen ergeben hatten. Außerdem sagen alle diejenigen, die etwas von der Sache verstehen, dass unter 16 Jahren CDU/F.D.P.-Regierung Kinder zu haben zum Armutsrisiko Nummer eins in unserer Gesellschaft geworden ist. Da ist es doch selbstverständlich, dass Rot-Grün eine Debatte über Steuergerechtigkeit führen wird und diese Steuergerechtigkeit in

den Mittelpunkt der Steuerreform stellt, die jetzt ansteht und die Hans Eichel hervorragend managt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

- Da sehe ich lachende Gesichter bei der CDU. - Es ist erwiesen, dass Kinder und Jugendliche unter 17 Jahren die höchste Armutsquote aller Altersgruppen haben.

Schämen Sie sich denn überhaupt nicht dafür, dass Sie z. B. in Ihrer Familienpolitik über Jahre und Jahrzehnte - das Bundesverfassungsgericht hat es festgestellt - den Familien mit Kindern bis zu 20 Milliarden DM im Jahr vorenthalten haben? Das ist die Bilanz Ihrer Steuer- und Familienpolitik. Das ist höchst ungerecht, und es ist Zeit, dass dies korrigiert werden muss.

(Zurufe von der CDU: Wie war es denn vorher?)

Dieser Wechsel wird vollzogen. Ich erinnere daran, das Kindergeld wurde in zwei Schritten erhöht, einmal um 30 DM und ein anderes Mal um 20 DM - ein Akt der Gerechtigkeit und im Übrigen auch vorgeschrieben vom Bundesverfassungsgericht wegen Ihrer falschen Steuerpolitik. Wir werden in Bonn den Kinderfreibetrag um 3.000 DM erhöhen, und er wird später weiter erhöht werden.

Man kann feststellen, dass durch die Steuerreform der Bundesregierung eine Familie mit zwei Kindern, Jahreseinkommen 60.000 DM brutto - das soll es auch geben, Herr Kollege Lortz -, unter dem Strich 1.200 DM im Jahr mehr hat. Das ist für mich ein aktiver Beitrag zur Steuergerechtigkeit und nicht die Debatte über die Frage Vermögensteuer ja oder nein. Auf diesem Weg werden wir fortfahren. Ich kann die Zahlen auch aufsummieren. Es wird für Familien mit Kindern in dieser Einkommensklasse in der ersten Stufe der Steuerreform eine Entlastung um 2,4 Milliarden DM im Jahr, in der zweiten Stufe um 5,6 Milliarden DM geben.

(Frank Lortz (CDU): Alles Käse!)

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen, weil Steuergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit ein Markenzeichen von rot-grüner Politik in Bonn sind.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Müller, lassen Sie Fragen zu? Herr Milde und Herr von Hunnius würden gerne etwas fragen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es der Aufklärung dient!)

- Herr Kollege Milde.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Danke. - Wenn es der Aufklärung dient, wären Sie bereit, hier aufzulisten, welche familienpolitischen Leistungen die Bundesregierung zwischen 1982 und 1998 in Bonn beschlossen hat?

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das kann ich summarisch auflisten. Sie haben den Familien mit Kindern pro Jahr knapp 20 Milliarden DM an Steuerentlastung vorenthalten. Das hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Das ist Ihre Bilanz, und da brauchen Sie überhaupt nicht drumherum zu reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr von Hunnius.

Roland von Hunnius (F.D.P.):

Herr Kollege, wären Sie bereit, zu bestätigen, dass Sie den Antrag der CDU und der F.D.P. unterstützen, die Vermögensteuer nicht wieder einzuführen?

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr von Hunnius, Sie wissen es besser. Wir werden den Antrag ablehnen. Die Rede ging darüber, ob Steuergerechtigkeit im Mittelpunkt der Debatte stehen muss. Da lasse ich mich durch die Zwischenrufe von Frau Ludwig von schräg hinten - "Unsinn!" hat sie gerufen - überhaupt nicht aus dem Konzept bringen. Da stört Sie natürlich, dass wir das Thema Steuergerechtigkeit positiv besetzen. Ich sage auch offen, ich wäre froh, wenn die Roten und die GRÜNEN in Bonn das Thema Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Sommerfestspiele stellen und nicht über irgendwelche anderen Vorschläge losstreiten würden. Dies würde unserer Politik insgesamt sehr gut tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich habe schon gesagt, ich bin skeptisch, ob die Vermögensteuer ein geeignetes Instrument ist.

(Zuruf von der CDU: Stimmen Sie uns doch zu!)

Sie ist es sicherlich nicht, wobei allerdings bei der Frage Wahrheit und Klarheit hier laut gesagt werden muss, wenn man sich z. B. einmal in der Europäischen Union umschaue und fragt, wie da die Besteuerung von Vermögen ist: Bezogen auf das Jahr 1996 - da gab es noch die private und die gewerbliche Vermögensteuer - hatten wir in der Bundesrepublik, bezogen auf das Inlandsprodukt, einen Anteil von 1,1%. Der Schnitt in der Europäischen Union war 1,8%. Man kann also nicht davon reden, dass in der Bundesrepublik Vermögen zu hoch besteuert worden sind.

Ich habe ganz praktische Argumente gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Da stimme ich in einigen wenigen Punkten mit dem Kollegen Lortz überein. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, die private Vermögensteuer unabhängig von der betrieblichen Vermögensteuer zu erheben. Da wird sich jeder seine "eigene Steuerreform" machen. Die einen werden ihr Vermögen in Golfplatz AGs einbringen und werden kein privates Vermögen mehr haben. Die anderen werden andere Formen finden. Dies würde ich nicht für richtig halten. Ich glaube auch, dass der Erhebungsaufwand relativ groß ist.

Meine Damen und Herren, allerdings können wir uns eines auf Dauer auch nicht leisten, dass nämlich gerade die Bezieher von höchsten Einkommen die niedrigsten realen Steuersätze haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der hessische Rechnungshof hat dies eindrucksvoll belegt, Einkommen in Hessen bei 3.000 Steuerfällen anonym überprüft: Jahreseinkommen von über 480.000 DM, haben im Schnitt eine steuerliche Belastung von 8%.

(Zurufe des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Das ist auf Dauer doch überhaupt nicht hinnehmbar. Deswegen bin ich dafür, vom Konzept der Flat Taxes in den USA einiges zu lernen: normale Steuersätze runter, Bemes-

sungsgrundlage verbreitern, um damit dafür zu sorgen, dass auch in unserem Steuersystem Besteuerung nach Leistungsfähigkeit wieder stattfindet. Das haben Sie im Übrigen in Bonn mit Schwarz-Blau-Gelb 16 Jahre lang verhindert. Das wollen und werden wir ändern.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Müller, noch eine Zwischenfrage von Herrn Boddenberg. Lassen Sie die zu?

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch das noch!)

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Müller, würden Sie denn auch einmal die Zahlen nennen - in absoluten Zahlen bitte -, wie hoch der Beitrag der 10% Höchstverdiener am gesamten Steueraufkommen in dieser Bundesrepublik ist?

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Jetzt habe ich, glaube ich, den Letzten erwischt, der verteidigt, dass die Bezieher von Einkommen über 500.000 DM jährlich nur 8% Durchschnittssteuersatz zahlen. Das muss doch auch für Sie ein Problem der Gerechtigkeit sein. Es geht doch nicht um die Frage der absoluten Steuerhöhe, sondern es geht darum, wie wir u. a. den Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Tribüne erklären, dass sie mit jeder Mark, die sie mehr verdienen, in die Progression reinrutschen und über 40% Steuern zahlen müssen, wogegen die Leute, die Sie gerade eben noch verteidigt haben, über negative Einkünfte, d. h. über legale Abschreibungsmöglichkeiten, ihre Steuersätze auf durchschnittlich 8% herunterdrücken. Das kann doch kein vernünftiger Mensch hier in diesem Hause verteidigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich komme aber auch, je länger ich mich mit diesem Thema beschäftige, zu anderen Instrumenten. Warum diskutieren wir nicht ernsthaft das Konzept einer Mindeststeuer? Warum sind wir nicht in der Lage, eine Mindeststeuer einzuführen, dass wir sagen: Wenn es schon so schwierig ist, gegen all die Lobbyisten bei der Bemessungsgrundlage die Verbreiterung durchzuführen, warum kommen wir nicht dazu, eine Mindeststeuer von 20% einzuführen?

(Zurufe des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Da heißt es, jeder, der ein hohes Einkommen hat, muss mindestens den Einkommensteuersatz auf seine Einkünfte zahlen. Gibt es ausgearbeitete Konzepte? - Nein, Herr Hahn, das gibt es bei uns nicht, weil über Negativeinkünfte das Einkommen so heruntergedrückt wird, dass effektiv keine Steuer mehr gezahlt wird.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Nach dem F.D.P.-Modell ist das nicht der Fall! Ohne Abschreibungsmöglichkeiten!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Die Redezeit ist schon zu Ende. Sie müssten zum Schluss kommen.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bin gerne bereit, auch noch weitere Fragen aus den Reihen der F.D.P. zu beantworten. Fakt ist, dass Sie von der F.D.P. als Partei der Besserverdienenden

(Lachen des Abg. Michael Denzin (F.D.P.) - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Dummes Geschwätz!)

es über 16 Jahre verhindert haben, dass eine effektive Besteuerung von hohen und höchsten Einkommen stattgefunden hat. Da ist die CDU noch sozial ausgewogener als Sie mit Ihrem Konzept. Deswegen ist unser Thema Steuergerechtigkeit. Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt stehen. Wir werden den Antrag der CDU ablehnen, aus den Gründen, dass wir sonst in eine falsche Fachbrüderschaft mit Ihnen kommen. Aber die Vermögensteuer kann und wird das Problem der mangelnden Steuergerechtigkeit nicht lösen.

Wir sind in Bonn ein gutes Stück weitergekommen auf dem Weg hin zu einer wirklich großen Steuerreform. Ich würde mir etwas mehr Mut wünschen, dabei die nominellen Steuersätze weiter abzusenken und die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Dies wäre ein weiterer Akt der Gerechtigkeit. Aber das, was im Augenblick von Rot-Grün in Bonn

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Berlin!)

- in Berlin, Herr Hahn, da muss ich Ihnen leider Recht geben - an Kraftakten vorgenommen wird, ist einmalig in dieser Republik. Ich verstehe natürlich, dass CDU und F.D.P. mit dieser Vermögensteuerrückkehr ein kleines Nebenziel verfolgen. Sie wollen ablenken, dass es Rot-Grün gelingen wird, eine große Steuerreform durchzuführen, an der sie über 16 Jahre gescheitert sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Finanzminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung und ich auch persönlich wären sehr dankbar, wenn der Hessische Landtag unsere Haltung, nämlich keine Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer, unterstützen könnte. Es wäre ein wichtiger Beitrag für die Steuerrückkehr in diesem Lande, weil gerade die SPD - und deswegen ist der Antrag auch so sinnvoll - hier in Hessen offensichtlich ziemlich alleine steht. Diese Bemerkungen, die auch Herr Abg. Kahl hier gemacht hat, tragen sicherlich dazu bei, dass sich das Steuerchaos, das von der SPD angerichtet worden ist, weiter verstärkt.

Meine Damen und Herren, die SPD-Länder haben - Bericht 30.08. aus dem "Handelsblatt" - beschlossen, die Länder wollen die 1997 abgeschaffte Vermögensteuer nicht mehr. "Das haben wir zu respektieren", so der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Hans Georg Wagner nach einer Haushaltsklausur der SPD-Kassenwarte der Länder in der mecklenburgischen Hansestadt.

Trotzdem ist es ärgerlich, dass die SPD in Hessen einfach nicht dazulernen will, dass die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein falscher Schritt wäre. Dafür sprechen doch verschiedene Punkte. Ich möchte nach dieser Debatte darauf eingehen.

Das Erste ist - das wurde doch ziemlich beiseite geschoben - das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Bundesverfassungsgericht in seinen Gründen als zentrale Aussage sehr deutlich klargemacht hat, dass die Vermögensteuer keine Substanzsteuer sein kann, sondern nur eine Sollertragsteuer, und dass diese

wegen des Halbteilungsgrundsatzes, der, Herr Kollege Kahl, nicht nach den faktischen Steuersätzen, sondern nach den nominalen Steuersätzen zu berechnen ist, praktisch bei der ganz großen Zahl der höheren Einkommen überhaupt nicht mehr zum Tragen kommen darf.

Ich verstehe nicht, wie Sie hier sagen können, da gebe es noch einen Spielraum. Sie stehen ganz allein in dieser Frage da, vielleicht noch Hessen-Süd mit Nichtsteuerexperten, mit Altideologen der 68er-Generation. Aber es ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts da. Der Satz, den auch Herr Böckenförde, noch vor kurzer Zeit Richter am Bundesverfassungsgericht, dazu gesagt hat, lautet: Je höher das Vermögen, desto weniger Raum ist für die Vermögensteuer.

Der zweite Punkt in dem Zusammenhang: Da die Vermögensteuer nach den Festsetzungen, aber auch in der faktischen Ausgestaltung in der Vergangenheit, eine Sollertragsteuer ist und keine Substanzsteuer, ist auch bei den kleinen Vermögen kein Raum für eine Vermögensteuer. Dort ist die Vermögenssituation so formuliert, dass ein größeres Einfamilienhaus eine Daseinsvorsorge für das Alter darstellt, also ein Vermögenswert in der Größenordnung von 1 Million DM Größenordnung nicht mehr der Besteuerung unterliegt.

Was passiert denn dann, wenn Sie die Vermögensteuer wieder einführen und die Grenzen nach oben und nach unten haben? Sie haben nur noch einen sehr schmalen Grat von Leistungsträgern in unserer Gesellschaft, den so genannten Mittelstand. Auch das müsste die SPD langsam einmal begreifen: Wir stehen vor einer sich verändernden Situation im internationalen Wettbewerb, wo die Dienstleister gerade im Vordergrund stehen und am Ende jeder Kette der Wertschöpfung Menschen stehen, die entweder in Deutschland leben oder in Großbritannien, in den USA oder wo auch immer, die die Beweglichkeit haben und auch das Wollen haben, sich nicht an Regeln in dieser Form zu halten, die sie nicht mehr akzeptieren. Genau diese Menschen - insbesondere im Bereich der Banken, im Bereich der Computertechnologie, aller neuen Technologien -, die große Einkünfte haben, die aber ungeheuer wichtig dafür sind, dass die Produktion, diese Wertschöpfung hier in Deutschland stattfindet, treiben Sie damit aus dem Land, dass Sie ihnen suggerieren,

(Beifall bei der CDU)

auf der einen Seite mit die höchsten Steuersätze auf der ganzen Welt zu zahlen und auf der anderen Seite das schon versteuerte erworbene Vermögen anschließend noch einmal über die Vermögensteuer zu versteuern. Sie können nicht die Kuh schlachten, die Sie melken wollen.

Es ist das Neidproblem der SPD und es ist die Vereinfachung im Kopf, dass Sie sagen, die Menschen möchten sich bitte nach der Beschlusslage des Unterbezirks Hessen-Süd richten. Sie werden sich nicht nach der Beschlusslage des Unterbezirks Hessen-Süd richten, sondern sie werden sich danach richten, wie intelligent eine Wirtschaftsordnung und ein Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland organisiert sind.

Wenn ich das höre, auch vom Kollegen Müller, was die Rot-Grünen alles machen wollen, dann fällt mir nur eines ein: Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter. - Sie haben doch nichts zu bieten, entschuldigen Sie. Dass die Leute Ihnen massenhaft als Wähler wegliefen, zeigt doch am besten als Indikator, dass eine intelligente Gesellschaft weiß, dass bei Ihnen keine Zu-

kunft ist. Und dann kommen Sie auch noch mit der Vermögensteuer.

(Beifall bei der CDU)

Sie können sich doch nicht hier hinstellen und so tun - indem Sie jede Wahl katastrophal verlieren -, als ob die Menschen Vertrauen in das hätten, was Sie jetzt machen. Das ist nicht nur ein Problem von SPD und GRÜNEN, sondern das ist ein Problem der Bundesrepublik Deutschland. Denn alle die, die kein Vertrauen in die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland unter dieser Bundesregierung und unter dieser SPD haben, werden sich auch in ihren privaten Investitionsentscheidungen, in ihren privaten Lebensentscheidungen - so sie können; viele können das heute - anders entscheiden als für den Standort Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es falsch, diese Diskussion an der Stelle zu führen.

Gleichzeitig kommen Sie jetzt und sagen: Dann muss halt die Erbschaftsteuer erhöht werden. - Auch das ist wieder ein Punkt, wo Sie in die Substanz des Vermögens eingreifen wollen. Wieso denn eigentlich?

Organisieren Sie doch - so, wie Herr Müller das in der Tat gesagt hat und wo wir uns einig sind - unser Steuersystem so, dass die Leistungsfähigkeit der Menschen aktiviert wird. Senken Sie nicht nur den Körperschaftsteuersatz - und nicht auf neununddreißig Komma soviel Prozent in der Kombination zwischen Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, senken Sie ihn auf 35%. Senken Sie den Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer auf 35%. Gehen Sie herunter auf 15% im Eingangsteuersatz, und streichen Sie weitgehend alle Steuervergünstigungen. Dann haben Sie doch den direkten Zugriff auf das, was in Deutschland verdient wird, und dann werden die Menschen das auch als gerecht empfinden. Dann werden Sie auch erleben, dass viel mehr Leute ihren Sitz in Deutschland nehmen und sich in diesem System entfalten werden.

Deswegen sind die ganzen Klimmzüge, die jetzt gemacht werden, falsch. Es stört noch dazu dann die Diskussion, weitere Steuererhöhungen in einem solchen System zu machen. Natürlich müssten wir - wenn wir Steuern absenken - gleichzeitig auch dafür sorgen, dass Entlastungen bei den Beteiligten ankommen. Natürlich ist das ein Kraftakt für jeden öffentlichen Haushalt. Aber wer am Ende etwas erlösen will, muss vorher etwas investieren. Sie können nicht alles haben, nämlich auf der einen Seite die Steuern senken und auf der anderen Seite den Menschen keinen Anreiz dafür geben, dass sie in Deutschland investieren, dass sie in Deutschland arbeiten, Kapital in Deutschland halten. Deswegen ist das, was Sie hier anführen, auch in der Substanz falsch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte bei dem Punkt Steuergerechtigkeit - das ist eigentlich nicht das Thema - auf Folgendes hinweisen. Erstens. Das Kindergeld ist von 50 auf 200 DM von CDU und F.D.P. erhöht worden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie haben es jetzt von 200 auf 250 DM unter der Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts erhöht. Nun wollen wir einmal nicht so tun, als wäre von CDU und F.D.P. nichts getan worden, im Gegenteil. Sie haben noch einen erheblichen Aufholbedarf in der Frage, wenn Sie einmal so viel getan

haben wollen, wie CDU und F.D.P. in der Regierungszeit für Familien getan haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das Zweite ist - da hätte ich von Ihnen, Herr Kahl, auch ein Wort erwartet -: Der Bund und die Länder haben sich darauf verständigt, dass beim Kindergeld eine Aufteilung der Zahlung zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 76:24 erfolgt. Dies wird jetzt aufgehoben. Wir werden in Hessen sicherlich ein Verhältnis von 50:50 haben. Das heißt, der Bund lässt uns das Kindergeld bezahlen und rühmt sich damit durch Sie an dieser Stelle, was Sie Wunderbares für die Familien tun. Das kann man natürlich leicht machen, wenn es andere bezahlen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kollege Müller, zu der Frage der Entlastung der Familien, die Sie angesprochen haben, mit zwei Komma so viel Milliarden. Haben Sie einmal gegengerechnet, was für eine normale Familie die Ökosteuer mittlerweile kostet? Wir wissen doch, dass in der saldierten Betrachtung die Familie mit zwei, drei Kindern mittlerweile über die Ökosteuer schlechter wekommt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben doch nur an einer Stelle Glück, dass wir noch dafür gesorgt haben, dass der Strommarkt liberalisiert wird. Sonst würde doch schon alles in der Rechnung der Familien zusammenbrechen. Das sind Leistungen, die Sie nicht ohne weiteres für sich in Anspruch nehmen können. Das spürt die Bevölkerung. Sie spürt, dass kein Konzept da ist. Sie sieht einen Bundeskanzler, der alles vertritt, wenn es ihm gerade einmal genehm erscheint. Sie sieht eine SPD, die in dieser Frage völlig desorientiert ist. Und sie sieht GRÜNE, die keine Rolle mehr in der Bundesregierung spielen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich frage mich, wo Herr Fischer, der Allgegenwärtige, eigentlich am letzten Sonntag und Montag war.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Weimar, nur als ein Hinweis: Die Fraktionsredezeit ist abgelaufen.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Man hört und sieht doch von ihm nichts mehr in diesem Zusammenhang. Deswegen bin ich so dankbar, dass - wenn eine solche Diskussion hier in Hessen in der SPD geführt wird - dies hier zum Gegenstand der Diskussion gemacht wird, damit klar ist: Diese Landesregierung und, soviel ich weiß, auch die Regierungsfractionen sind entschieden dagegen, dass die Bevölkerung in Deutschland mit weiteren Steuern belastet wird. Wir werden dafür sorgen, dass ein einfaches und gerechtes Steuersystem geschaffen wird, mit dem am Ende die Leute Entlastungen haben und dauerhaft durch Wirtschaftsaufschwung dann dem Staat das Geld wieder zugute kommen wird, das er braucht, um seine Leistungen zu erbringen. Deswegen hoffe ich sehr auf einen breit angelegten Beschluss gegen die Vermögensteuer. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Denzin, begleitet von der Bitte, das Versprechen abzugeben, die fünf Minuten Redezeit nicht ganz zu brauchen.

Michael Denzin (F.D.P.):

Okay. - Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass der Herr Finanzminister eben zu der Sache einiges klargestellt hat. Da wurde zumindest von den Sprechern der Opposition einiges mehr unter dem Nebel der Verschleierung versteckt.

(Lachen des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Müller, bei Ihnen habe ich folgenden Eindruck. Ich schätze Sie durchaus als Redner zu dem einen oder anderen Themenfeld, aber zu Steuerfragen sollten Sie lieber überhaupt nicht hier vorne hintreten.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Ihnen nicht gefallen! Partei der Besserverdienenden!)

Denn inhaltlich und von der Sache her haben Sie zu diesem Thema, das man in aller Nüchternheit auf einer Faktenbasis erörtern muss, überhaupt nichts gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben hier emotional angeheizt, wie das einige in der SPD tun. Das bekommt diesem Thema schlicht und einfach nicht.

Ich ärgere mich über etwas anderes. Herr Müller, dass Sie nicht über alle Themen Bescheid wissen können, ist klar. Das geht uns allen so. Worüber ich mich aber ärgere, ist, dass Sie sich hier vorne hinstellen und sagen, die F.D.P. habe über 16 Jahre lang bezüglich der Steuern keine Konzeption vorgelegt usw. Wir sind die einzige Partei,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die keine Steuern zahlen!)

die seit den Achtzigerjahren regelmäßig Steuerreformen angemahnt hat. Wir haben von Mitte der Achtzigerjahre an die Konzepte geliefert, die in eine andere, neue Richtung liefen. Zuvor haben wir natürlich auch schon Steuerpolitik gemacht. Aber dann gab es neue Erkenntnisse und Entwicklungen, und diesen Entwicklungen haben wir Rechnung getragen. Es kommt doch nicht von ungefähr, dass wir auch in der Bonner Koalition die treibende Kraft waren. Wir haben mit unserem Konzept die Grundlage für die Petersberger Beschlüsse geliefert. Das wurde nachher Grundlage für die Debatte und die Entscheidung im Bundestag. Das wurde dann eineinhalb Jahre vor der anstehenden Bundestagswahl von den damaligen Oppositionsparteien in Bonn blockiert. Deshalb hängen wir so durch. Jetzt hängen wir weiterhin durch, weil die SPD mit sich selbst noch nicht ins Reine kommt.

(Beifall der Abg. Heinrich Heidel und Roland von Hunnius (F.D.P.))

Es ist doch hervorragend. Der ehemalige Herr Ministerpräsident, der hier genau das vertreten hat, was Herr Kahl vorhin wieder vertreten hat, hat jetzt gelernt. Herr Kahl, ich hoffe, dass Sie nicht mehr allzu lang brauchen, um diesen Weg ebenfalls zu gehen.

(Lachen des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Herr Eichel hat gelernt und sagt, wir müssen die Wirtschaft vor allem beim Mittelstand entlasten und wir können keine weitere Belastung zulassen. Er sieht die Sachzusammenhänge, die Sie nicht sehen. Der Bundeskanzler, von dem ich nun weiß Gott nichts halte, sieht sie bei diesem Punkt wenigstens auch noch.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Jetzt kommen Herr Kahl und Vertreter der südhessischen SPD und sagen, das, was die steuerpolitisch vorhaben, nämlich 30 Milliarden DM bei den Steuern herunterzugehen, ist okay, aber es kann nicht sein, dass nur die Reichen entlastet werden, wir brauchen jetzt einen Ausgleich. - Wissen Sie, was das im Klartext heißt? Auf der einen Seite sagen Sie, die Unternehmen müssten entlastet werden, weil wir wegen der Arbeitsplätze usw. wettbewerbsfähig bleiben müssen. Das unterschreiben Sie. Auf der anderen Seite sagen Sie aufgrund Ihres Neidkomplexes: Die, die wir jetzt entlasten, belasten wir mit einer anderen Steuer. - Wo ist denn da die Logik? Wo ist denn da, wirtschaftspolitisch oder steuerpolitisch gesehen, die Logik? Meine Damen und Herren, nein, für Sie ist das wirklich ein rein emotionsbeladenes Thema. Das hat nichts mit einer nüchternen Betrachtung und Sachlichkeit zu tun. Es ist ein Thema, das den Neidkomplex betrifft. Wenn Sie innerhalb der hessischen SPD diese Frage weiter erörtern werden, dann werden Sie wahrscheinlich feststellen, dass es dort zwei kräftige Blöcke gibt. Der eine, der mehr nordhessisch orientiert ist, sieht das nämlich ganz anders. Ich sehe auch wirtschaftspolitische Sprecher von Ihnen - -

(Manfred Schaub (SPD): Was?)

- Sie betrifft das nicht. Sie kann man hinstecken, wo man will. Sie sind immer bei den Falschen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Aber ich sehe hier Leute, die mir durchaus zunicken. Sie haben mittlerweile diesen notwendigen Sachverstand.

Nein, ich denke, auch in der SPD müssen die "Lafontainismen" langsam überwunden werden. Herr Bökel, die hessische SPD braucht dazu ein bisschen länger. Ich wünsche Ihnen bei Ihrer Diskussion, die Sie morgen haben werden, viel Spaß dazu. Es ist ein Humbug, was hier zu dieser Frage gesagt worden ist.

Lassen Sie mich mit diesen Sätzen abschließen. Wenn Sie ein Einkommen und dabei einen Einkommensüberschuss haben, dann zahlen Sie erst einmal die Einkommensteuer. Sie legen den Überschuss dann an. Dann zahlen Sie auf die Zinsen, die Sie dort herausholen, wieder eine Abgabe. Sie haben dann einen Betrag, mit dem Sie Vermögen bilden wollen. Den wollen Sie dann noch ein drittes Mal besteuern. Meine Damen und Herren, das ist schizophoren.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Die nächste Wortmeldung von Herrn Kollegen von Plottnitz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Herr von Plottnitz, Sie haben fünf Minuten Redezeit.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Denzin hat Herrn Müller gerade vorgeworfen, er habe mit dem Ziel argumentiert und geredet, aufzuheizen. Herr Kollege Denzin, Sie übersehen da etwas. Nicht wir heizen irgendetwas auf. Aufgeheizt haben Sie, als Sie sich noch früher in der Rolle der die Bundesregierung tragenden Partei befanden, und zwar mit einer völlig verfehlten Steuerpolitik. Herr Denzin, wir haben das hier im Hause vorletz-

tes Jahr und das Jahr zuvor diskutiert. Wie sah denn die Bundesrepublik zu Ihren Zeiten noch in jüngerer und jüngerer Zeit aus?

(Zuruf von der CDU: Viel besser!)

Wie war das denn in den drei Finanzamtsbezirken dieser Republik, in denen die wohlhabendsten, reichsten und leistungsfähigsten Bürgerinnen und Bürger ihren Wohnsitz haben, nämlich in Starnberg, in Hamburg und im Hochtaunuskreis? Wir haben hier diverse Male gemeinsam mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass dort nicht nur keinerlei fiskalische Einnahmen mehr getätigt worden sind. Vielmehr haben die Finanzbehörden dort noch Steuerrück-erstattung an die Steuerpflichtigen leisten müssen. Das nennen Sie auch heute noch offensichtlich Gerechtigkeit. Das macht doch keinen Sinn.

(Beifall des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was Sie dabei übersehen, ist Folgendes. Deshalb muss man auch sehr nachdenklich mit den in den Reihen der Sozialdemokratie geführten Diskussionen umgehen. Das, was wir hier als Thema diskutieren, hat viel mit dem inneren Frieden der Republik zu tun.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ich denke dabei vor allem an die Verhältnisse in den fünf neuen Bundesländern. Ich frage Sie: Ist es denn wirklich so abwegig, auch öffentlich darüber nachzudenken, ob man nicht diejenigen, die leistungsfähig sind, mit einer Art besonderem Opfer zusätzlich belasten kann, wenn, um den Staatshaushalt zu konsolidieren, ein Kraftakt gemacht werden muss, wie er noch nie zuvor in der Geschichte der Republik notwendig war?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist der Kern der Dinge. Sie wissen so gut wie ich: Nie zuvor wurde z. B. in dieser Republik so viel vererbt. Es sind nicht nur mittelständische und kleine Leute, die erben. Das betrifft zum Teil auch sehr wohlhabende und reiche Leute. Mit dem Sparprogramm werden auch diejenigen belastet werden müssen, die sich an der unteren Skala des gesellschaftlichen Lebens befinden. Dazu gehören Rentner und Arbeitslose. Das ist bittere Medizin, sagte der jetzige Finanzminister. Dazu kann man ja wohl schlecht Nein sagen. Aber weil man eben nicht Nein sagen kann, muss man den Aspekt der Gerechtigkeit ernst nehmen. Wenn die Vermögensteuer kein praktikables Instrument sein sollte, dann sollte man darüber nachdenken, wie es um die Erbschaftsteuer steht. Nur, wo immer der Eindruck aufkommt, es werde dabei nicht ausgewogen und gleichmäßig zugehen, gießt man am Ende Wasser auf die Mühlen extremistischer Parteien, die im Kurzschluss mit Parolen aufwarten, die zu ganz anderen politischen Ergebnissen kommen. Das ist der Kern des Problems. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Bökel für die SPD-Fraktion. Herr Bökel, Sie haben fünf Minuten Redezeit.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Schönen Gruß an Oskar!)

Gerhard Bökel (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als wir die Vermögensteuer abgeschafft haben, habe ich damals das

Land Hessen im Vermittlungsausschuss vertreten. Wir taten es, weil es ein entsprechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts gab, das aber nicht feststellte, dass eine Versteuerung höchster Vermögen verfassungswidrig sei. Es hat nur gesagt: So, wie es jetzt gestaltet ist, ist es nicht zulässig.

Wir als Sozialdemokraten haben damals gesagt, bei einer Reformierung des Steuersystems bleibt eine Versteuerung größter Vermögen immer eine Option. Ich habe das damals auch deshalb sehr offensiv gesagt, weil der damalige Finanzminister Hessens uns parallel dazu Zahlen genannt hat, die Sie auch kennen. Wir hatten damals einige Finanzämter in Hessen, bei denen mehr Kraftfahrzeugsteuer gezahlt wurde, als Einkommensteuer eingenommen wurde.

(Manfred Schaub (SPD): Genau!)

Wir haben da gesagt: Da stimmt doch etwas nicht. - Die Situation hat sich noch dramatisch geändert. Herr Kahl hat es dargestellt. Wir hatten sogar Finanzamtsbezirke, in denen mehr Einkommensteuer zurückgezahlt worden ist, als eingenommen wurde. Da muss man dann fragen: Wo kommt denn das Geld her?

Hans Eichel ist nunmehr dabei, vor dem Hintergrund einer wahnsinnigen Verschuldung einen Reformprozess auf den Weg zu bringen. Das ist ein riesiger Kraftakt. Ich persönlich stehe sehr dahinter. Darüber gibt es auch Streit mit einigen Freundinnen und Freunden meiner Partei. Dazu stehe ich. Dafür sind wir eine demokratische und keine vordemokratische Partei.

(Beifall des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Meine Damen und Herren, ich als einer, der dafür einsteht, dass es enorme Erleichterungen für Arbeitnehmerfamilien geben sollte, habe noch etwas anderes gesagt. Diese Erleichterungen sind eingeleitet worden, und zwar nicht nur bezüglich des Kindergeldes, sondern auch mit einer Anhebung der Freibeträge und mit Steuervergünstigungen bei Einkommen normaler Größenordnung, insbesondere für Familien. Ich habe aber auch gesagt, dass die Senkung des Spitzensteuersatzes ein Thema ist, über das wir nicht nur ernsthaft reden müssen, sondern das wir auch anpacken müssen.

Meine Damen und Herren, solange die Frage der Senkung des Spitzensteuersatzes, sagen wir auf 52 % oder 48 % oder meinetwegen 42 %, für die ganz Wohlhabenden nur eine theoretische Fragestellung ist, weil sie sowieso keine Einkommensteuer zahlen, ist die Frage nach Gerechtigkeit in diesem Lande zu stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da dies so ist, möchte ich die Bundesregierung in aller Freundschaft fragen, ob die Möglichkeiten, sich bei der Senkung der Spitzensteuersätze dennoch herumzulegen, weggelassen werden oder wo es sinnvoll ist, diese Möglichkeiten zu behalten. Solange diese Frage nicht geklärt ist - dies sagen wir als Sozialdemokraten Hessens, das gilt für die SPD Hessen-Nord genauso wie für Hessen-Süd -, muss die Frage der Versteuerung höchster Vermögen eine Option bleiben, jetzt oder später, wobei sich der Bundesfinanzminister ganz bequem zurücklehnen kann. Solange diejenigen - da haben Sie völlig Recht -, denen die Vermögensteuer zugute kommen würde, die Länder, sie im Prinzip nicht haben wollen, hat Bonn oder Berlin eine ganz komfortable Situation. Das weiß ich sehr wohl. Hier geht es nicht klassenkämpferisch um Arbeiter und Normalfamili-

lien. Es geht um Gerechtigkeit auch gegenüber Mittelständlern und Handwerkern, die treu ihre Steuern zahlen, während andere, die allerhöchste Vermögen haben, nicht die Möglichkeit haben dürfen, ganz legal ihrer Verpflichtung gegenüber dem Staat nicht gerecht zu werden. Das ist die Diskussion, zu der ich stehe - Ergebnis offen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der vorliegende Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kriminalitätsbekämpfung in Hessen - Drucks. 15/364 -

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion.

(Stefan Grüttner (CDU): Fünf Minuten haben wir vereinbart! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das sind immer noch vier zu viel! - Norbert Kartmann (CDU): Bei Al-Wazir sind es sechs zu viel!)

- Fünf Minuten pro Fraktion. - Das Wort zur Begründung des Antrages hat Herr Kollege Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Jetzt sind wir aber wach!)

Am 25. August 1999 hat die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag anlässlich der Vorstellung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des HSOG eine Pressemitteilung herausgegeben. In dieser Pressemitteilung hat der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion wortwörtlich Folgendes ausgeführt:

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Rot-Grün hat alles dafür getan, Hessen zu einem Paradies für Verbrecher zu machen. Damit wird nun Schluss sein.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU - Hans-Jürgen Irmer (CDU): Völlig richtig!)

Wir haben am nächsten Tag eine Presseerklärung herausgegeben und von Armin Klein für diese unglaubliche Entgleisung eine Entschuldigung gefordert.

(Manfred Schaub (SPD): Jawohl!)

Wir warten auf diese Entschuldigung noch heute.

(Günter Rudolph (SPD): Stilfrage, Stil muss man haben! - Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die Wahrheit tut weh!)

Deswegen kann ich es Ihnen nicht ersparen - die Wahrheit tut weh, sagt Herr Irmer; warten Sie einmal ab, was die Wahrheit ist, genau deswegen stehe ich hier -

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Tarek ist die Wahrheit!)

ein paar Sachen aus der letzten Legislaturperiode zu nennen. Wir haben eine Landesregierung gestellt, die von 1991 bis 1999 bei den Polizeivollzugsbeamten 336 Stellen mehr geschaffen hat. Herr Hahn, Sie müssten sich gut daran erinnern können, da Ihnen die "FAZ" nachgewiesen hat, dass Sie im Wahlkampf die Falschbehauptung aufgestellt haben, wir hätten Stellen abgebaut.

(Armin Klein (CDU): 560!)

Wir haben eine Landesregierung gestellt, unter deren Verantwortung zwischen 1993 und 1998 die Gesamtzahl der erfassten Straftaten um insgesamt 9,6% zurückgegangen ist. Wir sind in Hessen als Koalitionsfraktionen in der Lage gewesen, Haushalte zu beschließen, die dafür gesorgt haben, dass Hessen das Bundesland ist, das die beste Ausstattung der Polizei mit Schutzwesten hat.

(Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

- Herr Irmer, lachen Sie nicht. Ich werde Ihnen nachher noch etwas über Glauben und Wissen erzählen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben doch keine Ahnung von der Materie! - Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Aber Sie!)

Ich kann mich an ein "FAZ"-Forum im Wahlkampf erinnern, wo ich mit dem Kollegen Bouffier gewettet habe, dass unter seiner Verantwortung zwischen 1987 und 1991 mehr Haftentlassungen wegen zu langer Verfahrensdauer passiert sind als unter der Verantwortung von Rupert von Plottnitz.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Ich kann mich erinnern, dass wir um zwei Flaschen Sekt gewettet haben. Ich habe gewonnen. Es stand auch in der Zeitung. Die zwei Flaschen Sekt kriege ich hoffentlich irgendwann. Es ist ein halbes Jahr her.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich trinke mit!)

Hessen ist unter Rot-Grün das erste Bundesland gewesen, das die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei mit besserer Ausbildung und besserer Bezahlung eingeführt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie sehen also, dass Sie in der Sache völlig falsch liegen.

Jetzt könnte man sagen, in der Politik ist man viel gewohnt, auch viel Unsinn. Leider müssen wir feststellen, dass Sie wahrscheinlich, obwohl Sie in der Sache falsch liegen - wie wir gerade von Herrn Irmer gehört haben -, an den Unsinn, den Sie verzapfen, weiterhin glauben.

(Günter Rudolph (SPD): Wider besseres Wissen!)

Die, die glauben, ohne zu wissen, sind oft denen, die wissen, kurzfristig voraus, weil ihnen mangels Wissen die Fähigkeit zur Skepsis fehlt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist ja hoch philosophisch!)

Das ändert aber nichts daran, dass das Wissen fehlt, Herr Kollege Hahn. Das Problem an der Geschichte - und deswegen steht dieser Antrag auf der heutigen Tagesordnung - ist, dass Sie nicht nur uns beleidigen. Damit könnten wir umgehen. Aber Sie beleidigen jede Polizeibeamtin und jeden Polizeibeamten, jeden Staatsanwalt und jede Staatsanwältin, die von 1991 bis 1999 in Hessen gearbeitet haben. Bei denen müssen Sie sich entschuldigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Man könnte sagen, dass man einen solchen Unsinn, den man von der CDU in Hessen leider sehr oft zu hören bekommt, einfach so hinnehmen könnte. Aber es gibt ein Niveau des geistigen Tiefflugs, das wir nicht mehr bereit sind hinzunehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben einen Antrag eingebracht. Ich lese ihn einmal vor - er ist sehr kurz -:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag stellt fest, dass keine Landesregierung seit 1946 zum Ziel hatte, Hessen zu einem Paradies für Verbrecher zu machen.

Der Hessische Landtag weist deshalb entgegengesetzte Äußerungen mit Entschiedenheit zurück.

Das ist unser Beschlussvorschlag. Wenn Sie diesen Beschlussvorschlag ablehnen, sind Sie in dieser Beziehung völlig unglaubwürdig geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Klein, ich fordere Sie auf, kommen Sie hierher, entschuldigen Sie sich bei uns, entschuldigen Sie sich bei denen, die Sie beleidigt haben, sagen Sie, dass Sie Unsinn erzählt haben. Dann beschließen wir unseren Antrag, und dann sagen wir, in dieser Beziehung ist der Käse gegessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Klein für die CDU-Fraktion.

(Zurufe von der SPD: Jetzt kommt die Entschuldigung! - Dafür braucht man kein Manuskript! - Jetzt die Wahrheit!)

Armin Klein (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben mich enttäuscht. Ich habe genau das von Ihnen erwartet. Dies sei hier noch einmal festgestellt. Ich will das nur an die Adresse der GRÜNEN richten, im Moment noch nicht an die SPD. Ich hoffe, die ist so vernünftig und hält ihren Mund.

(Lachen bei der SPD)

- Aber bitte, wenn Sie wollen, dann können Sie sich auch blamieren. - Sie von den GRÜNEN und gerade Sie, Herr Al-Wazir, agieren bekanntlich nicht gerade zimperlich, weder hier noch in der Öffentlichkeit. Vom ersten Tage dieser Wahlperiode an sind Sie in diffamierender Weise über uns hergezogen, anstatt sachorientierte Oppositionspolitik zu machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das hat sich gestern übrigens im innenpolitischen, aber auch in anderen Bereichen deutlich gezeigt. Ihr Beitrag eben war auch nicht gerade von Sachkunde getrübt.

(Zuruf von der SPD: Da muss selbst der Justizminister lachen!)

Ich sage es jetzt nur einmal an Sie, die GRÜNEN - das betrifft allerdings auch die Kollegen von der SPD -: Sie haben die Abfuhr, die Sie vom Wähler für Ihre Politik der letzten Jahre erhalten haben, auch in den letzten Wochen, immer noch nicht verkraftet. Entsprechend aufgeregt und gereizt reagieren Sie auf jede Art von Kritik, wie gerade die mimosenhaften Reaktionen von Ihnen, verehrter Herr Al-Wazir, der Sie mit Schwertern und manchmal mit Schlimmeren agieren, zeigen. Diese Reaktionen sind schon nicht mehr verständlich.

Nach der Präsentation des verbesserten Polizeigesetzes haben Sie sich auch rüpelhaft eingelassen. Ich sage das ganz bewusst. Das machen Sie leider häufig. Gerade Sie kommen so mimosenhaft hierher und regen sich über meine Einlassungen auf.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich auch rüpelhaft eingelassen!)

Herr von Plottnitz, ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie Sie in der letzten Legislaturperiode die CDU in die Nähe der Hisbollah-Fundamentalisten gebracht haben. - So viel zum Thema "Grenzen des schlechten Geschmacks".

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Armin Klein (CDU):

Nein, ich habe nicht so viel Zeit. Keine Zwischenfragen.

Die Politik verträgt die Übertreibung, nicht aber die Diffamierung des politischen Gegners, Herr Al-Wazir. Das betreiben Sie von morgens bis abends. Ich habe es nicht getan.

Ganz und gar unglaubwürdig und unakzeptabel ist auch - da werden Sie insbesondere persönlich, Herr Al-Wazir -, wenn Sie versuchen, sich hier zum Anwalt der Bediensteten von Polizei und Justiz aufzuspielen. Diese Krokodilstränen glaubt Ihnen niemand, Gott sei Dank. Denn die Bediensteten von Polizei und Justiz arbeiten engagiert, und insbesondere die Polizei versieht einen oft gefährvollen Dienst. Für die bestehenden Missstände tragen sie selbstverständlich nicht die Verantwortung. Dieses habe ich nie gesagt und auch nicht gemeint.

Hätten Sie allerdings, meine Damen und Herren der Opposition, in der vergangenen Legislaturperiode der Polizei und der Justiz Rückendeckung und Unterstützung gegeben, wäre diese Entwicklung, wie wir sie hier anprangern, nicht möglich gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Kritik richtet sich ausschließlich gegen Ihr Versagen in der inneren Sicherheit. Sie haben Polizei und Justiz als Steinbruch zum Stopfen rot-grüner Haushaltslöcher gebraucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Übrigens, was sagen Sie denn hier? Sie hätten die Polizei aufgestockt? 560 Stellen haben Sie in letzter Zeit abgebaut.

Oder sehen Sie die fatalen Auswirkungen dieser abstrusen rechtspolitischen Vorstellungen des grünen Justizministers, die Verharmlosung von Kriminalität und den laxen Strafvollzug. Das waren die Markenzeichen Ihrer Rechtspolitik. Das sind mit die Gründe, warum Sie das letzte Mal abgewählt worden sind. Was sollen denn die Menschen davon

halten, wenn rot-grüne Politik sich das Ziel gesetzt hat, die lebenslange Freiheitsstrafe für Morde abzuschaffen, den Staatsanwälten die Hände zu binden, und sie anweist, möglichst wenig Anklagen zu erheben und bei zu milden Urteilen auf Rechtsmittel zu verzichten,

(Zuruf von der SPD: Heuchelei ist das!)

wenn sie sich auf die Fahnen schreibt, Drogen freizugeben, Haschisch in Apotheken zu verkaufen, Kleinkriminalität zu entkriminalisieren? Auch bei der Konzeption des Strafvollzugs befanden Sie sich auf dem Holzweg. Resozialisierung auch dort, wo sie gar nicht möglich war und ist, hatte absoluten Vorrang. Unsere Forderung nach konsequentem Strafvollzug haben Sie als Rache- und Vergeltungsgedanken diffamiert. Nur so konnte es geschehen, dass die Häftlinge anlässlich von Weihnachtsfeiern z. B. Bauchtanzdarbietungen als angenehmen Beitrag empfanden. - Ja, Sie können sich den Kopf halten.

Nach alledem musste der Bürger doch den Eindruck gewinnen, dass unter der rot-grünen Ägide der Staat seine Aufgabe, die Bürger vor Verbrechen zu schützen, nicht mehr ernst nimmt und es den Kriminellen immer leichter macht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Armin Klein (CDU):

Ich habe nicht mehr lange Zeit.

Welches unheilvolle Signal haben Sie an potenzielle Straftäter ausgesandt: Kommt nach Hessen, das Risiko, erwischt zu werden, ist gering. - Jetzt noch einmal zu dem Paradiesischen. Mehrere Kriminelle im Knast haben mir selber gesagt, dass sie paradiesische Zustände in Hessen vorfinden.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte den letzten Satz.

Armin Klein (CDU):

Ich hätte Ihnen jetzt gerne noch gesagt, welche guten Weichenstellungen dieser Justizminister und der Innenminister in diesen fünf Monaten unserer Regierungszeit bereits gemacht haben. Die Bevölkerung in Hessen hat Vertrauen in uns, und wir werden diesen Weg weitergehen. Deshalb war auch meine Aussage richtig. Ich werde einen Teufel tun, mich dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Walter für die SPD-Fraktion.

Jürgen Walter (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Klein hat eine Presseerklärung abgesondert,

(Zuruf von der CDU: Abgesondert!)

in der er geschrieben hat, Rot-Grün habe "Hessen zu einem Paradies für Verbrecher" gemacht. Dass dies ein rechtspolitischer Skandal ist, darüber muss man nicht großartig reden. Ich sehe das auch theologisch als ausgesprochen problematisch an.

(Zurufe von der CDU: Theologisch!)

Auch dem Kollegen Klein müsste bekannt sein, dass man unter dem Paradies einen Ort versteht, in dem zwei Personen, nämlich Adam und Eva, ein sehr ehrenhaftes Leben geführt haben.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Bis der Apfel kam!)

- Bis der Apfel kam, ganz genau, Herr Hahn. Sie sind belesen.

Dieser Apfel war ein geringer Regelverstoß. Dieser Regelverstoß wurde, im Gegensatz zu dem, was im Lande Hessen passiert, sofort geahndet. Adam und Eva wurden aus dem Paradies verwiesen. Auch das dürfte bekannt sein. Es war also nichts mit Straftaten in dem Paradies, sondern erst mit dem Regelverstoß fing das an. Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben im Wahlkampf getönt: Jeder Regelverstoß wird sofort geahndet. - Wäre dies der Fall, würden wir hier mit einem anderen Innenminister diese Debatte führen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Landesregierung ist doch kein Paradies!)

- Die Landesregierung ist kein Paradies, da haben Sie völlig Recht.

Herr Klein, dass Sie die rot-grüne Landesregierung mit Ihrem Unsinn beleidigt haben, ist hier nicht mein Thema. Aber Herr Al-Wazir hat zu Recht darauf hingewiesen: Sie haben mit dieser Aussage jede Polizeibeamtin, jeden Polizeibeamten, jede Vollzugsbedienstete und jeden Vollzugsbediensteten in den JVA's in Hessen, jede Richterin und jeden Richter, jede Staatsanwältin und jeden Staatsanwalt beleidigt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Personen sind für das Recht in Hessen und die Strafrechtspflege verantwortlich. Wenn Sie sagen, diese Personen hätten den Verbrechern in Hessen ein Paradies geschaffen, dann sprechen Sie diesen Leuten ihre Qualifikation und ihr Engagement ab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre nicht viel verlangt gewesen, wenn Sie sich hier hingestellt hätten und gesagt hätten: Bei diesen Personen entschuldige ich mich. Natürlich haben die auch in den letzten acht Jahren engagiert gearbeitet, weil sie unabhängig davon arbeiten, ob wir eine rot-grüne oder eine schwarz-gelbe Landesregierung haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Armin Klein (CDU): Das habe ich gesagt!)

- Sie haben das hier nicht gesagt. Sie haben es in wolkige Worte gefasst: "Wer ein Paradies für Verbrecher schafft". Mit Verbrechern haben nur diese Gruppe, die ich hier eben erwähnt habe, zu tun.

Diese Presseerklärung könnte man in den Bereich der Professionalität abtun, aber nicht da, wo es in den Bereich der

Beleidigung geht. Herr Klein, ich persönlich kann es mir nur so erklären, dass Sie mit solchen Presseerklärungen davon ablenken wollen, dass Sie bereits nach fünf Monaten der neuen Regierungszeit innenpolitisch gescheitert sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich die Aussprache.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wo bleibt der Justizminister?)

- Ich habe festzustellen, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Ich schließe die Aussprache.

Wir stimmen über den Entschließungsantrag ab. Wer für Annahme des Entschließungsantrags ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der vorliegende Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Antrag der Fraktionen der F.D.P. und der CDU betreffend Reform des Stiftungsrechtes - Drucks. 15/365 -

Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Das Wort zur Begründung des Antrags hat Frau Kollegin Beer für die F.D.P.-Fraktion.

Nicola Beer (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kommen wir vielleicht zu einer etwas sachlicheren Atmosphäre. Es geht um den von F.D.P. und CDU vorgelegten Antrag betreffend Reform des Stiftungsrechtes. Worum geht es uns, der CDU und der F.D.P.-Fraktion, mit diesem Antrag? Es geht um eine Liberalisierung des Stiftungsrechtes und um die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen - nicht nur für die Gründung von neuen Stiftungen, sondern genauso auch für bereits bestehende Stiftungen.

Konkret sind hier Steuererleichterung bei der Gründung von Stiftungen und die höhere Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an Stiftungen gemeint. Was erhoffen wir uns von solch einer Initiative? - Wir hoffen, mit dieser Initiative privates Vermögen für kulturelle Zwecke zu erschließen, insbesondere für Zwecke, die vom Staat allein nicht mehr finanziert werden können. Aber wir wollen damit auch eine verbesserte Förderung sozialer Aufgaben wie Bildung, Ausbildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Gesundheitsfürsorge, Umwelt, Landschaftspflege, Natur- und Tierschutz, Religion, Völkerverständigung oder auch Denkmalschutz und Sport erreichen.

All das sind Felder - Sie sehen, wie vielfältig das ist -, in denen sich Bürgerinnen und Bürger durch die Errichtung von Stiftungen für die Allgemeinheit engagieren können und sollten. Dazu werden auch die Förderung eines neuen Verständnisses von Mäzenatentum und die Einsicht in die Notwendigkeit solch eines Mäzenatentums dienen. Lassen Sie mich dazu einige grundsätzliche Ausführungen machen, einmal aus liberaler Sicht und schließlich mit dem Blick auf die Kulturpolitik.

Eine Stiftung ist in den Augen von Liberalen eine individuelle Form bürgerlichen Engagements und als solche per se zu begrüßen. Sie ist Ausdruck einer aktiven Bürgergesell-

schaft, in der der Staat dem individuellen Engagement den Vorrang gibt, wo immer dies möglich ist. Deshalb heißt es auch Abschied nehmen von der Vollversorgungsmentalität, die über Jahrzehnte wie Mehltau auf diesem Land lag.

Zudem ist der Staat - ich denke, das ist für uns unübersehbar - nicht mehr in der Lage, alles Wünschenswerte zu finanzieren. Das müssen die Bürger in unserem Land einsehen, aber auch manche Politiker und noch mehr Verwaltungsmitarbeiter müssen hier umdenken. Die Konsequenzen daraus sind für einen liberal denkenden Menschen die nachhaltige Ermutigung und Förderung privaten Engagements. Wir wollen eine neue Form von Mäzenatentum anstoßen, eine Kultur, ein geistiges Klima auf den Weg bringen, das privates Engagement des Bürgers als Sozialverpflichtung begreift. Der Einzelne ist gefragt, damit das Gemeinwesen funktioniert. Zwar hat der Staat nach wie vor grundgesetzliche Verpflichtungen für den kulturellen, den sozialen und auch den wissenschaftlichen Bereich, und es ist für uns selbstverständlich, dass diese Verpflichtungen nicht berührt werden. Daneben ist heute aber unumgänglich, in wachsendem Umfang privates Engagement zu erschließen. Mit der Neugestaltung des Stiftungs- und des Stiftungssteuerrechts wollen wir dem Rechnung tragen.

Nun zur Kulturpolitik. Kulturpolitik soll nach liberalem Verständnis vom Zusammenwirken öffentlich geförderter Kultureinrichtungen und vom privaten Engagement leben. Das ist Voraussetzung für eine kulturelle Vielfalt, die wir Liberale uns vorstellen. Denn diese Vielfalt kommt erst durch unzählige ehrenamtlich arbeitende Vereine und Organisationen, durch öffentliche Einrichtungen genauso wie Kunst fördernde Unternehmen und einzelne Personen zustande. Mit der Reform des Stiftungsrechtes wollen wir erhebliche Verbesserungen anstoßen.

Dazu nur eine Zahl. Derzeit sind von rund 11.000 Stiftungen nur etwa 1.300 im Kulturbereich aktiv. Bezeichnend ist auch, dass nur 8% der Gesamtausgaben für Kunst und Kultur aus privaten Schatullen aufgebracht werden. Hier hoffen wir auf einen richtigen Schub mit neuen Stiftungen. Hier stellt sich aber auch die Frage, wie man Bürger zu solch einem Engagement ermutigen kann. Wir wissen aus Erfahrung, dass es leider nicht ausreicht, auf die Selbstlosigkeit oder die Ehre zu zählen. Nein, auch die Kasse muss stimmen. Darüber kann man sich beklagen, aber das ändert nichts. Im Klartext: Stiftungen müssen finanziell attraktivere Konditionen bieten. Dazu eine weitere Zahl, die man im Hinterkopf haben sollte: Das private Geldvermögen in Deutschland beläuft sich nach Schätzungen der Bundesbank auf 5.200 Milliarden DM. In den kommenden Jahren werden jährlich etwa 250 Milliarden DM vererbt. Hier sehen wir das Potenzial, einen Teil dieses Geldvermögens für gemeinnütziges Engagement im Kulturbereich nutzbar zu machen.

Die USA und auch Großbritannien haben auf diesem Gebiet die Nase weit vorn. Das hat drei wichtige Gründe: zum einen kein übermäßiger bürokratischer Aufwand, zum anderen ausreichende steuerliche Anreize und schließlich auch ein Verständnis von den Aufgaben des Staates und denen des Einzelnen, das sich von dem Verständnis in Deutschland positiv unterscheidet. Hier wünsche ich mir, dass sich unsere Bürger eine Scheibe von diesem amerikanischen Denken abschneiden. Denn auch bei den Menschen hierzulande muss sich verstärkt die Einsicht etablieren, dass der Einzelne für sich selbst verantwortlich ist und dass er, so gut es ihm möglich ist, auch seinen Teil zum Funktionieren des Gemeinwesens beizutragen hat. Bei uns droht

leider in Vergessenheit zu geraten, dass, wer nehmen will, auch geben muss.

Welche gesetzgeberischen Schritte sind also zu tun, um hier zu einer Modernisierung und auch zu einer echten Wende zu kommen? - Das gegenwärtige deutsche Stiftungs- und Stiftungssteuerrecht hat ein regelrechtes bürokratisches Gestrüpp aufgebaut und ist gemeinsam mit den unzureichenden steuerlichen Anreizen ein gewaltiger Hemmschuh - sowohl bei der Gründung einer Stiftung als auch bei den Zuwendungen hierfür. Deshalb ist an erster Stelle die Reform der zivilrechtlichen Vorschriften der §§ 80 bis 88 BGB zu nennen. Die Voraussetzungen für die Errichtung einer Stiftung werden bundeseinheitlich und abschließend hier im BGB geregelt. Dabei ist vor allem das derzeitige Konzessionssystem, also das System einer staatlichen Genehmigung, nach unserer Meinung auf den Prüfstand zu stellen. Es sind aus heutiger Sicht keine Gründe dafür ersichtlich, dass Stiftungen einer staatlichen Genehmigung unterworfen werden.

Im Rahmen eines Normativsystems wäre hingegen daran zu denken, dass Stiftungen nach der Prüfung normierter Voraussetzungen durch Eintragung in ein Stiftungsregister konstituiert werden oder dass z. B. die notarielle Beurkundung zur Stiftungerrichtung ausreicht. Die Länder sollten weiterhin die Aufsicht über die Stiftungen führen, aber erst nach der Errichtung und Anmeldung der Stiftung bei der zuständigen Stiftungsbehörde des jeweiligen Bundeslandes. Die effektive Verbesserung der steuerlichen Bedingungen macht zudem eine Reihe von Änderungen verschiedener Gesetze, z. B. der Abgabenordnung, erforderlich. Ich darf hier nur an die §§ 52 bis 54 erinnern. Hier soll die Erhöhung der Rücklagemöglichkeiten der dauerhaften Erhaltung des Stiftungskapitals und damit auch einer nachhaltigen Erfüllung des Stiftungszwecks dienen. Daneben müssen natürlich weitere Gesetze geändert werden. Ich will nur kurz Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Gewerbesteuerrecht sowie Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz ansprechen.

Beim Stiftungszweck soll das Prinzip der Allzweckstiftung gelten. Das heißt, jeder rechtlich erlaubte Zweck darf mit einer Stiftung verfolgt werden, wobei wir uns, um auf den Anfang meiner Rede zurückzukommen, vor allem erhoffen, dass künftig die Förderung von Kunst und Kultur eine besondere Beachtung erfährt. Die Länder müssen dann ihre Stiftungsgesetze der veränderten Gesetzeslage anpassen. Die Stiftungsaufsicht soll zwar in der Kompetenz der Länder bleiben. Was das Stiftungsregister angeht, gibt es aber unterschiedliche Vorschläge, die einer genaueren Diskussion wert sind. Die Register könnten z. B. von den Amtsgerichten geführt werden, die jetzt schon die Handelsregister führen, oder aber von einer staatlichen Behörde. Überlegenswert erscheint mir auch die Idee, hier Beliehene einzusetzen. Ich denke, hier müssten Vor- und Nachteile der einzelnen Lösungen sorgfältig abgewogen werden.

Ich will zum Schluss ein Problem nicht verschweigen, das sich natürlich bei dieser Initiative unweigerlich ergibt. Da die steuerlichen Bedingungen verbessert werden, wird es zu Mindereinnahmen des Staates kommen. Wie hoch diese sind, lässt sich im Vorhinein natürlich nicht beziffern. Klar ist aber auch, dass solchen Mindereinnahmen eine finanzielle Entlastung des Staates gegenübersteht, weil Stiftungen künftig Maßnahmen übernehmen, die bisher vom Staat finanziert wurden, wir also quasi hier eine Art Ausgleich erhalten. Ich denke, deshalb werden langfristig alle profitieren: der Staat, Kunst und Kultur und auch der engagierte Bürger.

Daher zum Schluss mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam alles daransetzen, zumindest einen Teil des auf 5,2 Billionen DM geschätzten privaten Geldvermögens in Deutschland für privates gemeinnütziges Engagement nutzbar zu machen, insbesondere - das wäre mein Wunsch - für Kunst und Kultur, und zwar im Interesse aller Bürger, im Interesse des Staates, und das möglichst schnell, bevor das Geld ins Ausland abwandert. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Siebel für die SPD-Fraktion.

Michael Siebel (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat handelt es sich hier um einen Gegenstand, den wir etwas entspannter diskutieren können. Er wurde schon in verschiedenen Landesparlamenten sowie im Bundestag diskutiert. Es handelt sich um ein Thema, das im Übrigen - Frau Beer hat es eben angesprochen - sowohl auf der Sachebene als auch auf der Grundsatzebene über Parteigrenzen hinweg höchst kontrovers diskutiert wird. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir diese Diskussion in der Tat fachlich weiterführen sollten und müssten. Ich appelliere an die Regierungsfractionen, an die antragstellenden Fraktionen, dass wir dies in den entsprechenden Fachausschüssen tun.

Für die SPD-Fraktion möchte ich im Kern festhalten, dass wir sehr wohl dafür sind, steuerliche Hemmnisse für Stiftungen zu beseitigen und neue Möglichkeiten für Mäzenatentum, Stifter und Sponsoren zu schaffen. Die von Frau Beer zitierten Zahlen über das gesamte private Vermögen von in der Tat 5.200 Milliarden DM - eine riesige Zahl - und der jährlich, etwa im nächsten Jahr, anstehenden Charge von 250 Milliarden DM, die zu vererben sind, haben mich in gewisser Weise ein bisschen versöhnlich gestimmt, denn sie zeigen doch, dass es in unserem Land nicht nur arme, sondern in der Tat richtig fett reiche Leute gibt. Ich finde, dass diese Tatsache vor dem Hintergrund interessant ist, dass CDU und F.D.P. bei der Frage der Senkung des Spitzensteuersatzes bisweilen den Eindruck erwecken, dass wir in einer Gesellschaft von lauter armen Leuten leben. Diese Zahlen aber widerlegen das doch ganz deutlich.

Zu den grundsätzlichen Erwägungen möchte ich noch Folgendes sagen: Meiner Ansicht nach gibt es eine Verpflichtung für privates Geld - wenn Sie es so mögen: auch Kapital genannt -, nämlich für das Allgemeinwohl zu wirken. Anders gesagt: Das Vermögen der Reichen steht ihnen treuhänderisch zu, sie sollten es aber nach ihrem Ableben an die Gesellschaft zurückgeben. Frau Beer, dies ist kein Zitat von mir, sondern von einem amerikanischen Multimillionär aus dem Jahre 1890. Wenn wir in diesem Sinne in der Fachdiskussion weiter wirken können, dann bin ich damit sehr zufrieden.

Ich gebe Ihnen also Recht, dass wir in Deutschland in der Tat eine neue Stiftungskultur benötigen. Wir kennen es in Deutschland noch nicht, dass Leute wie Bill Gates sagen, es gehört zum guten Ton, von meinem Vermögen pro Jahr schlicht und ergreifend 5 Millionen DM für dererlei Dinge wie Stiftungen zur Verfügung zu stellen. Ich meine aber, dass es sich lohnt, daran zu arbeiten, dass wir dorthin kommen.

Noch eine weitere grundsätzliche Bemerkung. In der Tat wird eine weitere Frage innerhalb der SPD sehr kontrovers diskutiert - und darum bin ich sehr froh -: Inwieweit ist der Staat als Organisation verpflichtet, hier Eingriff zu nehmen, etwa für kulturelle Belange? Und inwieweit ist dies über private Initiativen möglich? Hier eine ausschließlich private Organisation zu etablieren ist sicherlich problematisch, aber wie gesagt, es lohnt sich, darüber zu diskutieren.

Nun zu den einzelnen Fragen. Hier habe ich keinen großen Widerspruch zu Ihnen. In der Tat geht es um zwei Bereiche: einerseits die Frage der Einrichtung von Stiftungen und andererseits die Frage der steuerlichen Rahmenbedingungen. Ich habe den Eindruck, dass wir die Diskussion über die Frage des Übergangs vom Konzessionssystem zum Normativsystem konstruktiv führen können - ob da eine notarielle Beurkundung ausreicht oder ob dafür weitere Maßnahmen erforderlich sind. Das ist eine der Fragen, die wir zu diskutieren haben.

Zum zweiten Bereich gibt es meiner Ansicht nach größeren Diskussionsbedarf, nämlich zur Frage der steuerlichen Rahmenbedingungen. Hier dürfen wir in der Tat unsere Verantwortung als Kulturpolitiker zugunsten der Finanzpolitik nicht leichtfertig zur Seite schieben. Sie haben erwähnt, dass es notwendigerweise zu Veränderungen im Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuerrecht kommen muss. Die Bereiche Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer betreffen direkt den Landeshaushalt. Hier wäre es in der Tat einmal interessant, zu hören, was der hessische Finanzminister zu dieser Frage zu sagen hätte, der ja einer der antragstellenden Fraktionen angehört und insofern diesen Antrag mit trägt.

Ein neues Stiftungsrecht darf nicht zu einem Steuersparmodell führen. Deshalb müssen wir all die Vorschläge, die von der F.D.P. eingebracht worden sind und die bereits im Bundestag diskutiert worden sind, einbeziehen. Ich meine, dass wir hier zu einem tragfähigen Kompromiss kommen können.

Ein Letztes möchte ich noch erwähnen. Wir müssen mit der Reform des Stiftungsrechts auch eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts in die Überlegungen einbeziehen.

(Beifall der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Sofern ich es richtig recherchiert habe, gibt es dazu noch aus der Zeit des alten Bundesfinanzministers eine Bundesratsinitiative, in der die Kriterien der Anerkennung von Gemeinnützigkeit neu geregelt werden sollen. Wenn meine Recherchen richtig waren, dann werden die dort angesetzten Kriterien - nämlich als oberstes Kriterium zu nehmen, was es dem Staat nutzt, wenn eine Organisation als gemeinnützig anerkannt wird - vom Hessischen Ministerpräsidenten in der Beratung des Bundesrats eher ablehnend behandelt. Ich halte das für in Ordnung. Wenn allerdings der Antrag ein Vehikel dazu sein sollte, dem Ministerpräsidenten an diesem Punkt ein Stück Rückenwind zu geben, dann zeigt das umso deutlicher, dass wir in den Ausschüssen diesbezüglich noch Beratungsbedarf haben. Was das Gemeinnützigkeitsrecht angeht, so ist es in der Tat von den Kriterien her sinnvoller, sich an den Zielen und Zwecken von Organisationen und an der Organisationsform zu orientieren, weniger an dem, was eine Organisation der Gemeinnützigkeit dem Staat an Kosten ersparen kann.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist leider schon zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Michael Siebel (SPD):

Ja, ich komme zum Schluss. - Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir sind sehr wohl für eine Reform des Stiftungsrechts mit dem Ziel einer neuen Stiftungskultur. Es wäre jetzt unfair, darauf hinzuweisen, dass die CDU dazu im Bund 16 Jahre Zeit hatte.

(Norbert Kartmann (CDU): Alles hat seine Zeit!)

Wir empfehlen, dem Vorschlag des Antrags zu folgen. Wie ich weiß, ist es abgesprochen, die Beratungen im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst sowie im Haushaltsausschuss fortzuführen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es spricht Herr Kollege Müller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Position der GRÜNEN zur Reform des Stiftungsrechts können Sie sehr ausführlich und sehr detailliert einer Bundestagsdrucksache aus der vergangenen Legislaturperiode entnehmen. Vor ungefähr zwei Jahren, 1997, haben sich Antje Vollmer und andere und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine umfassende Reform des Stiftungsrechts ausgesprochen. Ich finde es gut, dass es zwischen dem Antrag der F.D.P. und unserem damaligen Antrag eine Reihe von Gemeinsamkeiten gibt. Mir ist es allerdings leider etwas unklar geblieben, warum unsere Initiative von vor zwei Jahren im Bundestag ergebnislos versickerte oder aber von der damaligen Mehrheit abgelehnt worden ist. Ich denke, es bedarf noch einer ziemlichen Kraftanstrengung und einer großen Überzeugungsarbeit, die Reform des Stiftungsrechts insgesamt anzugehen.

Wir von den GRÜNEN wären froh, wenn es gelänge, Stiftungen wirklich zu einem Bestandteil der aktiven Bürgergesellschaft zu machen. Deshalb sehen wir der Diskussion in den Ausschüssen wirklich mit Freude entgegen. Hier können wir gemeinsam eine ganze Menge bewegen. Wir von den GRÜNEN wollen das auch, und wir sagen Ihnen von der F.D.P. zu Ihrem Antrag eine offene Diskussion zu sowie unser grundsätzliches Bemühen, zu einer Veränderung des Stiftungsrechts zu kommen. Wenn wir da gemeinsam weiterkommen, wäre dies im Interesse einer wirklich aktiven Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft wirklich ein positives Zeichen. Dazu sind wir gerne bereit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will jetzt nicht gleich wieder zurückrudern und hier die Einnahmeausfälle des Staates durch entgangene Steuern beschwören. Allerdings müssen wir wissen, dass es im Stiftungsbereich einige sehr große Probleme gibt. Mit unserem damaligen Entwurf haben wir z. B. darauf hingewiesen, dass es erforderlich ist, bestimmte Zulässigkeitschranken zu normieren, jenseits derer Stiftungen nicht mehr möglich sind, etwa im Bereich der unternehmensverbundenen Stiftungen, der so genannten nicht gemeinnützigen Familienstiftungen.

Ich möchte das an einem hessischen Beispiel einmal kurz aufdröseln. Der Presse konnten wir entnehmen, dass es eine große in Hessen ansässige Stiftung gibt, die das Stiftungsvermögen jährlich mit 0,5% verzinst. Es gibt ein großes

Unternehmen und eine unternehmensverbundene Stiftung, die den Trick durchgeführt haben, alles in der Stiftung angelegte Geld, das steuerbefreit transferiert worden ist, an eine nicht gemeinnützige Familienstiftung auszuleihen, die gewerbsmäßigen Charakter hat. Diese Familienstiftung hat umfangreiche Kosten produziert, und das unter dem Strich Verbliebene - nämlich der Erlös - wurde geteilt. Das heißt, die gemeinnützige Stiftung bekommt 0,5% des eingesetzten Stiftungskapitals verzinst. Im Klartext bedeutet das: Hätte die Familienstiftung nach dem Steuersatz für Unternehmen besteuert werden müssen, dann wäre ein Vielfaches an Steuern zu bezahlen gewesen, und es hätte ein Vielfaches an sinnvollen Dingen - etwa im Bereich Kunst und Kultur - finanziert werden können.

Ich nenne dieses Beispiel deshalb, weil ich der Auffassung bin, dass wir bei unserem gemeinsamen Bestreben, das Stiftungsrecht zu verändern, aufpassen müssen, dass wir ein grundsätzliches Problem aufgreifen: Ein neues Stiftungsrecht darf kein Instrument zur Flucht aus den Normativ- und Verhaltensbestimmungen des Wirtschaftsrechts werden. - Im heute gültigen Stiftungsrecht ist dieses Problem systematisch angelegt. Die Fluchtmöglichkeiten werden sicherlich in vielen Fällen ausgenutzt, und wir wären schlecht beraten, die Augen vor diesem Problem zu verschließen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir also ein neues Stiftungsrecht wollen, dann müssen wir dieses Problem sehen und zu seiner Lösung beitragen, denn sonst wären wir die Totengräber dieses neuen Stiftungsrechts und trügen mit einer blauäugigen Betrachtungsweise dazu bei, dass niemand guten Gewissens sagen kann, er wolle eine steuerbegünstigte oder gar steuerbefreite Stiftung einrichten. Ich erinnere nochmals an die genannte große Frankfurter Stiftung; eine Rendite von 0,5% ist keine angemessene Verzinsung des eingesetzten Stiftungskapitals. Die Stiftung dient meines Erachtens lediglich dazu, legal Steuerverkürzung zu betreiben. Das können weder die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker noch die Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker wollen. Deshalb müssen wir hier sehr aufpassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir weiterhin auch die Frage der Stiftungsaufsicht sehr kritisch zu überprüfen. Hat eine Stiftungsaufsicht ein materielles Prüfungsrecht? Darüber kann man sich trefflich streiten. Wo liegt der Grenzsatz, ab dem eine Stiftungsaufsicht eingreifen muss, um eine reale Verzinsung des Stiftungskapitals zu gewährleisten? Bei 2, 3, 7%? Dieses Problem dürfen wir nicht ignorieren, sonst kommen wir dazu, dass wir, etwas Gutes wollend, das Gegenteil davon erreichen, dass wir nämlich eine Schleuse für ein Stiftungsrecht öffnen, in dessen Mittelpunkt nicht Gemeinnutz und wohltätige Zwecke, sondern gewerbliche Absichten stehen, z. B. die Umgehung gültigen Steuer- und Wirtschaftsrechts.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Arbeiten Sie bitte mit uns gemeinsam daran, dass wir zu einer Reform des Stiftungsrechts kommen, gleichzeitig aber auch verhindern, dass durch ein sehr liberales und freundlich gemeintes Stiftungsrecht die notwendigen Kontrollorganisationen nicht geschaffen werden und im An-

schluss daran der Gemeinnutz leidet, weil bestimmte Stiftungen dazu dienen, legal Steuerverkürzung zu betreiben und nur ein Bruchteil dessen, was ansonsten an Steuern zu bezahlen wäre, an die Allgemeinheit fließt.

Wir sagen Ja zu einer Novelle des Stiftungsrechts - aber bitte ein Stiftungsrecht mit klaren Kontrollorganisationen und -institutionen, die verhindern, dass mit diesem Recht systematisch Missbrauch betrieben werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin, Frau Kollegin Herrhausen für die CDU-Fraktion.

Traudl Herrhausen (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei dem Höchstmaß an Übereinstimmung, das hier herrscht, bleibt mir zum Schluss nur noch übrig, einige zusätzliche Anregungen zu geben, was man bei einer Neufassung des Stiftungsrechts bedenken sollte.

Das Stiftungsrecht ist, wie Sie gehört haben, eine komplexe Angelegenheit. Es umfasst Privatrecht, Steuerrecht, Verwaltungsrecht, und auf allen Ebenen gibt es mehr oder weniger Verbesserungsbedarf. Ich möchte für meine Fraktion einige Anregungen geben, ohne diesbezüglich Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Wir sollten uns endlich bereit finden, den Begriff "Stiftung" zu definieren. Eine solche Definition gibt es nämlich bislang nicht. Wir sollten Stiftungen auf Zeit ermöglichen. Die Stifter sollten die Möglichkeit haben, zu verfügen, dass das eingesetzte Vermögen innerhalb der zeitlichen Befristung einer Stiftung verzehrt werden kann. Wir sollten - das ist möglicherweise die Weiterführung eines Gedankens des Kollegen Müller - eine Mischung aus Familienstiftung und gemeinnütziger Stiftung im Steuerrecht ermöglichen. Die Geschichte der Stiftungen zeigt, dass Familienstiftungen, die nur dem Zweck der Versorgung eines begrenzten Personenkreises dienen, oft ein Vermögen umfassen, das weitaus überdimensioniert ist. Hier könnten steuerrechtliche Mittel, auch Zwänge oder Vergünstigungen, durchaus wirkungsvoll steuern.

Den größten Änderungsbedarf, den auch alle meine Vorrednerinnen und Vorredner erwähnt haben, gibt es bei den steuerlichen Rahmenbedingungen, die so geändert werden müssen, dass wir zu einer stiftungsfreundlicheren Praxis kommen. Ich möchte noch einmal festhalten, dass wir in dieser Diskussion von der Formulierung wegkommen sollten, wir erfänden Steuerschlupflöcher oder Steuersparmodelle. Das ist nicht der Sinn und Zweck von Stiftungen. Auch wenn man für Stiftungen und Spenden steuerliche Vergünstigungen gewährt - das betrifft u. a. das Gemeinnützigkeitsrecht -, so gibt ein Stifter oder Spender auf jeden Fall mehr hin, stellt der Allgemeinheit mehr zur Verfügung, als er an Steuerzahlung leisten würde. Beispiel: Jemand möchte 100.000 DM spenden, auf die er nach dem höchsten Einkommensteuersatz 53.000 DM an Steuern zahlen müsste. Wenn er die 100.000 DM nicht spendet, dann sind die 53.000 DM weg. Wenn er die 100.000 DM aber spendet, dann sind 100.000 DM weg, und wenn er sie auch noch versteuert spendet, dann sind 153.000 DM weg. Ich finde, dass man einen Anreiz für Spenden geben und nicht immer von Steuerschlupflöchern und Steuersparmodellen reden sollte.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Herr Müller möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Traudl Herrhausen (CDU):

Nein, das können wir nachher machen. - Im Steuerrecht sollte man auf jeden Fall die Geltendmachung von Großspenden auf einen kürzeren Zeitraum als bisher festlegen, die Durchlaufspende, ein bürokratisches Ungetüm, abschaffen, die Möglichkeiten, freie Rücklagen zu bilden, verbessern und die Marge des abzugsfähigen Teils von Spenden nach dem Einkommensteuergesetz erhöhen. Auf diesen Punkt möchte ich noch einmal eingehen, da er sowohl von Herrn Siebel als auch von Herrn Müller angesprochen worden ist. Tatsache ist, dass ein Spender auf mehr verzichtet als auf den geschuldeten Steuerbetrag. Kenner des Steuersystems gehen davon aus, dass nur 0,5 % der Steuerpflichtigen die Möglichkeiten des steuerlichen Abzugs von Spenden nach dem Einkommensteuerrecht überhaupt in vollem Umfang nutzen. Aus diesem Grunde ist der Betrag, der dem allgemeinen Steuertopf fehlt, jedenfalls bedeutend geringer als der Betrag, der dem Gemeinwohl, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Deshalb sollten wir bei allen Änderungen des Stiftungsrechts immer eines vor Augen haben: Wir sollten dem Stiftungswesen Auftrieb geben, wir sollten vorhandenes Vermögen für Zwecke der Gemeinnützigkeit mobilisieren, und wir sollten diejenigen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, nicht davon abhalten, zu stiften und zu spenden, sondern sie dazu ermuntern. Die Realisierung des Wunsches, zu stiften und zu spenden, sollte erleichtert, Hindernisse sollten weggeräumt werden. Wir sollten außerdem deutlich machen, dass wir, die Gesetzgeber, jeden Einsatz für das Gemeinwohl begrüßen, schätzen und dankbar annehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Wagner.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es, wie meine Vorrednerinnen schon gesagt haben, sehr gut, dass wir in dieser Frage eigentlich nur über Details sprechen, möglicherweise gar nicht streiten, sondern dass wir in der Tat - das war in den letzten Jahren nicht immer so - alle erkannt haben, dass die Idee, Stiftungen zu gründen, in Deutschland angeregt werden muss, dass sie belebt werden muss, dass wir Deutschland - und auch Hessen - zu einem stiftungsfreundlicheren Land machen müssen.

Ich will ein paar Zahlen nennen. Wir haben in Hessen 687 Stiftungen, in Bayern 1.914. Wir haben in Deutschland insgesamt geschätzt - man weiß es gar nicht so -

(Zurufe von der SPD)

- Ich weiß nicht, ob da reichere Leute sind. Das ist nicht unbedingt ein Kriterium.

(Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich will das überhaupt nicht bewerten. Es ist erst einmal so. Die Frage ist: Sind die Rahmenbedingungen dort anders, oder was sind die Ursachen?

(Bernhard Bender (SPD): Starnberger See!)

- Ja, aber der Hochtaunuskreis wäre auch ein guter Ort für mehr Stiftungen, oder?

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hamburg!)

Meine Damen und Herren, ich werde Ihnen noch ein paar Zahlen nennen. Es sind etwa 11.000 Stiftungen insgesamt und nur 10 bis 12% im kulturellen Bereich. Die sozialen Stiftungen, die Sportstiftungen sind in den letzten Jahren sehr gewachsen, auch Umweltschutzstiftungen und andere Dinge mehr.

Bei der Anhörung zum F.D.P.-Bundestagsentwurf ist mir auch klar geworden, dass der Vergleich mit Amerika, der meistens gezogen wird, so nicht ganz stimmt. In Deutschland beträgt, wie ich jetzt noch einmal nachgelesen habe, das Kapital, das Stiftungen überhaupt haben, 35 Milliarden DM. In Amerika ist der Betrag nicht viel höher, aber er wird von weniger Stiftern erbracht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich glaube, entscheidender wird doch sein - Herr Müller hat das zu Recht gesagt -, dass wir den Kreis der Stifter verbreitern, d.h. der kleinen Stifter, sodass Stiftungen zu einem Akt der Bürgergesellschaft werden. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt.

Meine Damen und Herren, konzentrieren wir uns auf die jetzigen Kulturausgaben. Es wird geschätzt, dass in der Bundesrepublik Deutschland von allen Staatsebenen zwischen 15 und 18 Milliarden DM für Kultur ausgegeben werden. 60% davon erbringen die Gemeinden, etwa 35% die Länder und 5% der Bund. Nur 900 Millionen DM werden von privaten Sponsoren, Mäzenen und anderen Spendern in Stiftungen aufgebracht. 500 Millionen DM werden von ehrenamtlich arbeitenden Männern und Frauen als Arbeitsleistung erbracht. Das ist fast genauso hoch wie das, was von Sponsoren und Mäzenen zusätzlich dazukommt. Die Stiftungen und Private haben bisher einen ganz geringen Anteil an der Kulturförderung in unserem Land.

Auf die großen Vermögen ist schon hingewiesen worden. Das will ich hier nicht wiederholen. Ich will aber ergänzen: 300.000 Erbschaften in Deutschland liegen jährlich insgesamt bei einem Betrag von 200.000 DM. Das sind also gerade nicht die großen Erbschaften, die z.B. in Gemeinnütziges hineingehen. Zu unserer Hessischen Kulturstiftung habe ich jetzt noch einmal nachgefragt. Sie ist ursprünglich als eine Staatsgründung entstanden. Die Hoffnung war, dass wir große private Zustifter finden. Das ist alles nicht eingetreten. Aber pro Jahr gehen von Leuten, die keine Erben haben oder die ihren Verwandten die Erbschaft nicht überlassen wollen, Gelder in Höhe von 1 Million DM in unsere Hessische Kulturstiftung. Das ist ein Drittel von den 3 Millionen DM, die die Hessische Kulturstiftung überhaupt ausgibt. Das heißt, es lohnt sich sehr wohl, darum zu werben, dass auch kleinere Vermögen in solche kulturellen Stiftungen gehen.

Nun noch einmal zu dem Entschließungsantrag. Der Antrag, den die Fraktionen der CDU und der F.D.P. vorgelegt haben, will von uns als Landesregierung eine Initiative im Bundesrat. Das ist sehr allgemein gehalten; noch keine Zustimmung zu irgendeinem Gesetzentwurf, der im Bundestag liegt. Hier will ich das aufgreifen, was Herr Müller gesagt hat. Frau Vollmer hat die Diskussion vor zwei Jahren mit ihrem Gesetzentwurf ohne Zweifel angestoßen. Der Kulturrat und der Deutsche Stifterverband haben sich sehr dezidiert und sehr ausführlich dazu geäußert. Sie haben völlig zu Recht die Frage gestellt und ich kann die Vermu-

tung bestätigen: Damals ist es vor allen Dingen am Steuerrecht gescheitert. Ich sage Ihnen nach Rücksprache mit Frau Vollmer und Frau Leonhard voraus: Wenn es so weitergeht, wird das Stiftungssteuerrecht an Herrn Eichel scheitern. Wir haben wieder dieselbe Konfrontation, dass sehr wohl darüber nachgedacht wird, wie man das Stiftungsrecht als solches ändert. Aber unsere Finanzminister werden sehr wohl überlegen, ob die kurzfristigen Steuerausfälle - das mag man aus haushaltspolitischer Sicht durchaus so sehen - sozusagen durch das aufgewogen werden, was mittelfristig als Entlastung von Staatshaushalten durch Stifter geschehen kann.

Meine Damen und Herren, der Stand ist wohl der, dass der F.D.P.-Entwurf im Deutschen Bundestag liegt und in der nächsten Woche im Kulturausschuss beraten wird. Herr Naumann hat angekündigt, dass die Koalitionsfraktionen auf Bundesebene zum Stiftungsrecht einen Gesetzentwurf machen und dass das andere zunächst ausgeblendet bleibt.

Ich finde, es ist richtig, dass wir uns als Länder einklinken, weil der Innenminister, der für einen Teil der Stiftungsfragen zuständig ist, und der Finanzminister zu Recht darauf hinweisen und Sie als Abgeordnete sagen - ich habe das früher als Abgeordnete auch getan -: Wir müssen in diesem Verfahren prüfen, was überhaupt bundeseinheitlich zu regeln ist. Was muss geändert werden im Bürgerlichen Gesetzbuch und was ist Länderrecht? Was sollten wir als Land ausgestalten?

Deshalb bin ich sehr daran interessiert, dass wir in einem zweiten Schritt gemeinsam das, was Sie angeregt haben, im Ausschuss tun: darüber streiten, ob die Idee meiner Fraktion auf Bundesebene, nämlich vom bisherigen Konzessionssystem abzugeben und zu einem notariellen Beurkundungsakt überzugehen, der richtige Weg ist. Ich glaube, es ist des Streitens durchaus wert - der Streit wird durch alle Fraktionen gehen -, ob damit alle Probleme gelöst sind oder nicht.

Ich will sehr gerne die Dinge aufgreifen, die Herr Siebel genannt hat und die auch Herr Müller genannt hat. Unabhängig von dieser Frage muss für uns alle gemeinsam klar sein, dass es eine klare Rechtsaufsicht geben muss, um Missbrauchssituationen auszuschließen. Es muss genau ausgelotet werden, ob wir solche Zwischenschritte zulassen, wie sie Frau Herrhausen genannt hat. Es kann nicht sein, dass Stiften sozusagen als Flucht aus Steuer verstanden wird. Vielmehr muss Stiften ein Anreiz sein, sein Vermögen sinnvoll für gemeinnützige Zwecke einzusetzen. Das ist genau der Punkt, der in der Ausgestaltung des Rechtes zu bedenken ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nur noch zwei oder drei Punkte sagen. Das Problem für die heutigen Stifter oder die Situation von Stiftungen ist einfach auch eine völlige Ungeklärtheit der Behandlung nach unterschiedlichen Steuerarten. Es gibt besonders belastende Steuersituationen, dass z. B. Stifter aus bereits versteuertem Einkommen und Vermögen ihre Stiftungen dotieren müssen, dass man bei der Dotation, bei der Errichtung noch einmal der Einkommensteuer unterworfen wird. Deshalb unterbleibt häufig überhaupt eine Initiative. Zum Beispiel unterliegt der Vermögenserwerb rechtsfähiger Stiftungen der Erbschaft- und Schenkungsteuer mit einem sehr ungünstigen Tarif. Das sind alles Fragen, die man in diesem Zusammenhang klären muss. Auch sind Rücklagen bisher nicht möglich. Das halte ich für eine ganz wichtige Frage.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich hoffe, dass wir mit den Initiativen im Deutschen

Bundestag, mit dem Anstoß, den wir über den Bundesrat - wenn Sie das denn beschließen - geben können, zu einem modernen Stiftungsrecht kommen, das dazu führt, dass wir ein stiftungsfreundliches Klima haben, dass Vermögen für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden können, dass andererseits ausgeschlossen wird, dass die Flucht vor der Steuer damit begünstigt wird. Insgesamt müssen wir dafür sorgen, dass wir zu einer Partnerschaft zwischen staatlicher Kulturförderung und Privatinitiativen kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache.

Es ist vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, federführend, sowie dem Haushaltsausschuss und dem Innenausschuss, beteiligt, zu überweisen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zerstörung von Zukunftsperspektiven der Kellerwaldregion - Drucks. 15/366 -

Redezeit: fünf Minuten pro Fraktion. Das Wort zur Begründung hat Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die "Waldeckische Zeitung" wählt in ihrer Überschrift: "Dieser Naturpark ist ein glatter Flop." Ich kann das nur mit Nachdruck unterstreichen. Das, was im Hinblick auf den Kellerwald Nationalpark bisher von diesem Herrn Minister geschehen ist, ist ein glatter Flop und eine rückwärts gewandte Naturschutzpolitik, die aber auch in keiner Weise von ihm verändert wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um was geht es denn? Der Kellerwald ist ein sehr wertvolles Buchenwaldgebiet. Man war schon sehr früh der Auffassung, dass in diesem Bereich ein Nationalpark entstehen müsste. Unter Rot-Grün wurden die Weichen dafür gestellt. Über eine Erlassregelung wurde ein großer Teil dieses Gebietes unter Prozessschutz gestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, das dort keinerlei Nutzung mehr vorgenommen wird. Für den restlichen Teil gab es eine Einschlagsbegrenzung, um die alten Buchen - über 120 Jahre - zu schonen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kaum in der Verantwortung, erklärt die neue Landesregierung: Wir machen keinen Nationalpark, denn wir haben ja eine Koalitionsvereinbarung; wir machen einen Naturpark und nutzen dieses Gebiet. - Wenn ich an die ersten Presseveröffentlichungen denke, dann war das Schlagwort: "150 Millionen DM holen wir aus diesem Gebiet heraus." Das käme einem Kahlschlag gleich. Gott sei Dank hat auch der Herr Minister recht schnell eingesehen, dass das wohl nicht gehen kann, wenn man das Gebiet überhaupt erhalten will.

Wir haben gesehen, dass zurzeit eine Notbremse angezogen wurde. Unser Erlass unter Rot-Grün wird nicht aufgehoben.

ben, aber doch nicht aus der Erkenntnis heraus, dass man in die falsche Richtung gegangen ist. Warum ist es geschehen? - Weil sich ein großer Druck aufgebaut hat. Herr Dietzel und diese Regierung konnten diesem Druck nicht widerstehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn dieser Flop "Naturpark" hat sich in der Welt herumgesprochen, nicht nur in Hessen. In Deutschland wurde diskutiert, was hier in Hessen geschieht. Auch international fand Beachtung, was für ein Dilletantismus hier zutage tritt, wenn es um wirkliche Großprojekte für den Naturschutz geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Sie nur erinnern, wie viel Unterstützung für diesen Nationalpark mittlerweile eingegangen ist. Es war das Schreiben der 64 Wissenschaftler im so genannten Korbacher Appell. Es waren die Touristikverbände, die Fremdenverkehrsverbände. Es waren die Kurbereiche. Es waren die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Greenpeace, BUND, NABU und viele andere. Heute war draußen eine Demonstration von Greenpeace, um noch einmal ganz aktuell darauf hinzuweisen, dass das, was jetzt geschehen ist, also die vorläufige Rücknahme, nicht einzuschlagen, wieder in die Tasche gesteckt werden kann. Noch immer spukt der Naturpark in den Köpfen der neuen Regierung auf hessischer Ebene herum.

(Norbert Kartmann (CDU): Bei Ihnen hat da nichts mehr gespukt! Frau Hammann, altes Thema! Sie hätten es machen können!)

Man will natürlich einschlagen, hat aber erst einmal auf Atempause gesetzt. Diese Atempause kann uns nicht genügen, wenn man diesem Projekt auch wirklich die Bedeutung zusprechen will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kartmann, spielen Sie den Ball ein bisschen tiefer. Sogar Ihr Innenminister, Herr Bouffier, hat seine persönliche Zustimmung zu einem Nationalpark Kellerwald in einem Schreiben ausgedrückt.

(Norbert Kartmann (CDU): Ich muss bei Ihnen nicht so hoch spielen!)

Er sah und sieht die Notwendigkeit, und Sie sehen sie leider immer noch nicht. Sie reiten auf Ihrem Naturpark herum.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke auch an Beschwerden auf EU-Ebene, denn das, was Sie vorhatten, kommt einer Verletzung des EU-Rechts nahe. Sie wissen, dass die FFH-Richtlinie 92/43 ein Verschlechterungsverbot beinhaltet und Alternativen genützt werden müssen. Da war für uns klar, dass es in dieser Richtung eine Vertragsverletzung geben kann, wenn das Land den alten Erlass aufhebt und dort eine Nutzung vornimmt. Ich glaube auch, diese Beschwerde vonseiten von uns GRÜNEN und das Schreiben, das Herr Trittin an Herrn Dietzel gesandt hat,

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Oh ja, das hat ihn beeindruckt!)

haben ihn auch dazu bewogen, davon Abstand zu nehmen. Ich denke auch an diese wichtige Aktion, die vom WWF gestartet wurde: Kettenbriefe gegen Kettensäge.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Spitznamen hat Herr Dietzel schon weg, als Kettensägen-Minister in waldeck-frankenbergischem Gebiet. Da müssen wir immer wieder mit Nachdruck sagen: Kommen Sie doch weg aus dieser Ecke, gehen Sie in den Bereich Naturschutz, und setzen Sie das um, was nötig ist.

(Gerhard Bökel (SPD): Handsäge!)

Aktuell ist heute ein Schreiben eingegangen vom Bundesamt für Naturschutz vom 07.09. Dieses Schreiben ist im Übrigen auch an die EU-Kommission und an Herrn Dietzel gegangen. Allen Fraktionen liegt dieses Schreiben vor, wenn man auf den Verteiler schaut. Herr Prof. Uppenbrink weist noch einmal darauf:

Die Errichtung eines Nationalparks auch im Kellerwald erscheint damit aus nationaler wie internationaler Sicht dringend geboten, um diese schmerzhaft Lücke im System großer Schutzgebiete in Europa zu schließen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie davon abgehen, zeigen Sie doch, dass Sie von Naturschutz kein Jota verstehen. Da Sie anscheinend von Naturschutz wirklich kein Jota verstehen, komme ich eben auf die Wirtschaftlichkeit zu sprechen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Hammann, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss.

(Michael Denzin (F.D.P.): Eieiei!)

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ganz kurz. - Ich frage Sie: Was wollen Sie mit dem zweiten Naturpark in Waldeck-Frankenberg? Soll das der 96. Naturpark in Deutschland sein? Welche Beachtung wollen Sie dem Gebiet zukommen lassen, wenn Sie wirklich die Wirtschaftskraft dort stärken wollen? - Das kommt bei diesem Naturpark, den Sie popeligerweise dort ansiedeln wollen, nicht zum Tragen.

Schauen Sie sich den Bayerischen Wald an: 80 Millionen DM Einnahmen pro Jahr. Die Kommunen haben es mittlerweile akzeptiert. Die Übernachtungszahlen sind von 100.000 auf 800.000 gestiegen. Die Wertschöpfung bleibt in dieser Region. Und Sie wollen in Waldeck-Frankenberg diesen popeligen Naturschutzpark umsetzen? Gehen Sie noch einmal in sich. Schlagen Sie dort nicht ein und halten Sie an dem Ziel fest: Nationalpark in Hessen. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Gotthardt für die CDU-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen wissen, was Kettensägen-Wilhelm dazu sagt!)

Frank Gotthardt (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dieser Unruhe bei den Oppositionsfraktionen ist es fast ein Wunder, dass, obwohl heute in Wiesbaden eine Demonstration stattgefunden hat, bisher noch kein Minister in den

Landtag zitiert worden ist, um Stellung zu nehmen. Man kann durchaus noch lernen, wenn man in der Opposition ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot-Grün, schon in der Bibel steht geschrieben: "Nicht an den Worten, sondern an den Taten sollt ihr sie messen."

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, hatten acht Jahre die Möglichkeit, Ihren Worten und Ihren Zielvorstellungen Taten folgen zu lassen.

(Norbert Kartmann (CDU): Jawohl, so ist das!)

Herr Bökel hätte mit der Unterschrift unter einem Erlass das Problem für Sie lösen können.

(Gerhard Bökel (SPD): Da haben Sie Recht!)

Er hat es aber nicht getan, genauso wie Frau Hinz Biblis nicht stillgelegt hat. Bei Ihnen stimmt es eben nicht, dass Sie mit Taten handeln, sondern bei Ihnen kommen warme Worte.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie sind sich im Übrigen zwischen Rot-Grün gar nicht einig. Das sieht man im Kreistag von Waldeck-Frankenberg, und das sieht man auch hier im Landtag.

(Widerspruch bei der SPD)

Zweiter Punkt. Sie fordern immer, dass eine wirkliche Stärkung der Region stattfinden muss. Ich sage Ihnen eines, wenn man an den Edersee fährt, sieht man, dass dort Tourismus stattfindet, obwohl es bisher noch nicht einmal ein Naturpark ist. Menschen fahren dort hin, weil es schön ist, weil es eine schöne Landschaft ist, weil es den Wald gibt, weil es die Seen gibt. Wenn Sie fordern, dass hier mehr gemacht werden muss: Warum haben Sie dann in den acht Jahren nicht mehr getan? Diese Frage müssen Sie sich einfach vorhalten lassen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Frau Hammann, deswegen habe ich auch kein Verständnis dafür, wenn Sie hier "popeliger Naturpark" sagen. Im Moment gibt es noch nicht einmal einen Naturpark. Ein Naturpark ist eben ein Fortschritt für die Region, und deswegen wollen wir einen Naturpark.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn im Moment nicht gesagt wird, haben Sie den Vorteil, dann ist der Nationalpark in 100 Jahren gar nicht ausgeschlossen. Was regen Sie sich denn so auf? Blockieren Sie doch jetzt nicht den Naturpark. Lassen Sie uns doch diesen Schritt einfach erst einmal gemeinsam für die Region gehen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Hammann und meine sehr verehrten Damen und Herren auch von der SPD, wenn da immer zitiert wird, in der Region gebe es einen Stimmungswandel - Sie haben vorgebracht, wer alles Briefe schreibt -: Ich kann den Stimmungswandel nicht erkennen. Wenn es ihn gibt, nehme ich ihn zur Kenntnis. Frau Hammann, es gibt ihn aber im Moment nicht.

Sie haben bei den Umfragen in den drei Gemeinden gesagt: Man darf das Thema nicht in den drei Gemeinden sehen,

man muss das regional sehen. - Also hat der Kreistag dort am 18.12.1997 einen Beschluss gefasst. Dann haben Sie gesagt: Das war der Kreistag, aber der Beschluss ist schon so alt. - Jetzt hat der Kreistag erneut einen Beschluss gefasst, leider nicht den Antrag der GRÜNEN beschlossen, aber einen Beschluss gefasst, der unsere Position unterstützt.

(Zurufe der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jetzt sagen Sie: Das muss halt weltweit beurteilt werden. - Sie haben vollkommen Recht. Lassen Sie uns erst einmal einen Naturpark in der Gegend machen.

Lassen Sie uns insbesondere die Meinung der Menschen vor Ort respektieren, gemeinsam ein Konzept zu entwickeln. Deswegen finde ich es wiederum nicht richtig, Frau Hammann - das sage ich in aller Deutlichkeit -, dass Sie hier zum 25. Mal einen Antrag zum Nationalpark stellen. Sie kennen unsere Koalitionsvereinbarung. Das muss Sie nicht begeistern, was darin steht. Aber lassen Sie uns doch auf einer soliden Basis zusammen mit den Menschen dort ein Konzept entwickeln. Die Arbeitskreise werden eingerichtet. Ich finde, es wäre auch ein Zeichen des schlechten Stils, wenn der Landtag heute etwas beschließen würde, obwohl die Arbeitskreise noch zu keinem Ergebnis gekommen sind.

Insofern kann ich nur sagen, dass ich der Auffassung bin, dass der Minister ein Lob für sein umsichtiges Handeln an dieser Stelle verdient,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil er nämlich die Gespräche vor Ort mit seinem Handeln unterstützt und die Möglichkeit schafft, dass man sich vor Ort einigt. Das ist das, was einen Minister auszeichnet, dass er an dieser Stelle auch bereit ist, solche Entscheidungen zu treffen. Einen Kahlschlag gibt es im Moment nur bei den Wahlergebnissen von Rot-Grün, wenn ich das in der Zeitung immer richtig gelesen habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss und rufe an der Stelle dazu auf, dass man dieses Thema seriös, sachlich mit den Menschen diskutiert. Frau Hammann, Sie haben das eben sehr engagiert vorgetragen. Mein Eindruck ist, dass die Unterschiede zwischen den Parteien vielleicht gar nicht so groß sind, wie Sie immer tun, Frau Hammann. Ich habe mir heute Nachmittag eine Broschüre von Ihnen genommen: "Natur und Mensch im Nationalpark Kellerwald". Ich darf zwei Passagen daraus zitieren. Die eine lautet:

Eine weitsichtige Forstwirtschaft hat dazu beigetragen, dass die Fläche des geplanten Nationalparks Kellerwald sich überhaupt zu einem ökologisch wertvollen Gebiet entwickeln konnte.

Jawohl, Frau Hammann. Da haben die GRÜNEN vollkommen Recht. Ich zitiere von der nächsten Seite - zugegebenermaßen mit deutlichem Genuss -, wo Sie etwas zur Wirtschaftsförderung vorschlagen. Sie schlagen vor:

Es gibt die Möglichkeit, ein lokales Qualitätssiegel für Holz aus der Nationalparkregion Kellerwald zu erarbeiten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss gestehen, Sie haben wirklich innovative Konzepte. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Pfaff für die SPD-Fraktion.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt die Waldfee!)

Hildegard Pfaff (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Gotthardt, ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Wenn Sie denn so überzeugt wären, dass das Konzept des Naturparks das Richtige ist, um dieses außerordentliche Gebiet dort zu schützen, dann hätten Sie das hier in aller Gelassenheit darstellen können. Aber Ihre Aufregung zeigt, dass Sie überhaupt nicht sicher sind, dass das der richtige Weg ist, den Sie beschreiten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Minister Dietzel, die SPD-Fraktion in diesem Hause begrüßt ausdrücklich Ihre Absicht, nunmehr zumindest vorläufig auf den Einschluss der alten Buchen in der Schutzzone zu verzichten, wenn diese Befristung auch nicht nach unseren Vorstellungen ist. Noch am 23. Juni haben Sie sehr vollmundig in diesem Plenum verkündet, dass Sie das Einschlagsverbot aufheben und den Bökel-Erlass außer Kraft setzen werden. Ihre Kehrtwende, Herr Minister, ist nicht zuletzt das Eingeständnis, dass der Erlass Ihres Amtsvorgängers richtig war.

(Beifall bei der SPD)

Er sah vor, dass auf einer rund 2.000 ha großen Kernzone auf den Bucheneinschlag vollständig verzichtet wird. Herr Minister, Sie rücken damit deutlich von Ihrer bisherigen Auffassung ab, die der wirtschaftlichen Nutzung und dem finanziellen Gewinnstreben absoluten Vorrang vor dem Schutz eines europaweit wichtigen Gebietes eingeräumt hat. Ihre Kurskorrektur bestätigt aus meiner Sicht sehr deutlich, dass die Richtung der alten Landesregierung gestimmt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage ist nur: Wie kommt es zu dem plötzlichen Meinungswechsel? Ich denke, ich kann es Ihnen beantworten. Aus meiner Sicht rücken Sie deshalb von Ihrer bisherigen Auffassung ab, weil breite Bevölkerungsgruppen in der Region sich inzwischen mit aller Entschiedenheit gegen Ihre Abholzpläne wenden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt spricht auch das breit angelaufene Patenschaftsprojekt, das in der Region angestoßen wurde, dafür. Im Übrigen hat eine große Zahl meiner Kolleginnen und Kollegen eine Patenschaft für die alten Buchen übernommen.

Insbesondere aber, Herr Minister Dietzel, ändern Sie Ihre Pläne, weil Sie von Herrn Ministerpräsidenten Koch in dieser Angelegenheit zurückgepfiffen worden sind. Herr Koch hat in der Region erklärt - leider ist er nicht anwesend -, er wolle zwar einen Naturpark, aber die Voraussetzungen für eine spätere Nationalparkeinrichtung sollten gewahrt bleiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir appellieren daher erneut an Sie, Herr Minister, aber insbesondere an Herrn Ministerpräsidenten Koch, das kategorische Nein zur Einrichtung eines Nationalparks noch einmal zu überdenken. Wir fordern Sie auf: Verbauen Sie mit Ihrer Lösung keine Zukunftsperspektiven und Entwicklungschancen der Kellerwaldregion.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeitskreise, die Sie zur Umsetzung eines Naturparks berufen wollen, bieten doch eine gute Chance, sich nicht nur mit einem Naturparkkonzept, sondern auch mit einem Nationalparkkonzept zu befassen. Die Beratungsergebnisse könnten eine hervorragende Grundlage für einen Nationalpark darstellen. Daher befürworten wir die Berufung der Arbeitskreise, denen nach Ihren Worten Kommunalpolitiker der Gemeinden, der Kreise, der Fremdenverkehrsverband, der Naturschutzverband, der Waldbesitzer- und Bauernverband, der Kellerwaldverein und Wirtschaftsvertreter angehören sollen.

Wir freuen uns natürlich, Herr Minister, dass Sie mit der Berufung dieser Arbeitskreise im Grunde genommen unserem Antrag aus dem Juni-Plenum folgen, mit dem wir eine formale Beteiligung der Region und eine Beteiligung von Fachexperten am weiteren Diskussionsprozess gefordert haben. Lediglich den Landtag haben Sie außen vor gelassen. Es lohnt sich bestimmt, darüber nachzudenken, ob nicht auch die örtlichen Landtagsabgeordneten diesem Gremium angehören sollten, sofern sie nicht schon als Kreisabgeordnete berufen sind.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, diesen Antrag haben Sie hier mit Ihren Mehrheitsstimmen abgeschmettert. Der ehemalige Kollege Michel hat mir sehr arrogant deutlich gemacht, dass wir doch nun endlich begreifen müssten, dass Sie das Sagen hätten und an der Macht seien. Ich kann nur sagen: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt stellen wir fest: Der zuständige Minister realisiert zumindest eines unserer Grundanliegen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Hildegard Pfaff (SPD):

Noch einige wenige Sätze, Frau Präsidentin. - Angesichts dieser Tatsache fordern wir erneut die Einrichtung eines Nationalparks. Ich sage es noch einmal: Hier ist Ihr Ministerpräsident gefordert. Wenn sein Wort gilt, dann macht er von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch und weist Sie, den Fachminister, an, den Bökel-Erlass unbefristet in Kraft zu lassen. Das erwarten wir zumindest aufgrund seiner Aussage in der Region. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Heidel für die F.D.P.-Fraktion.

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nationalpark nein danke - Nationalpark fünfter Aufguss in diesem Plenum.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hören es immer wieder, Herr Kollege!)

Ich habe es an diesem Pult schon des Öfteren erklärt: Es wird mit uns keinen Nationalpark geben.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das noch einmal ganz deutlich gesagt haben. Aber lassen Sie mich zu dem, was Sie in den Protokollen nachlesen können, vielleicht noch einige Bemerkungen hinzufügen.

Auch ich möchte aus der Broschüre, die die GRÜNEN auf dem Hessestag in Korbach verteilt haben, zitieren. Da stand auf Seite 4:

Ein Urwald, zwei Stunden von Frankfurt entfernt.

Was da nicht stand, war: Auf die Bäume, ihr Waldecker, der Wald wird gefegt. - Das stand da nicht drin. Das musste man zwischen den Zeilen lesen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, was für eine Entgleisung!)

Dazu passt natürlich auch das, was Herr Kollege Kaufmann hier gestern abgeliefert hat. Ich denke, er sollte das noch einmal im Protokoll nachlesen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich schon! Herr Kollege, das war völlig korrekt!)

Er sollte sich fragen, inwieweit er dies aufrechterhalten will bzw. sich seine Äußerungen überlegt, wo er Nordhessen so platt diffamiert hat, wie er es gestern getan hat.

(Roland von Hunnius (F.D.P.): Ja!)

Herr Kollege Kaufmann, wenn ich das vor dem Hintergrund sehe, was in der Broschüre geschrieben stand, dann denke ich, Sie sollten in sich gehen und sich fragen, ob Sie diese Diffamierung hier nicht wieder aus der Welt schaffen wollen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie doch lieber zum Nationalpark! Vom Flughafen verstehen Sie nichts!)

Während dieser Plenardebatte wird von den GRÜNEN heute als Erstes Sankt Ursula, die Buchenscheinheilige, an das Pult geschickt.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na!)

Sie singt zum wiederholten Male das Lied: Im Kellerwald sind alle Buchen da. - Auch das kennen wir schon. Sie setzt sich über das hinweg, was GRÜNE sonst so vehement propagieren, nämlich die Basisdemokratie. Man will es nicht wahrhaben, wenn das Ergebnis vor Ort nicht passt. Sie zitiert Pressemeldungen nur in den Teilen, die ihr genehm sind. Dass der Arbeitskreis der Wirtschaft das, was Herr Minister Dietzel gemacht hat, in Pressemeldungen gelobt hat, wird dann unterschlagen. Sie will hier nicht wahrhaben, dass die Region auf dem Weg ist, einen Konsens zu finden, und sich Gedanken darüber macht, wie es weitergehen kann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer wollte denn die Bäume absägen?)

Gleich anschließend kam dann natürlich Hildegard, die neue Buchenpatin. Sie unterschlägt, dass ein SPD-Landrat einmal gesagt hat: Wenn ihr die Straße ausgebaut haben

wollt, dann müsst ihr für den Nationalpark sein. - Wir bauen die Straße jetzt aus.

(Reinhard Kahl (SPD): Wer hat denn mit der Straße angefangen?)

Sie unterschlägt, dass Herbert Günther in der "FAZ" gesagt hat, es gebe genug Nationalparke. Dies alles wird hier vorne dann unterschlagen. Da werden Vorwürfe in Richtung des Ministers erhoben, die nicht haltbar sind. In Presseerklärungen wird verkündet, er sei naturschutzfeindlich. All das entspricht nicht der Wahrheit. Kehren Sie doch zu Folgendem zurück. Akzeptieren Sie, dass der Kreistag des Kreises Waldeck-Frankenberg beschlossen hat, einen Naturpark einzurichten. Er hat beschlossen, den Minister zu bitten, zwei Beiräte einzurichten. Dies wurde vom Minister zugesagt. Diese Beiräte werden ihre Arbeit aufnehmen. Es handelt sich nicht um Arbeitskreise, es sind Beiräte. Arbeitskreise gibt es in anderen Bereichen. Diese Beiräte werden sich auch mit der ökologischen Qualität der Region befassen. Sie werden aber auch ein Konzept für die ganze Edersee-Region erarbeiten.

Dass es uns damit Ernst ist, können Sie auch daran ersehen, dass die F.D.P. in der Regionalen Planungsversammlung den Antrag gestellt hat, den Naturpark im Regionalplan zu verankern.

Ich denke, das sollten Sie als Fakten einfach hinnehmen und anerkennen. Herr Kollege Gotthardt hat Ihnen dargestellt, dass Sie acht Jahre lang Zeit hatten, zu handeln. Sie haben nicht gehandelt. Ich bin der Meinung, die Region ist auf einem guten Weg. Sie nimmt ihr Glück selbst in die Hand. Diese Hessische Landesregierung wird im Gegensatz zu der alten Regierung die Region dabei unterstützen. Deshalb werden wir Ihren Antrag heute hier ablehnen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

(Norbert Schmitt (SPD): Äußert er jetzt seine private Meinung oder die des Ministers? - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit oder ohne Kettensäge?)

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, die Entscheidung, die im August von mir gefällt wurde und die besagte, die Entnahme von Buchen zunächst nicht zuzulassen, ist auf Akzeptanz innerhalb der Region gestoßen. Das zeigt aber auch, dass wir als Landesregierung ernsthaft Zeichen dafür setzen wollen, dass wir in der Region die Akzeptanz und einen breiten Konsens dafür haben wollen, dort einen Naturpark Kellerwald einzurichten. Ich denke, das hat auch gezeigt, dass wir als Landesregierung gesprächsbereit sind, dass wir Argumenten gegenüber aufgeschlossen sind, dass wir Kompromissbereitschaft zeigen und dass wir in diesem Ausschuss, den Heinrich Heidel eben schon angesprochen hat, einen Annäherungsprozess zwischen den unterschiedlichsten Auffassungen erzielen, um hier das Projekt des Naturparks Kellerwald auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, es hat im Sommer sicherlich heftige Diskussionen gegeben. Ich will das überhaupt nicht

abstreiten. Aber es wurde in diesen Bereich eine Hysterie hereingebracht. Das hat Herr Kollege Gotthardt schon einmal angemahnt.

Warum ist der Kellerwald denn so gut und wertvoll? Er ist es, weil dort Forstbeamte etwa 200 Jahre lang etwas gut und richtig gemacht haben. Ich denke, das sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, zur Vorbereitung der Einrichtung des Naturparks Kellerwald will ich einen Arbeitskreis unter dem Vorsitz des Landrates Eichenlaub einrichten. Ich will vor allen Dingen die Region mit einbinden. Es soll darüber diskutiert werden, wie der Naturpark ausgestaltet werden soll. Daran sollen die Kreise, die Bürgermeister, der Bauernverband, der Verband der Waldbesitzer, die Umweltverbände, der Verein Pro Kellerwald und Personalvertreter beteiligt sein. Es freut mich sehr, dass ich hier bekanntgeben kann, dass Herr Landrat Hasheider aus dem Schwalm-Eder-Kreis seine Mitarbeit zugesagt hat. Auch der Präsident des Verbandes Deutscher Naturparke, Herr Dr. Günther, kann in diesem Arbeitskreis mitarbeiten und will es.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Politische Nothilfe ist das, sonst nichts!)

- Ich freue mich, dass der Mann mitarbeitet. Gerade bei diesem Projekt bietet er eine gute Unterstützung.

Ich denke, gerade hiermit wird die Auffassung klar, dass der Naturpark Kellerwald eingerichtet werden wird. Und es wird klar, dass wir vor der Meinung der örtlichen Bevölkerung Respekt haben. Ich habe hier schon einmal im Juni während einer Diskussion gesagt, dass die dortigen drei Gemeinden abgestimmt haben. 70% der Bevölkerung haben sich bei einer recht hohen Wahlbeteiligung gegen den Nationalpark ausgesprochen. Alle politischen Parteien, einschließlich der GRÜNEN, haben vor dieser Abstimmung erklärt, dass sie den Willen der Bürger dieser drei Gemeinden respektieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Erst als die Abstimmung danebengegangen ist, gab es Absetzbewegungen. Ich meine auch, man sollte darauf hinweisen, dass wir das in Übereinstimmung mit der betroffenen Bevölkerung machen wollen. Es gab noch einmal eine Abstimmung, die auch den Nationalpark Kellerwald betraf. Denn kurz vor der Landtagswahl wurde Anfang dieses Jahres in der Region gesagt, auch diese Landtagswahl entscheide darüber, ob ein Nationalpark eingerichtet werde. Meine Damen und Herren, das Ergebnis kennen Sie.

Ich denke schon, dass es wichtig ist, dass wir von der CDU und der F.D.P. und von der Landesregierung feststellen, dass der nördliche Kellerwald auch aus nationaler Sicht eine besondere Bedeutung hat. Wir wollen auch damit werben, dass wir einen Naturpark schaffen wollen, in dem Naturschutz, Tourismus, Forstwirtschaft und Regionalentwicklung miteinander verknüpft werden. Dabei soll genutzter und ungenutzter Wald nebeneinander stehen. Die Bevölkerung soll sich ein Bild auch über diese Dinge machen können.

Ich denke auch, dass die Ausweisung eines großflächigen Naturparks in dieser Region zusammen mit dieser Region die besten Möglichkeiten bietet, diese Region weiterzuentwickeln. Wir sehen gerade auch hierin Zukunftsperspektiven. Wir laden die betroffenen Verbände und insgesamt die

Betroffenen aus der Region, auch jeden Einzelnen, dazu ein, hier mitzuarbeiten. Wir werden Vorschläge entsprechend einarbeiten. In dem Ausschuss, den wir einrichten wollen, sollen die unterschiedlichen Auffassungen, die es in der Region zugegebenermaßen gibt, eingehend diskutiert werden. Er wird seinen Beitrag dazu leisten, dass wir ein sinnvolles und zukunftsfähiges Konzept zum Naturpark Kellerwald erarbeiten. Wie Heinrich Heideel eben schon andeutete, wollen wir Fachleute zusammenholen, die Vorschläge machen sollen, wie das Waldschutzgebiet, also das Kerngebiet, weiterentwickelt werden kann. Wir von der Landesregierung werden diesen Prozess unterstützen.

Ich will noch zwei Dinge anmerken, die unseren Kreis betreffen. Ich hatte das Gefühl, dass nach meiner Erklärung im August 1999 die beiden Parteien SPD und GRÜNE dort offensichtlich weiterkämpfen wollten. Ich war froh über die Erklärung der Naturschutzverbände, der so genannten 29er-Verbände, dass sie bereit sind, bei uns in diesem Arbeitskreis mitzuarbeiten. Ich denke, es ist wichtig, dass wir hier festhalten, dass es Anfang September 1999 im Kreistag von Waldeck-Frankenberg eine eindeutige Mehrheit für einen Naturpark gegeben hat. Deswegen stelle ich hier fest, dass die beste Zukunftsperspektive, die wir für diese Region haben, die Einrichtung eines Naturparks ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es spricht Herr Kollege Müller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Herr Müller, Sie haben fünf Minuten Redezeit.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, dass ich, als nach der Regierungsneubildung das Land Bayern immer als ein Leuchtfeuer für die Weiterentwicklung Hessens von der neuen Landesregierung vorgezeigt worden ist, einen Augenblick lang die Vorstellung gehabt habe, dass sich diese neue Regierung an einem hochmodernen Konzept des Nationalparks Bayerischer Wald orientieren wird, das es dort gibt - das muss ich neidlos oder auch neidvoll zugeben -, und dies auch hier in Hessen einführen wird.

Ich hatte gedacht, dass eine konservative Landesregierung - in Ihrem Wahlprogramm reden Sie von Bewahrung der Schöpfung und Ähnlichem - es verstehen wird, Regionalentwicklung und Naturschutz in einem Konzept zu vereinbaren, das für die Region Waldeck-Frankenberg ein Segen sein würde. Ich hatte gehofft, dass Sie sagen: Jawohl, wir machen den Nationalpark, und wir werden die Umgebung - das, was Sie jetzt als Naturpark ausweisen wollen - zu einem europäischen Modellprojekt der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie machen. Wir werden zeigen, wie wir in einer strukturschwachen Region durch gezielte Wirtschaftsfördermaßnahmen, durch Aktivierung der eigenen Potenziale in dieser Region und durch einen europaweit beachteten Naturschutz ein Vorzeigeprojekt machen werden, das in der Region und in der Bundesrepublik Deutschland seinesgleichen suchen wird.

Dies wäre die Konsequenz aus dem Vorbild Bayern gewesen, aus dem Nationalpark Bayerischer Wald und aus den Dingen, die Sie in Ihren Sonntagsreden selbst immer behaupten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach wenigen Tagen allerdings musste ich feststellen: Das Gegenteil soll passieren. Da kam Wilhelm mit der Kettensäge. Als eine seiner ersten Ankündigungen hat er gesagt: Wir werden die Bäume wieder fällen.

Ich bin froh, dass es mittlerweile einen ungeordneten Rückzug dieses Ministers gibt. Es kommt doch nicht von ungefähr, dass er sich hier hinstellt und sagt: Die alten Buchen werde ich im Herbst nicht einschlagen lassen. - Noch vor wenigen Wochen hat er doch ganz anders geredet. Er hat überall berichtet, dass er auf die Einnahmen durch die Forstwirtschaft angewiesen ist. Er hat davon geschwärmt, wie wertvoll dieses Buchenholz ist und wie hoch die Einnahmen sein werden, die dem Landeshaushalt zufließen, wenn er endlich ungehindert mit der Kettensäge arbeiten kann. Es ist doch nicht aus eigener Einsicht gewachsen, dass er sich jetzt hinstellt und sagt: Wir machen jetzt etwas anderes. Ich werde mein zerstörerisches Werk nicht fortsetzen.

Der Mann hat schlicht und einfach Angst bekommen, Angst vor dem Widerstand in der Region, Angst vor dem internationalen Verlust an Renommee, das das Land Hessen hat, wenn wir die Chance vergeben, in einem großräumigen Gebiet europäischen Naturschutz zu betreiben, wie es ihn so noch nicht gibt. Er hat Angst vor Greenpeace und dem Anketten an die Bäume. Er musste Angst davor haben, dass ihn die Europäische Union verklagt und mit Zwangsgeld belegt, wenn er gegen die FFH-Richtlinie verstößt. Das ist doch keine Einsicht, die bei Ihnen gewachsen ist. Es war die nackte Angst vor den Konsequenzen seiner unüberlegten Ankündigungen, die er im Waldecker Land und anderswo von sich gegeben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle will ich für die GRÜNEN explizit erklären - auch wenn es nicht Einsicht, sondern Angst war -, dass wir bereit sind, mit Ihnen konstruktiv zusammenzuarbeiten. Aber unter einer Bedingung: Es kann und darf nicht darum gehen, jetzt scheinbar einen Rückzug zu machen und im Frühjahr oder Herbst nächsten Jahres wie üblich weiterzuarbeiten. Ich mache Ihnen einen konkreten Vorschlag. Wenn Sie es schaffen, das Konzept des Nationalparks im Kerngebiet mit einem großen Naturpark in der Umgebung zu verbinden und dies zu einem Konzept der Regionalentwicklung Waldeck-Frankenberg zu machen, dann haben Sie uns an Ihrer Seite. Dann haben Sie auch die international renommierten Wissenschaftler an Ihrer Seite, die Naturschutzverbände, die IHK Waldeck-Frankenberg und diejenigen, mit denen Sie sich bisher arrangiert haben.

Lassen Sie uns doch so weit kommen, dass wir den vernünftigen Naturschutz im Nationalpark Kellerwald betreiben, auf dem staatlichen Gebiet, 5.700 ha. Erweitern wir das Konzept des Naturparks, das Sie haben, um eine Kernzone, in der auf Dauer europäischer Naturschutz betrieben wird. Der Kompromiss ist ganz einfach. Wir addieren das, was Sie für den Großraum in der Region vorgeschlagen haben, und die einmalige Konzeption des Nationalparks Kellerwald. Dies hätte nicht nur zur Folge, dass Sie keinen Gesichtsverlust haben - das ist in der Politik auch immer ganz wichtig -, sondern wir hätten auch gezeigt, dass wir nach einem heftigen, öffentlich ausgetragenen Streit die Kraft haben, zu sagen: Lasst uns die sinnvollen Teile der Konzepte miteinander verbinden, Nationalpark plus Naturpark, und lasst uns für die strukturschwache Region Waldeck-Frankenberg hier etwas Positives tun.

Sehr geehrter Herr Minister, ich wäre sehr froh, wenn Sie noch einmal an das Pult treten und sagen könnten: Jawohl,

auch diese Kombination wird in meinen Überlegungen eine Rolle spielen. Wir werden das Ergebnis offen prüfen. Ich rücke davon ab, nur für diesen Herbst den Einschlagstopp nicht wieder aufzuheben, und ich bin in der Lage, zukunftsweisende Konzepte hier in Hessen umzusetzen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es gibt auch noch ein Argument der grundsätzlichen Glaubwürdigkeit der hessischen Umweltpolitik. Das will ich hier gar nicht parteipolitisch einfärben. Wenn wir hier immer wieder betonen, dass wir für den Schutz des Weltklimas die tropischen Regenwälder, die geschützt werden müssen, brauchen, dann müssen wir auch in der Lage sein, auf einem zugegebenermaßen viel kleineren Bereich unseres Territoriums die hessischen Urwälder in ihrer Artenvielfalt und in ihrer Einmaligkeit zu schützen. Wir können von anderen nicht das verlangen, was wir selbst nicht in der Lage sind auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache und komme zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

Wer für Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der vorliegende Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 22 auf:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen oder Sozialhilfeempfänger im ersten und zweiten Arbeitsmarkt - Drucks. 15/339 zu Drucks. 15/48 -

Berichtersteller: Herr Abg. Brückmann.

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Realisierung von Kombilohnmodellen für Langzeitarbeitslose - Drucks. 15/340 zu Drucks. 15/133 -

Berichterstellerin: Frau Abg. Lautenschläger.

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Zukunft des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" - Drucks. 15/341 zu Drucks. 15/127 -

Berichterstellerin: Frau Abg. Henzler.

Die Redezeit beträgt insgesamt zehn Minuten pro Fraktion.

Herr Kollege Brückmann, soll der Bericht gegeben werden? - Auf Bericht wird verzichtet. Auf die anderen Berichte ebenfalls? - Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Habermann für die SPD-Fraktion.

Heike Habermann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Ausschuss gab es leider wenig Anlass, über die vorliegenden Anträge zu diskutieren, da es das Sozialministerium vorgezogen hat, in der Sommerpause überstürzte Entscheidungen über die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Hessen zu treffen; bei denen die SPD im wahrsten Sinne des Wortes schwarz sieht - schwarz für die Arbeitslosen in diesem Land.

Mitten in den Sommerferien wurden die neuen Richtlinien des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" an die Träger verschickt. Nur aufgrund dieser Richtlinien konnten Förderanträge für neue Maßnahmen gestellt werden. Die Bewilligungsbescheide wurden allerdings bis heute noch nicht verschickt. Jetzt ist es Anfang September, nachdem zwei Drittel des Jahres um sind.

Meine Damen und Herren der Koalition und allen voran Frau Sozialministerin, Sie haben es geschafft, dass ein Klima der Verunsicherung bei den Trägern entstanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Keiner weiß so recht, was kommt und wie die Arbeitsmarktpolitik vonseiten des Landes zukünftig programmatisch und finanziell unterstützt wird. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren: Am wenigsten weiß es die Sozialministerin selbst.

(Beifall bei der SPD)

So kann man ein erfolgreiches Programm auch kaputtmachen, ohne den Mut zu haben, dies klar und deutlich zu sagen. Denn dann hätten Sie auch Alternativen aufzeigen müssen.

Diese Alternativen bestehen bis heute lediglich aus Ankündigungen, aus verschwommenen Vorstellungen und unausgegorenen Konzepten. Keine schlüssige Programmatik zur Bekämpfung insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit ist erkennbar. Lediglich die Zukunft des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" ist inzwischen leider deutlich geworden, wenn auch nicht durch Sie, Frau Sozialministerin, sondern durch das Finanzministerium.

Während Sie noch Pressemeldungen abgesetzt haben, um die Streichung des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" zu dementieren, hat der Finanzminister das Ende bereits verkündet. Nur die laufenden Maßnahmen werden abfinanziert. Was ist nun die Alternative der Landesregierung zu "Arbeit statt Sozialhilfe"? Seit Monaten geistert durch verschwommene Presseerklärungen das hessische Modell zum Kombilohn, das nach Aussagen des Ministeriums eine Vielzahl von Arbeitsplätzen schaffen und der goldene Weg zum Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt sein soll.

Wenn man das Konzept hinterfragt, verliert es jedoch schnell an Glanz und Überzeugungskraft. Das einzige, was Hessen als Aktivität entwickelt, ist das Angebot an zunächst fünf Träger, mit der Unterstützung eines vom Land beauftragten Instituts das zu tun, was viele Kommunen auch jetzt schon machen, nämlich die Möglichkeiten des § 18 BSHG zu nutzen, der sowohl die Aufstockung von Löhnen aus Sozialhilfemitteln als auch die direkte Zuschussung der Arbeitgeber ermöglicht. Diese Lohnzuschüsse werden, wie bisher, aus den Sozialhilfeausgaben der Kommunen aufgebracht. Der einzige Beitrag des Landes besteht also im Einschalten dieses Instituts. Was soll es eigentlich machen? - Es soll die Kommunen bei ihren Anstrengungen, neue Arbeitsplätze zu rekrutieren, unterstützen. Es berät und koordiniert. Wissenschaftliche Beglei-

tung statt programmatischer Unterstützung. Auf diese Formel reduziert sich wohl Ihr neues Modell.

Weitere Klarheit war im Ausschuss nicht zu erhalten. Auch die Frage, ob die Lohnaufstockungen aus der Sozialhilfe sozialversicherungspflichtig sein werden - eine Frage, die für die betroffenen Arbeitslosen von zentraler Bedeutung ist -, konnte uns die Ministerin nicht beantworten.

Was macht das Land Hessen nun außer der wissenschaftlichen Begleitung von Kombilöhnen noch in den kommenden Jahren? Dazu gibt es inzwischen ein neues Stichwort: "regionales Arbeitsmarktprogramm". Vielleicht können wir dazu von der Ministerin noch ein paar erklärende Worte hören. Außer diesem Begriff gibt es derzeit keinerlei Aussagen zum Umfang und Inhalt eines solchen Programms. Die SPD-Fraktion erwartet, dass die Grundzüge dieses Programms umgehend dargelegt werden, insbesondere um die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen vor Ort endlich über die Perspektiven ihrer Arbeit aufzuklären.

Es bleibt festzustellen: Die Landesregierung streicht das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe", ohne bisher angemessene Alternativen anzubieten. Die finanziellen Mittel werden drastisch gekürzt. Die SPD-Fraktion wirft Ihnen vor, dem Eindruck nicht entgegenzutreten, dass das Land sich programmatisch und finanziell aus der Arbeitsmarktpolitik zurückzieht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie lassen die Kommunen und Träger über Perspektiven im Unklaren und werden Ihrer Verantwortung für den Abbau von Arbeitslosigkeit nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Zumbrägel für die CDU-Fraktion.

Aloys Zumbrägel (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es scheint das Schicksal einer jeden Parlamentswoche zu sein, dass wir am Ende der Beratungen immer noch einmal das Thema "Arbeit statt Sozialhilfe" oder "Kombilöhne" aufrufen. Das ist auch in der Tat ein wichtiges Thema, da gebe ich Ihnen Recht. Nur sollten Sie dann auch einmal anfangen, etwas Lernfähigkeit zu beweisen.

(Beifall bei der CDU)

Das tun durchaus SPD-Ortsvereine und Ihre Parteigliederungen, die sich dafür aussprechen, das Kombilohnmodell nun endlich umzusetzen, und die sich anbieten, als Modellstadt mitzuwirken. Beispielsweise bietet sich hier der Rheingau-Taunus-Kreis an. Die SPD hat gefordert -

(Petra Fuhrmann (SPD): Die wussten aber noch nicht, dass es keine müde Mark gibt, Herr Zumbrägel!)

- Ja gut, das können sie dann noch erfahren.

(Lachen bei der SPD)

Klar ist, dass diese Koalition eine deutliche Wende in der Beschäftigungspolitik von Langzeitarbeitslosen einleiten will.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch wirklich ein Witz!)

Wir wollen deutlich von dem von Ihnen favorisierten Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" weg. Dass dieses Programm weitestgehend nicht effektiv ist, dass sehr viel Geld dafür ausgegeben worden ist und dass es nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat, ist keine Erfindung von uns.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schauen Sie sich doch draußen einmal die Ausstellung an! Das ist genau "Arbeit statt Sozialhilfe"! Die Ministerin findet salbungsvolle Worte und setzt das Projekt ab!)

- Ich bewundere Sie, dass Sie gleichzeitig zuhören und reden können. Ich habe das bisher nicht gelernt. Das bewundere ich an Ihnen. Sie sollten vielleicht zunächst einmal zuhören, bevor Sie dauernd dazwischenreden. Wenn man nicht zuhört, kann man auch nicht erfahren, was andere Leute denn tatsächlich meinen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass wir die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt präferieren, dass das unser Weg ist und dass wir glauben, dass dieser Weg erfolgreicher und wirksamer ist und dass wir damit mehr Menschen helfen können. Diesen Weg werden wir gehen. Frau Habermann hat vorhin hier ein Modell angekündigt bzw. vorgestellt. Das war zwar nicht ganz richtig, aber sie war schon auf der richtigen Spur.

Wir werden neben einer sehr intensiven Beratung und Begleitung von Langzeitarbeitslosen ihnen dazu verhelfen, dass sie einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt finden. Wir werden diese Beratung und Begleitung in den ersten Arbeitsmarkt natürlich auch mit Finanzmitteln ausstatten müssen. Denn es muss für Langzeitarbeitslose interessant und nachvollziehbar sein, warum sie denn zukünftig acht Stunden zur Arbeit gehen sollen.

Wir wollen durch intensive Beratung und Begleitung einen Arbeitsplatz nach Maß für die Langzeitarbeitslosen finden. Wir glauben, dass das geht. Dafür gibt es Beispiele. Die Fachleute unter Ihnen wissen, dass in den Niederlanden ein solches Projekt sehr erfolgreich arbeitet. Auch in Deutschland - in Hamburg und Berlin - gibt es ähnliche Projekte, die diesen Weg der Begleitung und Führung in den ersten Arbeitsmarkt von Langzeitarbeitslosen gehen.

Dieser Weg ist kostengünstiger. Er erspart den Kommunen eine ganze Menge Sozialhilfe. Diesen Weg wollen wir zunächst in Modellprojekten an fünf Stellen gehen. Es soll damit im November losgehen, und das soll auch wissenschaftlich begleitet werden.

Wir wollen das erproben. Wir wollen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern wir wollen es erproben. Deswegen sind die Anträge, die von der SPD und den GRÜNEN gestellt worden sind und die wir im Ausschuss sehr breit diskutiert haben, etwas anderes als das, was wir wollen. Daher wird die CDU-Fraktion diesen Anträgen nicht zustimmen - auch nicht dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN, die ein Einstiegsgeld fordern. Das gibt es im Übrigen schon, das ist eigentlich nichts Neues und wird vielfach schon von Sozialämtern, auch vom Arbeitsamt, so praktiziert.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn das, was Sie vorschlagen? Das ist genau das Gleiche!)

- Das ist etwas völlig anderes, Frau Kollegin, weil wir nicht nur Geld hin- und herschieben, sondern den Menschen helfen, wirklich einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden. Das ist das Entscheidende an diesem Kombilohnmodell.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann lesen Sie einmal unseren Antrag! Da steht genau das drin!)

Wir sind davon überzeugt, und wir wissen es auch aus den Erfahrungen, die anderswo gemacht worden sind, dass das funktioniert. Der Vorschlag der GRÜNEN, mit einem Einstiegsgeld zu arbeiten, hilft im Grunde auch nicht weiter. Es hilft zumindest keinem einzigen Langzeitarbeitslosen, einen Arbeitsplatz zu finden, weil dieses Einstiegsgeld keine Arbeitsplätze schafft.

Wir haben im Ausschuss die Fragen diskutiert. Wir werden sie sicherlich weiterdiskutieren, insbesondere dann, wenn uns die ersten Erfahrungen aus diesem Kombilohnprojekt vorliegen. Wir können Ihren Anträgen nicht zustimmen, weil sie rückwärts gewandt sind und uns nicht weiterbringen. Das, was das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" bisher geleistet hat, ist uns zu wenig. Wir wollen mit dem Geld mehr für die Langzeitarbeitslosen in diesem Land erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Schönhut-Keil.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für uns!)

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Zumbrägel, Sie tun sich doch arg schwer, unsere Anträge abzulehnen. Ich möchte einmal daran erinnern, dass die GRÜNEN-Fraktion insgesamt drei Anträge zu dem Thema Kombilohn in sehr dezidiert Form vorgelegt hat, die zeigen, wie wir uns die Umsetzung dieses Modells vorstellen. Sie aber filibustern hier herum und suchen Punkte, um einen Antrag der Oppositionsfraktionen ablehnen zu können. Ich gestehe Ihnen das zu, damit muss ich leben.

Was ich Ihnen aber nicht zugestehe, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, ist, dass Sie in Fragen der Arbeitsmarktpolitik überhaupt nicht in die Puschen kommen, dass in der letzten Ausschusssitzung die Ministerin bei sämtlichen Fragen dazu erstens geschwommen und zweitens im Unklaren geblieben ist. Sie hat mir zwar zu dem vorliegenden Thema einen entsprechenden Brief geschickt - allerdings kann ich auch nicht feststellen, dass der mehr Licht in das Dunkel bringt.

Nach wie vor haben wir die Frage: Wann soll das Programm überhaupt starten? Die F.D.P. möchte das Programm erst im nächsten Jahr, die Ministerin dagegen im Herbst dieses Jahres. Der Ausschreibungstermin, den ich jetzt lesen durfte, ist auf den 25. August 1999 datiert. Aber was denn genau jetzt der Inhalt dieses Kombilohnmodells - von der hessischen CDU als Highlight in der Arbeitsmarktpolitik gepriesen - sein soll, dazu herrscht absolute Funkstille. Die Frau Ministerin setzt uns insofern dann auf die

richtige Spur, als sie im Ausschuss erklärt, dazu müsse erst einmal eine Arbeitsgruppe tagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist wirklich - wie Herr Dr. Jung sagen würde - ein ungeheuerlicher Vorgang. Aber in der Tat ist der Luftballon in der Ausschusssitzung geplatzt. Sie haben keine Vorstellung, geschweige denn Konzepte für eine hessische Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen auch verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie strangulieren das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" bis zur Unkenntlichkeit und sagen auch ganz offen, dass das in Zukunft für Sie überhaupt keine Rolle mehr spielt. Darüber hinaus erdreistet sich die Ministerin, bei der Eröffnung der Ausstellung gestern hier im Foyer, zu genau diesen Projekten blumige Worte zu finden und zu sagen, wie interessant und wie schön das alles ist. Dann aber hält sie den Damen und Herren, die dort lauschen, vor, dass das künftig der Vergangenheit angehören wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist etwas, was wir in dieser Form überhaupt nicht hinnehmen können. Auch das Kombilohnmodell, das Sie jetzt vorgelegt haben, ist nur in einem Punkt relativ deutlich - und der ist, dass die Kommunen keinerlei finanzielle Unterstützung bekommen werden, sondern dass lediglich eine Agentur Geld sehen wird.

Meine Damen und Herren, das ist noch weniger als ein Witz. Angesichts der Probleme auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir eine differenzierte Arbeitsmarktpolitik. In Hessen haben wir nach wie vor eine Arbeitslosenquote von 9,1%, mit ganz vielen schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern sowie Langzeitarbeitslosen. Für diese dezidiert besonders benachteiligten Personengruppen brauchen wir auch entsprechende Landesprogramme.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann nur sagen: Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" haben wir bereits mit dem letzten Haushalt flexibilisiert - ABM-Förderprogramm und das Schwerbehinderten-Sonderprogramm. Das heißt, die relativ niedrige hessische Arbeitslosenquote ist u. a. auch auf das arbeitsmarktpolitische Engagement der früheren rot-grünen Landesregierung zurückzuführen.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Das muss man immer wieder sagen, angesichts des Debakels, das uns in dieser Frage hier ins Haus steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" abfinanzieren und streichen - wobei das alles eigentlich auch nicht mehr ganz so klar ist. Im Sommer verkündet die zuständige Ministerin, das Programm werde nicht mehr aufgelegt. Mittlerweile schiebt sie Pressemeldungen nach, dass es doch nicht gestrichen werden solle. "Man waas es net so genau", würde man in Hessen sagen. Es ist ein ziemliches Durcheinander.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können Sie ja noch klären. Aber mittlerweile ist es doch eine Binsenweisheit, die sich auch bis zu Ihnen herumgesprochen haben sollte, dass der wirtschaftliche und technologische Strukturwandel beschäftigungspolitische Auswirkungen hat, die sich eben nicht allein auf dem Markt durch das freie Spiel der Kräfte

lösen lassen. Es wird weiterhin nötig sein, beschäftigungspolitisch mit staatlichen Förderprogrammen auch im zweiten Arbeitsmarkt einzugreifen. Das sage ich ganz deutlich für meine grüne Fraktion, die wir ebenfalls ein Kombilohnmodell vorgelegt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Zumbrägel, wir haben Ihnen mit drei Anträgen konkrete Handlungsschritte aufgezeigt, um mit Ihnen in eine lösungsorientierte Debatte darüber einzusteigen, ob und wie neue staatliche Anreize zur Beschäftigungsförderung notwendig sind, indem z. B. niedrige Arbeitseinkommen durch staatliche Subventionen aufgestockt werden bzw. die Kombination von Transfer- und Erwerbseinkommen Kombilöhne ermöglicht. Meine Damen und Herren, wir wollen Projekte für den ersten und für den zweiten Arbeitsmarkt. Insofern - lassen Sie mich das auch ganz deutlich sagen - bedauere ich ein wenig das Abstimmungsverhalten der SPD-Kolleginnen und -Kollegen im Ausschuss, die unseren Antrag abgelehnt haben. Ich glaube in der Tat, dass wir bei diesem Problem alle Möglichkeiten nutzen müssen, die sich uns bieten. Dazu gehört natürlich ein Kombilohn. Wir wissen, Kombilohn ist nur ein Überbegriff, darunter verbergen sich ganz verschiedene Modelle.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Deswegen sind wir dafür, dass das von Landesseite angeschoben werden muss. Kombilöhne können je nach Modell einen - ich betone: einen - wichtigen Baustein zum Abbau der Arbeitslosigkeit bilden. Arbeitslosigkeit hat vielfältige Ursachen. Kombilohnmodelle sind daher eben nicht das alleinige Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit.

Ich sage noch einmal ganz deutlich, sie dürfen nicht - wie das die BDA fordert - zur Etablierung eines Niedriglohnssektors führen, mit der Folge, dass Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder eben Sozialhilfe im Niveau gesenkt werden. Drei Viertel aller Hilfeempfänger sind Alte, Kranke, Behinderte und Alleinerziehende, die auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen sind.

Wir haben Ihnen ein auf ein Jahr befristetes Modell vorgeschlagen, an drei Standorten - Sie haben jetzt fünf Standorte vorgeschlagen, anyway - mit einer überdurchschnittlich hohen Quote von Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, in Kooperation mit den örtlichen Sozialhilfeträgern und den örtlichen Arbeitsämtern. Im Ausschuss wurde gesagt, es sollten fünf ausgewählte Kommunen sein. Aber nach wie vor sind Sie, Frau Ministerin, uns die Antwort auf die Frage schuldig, nach welchen Kriterien Sie diese fünf Kommunen und Kreise auswählen wollen. Ich denke, dazu müssten Sie uns schon einmal etwas Näheres sagen.

Wir haben in diesem Hause schon oft über die erschreckenden Steigerungsraten beim Sozialhilfebezug in Hessen geredet. Für die letzten zwölf Jahre wurde eine Verdreifachung der Fälle festgestellt, und Sie alle sind Kommunalpolitikerinnen und -politiker genug, um zu wissen, welche Folgen das für die Haushalte hat - ganz zu schweigen von den Folgen für die Menschen, die es betrifft.

Die daraus folgenden finanziellen Probleme der Kommunen und die Folgen für die Menschen, die lange im Sozialhilfebezug verbleiben bzw. auf staatliche Leistungen und Maßnahmen angewiesen sind, sind bekannt. Wir wissen auch, dass in anderen europäischen Ländern, beispielsweise in Holland, eine effektive Vernetzung zwischen Sozial- und Arbeitsamt besteht. Die zu leistenden Dienste, die den Sozialhilfeempfängern angeboten werden, sollen an den individuellen Fähigkeiten und Problemlagen der Klientel orientiert sein.

tiert werden, d.h. von der Aufnahme- und Orientierungsphase über Sprachtraining bis hin zu Fort- und Weiterbildung oder Coaching.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz deutlich: Hier geht Ihr Modell überhaupt nicht weit genug. Denn allein mit der Aufhebung des Nachrangprinzips der Sozialhilfe und einer wissenschaftlichen Begleitung haben Sie natürlich noch überhaupt keine regionale Arbeitsmarktpolitik betrieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Debatte um neue Arbeitsplätze gibt es keinen Königsweg. Wir GRÜNE glauben, dass alle Modelle eine Berechtigung haben, zumindest ausprobiert zu werden - wobei Beschäftigungseffekte nachgewiesen werden müssen. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Landesregierung hier endlich einmal ein arbeitsmarktpolitisches Konzept vorlegen soll. Sie soll handeln, und sie soll nicht sinnlos, aus rein haushaltspolitischen Gründen, sinnvolle Projekte zusammenstreichen und uns mit einer Luftblase zurücklassen. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Henzler für die F.D.P.-Fraktion.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schönhut-Keil hat eben ein Konzept für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik angemahnt. Also, Frau Schönhut-Keil, eines kann ich Ihnen versichern: Ein solches Konzept, wie Sie es acht Jahre lang hier in Hessen umgesetzt haben und jetzt seit einem Jahr in Bonn probieren, werden wir mit Sicherheit nicht vorlegen.

(Beifall bei der CDU - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber gar keines!)

Sie haben das Konzept "Arbeit statt Sozialhilfe" klar und deutlich als erfolgreich bezeichnet. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie genauer hinschauen, dann werden Sie sehen - das predigen wir Ihnen schon seit Jahren -, dass es eben überhaupt nicht erfolgreich war.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Man kann natürlich Zahlen hin und her schieben, und Statistiken sind geduldig, Frau Fuhrmann. Ich weiß, dass Sie die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die irgendwo einmal geäußert haben, sie würden gern an dem Programm teilnehmen, gleich 100% setzen. Zu dem Programm selbst tritt dann noch die Hälfte der Leute an, und im weiteren Verlauf geht die Effektivität noch weiter nach unten. Wir haben Ihnen das anhand des Berichts der HLZ in allen Einzelheiten nachgewiesen. Mittlerweile ist auch bekannt, dass sich die HLZ Mühe gegeben hat, den Bericht überhaupt so positiv gestalten zu können.

Unsere Kritikpunkte an dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" waren und sind gleich geblieben: zu langfristig, zu gewunden, zu starr in den Vorgaben und zu festgelegt, was an Geld gezahlt wird. Ich werde Ihnen immer wieder

das Beispiel aus dem Hochtaunuskreis anführen. Wenn Frauen, die auf Haushaltsarbeit vorbereitet werden, in ihrer Ausbildungsphase mehr verdienen, als sie hinterher auf dem realen ersten Arbeitsmarkt jeweils erzielen können, dann werden diese Frauen zwar jahrelang in einer vorgegaukelt guten Situation gehalten, aber ohne dass man sie wirklich effektiv auf das Leben "hinterher" vorbereitet hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir wollen genau nicht die geschlossene Programmatik, die "Arbeit statt Sozialhilfe" hatte. Mit der Änderung der Richtlinien, die schon erfolgt ist, wollen wir das Programm flexibler machen, die Laufzeit verkürzen, Vorgaben wegnehmen und dazu anregen, sich Gedanken darüber zu machen, wie viel Geld denjenigen, die in diesem Programm sind, ausgezahlt werden soll.

Eine dieser neuen Ideen ist der Kombilohn. Ich sage ganz bewusst: eine der neuen Ideen. Sie ist weder wahnsinnig neu noch besonders überzeugend. Das muss man schlicht und einfach sehen. Sie hat aber den Charme, dass sie das Land kein Geld kostet und auch die Kommunen dabei sparen. Die Löhne werden von den Arbeitgebern und den Kommunen finanziert. Dass Agenturen beauftragt werden, um das Ganze zu koordinieren, dürfte gerade von Ihnen nicht kritisiert werden, da Sie in den vergangenen Jahren sehr für Koordinierungsstellen und Koordinierungsmaßnahmen waren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir gar nicht kritisiert! Wir kritisieren, dass das alles ist, was Sie machen!)

- Sie kritisieren das ja nicht. Die SPD hat das kritisiert.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nein!)

- Doch, Sie haben kritisiert, dass Agenturen eingebunden werden.

Wir werden das Ganze kritisch und distanziert betrachten und ausprobieren. Wenn das Programm erfolgreich ist, dann werden wir es ausweiten. Wenn es nicht erfolgreich ist, dann muss man es eben verändern oder eventuell aufgeben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmen Sie also unserem Antrag zu?)

- Wir stimmen Ihrem Antrag nicht zu. Das wissen Sie ganz genau. - Es ist bereits angesprochen worden, dass wir das Konzept "Regionale Arbeitsmarktpolitik" auflegen wollen. Dieses Konzept wird im Haushalt 2000 mit einem bestimmten Betrag ausgestattet werden. Das Programm wird all die Maßnahmen einer flexiblen und vor allem effektiven Arbeitsmarktpolitik enthalten, die ich hier ausgeführt habe.

Ich halte die Erkenntnis für richtig und wichtig - das haben wir auch im Ausschuss immer gesagt -: Man wird nicht alle langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt bringen können.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen wir! Deshalb brauchen wir ja den zweiten Arbeitsmarkt!)

- Das wissen auch wir. - Deshalb sagen wir klar und deutlich: Wir werden eine bestimmte Anzahl von Personen im zweiten Arbeitsmarkt behalten müssen, und dafür müssen wir Mittel und Geld bereitstellen. Das hat die Ministerin im Ausschuss schon zwei- oder dreimal gesagt. Es stellt sich nur die Frage, wie man das macht, zu welchen Kosten man das macht und wie effektiv man das macht.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie machen es kaputt!)

- Wenn wir ein Programm zu Ende fahren und ein neues auflegen, dann machen wir ja wohl nichts kaputt - außer Ihrem schönen Titel "Arbeit statt Sozialhilfe".

Wir werden strengere Kriterien anlegen. Wir werden mit dem vorhandenen Geld effektiver umgehen, denn eines sollten wir alle nicht vergessen: Bei dem Geld, das wir hier ausgeben, handelt es sich um Mittel, die andere Leute mit ihrer Hände Arbeit erwirtschaftet und an Steuern gezahlt haben. Deshalb müssen wir mit diesem Geld so kostengünstig und effektiv wie möglich umgehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin, Frau Sozialministerin Mosiek-Urbahn.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Frau Schönhut-Keil, das Maß ist langsam voll. Was glauben Sie eigentlich, wie Sie mich hier angreifen können? Fällt Ihnen nichts anderes ein, als persönliche Angriffe zu fahren?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es handelt sich um einen Modellversuch. Da muss man sich die Ergebnisse erst einmal erarbeiten und abwarten, wie der Versuch läuft. Ich kenne überhaupt nur einen, der immer gleich alles weiß, nämlich Bundeskanzler Schröder. Die Quittung dafür hat er bei den letzten Wahlen bekommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Eine so niveaulose Argumentation, wie Sie sie hier vorbringen, ist mehr als peinlich.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sperren Sie im Ausschuss Ihre Ohren auf, dann hören Sie genau das, was hier schon gesagt wurde.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine Unverschämtheit, wie Sie hier argumentieren. Hören Sie zu, denken Sie nach. Ihr einziges Argument gegen den Kombilohn lautet, dass er nicht genug kostet. Sie haben im Rahmen ihres Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" je Arbeitslosen pro Jahr 60.000 DM aufgewandt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird ja wohl erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob das ein effektiver Weg ist, Mittel einzusetzen. Uns geht es darum, mit dem vorhandenen Geld effektiv zu arbeiten. Schauen Sie sich die Bilanzen an, was Sie mit Ihrem Programm erreicht haben. Wir werden neue Wege gehen, neue Wege probieren. Es ist nicht mein Stil, zu behaupten, nur das sei das Wundermittel. Ich weiß nicht genau, wie es sein wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir wissen, dass Sie nichts wissen!)

Deshalb muss man sich die Ergebnisse erarbeiten. Es ist aber eine unglaubliche Frechheit von Ihnen, mich in dieser Weise anzugreifen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Fuhrmann für die SPD-Fraktion. Redezeit: fünf Minuten.

Petra Fuhrmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, diese Rede hat für sich gesprochen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat genau das bestätigt, was Frau Kollegin Schönhut-Keil sehr zu Recht aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses berichtet hat. Auch ich habe damals mehrfach nachgefragt und daraufhin eine Presseerklärung zu diesem Thema verfasst. Ich habe die Frau Ministerin gefragt, ob es zutrefte, dass aus den 20 Millionen DM für "Arbeit statt Sozialhilfe" Geld für die wissenschaftliche Begleitung des Kombilohnversuches gezahlt werde - ich habe damals 100.000 DM an Kosten geschätzt, ich korrigiere mich jetzt auf 600.000 DM -, ob das der Beitrag der neuen Regierung zur Arbeitsmarktpolitik sei. Darauf wurde mir mehrfach keine Antwort gegeben. Es kam kein Konzept, keine Widerrede, gar nichts, Frau Ministerin. Insofern war das, was Sie eben gesagt haben, etwas unangebracht. Es kam nämlich wieder kein Konzept, wieder keine klare Aussage.

(Beifall bei der SPD)

Was soll die geschätzte Öffentlichkeit denken, wenn der Finanzminister in einer Pressemeldung verkündet, die 20 Millionen DM für "Arbeit statt Sozialhilfe" würden noch abfinanziert? Er hat diesen Satz auf einer Pressekonferenz zurückgenommen - so etwas habe ich noch überhaupt nicht erlebt - und gesagt, die Sozialministerin werde sich dazu äußern. Die Sozialministerin hat sich dann geäußert und gesagt, 10 Millionen der insgesamt 20 Millionen DM würden abfinanziert. Auch das ist natürlich ein starkes Stück, denn es macht immerhin die Hälfte aller Projekte kaputt. Die übrig bleibenden 10 Millionen DM würden für ein wie auch immer geartetes regionales Arbeitsmarktprogramm verwandt. Auch hierzu kam im Ausschuss keine konkrete Aussage, wurde kein Konzept dargestellt. Das, was Frau Schönhut-Keil zu diesem Thema gesagt hat, war ebenfalls richtig. Es wurde gesagt, der Kombilohnversuch solle im Herbst starten. "Wir haben aber noch kein klares Konzept, wir werden erst eine Klausurtagung machen." So kann man natürlich handeln. Ich weiß aber nicht, wie das zeitlich hinhalten soll, wenn der Versuch im Herbst starten soll und wir bereits September haben. Wir werden es erleben.

Jetzt kommen wir zu dem Thema Kombilohnmodell. Ich sage Ihnen jetzt noch einmal - ich habe es im Ausschuss auch schon gesagt -: Das ist ein Windei. Sie nehmen den Kommunen mindestens 10 Millionen DM im originären Landeshaushalt, Sie nehmen ihnen 10,3 Millionen DM aus dem KFA und bieten ihnen dafür für zwei Jahre 600.000 DM wissenschaftliche Begleitung. Das ist zum Schamrotwerden. Es tut mir Leid, es ist zum Schamrotwerden.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt keinen finanziellen Zuschuss für die Kommunen bei dem Kombilohnprojekt, sondern die wissenschaftliche

Begleitung. Ich sage Ihnen: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Hessen steigt ausweislich der Statistik ständig. Wenn das dann der ganze Beitrag des Landes zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sein soll, dann ist das zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben keine Hilfen für die Sozialhilfeträger und - das kann ich Ihnen auch sagen - Sie haben auch kein Herz für die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Arbeitslosigkeit spielt für diese Regierung keine Rolle mehr. Das wird u. a. auch bei den besonderen Finanzzuweisungen im KFA klar. Das spielt keine Rolle mehr.

Ich frage Sie wirklich, Frau Mosiek-Urbahn, ob Sie nicht schamrot werden, wenn Sie mit den Vertretern der Projekte, die Sie sich die ganze Woche hier draußen angucken konnten, sprechen.

(Silvia Hillenbrand (SPD): Sie hat sogar eine Rede gehalten!)

Wir haben das auch getan. Bei manchen Projekten hat "Arbeit statt Sozialhilfe" nur einen 5-prozentigen Anteil. Bei den meisten sind es 30% und bei zwei Frauenprojekten 100%. Sie haben sie gestern in der Eröffnung gelobt; aber zwei davon sind schon tot, wenn Sie bei Ihren Beschlüssen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

All diese Träger haben auch etwas anderes betont, nämlich wie wichtig in dem ganzen Bündel von Arbeitsmarktprogrammen "Arbeit statt Sozialhilfe" ist aufgrund der psychosozialen Betreuung der Klientel und auch wegen der Länge der Laufzeit von zwei Jahren. Da können Sie nicht immer von "zu teuer" reden. Das sind wirklich die falschen Kategorien. Wir reden hier von einem sozialpolitischen Programm, das der Arbeitsmarktpolitik zugehört.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden hier nicht von "schnell, schön und gut", sondern von einer extrem schwierigen Klientel, die ansonsten vollkommen auf der Strecke bleibt.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich komme sofort zum Schluss. Ich wollte nur eines noch sagen. - Herr Zumbrägel, wir haben es auch im Ausschuss schon diskutiert: Kombilohnmodelle sind nichts Neues. Das haben Sie heute auch zugegeben. Kombilohnmodelle sind eine Möglichkeit, die genutzt werden kann. Wir haben überhaupt nichts gegen Kombilohnmodelle.

Ich habe nur etwas dagegen, wenn das sozusagen der ganze Beitrag dieser Regierung zur Arbeitsmarktpolitik sein soll. Dann ist es in der Tat ein bisschen wenig. - Danke.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Kaufmann, für gut eine Minute.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der einen Minute will ich in aller Ruhe eines klarstellen. Frau Staatsministerin, es steht einer Ministerin nicht zu, eine Abgeordnete mit den Begriffen "Frechheit" und "Unverschämtheit" zu versehen,

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Lachen bei der CDU und der F.D.P.)

die nichts anderes getan hat, als in ihrer Rede darauf zu verweisen, dass Sie wiederholt den Aufforderungen, in der Sache Aufklärung im Ausschuss und auch hier im Plenum zu geben, nicht gefolgt sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind noch neu hier in Hessen, Frau Staatsministerin, zumindest was die Landesebene angeht. Aber schauen Sie doch einmal in die Hessische Verfassung. Dort werden Sie feststellen, dass Sie diesem Parlament gegenüber verantwortlich sind und hier Ihre Politik darstellen müssen und sich nicht allein in Beschimpfungen ergehen dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Krokodilstränen!)

Meine Damen und Herren, einen solchen Vorgang haben wir noch nicht oft erlebt. Wir werden uns vorbehalten, nach Prüfung des Protokolls die Angelegenheit dann

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Sondersitzung des Ältestenrats! Das muss sofort geklärt werden!)

- Herr Hahn, bleiben Sie doch auf dem Teppich - in der nächsten Ältestenratsitzung anzusprechen. Ich sage aber eines: Wir weisen diese Angriffe auf eine frei gewählte Abgeordnete, die die Aufgabe hat, die Regierung zu kontrollieren, mit Entschiedenheit zurück.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Velte für zwei Minuten.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Sondersitzung Ältestenrat, jetzt sofort! Das muss geklärt werden, sonst kann ich heute Nacht nicht schlafen! - Weitere Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Inge Velte (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kaufmann, wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich muss sagen: Ich bin froh - ich glaube, das gilt für die ganze Fraktion, auch für die F.D.P. -, dass die Ministerin hier klare Worte gefunden hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist einfach an der Zeit gewesen, dass hier gesagt wird, um was es Ihnen geht. Ihnen geht es weder um Arbeitslose noch um einen ersten oder zweiten Arbeitsmarkt. Ihnen geht es hier darum, diese Ministerin zu diffamieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD: Pfui! - Manfred Schaub (SPD): Unglaublich! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sie sich heute dagegen gewehrt hat, dann hat sie unsere volle Unterstützung. Wir stehen voll hinter ihr, und das wollen wir hiermit noch einmal deutlich machen.

Nur noch ein Wort zur Sache. Wenn hier davon gesprochen wird, dass die Projekte, die wir draußen gesehen haben, unter denen viele gute Projekte sind, alle schon tot sind, dann ist das ein absoluter Unsinn.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Bei der Eröffnung der Ausstellung gestern wurde davon gesprochen, dass der Großteil der Projekte sich inzwischen selbst trägt. Dann kann man nicht davon reden, dass sich jetzt durch eine Änderung der Bezuschussung etwas verändert. Wir ändern Ihr erfolgloses Programm "Arbeit statt Sozialhilfe".

(Zuruf von der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Inge Velte (CDU):

Okay, ich mache auch Schluss. Das meiste ist schon gesagt worden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind wieder bei der Abteilung "Wissen und Glauben"!)

Ich möchte nur noch einmal betonen, dass wir uns hier gegen Ihren untauglichen Versuch, unsere Ministerin zu diffamieren, zur Wehr setzen. Wir werden Ihnen auch in Zukunft sehr deutlich sagen und dafür sorgen, dass Sie das verstehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weitere Wortmeldung und schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Beschlussempfehlungen, zuerst über die Beschlussempfehlung Drucks. 15/339 zu Drucks. 15/48. Wer ist für die An-

nahme der Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir stimmen ab über die Beschlussempfehlung Drucks. 15/340 zu Drucks. 15/133. Wer ist hier für die Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen ebenfalls angenommen.

Wir kommen zu der Beschlussempfehlung Drucks. 15/341 zu Drucks. 15/127. Wer ist hier für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Diese Beschlussempfehlung wurde einstimmig angenommen.

Als letzten Tagesordnungspunkt rufe ich **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Abg. Polster, Bender, May, Pfaff, Reichenbach, Riege, Starzacher, Wagner (Angelburg), Dörr (Umstadt), Dörrie, Fischer (Hohenroda), Franz, Hartmann, Haupt, Hillenbrand, Kahl, Karwecki, Nolte, Quanz, Rudolph, Schaub, Schmitt, Stiewitt (SPD) und Fraktion betreffend Dorf-erneuerung - Drucks. 15/370 zu Drucks. 15/95 -

Berichterstatter ist Herr Kollege Milde (Griesheim). - Auf Berichterstattung wird verzichtet, eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer möchte sie annehmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die Beschlussempfehlung ebenfalls einstimmig angenommen worden.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich noch ein Versehen gutmachen. Herr Kollege Frankenberger hat heute seine erste Rede hier im Landtag gehalten. Das ist leider übersehen worden. Ich gratuliere ihm herzlich.

(Allgemeiner Beifall - Stefan Grüttner (CDU): Herr Dr. Lübcke heute Morgen auch!)

- Da war ich, glaube ich, auch nicht da. Aber ich gratuliere auch Herrn Dr. Lübcke ganz herzlich. Dann haben wir alles wieder in Ordnung gebracht.

(Allgemeiner Beifall)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung und unserer Sitzung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 18.29 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 21)

Mit Zustimmung des Präsidenten zu Punkt 21 der Tagesordnung, Drucks. 15/367, zu Protokoll gegebene Stellungnahme - nicht vorgetragener Teil der Rede - der Abg. Elisabeth Apel (CDU):

Ökologisch wirtschaftende Betriebe werden von uns weiter gefördert. Wir werden im Interesse der Planungssicherheit für umstellungswillige Betriebe neue Förderprogramme in Hessen, die über mehrere Jahre Gültigkeit haben sollen,

an den Vorgaben der EU hinsichtlich der Agenda 2000 ausrichten. Wir haben bereits die Mittel für die Vermarktungsförderung drastisch aufgestockt und werden diese Mittel künftig mit einem zukunftsfähigen Vermarktungskonzept, das alle Anbieter berücksichtigt, in der hessischen Marketinggesellschaft bündeln.

Wir werden damit erreichen, dass sich im Interesse der hessischen Ökobetriebe Nachfrage und Angebot einander annähern und Landesmittel zielgerichteter und effektiver eingesetzt werden.